

Belg.
283^o

Zeissberg

SITZUNGSBERICHTE

DER

KAIS. AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN IN WIEN

PHILOSOPHISCH-HISTORISCHE CLASSE.

BAND CXXIII.

~~VII.~~

ZWEI JAHRE

BELGISCHER GESCHICHTE

(1791, 1792).

I. THEIL.

VON DER CONVENTION IM HAAG BIS ZUM TODE
KAISER LEOPOLDS II.

VON

DR. H. R. VON ZEISSBERG,

WIRKL. MITGLIEDE DER KAIS. AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN.

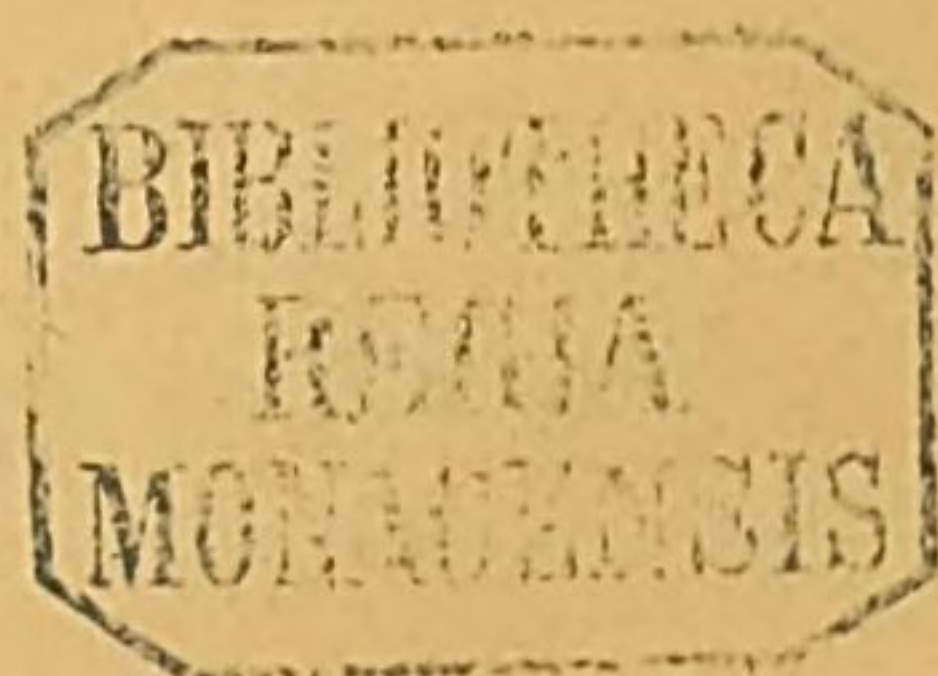
WIEN, 1891.

IN COMMISSION BEI F. TEMPSKY

BUCHHÄNDLER DER KAIS. AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN.

102 B

= Gesch. 1162



SITZUNGSBERICHTE

DER

KAIS. AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN IN WIEN

PHILOSOPHISCH-HISTORISCHE CLASSE.

BAND CXXIII.

VII.

ZWEI JAHRE

BELGISCHER GESCHICHTE

(1791, 1792).

I. THEIL.

VON DER CONVENTION IM HAAG BIS ZUM TODE
KAISER LEOPOLDS II.

VON

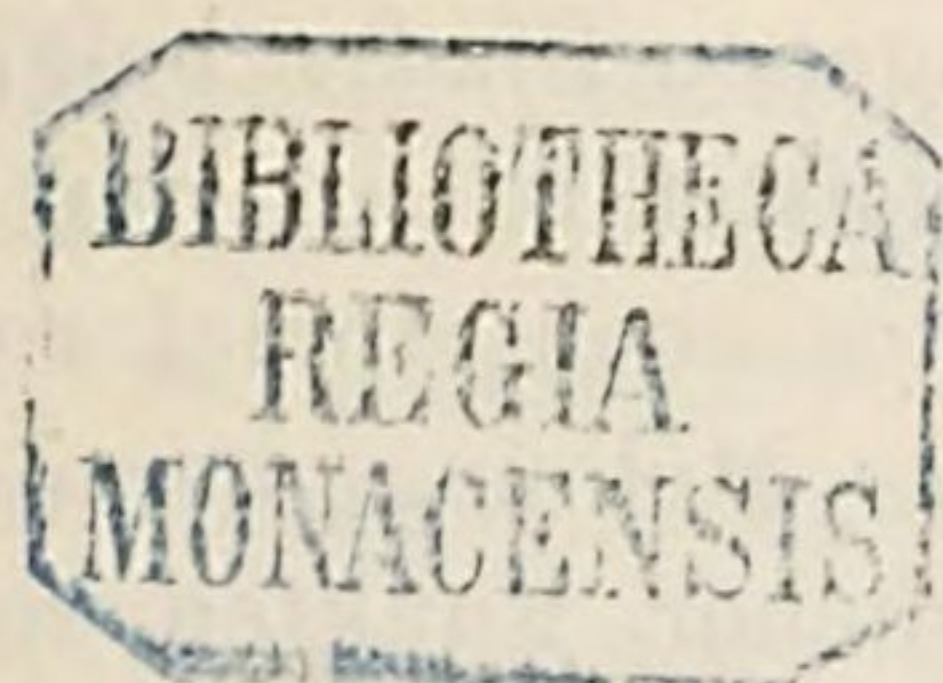
DR. H. R. VON ZEISSBERG,

WIRKL. MITGLIEDE DER KAIS. AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

WIEN, 1891.

IN COMMISSION BEI F. TEMPSKY

BUCHHÄNDLER DER KAIS. AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN.



Vorwort.

Die vorliegende Abhandlung wurde durch Vorstudien zu einer Biographie des Erzherzogs Carl veranlasst, der in den Jahren 1793 und 1794 die Würde eines Generalgouverneurs der österreichischen Niederlande bekleidete. Der Versuch, diese seine Wirksamkeit zu schildern und namentlich den persönlichen Antheil, den er an den Geschäften nahm, festzustellen, lenkte unwillkürlich den Blick auf die beiden vorausgegangenen Jahre, da bei der Wiederherstellung der alten Ordnung der Dinge in Belgien sich mancherlei Conflictte ergaben, von denen ein Theil damals unerledigt geblieben war und erst nachträglich, wenn auch unter Verhältnissen, die sich durch die vorübergehende französische Occupation wesentlich geändert hatten, der Lösung durch den neuen jugendlichen Generalstatthalter entgensah.

Wohl hat die Geschichte dieser letzten Jahre österreichischer Herrschaft in Belgien an Borgnet¹ einen ebenso kundigen

¹ Histoire des Belges à la fin du XVIII^e siècle. 2. Ausgabe. Bruxelles 1861—1862. 2 Bände. Vgl. Felix Liebrecht, Zur Geschichte Belgiens in v. Sybel's Hist. Zeitschr., Jahrgang 1862, VIII, 38 ff. Doch ist daneben die erste Ausgabe Borgnet's unentbehrlich, da nur in dieser ein Anhang von Actenstücken enthalten ist.

als formgewandten Darsteller gefunden, so dass es fast als vermessen bedünken möchte, dieser klassischen Schilderung eine neue, anscheinend überflüssige Darstellung an die Seite setzen zu wollen, zumal bereits Juste¹ das, was etwa noch zu ergänzen und zu berichtigen war, wenigstens, so weit es die Persönlichkeit Mercy's anlangt, beigebracht hat. Wenn hier dennoch, bei aller Anerkennung der Dienste, welche so zuverlässige Führer auf den vielverschlungenen Pfaden belgischer Landes- und Verfassungsgeschichte geleistet haben, der Versuch gemacht wird, wiederholt Geschildertes noch einmal zu schildern, so geschieht dies nicht nur in der Meinung, bereits hinlänglich bekannte Thatsachen in wesentlichen Punkten richtigstellen zu können, sondern in der Absicht, dem belgischen Standpunkte, der jene Darstellungen charakterisirt, den österreichischen Standpunkt gegenüberzustellen. Nicht als ob die volle Objectivität der beiden Vorgänger auch nur im Mindesten zweifelhaft wäre; allein es ist gewiss, dass gerade der Historiker mehr minder von dem Material, das ihm zur Verfügung steht, abhängig ist. Insoferne nun eben dieses aus den Wiener Archiven vielfach ergänzt werden kann, darf wohl auch die vorliegende Abhandlung den Anspruch für sich erheben, als eine Ergänzung des bisher Erforschten gerade in dieser Hinsicht zu gelten.

Es hängt wohl mit den mancherlei Unglücksfällen, von denen in jener Zeit die österreichischen Niederlande heimgesucht wurden, zusammen, dass die Wiener Archive — das k. u. k. geh. Haus-, Hof- und Staatsarchiv und das Archiv Seiner kais. Hoheit des Durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Albrecht — hie und da Lücken zeigen, aus denen der Verlust mancher, zuweilen sogar der wichtigsten Documente erhellt. Während des Aufstandes von 1789 fiel das Brüsseler Staatsarchiv grösstentheils in die Gewalt der Stände. Wurde auch in der Folge dasselbe dem Gouvernement zurückgestellt, so war dies doch nicht in seinem ganzen Umfange der Fall und wurde auch bei den wiederholten Katastrophen der Jahre 1792 und 1794 auf die Rettung der wichtigsten Staatspapiere rechtzeitig Bedacht genommen, so wird doch der wiederholte Transport derselben von manch neuen Verlusten

¹ Souvenirs diplomatiques du XVIII^e siècle. Le comte de Mercy-Argenteau. Bruxelles et Leipzig 1863.

begleitet gewesen sein. Auch die Correspondenz Mercy's gelangte zwar der Hauptsache nach zuletzt in den Besitz der Wiener Hof- und Staatskanzlei; allein wer möchte nicht auch da den Verlust einzelner Bestandtheile vermuthen, da jener Staatsmann zu London inmitten der letzten grossen Entscheidung starb. Immerhin bildet das, was noch heute in den beiden genannten Wiener Archiven erhalten ist, in wechselseitiger Ergänzung einen eigenthümlichen Schatz, den zu heben mir die Huld Seiner kais. Hoheit des Durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Albrecht und das unentwegte Wohlwollen Sr. Excellenz des Herrn geheimen Rathes v. Arneth gestatteten. Lediglich auf diese dankbarst empfundenen Förderungen ist es zurückzuführen, wenn der vorliegende Aufsatz den Anspruch erheben darf, zur Erweiterung der historischen Kenntniss beigetragen zu haben.¹

Gegenüber dem gewaltigen Kampfe, der damals in dem französischen Nachbarlande über die höchsten Güter und Rechte der Menschheit entbrannte, ist die Geschichte der gleichzeitigen Vorgänge in Belgien allerdings nur von untergeordneter Bedeutung. Aber man sollte dabei doch nicht übersehen, dass die von aussen her einströmenden Ideen, wie ein durchsickerndes Gewässer, den Felsenbau der alten Verfassung zu sprengen drohten, und dass das constitutionelle Princip sich damals zuerst über abgestorbene Lebensformen in dem Lande ans Licht emporzuringen begann, das bestimmt war, dereinst eine Heimstätte und ein Musterland des Constitutionalismus zu werden.

Es sei mir schliesslich noch die Bemerkung verstattet, dass die kriegerischen Ereignisse, deren Schauplatz im Jahre 1792 Belgien war, in dieser vorzüglich der inneren Geschichte des Landes gewidmeten Darstellung nur insoferne in Betracht gezogen werden, als dieselben zur Erklärung der inneren Vorgänge dienen.²

¹ Vielfache Förderung gewährten dieser Studie auch der erzherzogliche Archivar Herr Dr. Malcher und im k. u. k. Haus-, Hof- und Staatsarchiv der k. u. k. Hofconcipist Herr v. Györy.

² Der Krieg des Jahres 1792, insoweit dessen Schauplatz Belgien war, hat soeben eine sehr eingehende Darstellung in dem zu Paris 1890 erschienenen Buche von Arthur Chuquet, *Jemappes et la conquête de la Belgique (1792—1793)* gefunden.

I.

Von der Wiederherstellung der österreichischen Herrschaft bis zum Tode Kaiser Leopolds II.

1. Einleitung.

Als Leopold II. die Regierung der österreichischen Länder übernahm, da ging ihm der Ruf eines Fürsten voran, der mit dem Reformeifer seines Vorgängers auch im Gegensatz zu dem absolutistischen Systeme Josefs II. constitutionelle Gesinnung verbinde.¹ Wohl hatte sich ihm zur Bethätigung dieser Gesinnung in Toscana ein geringer Spielraum geboten, weil es an einer Vertretung des Volkes in jenem Lande überhaupt fehlte. Aber durch einen seiner vertrauten Räthe erfahren wir, dass er die von ihm daselbst durchgeführten Reformen durch die Begründung einer ganz auf modernen Grundsätzen fassenden Verfassung zu krönen gedachte.² Dieselbe constitutionelle Gesinnung tritt uns in seiner Correspondenz mit Maria Christine³ entgegen. Er bezeichnet es hier als ein Glück, wenn ein Land Stände und eine Constitution, an welchen das Volk hänge, besitze. In einem solchen Lande, meint er, beständen zwischen Herrscher und Volk gegenseitige Verbindlichkeiten, die nur durch Uebereinkommen abgeändert werden könnten. In directem Gegensatze zu Josefs Regierungsmaximen setzt er hinzu, es sei nicht erspriesslich, dem Volke das Gute aufzuzwingen, wenn es nicht selbst von dessen Nützlichkeit überzeugt sei. Solchen Anschauungen, wie er dieselben namentlich in dem berühmten „Glaubensbekenntnisse“⁴ zusammenfasste, entsprechen durchaus auch die Grundsätze, welche er in der am 17. Fe-

¹ Huber Alfons, Die Politik K. Joseph II., beurtheilt von seinem Bruder Leopold von Toscana. Innsbruck 1877.

² Reumont A. v., Geschichte Toscanas, II, 236 ff.

³ Vgl. Adam Wolf, Maria Christine, Erzherzogin von Oesterreich, II, 52 ff.

⁴ Adam Wolf a. a. O., 57 ff. (Brief vom 25. Januar 1790 an Maria Christine).

bruar 1791 den Statthaltern der Niederlande, später (2. März) den Generalstaaten selbst übersandten Denkschrift¹ entwickelte, indem er die Josefinischen Eingriffe in die Verfassung der Niederlande missbilligt und ausdrücklich anerkennt, dass nach der Joyeuse entrée — dieser Landeshandveste Belgiens — der Souverain, welcher den beschworenen Vertrag nicht halte, seiner Hoheitsrechte verlustig gehe.

Man hätte daher erwarten sollen, dass das Volk, welches sich für die Aufrechthaltung seiner Verfassung erhoben hatte, den Regierungsantritt eines von solchen Gesinnungen erfüllten Fürsten mit Jubel begrüßen oder doch sich zu einer Verständigung mit demselben leicht bereit finden werde. Das war aber nicht der Fall. Die Anerbietungen, welche das Statthalterpaar am 2. März 1790 in seinem Namen den Belgiern machen konnte, wurden unbeantwortet gelassen, und als nach seiner Kaiserkrönung Leopold auf Grund der Reichenbacher Convention neue Zusagen machte (Frankfurter Declaration), wies man auch jetzt noch die dargebotene Hand in schroffster Weise zurück. Es bedurfte der Intervention Preussens und der Seemächte und der Anwendung von Waffengewalt, der allerdings auch der im Innern Belgiens entbrannte Parteihader zu statten kam, um den Kaiser in den Besitz der Niederlande zu setzen.

Der hartnäckige Widerstand, auf den — namentlich in Brabant — auch in der Folge Leopold stiess, als er die alte Ordnung der Dinge wiederherzustellen versuchte, findet vor Allem in der Thatsache seine Erklärung, dass die Revolution, die das französische Nachbarland erschütterte, auch in Belgien die kaum erst beruhigten Gemüther in neue Aufregung versetzte und dem Parteihader stets neue Nahrung zuführte. Auffallend aber bleibt die Erscheinung, dass der Kaiser, dessen Reformeifer sich in Belgien ein ergiebiges Versuchsfeld darzubieten schien, sich gerade in dem Clerus des Landes eine Stütze zu schaffen,² dass er sich gerade mit der conservativen Partei zu verständigen suchte und — wie dies aus seinen Briefen hervorgeht — in deren Gegnern auch seine eigenen Wider-

¹ Ebenda 62 ff.

² Vgl. Leopold an Maria Christine, 30 juillet 1791. Adam Wolf, Maria Christine, II, 242.

sacher erblickte.¹ Wohl mochte der weitere Verlauf der französischen Revolution den gelehrigen Schüler Locke's über die letzten Consequenzen seines eigenen Systems bedenklich stimmen, aber gerade seine constitutionellen Ueberzeugungen mussten ihn doch ebenso sehr vor reactionären Gelüsten als vor den josefinischen Experimenten auf dem Gebiete des Einheitsstaates bewahren. Es müssen also noch andere Gesichtspunkte für das eigenthümliche Verhalten des Kaisers bestimmend gewesen sein. Gerade in constitutionellem Sinne war eine Umgestaltung der Verfassung Belgiens — ja überhaupt jede durchgreifende Reform — doch nur unter der freiwilligen Mitwirkung eben jener Stände möglich, welche so hartnäckig an ihren Prärogativen festhielten. Auch war die constitutionelle Partei nicht zahlreich genug, um das Reformwerk lediglich auf ihre Anhänger zu gründen, während gerade der Clerus in Belgien einen ungemein grossen Einfluss auf die Masse des Volkes besass. Die auswärtigen Verwicklungen, die der Kaiser als Erbtheil von seinem Bruder übernahm und die mit jedem Tage der so kurzen Regierung Leopolds wachsende Gefahr eines Krieges mit Frankreich schlossen den Plan weitgehender Aenderungen aus und erfüllten ihn mit Misstrauen gegen jene Partei, welche ihren Ueberzeugungen nach zu Frankreich neigte. Dazu kam endlich die Entsagung, welche ihm die Verpflichtungen auferlegten, die er bei der Pacification Belgiens gegenüber den vermittelnden Mächten eingegangen war.

Der auf den Stipulationen von Reichenbach basirte Haager Tractat vom 10. December 1790² hatte die diplomatische Formel für die Bewältigung des belgischen Aufstandes gefunden. Die drei verbündeten Mächte garantirten durch diesen Vertrag dem Kaiser die Souveränität Belgiens, wogegen dieser sich anheischig machte, eine allgemeine Amnestie mit nur geringen Ausnahmen zu ertheilen, und obgleich die Unterwerfung des Landes nicht freiwillig erfolgt war, doch die unter jener Bedingung zu Reichenbach gegebenen Zusagen aufrechthielt. Er versprach alle Edicte seines Vorgängers, die sich auf kirchliche Dinge bezogen, zu

¹ Adam Wolf, Leopold II. und Maria Christine, S. 209. Feuillet de Conches V, 38. 52. 199.

² Wiener Zeitung 1791, S. 30 ff., 58 ff.

widerrufen, die Universität Löwen in den Besitz ihrer früheren Rechte zu setzen und die Einkünfte jener aufgehobenen Convente, deren Wiederherstellung unmöglich sei, zu frommen Zwecken in einem den Intentionen der Stifter möglichst entsprechenden Sinne zu verwenden. Er entsagte dem Rechte der Militärconscription und versprach, weder Recruten aus-, noch Steuern zu erheben ohne Zustimmung der Stände. Der Grundsatz der Inamobilität der Mitglieder der oberen Gerichtshöfe wurde neuerdings anerkannt und das Diplom Kaiser Carls VI., welches den Gerichtshöfen das Recht eingeräumt hatte, für vacante Posten drei Candidaten zu präsentiren, von Neuem bestätigt. Der Kaiser versprach ferner bei allen Gesetzen von allgemeiner Geltung, zumal bei den Bestimmungen über das Zoll- und Mauthwesen, die Stände und die Tribunale zurathe zu ziehen, das Gouvernement — namentlich die Conseils collatéraux — wieder auf den Zustand, in dem sie sich zur Zeit Maria Theresias befunden hatten, zurückzuführen, den bevollmächtigten Minister und den Generalcommandanten wieder wie einst den Generalgouverneurs unterzuordnen und in der Administration der Justiz nur nach erfolgtem Einvernehmen mit den Ständen und mit deren Zustimmung Aenderungen vorzunehmen. Endlich gab der Kaiser auch noch die Zusage, dass, falls sich bei der Ausführung dieser Bestimmungen Zweifel ergeben würden, die Interpretation derselben bei einem von ihm und den Ständen bestellten Schiedsgericht eingeholt werden sollte. Der Tractat verpflichtete ausserdem in seiner ursprünglichen Fassung den Kaiser zur Aufrechthaltung aller jener verfassungsmässigen Rechte, deren Genuss durch die Inaugurationen Carls VI. und Maria Theresias verbürgt worden sei. Allein Leopold verwarf eine Bestimmung, die darauf abzielte, Belgien in jenen Zustand zurückzusetzen, in welchem es sich zu Beginn der österreichischen Herrschaft befunden hatte. Er nahm in die Ratification des Vertrages blos die Aufrechthaltung jener Rechte auf, die vor der Regierung Josefs II. bestanden hatten, eine Fassung, die freilich in der Folge noch zu manchen Streitigkeiten sowohl mit den verbündeten Mächten als auch mit den Ständen Belgiens Anlass gab.¹

¹ Borgnet I, 231 ff.

Er ratificirte daher wohl (2. Januar 1791) die Haager Convention in der einmal vereinbarten Fassung, fügte aber die Erklärung bei, dass er zwar die Verfassung, die Privilegien und gesetzlichen Gewohnheiten, welche seine Vorfahren bestätigt hatten, gleichfalls bestätigen wolle, dass aber für die Observanz derselben der Zustand massgebend sein solle, der unter Maria Theresia und vor jenen Neuerungen Josefs II., die zu den letzten Unruhen den Anlass gegeben, gegolten hatte.¹

2. Mercy-Argenteau. — Streit über die Besetzung des Conseils zu Mons.

Der Kaiser hatte Maria Christine und ihren Gemahl neuerdings in ihrer Würde als Generalstatthalter der Niederlande bestätigt und für die Zeit bis zu deren Rückkehr auf ihren früheren Posten den Grafen Mercy zum bevollmächtigten Minister ernannt.² Noch vor Mercy's Ankunft in Brüssel wurden von dem Commandeur Crumpipen³ die ersten Anstalten zur Wiederbegründung der früheren Ordnung der Dinge getroffen: vor Allem wurde von ihm für die Geschäfte des Staatsrathes eine interimistische Jointe d'Etat gebildet und drei Comités, welche vorläufig die Stelle des geheimen Rathes (*conseil privé*), des Finanzrathes (*conseil des finances*) und der Rechenkammer (*chambre des comptes*) einnahmen.⁴ Neben Mercy, der am 4. Januar 1791 in Brüssel eintraf,⁵ und während der Amtsthätigkeit desselben stellten diese Jointe und die drei Comités den Inbegriff der dem Souverain zustehenden Machtvollkommenheit dar.

Die vorausgegangene Revolution hatte das Land in zwei feindliche Lager gespalten: in die feudal-clericale Partei, welche

¹ L. P. J. van de Spiegel, *Résumé des négociations qui accompagnèrent la révolution des Pays-bas Autrichiens*. Amsterdam 1841, p. 397. Vgl. Vivenot, *Quellen zur Geschichte der deutschen Kaiserpolitik Oesterreichs I*, 69. (Kaunitz an Mercy, Wien, 31. December 1790.)

² M. Gachard, *Lettres écrites par les souverains des Pays-bas aux états de ces provinces*. Bruxelles et Leipzig 1851, p. 283 ff., Vienne, ce 1^{er} décembre 1790.

³ Der Aeltere dieses Namens (Josef); vgl. über ihn die *Biographie nationale*.

⁴ Wiener Zeitung 1791 vom 12. Januar, S. 87.

⁵ Ebenda S. 145.

den alten Zustand der Dinge aufrecht erhalten wollte, und in die demokratische, welche auf die Einführung zeitgemässer Reformen ausging.

Die erste Partei war von dem Advocaten Henri van der Noot geleitet worden; sie stützte sich vor Allem auf die grosse unwissende und fanatisirte Masse des Volkes. Ihr gehörte die Mehrzahl der Mönche, ihr der Gross-Pönitentiar von Antwerpen, van Eupen, an; ihr Organ war das von Feller redigirte ‚*Journal historique et littéraire*‘. Der Advocat de Vonck war das Haupt der anderen — der constitutionellen — Partei, welche sich aus den bedeutendsten Vertretern der Industrie und des Handels, aus den hervorragendsten Männern aller freien Berufszweige und aus den namhaftesten Mitgliedern des Weltclerus, der gleich jenen in den Ständerversammlungen nicht vertreten war,¹ zusammensetzte. Es war die Partei der Bourgeoisie; es ist aber bemerkenswerth, dass ihr auch reiche und angesehene Aristokraten angehörten, die durch Erziehung und Verbindungen dem Einflusse der liberalen Ideen und der philosophischen Doctrinen ausgesetzt waren, während der kleine Adel meist auf seinen Schlössern abgeschieden und in seine ‚gothischen‘ Vorurtheile eingesponnen lebte.² Doch liessen sich unter den Vonckisten zwei verschiedene Richtungen unterscheiden, von denen die eine (die Organiseurs) mehr in die französischen, die andere (die Interimisten) in die belgischen Ideen aufging. Die einen identificirten sich gleichsam mit der von Paris ausgehenden Bewegung; die anderen — darunter Vonck selbst — billigten den von jenen angestrebten ‚Nationalconvent‘ für Belgien nicht; sie wünschten die Erhaltung der Stände in ihren Unterschieden und strebten nur eine gleichmässige Vertretung aller Classen der Gesellschaft in den Ständerversammlungen an.

Nach kurzer Vereinigung, welche die revolutionäre Erhebung des Jahres 1789 bewirkt hatte, standen sich nun neuerdings die beiden Parteien feindlich gegenüber. Mitten in diese Gegensätze gestellt, musste die Regierung nichts so sehr besorgen, als dass sich dieselben etwa wieder vereinigen könn-

¹ Bloss in Hennegau nahm der niedere Clerus an den ständischen Versammlungen theil. Gachard, *Collection de documens inédits* I, 58.

² Justes, *Le comte de Mercy-Argenteau* 59—60. 100

ten, während ihr die Versöhnung der Parteien nur unter der Voraussetzung willkommen war, dass dieselbe unter ihrer Vermittlung und zu der ihr passend erscheinenden Zeit zustande kam. Andererseits konnte sie sich aber auch nicht etwa für eine der beiden Parteien entscheiden. So sehr ihr auch die Opposition der Vonckisten gegen die Stände gelegen kam, so vermochte sie sich doch nicht der Befürchtung zu entschlagen, dass innerhalb der demokratischen Partei jene destructive Richtung die Oberhand gewinnen könnte, die man kaum noch in die Grenzen Frankreichs einzudämmen vermochte. Sie theilte diese Besorgniss mit jener Partei, welche für die alten Privilegien in die Schranken trat, mit der zu pactiren jedoch der noch immer rege Reformeifer des Wiener Hofes Bedenken trug. Nach der Ansicht des Staatskanzlers Kaunitz wäre es unter diesen Umständen die Aufgabe der belgischen Regierung gewesen, die beiden vorwaltenden Parteien gegen einander auszuspielen, die Stände durch die Demokraten in Schach zu halten. Am liebsten wäre ihm freilich ein Ausgleich mit den Ständen gewesen; denn er misstraute den Vonckisten und erblickte in deren zunehmendem Einflusse eine ernste Gefahr. Er meinte zwar, dass man letztere bei guter Laune erhalten müsse, aber er sprach sich doch gegen die Zulassung jener Versammlungen aus, auf denen dieselben über die künftige Organisation der Stände berathen wollten, und rieth vielmehr, sie mit ihren Vorschlägen auf die Zeit nach der erfolgten Inauguration zu vertrösten.¹ Wenn er trotzdem gelegentlich zu einer Umgestaltung der Repräsentativverfassung Belgiens die Initiative ergreifen zu wollen schien, so war das bloß der Ausfluss einer durch die Opposition der Stände hervorgerufenen vorübergehenden Stimmung, sicherlich nicht ein Schritt innerer Annäherung an die Gegner derselben.

Anders Mercy, dem längerer Aufenthalt an dem Herde der grossen Zeitbewegung den Blick geschärft und dem überdies die unmittelbare Anschauung der belgischen Zustände zu statten kam.² Natürliche Sympathie machte ihn der Partei

¹ Vgl. Borgnet I, 239. Kaunitz an Crumpipen, Vienne, ce 14 janvier 1791; (Orig.); derselbe an Mercy, Vienne, le 25 janvier 1791. (Orig.)

² Wesentlich ungünstiger urtheilt über Mercy's Politik Borgnet I, 207; entschieden billiger Juste.

geneigter, der auch sein Freund Graf La Marck, der Herzog von Ursel und La Marck's älterer Bruder, der Herzog von Aremberg, angehörten. Er meinte, dass die Hinneigung zu den demokratischen Ideen in Belgien auf die Opposition gegen die Stände zurückzuführen und daher als ein Uebel zu betrachten sei, aus dem man sogar Nutzen ziehen könne, falls man sich schmeicheln dürfe, bei Zeiten dem drohenden Einflusse subversiver Tendenzen zu begegnen. Er verkannte nicht die Gefahr, die in dem populären Systeme lag, aber er glaubte, dass man sich derselben nicht völlig entziehen könne, wenn man grössere Uebel vermeiden wolle, dass man namentlich dem dritten Stande eine bessere Vertretung geben müsse, so grosse Vorsicht auch eine Reform dieser Art erheische, wenn dieselbe gleichmässig dem Interesse des Souverains und des Volkes entsprechen solle.¹

Wenn nun aber auch in den Grundanschauungen des Hof- und Staatskanzlers und des bevollmächtigten Ministers nicht vollständige Uebereinstimmung herrschte, so war doch auch Mercy von der Nothwendigkeit überzeugt, fürs Erste durch die Vonckisten einen Druck auf die Stände auszuüben, der diese gefügiger machen und vielleicht sogar den Weg zu der wünschenswerthen Umgestaltung der Verfassung des Landes ebnen konnte. Es lag in der Natur eines solchen Programms, dass es die Regierung zu tastender Vorsicht zwang, sowie in demselben neben der Hoffnung auf eine durch die Regierung angebahnte Verständigung der Parteien auch die Gefahr der Entfremdung beider lag.

Die erste, aber auch die schwierigste Aufgabe, welche der Restauration zufiel, war die Wiedereinsetzung jener Functionäre, welchen die Revolution ihre Stellungen gekostet hatte, da es sich zumeist um Männer handelte, deren Schuld blos in ihrer allzugrossen Ergebenheit gegen die österreichische Regierung bestand, denen aber eben deshalb auch das tiefste Miss-trauen beider Parteien begegnete. Eben deshalb empfahl jetzt Kaunitz bei der Wiederbesetzung der Aemter vor Allem geschickte und anständige Leute in Betracht zu ziehen, ohne

¹ Mercy an Kaunitz, 12. Januar 1791. Minute.

Rücksicht auf die Partei, der sie während der Revolution angehört hatten, hingegen von den früheren Beamten die brauchbaren, soweit sie sich den Hass des Publicums zugezogen hätten, nicht auf ihren einstigen Posten, sondern womöglich anderweitig zu verwenden, die zu betagten und weniger brauchbaren aber in Ruhestand zu versetzen, und zwar in einer Art, mit der sie zufrieden sein könnten.¹

Während nun aber die Wiederbesetzung der höheren administrativen Behörden erst den Abschluss von Mercy's Amtsthätigkeit bilden sollte, wurden schon jetzt die Magistrate der Städte wieder eingesetzt und musste man auch auf die legale Besetzung der oberen Gerichtshöfe schon jetzt bedacht sein, sollte nicht sonst die Justizpflege in völligen Stillstand gerathen oder die Urtheilssprechung dieser Tribunale anfechtbar sein. So wurde denn vor Allem der grosse Rath von Mecheln auf dem Fusse des Jahres 1789 reactivirt;² am 26. Januar nahm derselbe seine Sitzungen wieder auf.³ Auch die Conseils von Flandern, Geldern und Namur nahmen, nachdem man die Mitglieder, die während der Revolution Aufnahme gefunden hatten, zum Austritte genöthigt, ihre Thätigkeit wieder auf, ohne dass dies auf erheblichen Widerstand stiess.

Anders in Hennegau und in Brabant. Der ‚souveraine‘ Conseil für den Hennegau hatte in Mons seinen Sitz. Er zerfiel in zwei Kammern und bestand aus dem Grand-Bailli, dem Präsidenten, zwei Conseillers-clerics, zwei Chevaliers de cour, zehn Conseillers de longue robe, von denen einer die Functionen eines Advocaten des Souverains (avocat fiscal) bekleidete, (seit 1771) einem Substitut avocat fiscal, zwei Greffiers und vier Secretären.⁴

Im Jahre 1789 hatte Josef II. aus diesem Rathe vier oppositionelle Mitglieder — die beiden dem geistlichen Stande angehörigen, einen Chevalier de cour und einen Conseiller de longue robe — entfernt, zwei von diesen Plätzen — einen geistlichen und den adeligen — als solche aufgehoben und statt dessen ohne

¹ Kaunitz an Crumpipen, Vienne, le 5 janvier 1791 (Orig.).

² Mercy an Kaunitz, Bruxelles, le 16 janvier 1791.

³ Wiener Zeitung 1791, S. 418.

⁴ Le voyageur dans les Pays-bas Autrichiens ou lettres sur l'état actuel de ces pays, Tome VI, 165 ff. Amsterdam 1783. Piot, Le règne de Marie-Thérèse dans les Pays-bas Autrichiens. Louvain 1874, S. 269.

Rücksicht auf das durch Carl VI. dem Rathe zugestandene Recht der Präsentation lediglich aus eigener Machtvollkommenheit andere Rathsherren ernannt und das gleiche Verfahren auch, als zwei Stellen von Conseillers de longue robe¹ durch Tod erledigt wurden, in Anwendung gebracht. Allein während der Revolution verliessen die sechs neuernannten Rätthe den Conseil und die Provinz, und da zugleich zwei weitere Posten im Rathe durch Tod erledigt wurden, drohte sich dieser trotz des Wiedereintrittes dreier seiner abgesetzten Mitglieder aufzulösen, hätten nicht die Stände die vacanten Stellen auf Grund einer Präsentation des Rathes von Neuem besetzt.

Nach der Wiederherstellung der österreichischen Herrschaft kam es den Ständen von Hennegau darauf an, den Wiedereintritt der 1789 octroyirten Rathsherren hintanzuhalten, dagegen die Anerkennung der von ihnen ernannten durchzusetzen; darum traten sie mit einer vom 21. Januar 1791 datirten Denkschrift an Mercy heran, die trotz der allgemeinen Ausdrücke, in denen sie sich bewegte, doch ohne Zweifel dem angedeuteten Zwecke dienen sollte. Denn nicht nur, dass sie verlangten, es solle bei der Wiederbesetzung der öffentlichen Aemter lediglich auf Personen, die das allgemeine Vertrauen genössen, bei der Erneuerung des Conseil privé insbesondere auch auf solche aus ihrer Provinz Rücksicht genommen werden, und dass sie, da dies die Absetzung einer Anzahl von Personen zur Voraussetzung hatte, die vielleicht in constitutioneller Art zu ihren Aemtern gelangt waren, sich zu einem billigen Schadenersatz an diese erboten; sie verlangten auch die Wiedereinsetzung jener Personen ihrer Provinz, die man wegen ihrer Anhänglichkeit an die Gesetze des Landes willkürlich abgesetzt habe, in ihre früheren Aemter, sowie die Beseitigung jener, die in deren eigentlich unerledigte Stellen eingesetzt worden seien.²

Als Mercy trotzdem Miene machte, den Conseil von Mons in einer Weise zu bilden, die den in jener Note geäusserten Wünschen nicht entsprach, richteten die versammelten hennegauischen Stände am 1. März eine neue Vorstellung an den

¹ Ueber die Ausdrücke ‚de l'épée‘ und ‚de longue robe‘ vgl. Le voyageur, I, 34.

² Mémoire rédigé en assemblée générale des Etats du pays et comté de Hainaut, du 21 janvier 1791. Copie.

Minister, in der sie sein Vorhaben mit denselben Argumenten wie in jener früheren Denkschrift bekämpften. Sie müssten es — erklärten sie — zu ihrem Bedauern ablehnen, ihre Hände zu einem Arrangement zu bieten, welches die Einführung der Mitglieder des Rathes von Hennegau in einer anderen als der durch die Verfassung vorgeschriebenen Weise bezwecke. Sie müssten vielmehr bemerken, dass der grösste Theil derer, die man in den Rath einführen wolle, hiezu nicht befähigt sei; letztere würden mit nicht erledigten Aemtern bekleidet, denn man habe die Personen, an deren Stelle sie treten sollten, aus allen diesen Aemtern mit Gewalt und durch illegale Mittel verdrängt. Mercy selbst habe die Legalität des Conseils, so wie er während der Unruhen bestanden, anerkannt; er habe demselben eine Copie seiner Vollmachten, sowie jener des Statthalterpaares zugesandt und eine Deputation des Conseils, die ihn zu seiner Ankunft in Brüssel beglückwünschte, empfangen. Die Stände baten Mercy, die Verfügungen aus der Zeit Josephs II. rückgängig zu machen, in Uebereinstimmung mit dem in der Declaration vom 14. October v. J. enthaltenen Versprechen des Kaisers, Alles abstellen zu wollen, was unter der letzten Regierung gegen die Verfassung geschehen sei. Könne er die während der Revolution ernannten Räte nicht bestätigen, so möge er wenigstens die am 21. October und 3. December 1788 gemachten Vorschläge für einen Conseiller aus dem Adel und einen Conseiller de longue robe erledigen und nach und nach die Körperschaft auf Grund von Tervorschlägen ergänzen. Würde er endlich auch dies nicht auf sich nehmen können, so baten sie ihn, ihr Ansuchen dem Kaiser fürwörtlich vorzulegen, auf dass sie im Stande seien, ihre Deputirten in Wien davon schleunigst in Kenntniss zu setzen und durch sie dem Kaiser die lebhaftesten Vorstellungen zu machen.¹

Denn die Stände von Hennegau hatten bereits zuvor eine Deputation nach Wien gesandt, um den neuen Monarchen ihrer Ergebenheit zu versichern, zugleich aber auch ihre Wünsche zu dessen Kenntniss zu bringen. Zu Gesandten ersah

¹ Die Stände von Hennegau an Mercy: „De notre assemblée générale à Mons, le 1^{er} mars 1791.“ Copie.

man Norbert Durieu, Abt von St. Feuillien, den Mercy selbst als ‚ziemlich gemässigt‘ bezeichnet, den Grafen Charles de Thiennes de Sombize, der Minister des sogenannten Congresses zu Paris gewesen war, P. du Rieux, ‚eine unbedeutende Persönlichkeit‘, und C. J. X. de Marbaix, von dem nach Mercy das Gleiche galt.¹

Am Wiener Hofe sah man ungern die Ankunft dieser Deputation. Schon am 16. Februar, auf die erste Kunde von der Absicht der hennegauischen Stände, theilte Kaunitz dem Grafen Mercy mit, der Kaiser habe erklärt, dass die Absendung von keinem Nutzen sein und nur unangenehm berühren werde. Mercy sollte den Ständen eröffnen, dass angesichts der bevorstehenden Reise des Kaisers nach Italien die Deputation ganz zwecklos sei und unnöthige Kosten verursachen werde; man möge die Reise wenigstens bis auf die Rückkehr des Monarchen nach Wien versparen und sich einstweilen mit dem betreffenden Anliegen an die Generalstatthalter wenden.²

Doch umsonst. Am 6. März befanden sich die vier Deputirten in Wien; sie konnten noch dem Kaiser selbst vor dessen Abreise nach Italien ein Schreiben überreichen, das denselben der Treue und Ergebenheit der Stände von Hennegau versicherte und zugleich die Hoffnung aussprach, dass es ihnen fortan gegönnt sein werde, alle ihre Anliegen in den ‚väterlichen Schooss des Souverains‘ niederzulegen. In der That forderte Leopold II. die Deputirten auf, die Wünsche der Stände schriftlich zu formuliren. So entstand das Memoire vom 14. März 1791, welches diese Wünsche in vier Punkte zusammenfasste. Der erste Punkt betraf den Umfang und die Tragweite der zugesagten allgemeinen Amnestie. Um das Vertrauen wieder herzustellen, sei es nöthig, eine Scheidemauer zwischen Vergangenheit und Gegenwart aufzuführen; diese Mauer sei vollständiges Vergeben und Vergessen des Geschehenen, wie dies Seine Majestät durch die Declaration vom

¹ Die Namen der Deputirten nach ihren eigenen Unterschriften auf der mir allerdings nur in Copie vorliegenden Eingabe ddo. 6 mars 1791 an den Kaiser. Die Charakteristik derselben in einem Berichte Mercy's an Kaunitz, 5 février 1791 (Minute).

² Kaunitz an Mercy, Vienne, ce 16 février 1791 (Orig.).

14. October v. J. versprochen habe. Allein noch gebe man sich in dieser Hinsicht Zweifeln und Besorgnissen hin, weshalb der Kaiser erklären möge, dass aus Anlass der letzten Unruhen Niemand irgendwie, weder direct noch indirect belangt und belästigt werden dürfe, und dass dieses Zugeständniss sich auch auf jene Officiere und Soldaten zu erstrecken habe, die den kaiserlichen Dienst verlassen und in die von den Ständen aufgestellten Corps eingetreten seien. Seine Majestät möge ausserdem in dieses ‚allgemeine Vergessen‘ (*oubli général*) auch jene Fonds einbeziehen, welche sich im königlichen Schatze, der Münze, den öffentlichen Cassen befunden hätten und aus Anlass der Unruhen von den Ständen verwendet worden seien, und ferner die Anordnung treffen, dass die von den Ständen der Provinz Hennegau contrahirten Anleihen pünktlich bezahlt und auch von Seite der Stände allen Forderungen nachgekommen werde, welche aus jener unseligen Zeit von einzelnen Lieferanten erhoben würden. Der zweite Punkt betraf den ‚souverainen Conseil‘ von Hennegau. Die Verfassung setze fest, dass kein Mitglied dieser Körperschaft anders als auf Grund eines rechtskräftigen Urtheils (*par justice et sentence*) abgesetzt werden dürfe, und dass die Ernennung der Mitglieder auf Grund einer Terne zu erfolgen habe. Diese Fundamentalsätze der Verfassung habe man 1789 verletzt, und es sei zu besorgen, dass die Verfassung durch den inconstitutionellen Eintritt der von der früheren Regierung octroyirten Mitglieder eine neue Verletzung erfahren werde. Auch in dieser Beziehung möge der Kaiser eine beruhigende Erklärung abgeben. Der dritte Punkt des *Memoires* richtete sich gegen die Bestrebungen der Vonckisten, soweit diese auf eine zeitgemässe Reform der ständischen Verfassung gerichtet waren. Es gebe neuerungssüchtige Geister, die ihr System in der Provinz zu verbreiten und Entzweiung hervorzurufen suchten, indem sie die Autorität des Thrones untergruben und die constitutionellen Gesetze, die dessen Stützen sind, umzustürzen suchten. Es sei Zeit, dem Einhalt zu thun, und dies würde geschehen, falls der Kaiser entsprechend der Zusage vom 14. October Alles auf den früheren Stand zurückführen, durch seine Inauguration die alten Bande mit der Nation wieder anknüpfen, zugleich aber jede Hoffnung einer den Fundamentalgesetzen entgegengesetzten Neuerung

abschneiden würde. Als vierten Punkt und als eine der Hauptursachen der letzten Unruhen bezeichnete die Denkschrift, dass den Ständen Hennegaus nicht gestattet worden sei, sich direct an den Souverain zu wenden. Daher möge Seine Majestät erklären, dass die Stände in Zukunft ohne alle Schwierigkeit, sei es durch Gesandte, sei es durch Vorstellungen sich direct an das Generalgouvernement und unter Umständen an den Monarchen sollten wenden dürfen. Zugleich übermittelten die Deputirten dem Kaiser auch jenes Memoire, das die Stände am 21. Januar an Mercy gerichtet hatten, und in dem die Mittel angedeutet seien, durch die das öffentliche Vertrauen wieder befestigt werden könne.¹

Das für den Kaiser bestimmte Memoire der hennegauischen Stände vom 14. März wurde dem Erzherzog Franz² in Wien von den Deputirten derselben überreicht und von diesem dem in Italien weilenden Kaiser übermittelt. Auch dem Herzoge Albert zu Sachsen-Teschen und seiner Gemahlin, die sich damals in Wien aufhielten, wurde das Schriftstück zur Begutachtung vorgelegt. Es sind uns die zum Theile recht scharfen ‚Bemerkungen‘ noch erhalten, mit denen diese das ständische Memoire begleiteten. Zu Artikel 1 hebt der Herzog hervor, Soldaten und Officiere, die ihre Fahnen verlassen hätten, seien nie und nirgends zu denen gerechnet worden, auf die sich die anderen Rebellen zugestandene Amnestie beziehe. Der besondere Eid, den sie geleistet, und die Militärgesetze, unter denen sie ständen, unterscheide sie hierin von diesen. So habe denn auch Seine Majestät dem Generalcommando der Niederlande die Verlängerung des speciell zu Gunsten der desertirten Soldaten ertheilten Pardons nur unter der Bedingung gestattet, dass die eidbrüchigen Officiere nicht von dem Process befreit seien, der ihnen militärisch gemacht worden sei oder gemacht werden würde, sich selbst aber vorbehalten, gegebenenfalls Gnade für Recht ergehen zu lassen.

¹ Das von den vier Deputirten überreichte Memoire datirt vom 14. März 1791. Copie (St.-A. und A.-A.).

² Ihn hatte Leopold II. während seiner Abwesenheit mit der Entscheidung minder wichtiger Angelegenheiten aus Belgien betraut; über wichtigere sollte seine eigene Entscheidung durch Couriere eingeholt werden. A. Beer, Josef II., Leopold II. und Kaunitz. Wien 1873, S. 400.

Würde also das Verlangen der Stände nur auf Gnade gerichtet sein, so sei diese bereits für die meisten Fälle in Aussicht gestellt, komme es aber den Ständen auf den Wiedereintritt jener Officiere in ihre früheren Bezüge, ihren früheren Charakter und ihre militärische Stellung von ehemals an, so sei dies eine ebenso ungereimte als unerfüllbare Bitte, die den übelsten Einfluss auf die Disciplin der Truppen ausüben müsste. Die Dispens von der Rückerstattung der dem Souverain entzogenen Gelder, die Anerkennung der während der Unruhen contrahirten Anlehen und die Forderung, der Kaiser solle die Lieferungen, die an die Stände während der Unruhen geleistet worden seien, bezahlen, bezeichnet der Erzherzog als ebenso unerfüllbar, da dies einer Sanctionirung des Gebahrens der Stände während der Unruhen gleichkommen und zu neuen Erhebungen ermuthigen würde. Was die in Artikel 2 enthaltene Opposition gegen die Zusammensetzung des Conseils von Hennegau betraf, so, meinte der Erzherzog, sei die Frage, ob die in den Conseil aufzunehmenden Personen von dem Conseil selbst präsentirt werden müssten oder nicht, schon oft erörtert und sehr verschieden beantwortet worden, und es würde von gefährlichen Consequenzen begleitet sein, sie ohne weitere Prüfung entscheiden zu wollen. Jedoch sei das Verlangen nach der Wiederbesetzung der unterdrückten Stellen eines Conseiller ecclesiastique und eines Conseiller d'épée wohl der Beachtung werth. Anders verhalte es sich mit der Forderung, dass die Mitglieder aus dem Conseil entfernt werden sollten, die in denselben von dem Souverain vor der Revolution eingesetzt worden seien. Das heiße, die, welche nicht an der Revolte theilgenommen und treu geblieben seien, aus ihren Aemtern entfernen und würde zur Folge haben, dass in Zukunft sich niemand mehr finden würde, der es wagte, die Rechte des Souveräns gegen illegitime Prätensionen aufrecht zu erhalten. Das gelte in noch höherem Masse von dem Verlangen nach Beibehaltung der während der Unruhen ernannten Mitglieder. Denn dies bedeute nichts Geringeres, als dass der Souverän einen in jeder Hinsicht illegitimen Act sanctionire und denen, welche den Ständen während ihrer Revolte die eifrigsten Dienste geleistet hätten, Belohnung statt Strafe zu Theil werden lasse. Mit Unrecht beriefen sich die Stände von Hennegau auf die De-

claration vom 14. October, die nur für einen bestimmten Termin gegolten habe. Sie vergäßen dabei, dass, wenn sie auch vielleicht schon vor Ablauf dieses Termins ihre Unterwerfung beschlossen hätten, doch dieser Beschluss innerhalb jener Frist nicht bekanntgegeben worden sei, dass sie gegen die Acte des Congresses bis zu dessen Ende nicht protestirt, dass vielmehr ihre Emissäre bis zum letzten Augenblicke an den verschiedenen Höfen den Interessen Seiner Majestät entgegenwirkten und ihre Deputirten im Haag dem bevollmächtigten Minister ihre Unterwerfung erst dann angezeigt, als sie sahen, dass ihre Schritte, um im Verein mit denen der anderen Provinzen die Unabhängigkeit aufrecht zu erhalten, hoffnungslos seien und dass sie ihre Unterwerfung den Generalen Seiner Majestät erst in dem Momente ausgesprochen hätten, als dessen Truppen schon in ihrer Provinz standen und im Begriffe waren, in ihre Hauptstadt einzurücken. Es würde also klüger gewesen sein, hätten die Stände in ihrem Memoire vielmehr ihrer aufrichtigen Reue über das Geschehene und dem Versprechen der Besserung Ausdruck gegeben. Was (Art. 3) ihre Furcht vor einer Gegenpartei anlange, so beweise dieselbe blos, dass sie sich mit Unrecht den Namen der ganzen Nation beilegen. Gewiss habe das Gouvernement darauf zu achten, Parteiungen im Lande zuvorzukommen, aber es sei Unrecht, zu verlangen, dass der Kaiser und sein Gouverneur diejenigen nicht anhören sollten, die sich von den Ständen nicht blindlings leiten lassen, zumal letztere, statt bei sich einzukehren, nur neue Forderungen formuliren. In Artikel 4 verlangten die Stände, dass ihnen jederzeit der Zutritt zu dem Generalgouverneur und zu dem Kaiser offen stehen solle. Dies sei ohnedies der Fall, aber könne doch nur in wichtigen Fällen oder wenn sie sich zuvor an das Gouvernement gewendet und bei demselben ihr vermeintliches Recht nicht gefunden hätten, gestattet werden. Uebrigens sei nicht anzunehmen, dass Seine Majestät über eine direct an ihn gerichtete Vorstellung der Deputirten ohne vorhergehendes Einvernehmen mit dem Gouvernement entscheiden werde. Auch würden schriftliche Eingaben an den Souverain, wenn sie begründet seien, denselben Eindruck machen wie kostspielige Gesandtschaften. Es sei übrigens nicht der Brauch, dass die Generalgouverneurs Gesandtschaften der Stände nur mit Zu-

stimmung des bevollmächtigten Ministers zuliessen, sondern es seien blos, um unnöthige Kosten zu vermeiden, die Stände angewiesen, vorerst den Generalgouverneurs das Motiv einer solchen Deputation anzuzeigen und um die Erlaubniss sie abgehen zu lassen, nachzusuchen. Die Deputirten citirten in ihrem Memoire jenes, das sie Mercy im Haag überreichten, ein Schriftstück, das mit der Ausübung der Souveränität des Monarchen unvereinbar sei. Mit welchem Rechte könnten sie ferner dem Letzteren zumuthen, seine treuen Diener ihrer Aemter zu entheben, auf die vage Anschuldigung hin, dass sie dem Volke missfielen und sein Vertrauen eingebüsst hätten? Würde man sich nicht durch Gewährung dieses Wunsches für immer jedes Mittels berauben, um sich über das, was in Zukunft die Uebelgesinnten planen könnten, zu unterrichten?¹

Während indess die Deputirten aus dem Hennegau, in Erwartung der Erledigung des von ihnen überreichten Memoire, ihren Aufenthalt in Wien verlängerten, war wenigstens bezüglich des Artikel 2 in den Niederlanden selbst eine thatsächliche Entscheidung gefallen. Von der Ansicht ausgehend, dass die Bildung einer Terne gesetzlich nicht vorgeschrieben sei, stellte Mercy den Conseil auf dem Fusse vom 12. December 1789 wieder her. Der Umstand, dass der Conseil von Hennegau gewöhnlich nur zwölf Conseillers de robe umfasste, veranlasste ihn, bei der neuen Zusammensetzung desselben den bereits vorhandenen sieben alten Räthen von jenen sechs, die 1789 ‚ohne Nomination‘ eingesetzt worden waren, nur fünf zuzugesellen, wogegen der sechste quiescirt werden sollte.² Die Wiederherstellung des Conseils sollte in der genannten Weise am 24. März erfolgen. Als aber an diesem Tage der Präsident des Conseils Gomignies die Mitglieder des Conseils in dem gewöhnlichen Berathungslocale versammelte und die Entscheidung Mercy's vom 19. März zu deren Kenntniss brachte, zogen sich die ‚alten‘ Räthe sofort zurück. Sie gaben nicht gerade ihre Demission, aber sie erklärten doch, dass ihr Gewissen ihnen untersage, neben denen zu sitzen, die auf inconstitutionellem Wege ernannt

¹ Remarques sur le mémoire adressé à S. M. et présenté à S. A. l'archiduc François par les députés des Etats du Hainaut. Copie. A.-A.

² Mercy an Kaunitz, Bruxelles, le 23 mars 1791. Copie.

worden seien. Sie unterfertigten über diese Erklärung eine Acte; ihrem Beispiele schlossen sich in einer besonderen Acte die Secretäre des Conseils, nachträglich auch die beiden Gref-fiers an.¹

In Folge dessen bestand vorläufig der Conseil, einschliesslich den Präsidenten, nur aus fünf Räthen, die indess regelmässig und ruhig tagten.² ‚Die Privilegien der Provinz,‘ meinte Mercy, ‚fordern keine grössere Zahl; da indess die etwaige Erkrankung eines dieser Richter grosse Verlegenheit bereiten könnte, will ich zur Ernennung eines sechsten Gliedes schreiten.‘ Er hoffte, bei einiger Festigkeit werde man erreichen, dass der eine oder andere der alten Räthe sich eines Besseren besinne; wo nicht, meinte er, könne man zur Ernennung von neuen schreiten, die alten aber als ipso facto ausgeschlossen ansehen.³

¹ Theils nach der Eingabe der Stände vom 30. März an den Kaiser, theils nach dem Berichte Mercy's an Kaunitz, Bruxelles, le 26 mars 1791, Copie, und nach einem Briefe Nieulant's an die Statthalter vom selben Tage, theils nach einem anonymen Briefe aus Brüssel, 27. März 1791.

² Crumpipen an die Statthalter, Bruxelles, le 10 avril 1791. Copie.

³ Mercy an Kaunitz. Bruxelles, le 31 mars 1791. — Die oben gegebene Darstellung dieses Hennegau'schen Conflictes weicht in einem wesentlichen Punkte von der des sonst so wohlunterrichteten Borgnet, Histoire des Belges, I, 210, ab, für den es zur Entschuldigung dienen darf, dass sich der betreffende Irrthum selbst in die gleichzeitigen officiellen Actenstücke einzuschleichen vermochte. Nach Borgnet hätte es sich um fünf Räthe gehandelt, die Josef II. 1789 ausgeschlossen und durch andere Räthe seiner Wahl ersetzt hätte. In Wirklichkeit handelte es sich aber, wie aus der Eingabe der Deputirten vom 14. März 1791 an den Kaiser hervorgeht, einerseits nur um vier abgesetzte, anderseits um sechs octroyirte Räthe (deux conseillers ecclésiastiques, un chevalier de cour, en supprimant les charges de l'un et de l'autre, et un conseiller de longue robe. On les a remplacés par la seule voix de l'autorité et en franchissant celle de la présentation; on nomma en outre à deux places de conseiller de robe longue, vacantes par mort). Allerdings ist im weiteren Verlaufe dieser Eingabe von sieben neuernannten Räthen die Rede (dans le courant de novembre de la dite année, ces nouveaux pourvus, au nombre de sept, ont abandonné le tribunal). Allein abgesehen davon, dass das Memoire vom 14. März nur in Copie vorliegt, sonach ‚sept‘ statt ‚six‘ verschrieben sein kann, ergibt sich die Zahl aus der früheren detaillirten Aufzählung von vier abgesetzten Räthen und zwei durch Tod vacanten Posten von selbst. Unzweifelhaft aber spricht Mercy's Bericht an Kaunitz vom 23. März 1791 von sechs octroyirten Räthen in einer Weise, die jeden

Aber die Stände von Hennegau gaben ihre Hoffnungen nicht auf. Sie billigten die Haltung der alten Rätthe und fuhren fort, die Wiedereinsetzung der von dem verstorbenen Kaiser ernannten Rätthe als inconstitutionell zu bezeichnen, wie sehr auch Mercy betonen mochte, dass sein Verfahren vollkommen verfassungsmässig sei, und dass es sich hier nicht um einen jener Fälle handle, in denen, gemäss den letzten Erklärungen des Souveräns, ein Concert mit den Ständen einzutreten habe oder eine Entscheidung durch beiderseits ernannte Schiedsrichter anzustreben sei.

Vor Allem aber rechneten die Stände auf den Erfolg ihrer noch immer in Wien weilenden Deputirten. Hiess es doch, dass diese die beste Aufnahme bei den Statthaltern, dem Kaiser und allen Ministern gefunden hätten. Geflissentlich verbreitete man die übertriebensten Gerüchte. Der Kaiser — hiess es — habe nicht nur alle Bitten zugestanden, sondern hinzugefügt, dass, wenn sie noch etwas Anderes zu wünschen hätten, er bereit sei, auch darauf einzugehen.¹

In Wirklichkeit verhielt es sich freilich anders. Wohl schrieb Kaunitz noch am 5. April an Mercy: ‚Ich war bisher der Meinung, dass die alte Organisation des Conseils von Hennegau in der Verfassung begründet sei;‘ aber er fügt zugleich hinzu: ‚doch ich bin erfreut, dass Euere Excellenz die entgegengesetzte Ueberzeugung hegen‘.² Und wie das Statthalterpaar die Sache betrachtete, geht aus den oben citirten ‚Bemerkungen‘ hervor, zu denen demselben das Memoire der Deputirten aus dem Hennegau den Anlass gab. Das Memoire und jene ‚Bemerkungen‘ erhielt der Kaiser, als er in Venedig³ weilte.

Zweifel ausschliesst, da ausdrücklich bemerkt wird, dass von diesen nur fünf in den Conseil wieder aufgenommen worden seien, während für den sechsten auf Quiescirung angetragen wird. Dadurch erklärt es sich auch, dass Nieulant in dem Briefe an die Statthalter vom 26. März behaupten kann: der Conseil bestehe gegenwärtig — nach Austritt der alten Rätthe — aus sechs Personen. Es wird hier nämlich noch jener sechste der octroyirten Rätthe, auf dessen Pensionirung angetragen ist, mitgezählt.

¹ Anonymer Brief ddo. Brüssel, 27. März 1791.

² Kaunitz an Mercy, Vienne, le 5 avril 1791. (Orig.)

³ Kaunitz an denselben, Vienne, le 11 avril 1791. (Orig.)

Er spendete den letzteren seinen vollen Beifall.¹ Dagegen missbilligte er den längeren Aufenthalt der Deputirten in Wien. ‚Ich weiss nicht,‘ schreibt er an seine Schwester Maria Christine, ‚ich weiss nicht, was die Deputirten aus Hennegau so lange in Wien zu schaffen haben. Sie thäten wohl besser, abzureisen, da sie in Wien, diesem Centrum der Corruption, Schlechtigkeit und Bosheit wohl kaum etwas Gutes werden zu melden und zu vernehmen haben.‘² Sein Misstrauen gegen die Abgeordneten war um so reger, da er vernahm, dass einer derselben, der Graf de Thiennes, vielfach mit (dem preussischen Gesandten³) Jacobi verkehrte und ihn um den Schutz seines Königs anging.⁴ Darum ertheilte er denn auch von Venedig aus Kaunitz den Auftrag, das Memoire vom 14. März in allgemeinen Ausdrücken zu beantworten, die Deputirten an Mercy, dem er seine Aufträge ertheilen werde, zu verweisen und sie zu schleuniger Rückkehr in ihre Heimat aufzufordern.⁵

Kaunitz, dem mittlerweile eine neue ‚Remontrance‘ vom 30. März zur Beförderung an den Kaiser übergeben worden war, entledigte sich am 11. April seines Auftrages.⁶ Er versprach, die neue Vorstellung dem Kaiser zukommen zu lassen, und erliess zugleich zwei Weisungen an Mercy, von denen die eine vertraulicher Natur denselben von den Intentionen des Kaisers in Kenntniss setzte, die andere, ostensible, den Deputirten, die er direct an ihn verwies, zur Empfehlung dienen sollte. Laut jener ersten Weisung stellte der Kaiser alles Weitere Mercy anheim, der übrigens, so schloss diese Note, selbst begreifen werde, dass die baldigste Wiederherstellung der Ruhe desto eher die auf die Unruhen berechneten Speculationen der Gegner zunichte machen werde, und dass es, unbeschadet der Würde des Kaisers, das Wichtigste sei,

¹ Leopold an Maria Christine, le 30 mars 1791 à Venise; bei Adam Wolf, Leopold II. und Marie Christine. Ihr Briefwechsel 217, nr. CXXXIX.

² Ebenda 216, nr. CXXXVIII. Vgl. ebenda 220, nr. CXLII; 223, nr. CXLIV.

³ Ebenda 217, nr. CXXXIX.

⁴ Ebenda 226, nr. CXLVII, wo der comte d'Etienne eben unser Graf de Thiennes ist. Vgl. ebenda 224 nr. CXLV.

⁵ Leopold an Maria Christine, le 30 mars 1791 à Venise. Ebenda 217, nr. CXXXIX.

⁶ Kaunitz an die Deputirten Hennegau's, Vienne, le 11 avril 1791. Copie.

das Vertrauen der Nation zu dem Souverän wiederzubeleben und die Erhaltung der Provinzen der Monarchie zu sichern, ohne dass man dazu eines ansehnlichen Armeecorps bedürfe.¹ Den Deputirten endlich legte man bei ihrem Scheiden ans Herz, auf ihre Committenten beruhigend einzuwirken und namentlich die Conseillers zum Wiedereintritt in den Conseil von Hennegau zu bewegen. Sei auch momentan nicht Alles nach ihrem Wunsche erledigt worden, so biete sich den Ständen ja Gelegenheit dar, bei der Inauguration auf die Sache zurückzukommen.²

Mittlerweile hatte sich aber in Hennegau selbst eine Spaltung innerhalb des dritten Standes vollzogen, und zwar ging dieselbe offenbar von jener Partei aus, gegen die sich der dritte Artikel des Memoires vom 14. März gerichtet hatte. Sie forderte, dass man auch dem dritten Stande Einblick in die Originalbriefe gewähre, welche die beiden ersten Stände von ihren Deputirten aus Wien erhalten hatten.³ Es war eine Folge dieser Spaltung, dass jene neue Remontrance vom 30. März, welche in Folge eines am 28. gefassten Beschlusses unmittelbar an den Kaiser gerichtet wurde, nicht mehr von der Gesamtheit der Stände ausging, dass vielmehr die Majorität des dritten Standes (durch Beschluss vom 27. und 30. März) ihre ‚Adhäsion‘ an die Depesche vom 22. März, mit der Mercy das Decret vom 19. begleitet hatte, aussprach und in diesem Sinne sich auch ihrerseits mit einer ‚Repräsentation‘ vom 4. April an den Kaiser wendete.⁴

Die Remontrance vom 30. März führte Klage über den Gewaltstreich vom 24. März und unterzog die Depesche Mercy's vom 19. März der schärfsten Kritik. Letztere — hiess es — setze mit mehr Affectation als Begründung Zweifel in eine klare Bestimmung der Verfassung. Denn bei der Begründung des Conseils durch die Erzherzoge Albert und Isabella sei im Einvernehmen mit den Ständen festgesetzt worden, dass die

¹ Kaunitz an Mercy, Vienne, le 11 avril 1791. Orig.

² Kaunitz an Mercy, Vienne, le 18 avril 1791. Copie.

³ Anonymer Brief aus Brüssel, 1^{er} avril 1791.

⁴ Dies Alles erhellt aus dem unten zu citirenden Schriftstücke der Gegenpartei vom 17. April.

Besetzung der vacanten Stellen jenes Tribunals auf Grund einer von dem Grand-Bailli und den Mitgliedern des Rathes aufgestellten Terne zu erfolgen habe — eine Bestimmung, die durch die Anordnungen späterer Zeit sich nicht geändert habe und noch 1774 in Kraft gewesen sei. Wie könne es dem gegenüber Mercy wagen, die übrigens unverständliche Behauptung auszusprechen, es habe sich auf Grund einer Prüfung der Gesetze, Freiheiten und Gewohnheiten Hennegaus ergeben, dass der fragliche Punkt nicht ‚eigentlich‘ constitutionell (*n'est pas proprement constitutionnel*) sei, eine Behauptung, deren Grundlosigkeit die Redacteurs jener Depesche selbst empfunden haben müssten, da sie sich nicht schlangweg des Ausdruckes ‚nicht constitutionell‘ bedienten und die als eine bisher unerhörte Distinction zu gerechten Befürchtungen Anlass gebe? Die Präsentation einer Terne sei vielmehr constitutionell und die Wiedereinsetzung von Personen, die in trüber Zeit ohne Terne in den Rath eingeführt worden seien, eine Verletzung der Verfassung des Landes; jener Verfassung, wie sie zur Zeit der Inauguration Maria Theresias und unter ihrem Vater bestanden und deren Aufrechthaltung die Declaration vom 14. October v. J. versprach. Ja die Stände beriefen sich selbst auf Art. 3, § 13 der Haager Convention vom 10. December v. J., der zufolge, falls Zweifel über eine Verfassungsbestimmung auftauchen würden, der Kaiser und die Stände Commissäre zur Abhaltung von Conferenzen ernennen, und wenn diese resultatlos blieben, beide Schiedsrichter erwählen und sich dem Ausspruche derselben unterwerfen sollten. Jene Depesche sei demnach ein Angriff auf die Verfassung der Provinz und überdies zu einer Zeit erflossen, wo die Deputirten der Stände sich an den Stufen des Thrones befänden und Aussicht auf billige Berücksichtigung ihrer Wünsche eröffneten. Noch eine andere Bemerkung meinten die Stände jener Depesche entgegensetzen zu sollen. Es heisse in derselben: ‚Wir bestätigen für die Zukunft dem Conseil das Recht der Nomination‘ und weiterhin: ‚und wir erklären, dass sowohl die gegenwärtig vacanten als auch die in Zukunft vacant werdenden Posten nur auf Grund einer Nomination des Conseils verliehen werden können.‘ Durch das erste verrathe man, dass man innerlich von der Rechtmässigkeit der Terne überzeugt sei, da man sich sonst nicht des Ausdruckes

bestätigen‘ bedienen würde. Die zweite Anordnung aber bezeichne einen Widerspruch mit sich selbst, da man in einem Athem erkläre, dass die vacanten und die in Zukunft ledig werdenden Plätze im Conseil nur auf Grund einer Nomination desselben besetzt werden dürften und gleichzeitig das Gegentheil davon thue.¹

Am 17. April wendete sich auch eine Anzahl von Doyens, Connétables und Membres des corps de métiers et corporations der Stadt Mons direct an den Kaiser. Es war dies die Minorität des dritten Standes, die sich gegen das selbstständige Vorgehen der Majorität desselben und gegen den stolzen Namen einer ‚Repräsentantin des zahlreichsten Theiles der Nation‘, welchen letztere sich beigelegt hatte, verwahrte, da doch nur die drei Stände in ihrer Gesammtheit als legitime Vertreter der Nation zu betrachten seien, und ihr Festhalten an der von allen drei Ständen ausgegangenen Denkschrift vom 1. März und an der Remontrance der beiden ersten Stände vom 30. d. M. aussprach.² Die Eingabe der Doyens wurde in Wien durch einen Advocaten (Blareau) dem Staatskanzler versiegelt ‚seitens des dritten Standes von Hennegau‘ übergeben, von diesem aber Mercy zur beliebigen Erledigung zugesandt.³

Doch mit der Spaltung innerhalb des dritten Standes war auch die Opposition gebrochen. Schon am 20. April vermochte Mercy zu berichten, dass jene fünf Rathsherren, die sich am 24. März aus dem Conseil zurückgezogen hatten, bei Ablauf des letzten Termins, den er gesetzt, sich ihm vorgestellt und den Eid geleistet, dass diesem Beispiele sich auch ein Greffier und drei Secretäre angeschlossen hätten, und dass voraussichtlich bald auch die übrigen Mitglieder des Tribunals nachfolgen würden.⁴ Auch die beiden ersten Stände gaben nach. Sie liessen sich die Wiedereinführung der octroyirten Räthe gefallen und schlugen vor, den Rath in drei Kammern zu theilen; sie erboten sich zur Leistung des Subside, zur Entschä-

¹ Les états du pays et comté de Haïnaut an den Kaiser, Mons, le 30 mars 1794. Copie. Unterzeichnet von du Pré.

² Original im Staatsarchiv bei den Weisungen an Mercy.

³ Kaunitz an Mercy, Vienne, le 6 juin 1791. Orig.

⁴ Mercy an Kaunitz, Bruxelles, le 20 avril 1791. Copie.

digung der Privatpersonen, zur Zurückerstattung der öffentlichen Gelder und zur Bezahlung ihrer Schulden, ohne das Volk belasten zu wollen. In Folge dessen sandte Mercy zwei Commissäre, den Grafen von Gomignies, Bruder des Präsidenten, und den Rath Villeuze nach Mons, um über all diese Punkte mit den Ständen zu verhandeln.¹ Am 26. Mai befand sich Mercy bereits im Besitze der Acte, in welcher die Stände von Hennegau ihrer Accession zur Inauguration Ausdruck gaben. Nur wünschten sie, dass der von dem Souverän zu leistende Eid in einem Punkte abgeändert werde. Dem Herkommen gemäss hätte derselbe die Aufrechthaltung und Befolgung der Privilegien, ‚sowie weiland Seine Majestät Kaiser Josef II. und seine erhabenen Vorfahren dieselben beobachtet‘, versprechen sollen. Die Stände hingegen wünschten, dass statt Josef II. ‚die Kaiserin Maria Theresia‘ substituirt werden möge, und beriefen sich hiefür auf die Ratification der Convention vom Haag, in welcher Leopold II. die Epoche der Regierung seiner Mutter bezüglich der Beobachtung der Privilegien als normgebend bezeichnet hatte. Mercy hatte im Grunde dagegen nichts einzuwenden, behielt sich aber vor, hierüber die Meinung des ganzen Comités einzuholen und, falls dieses kein Bedenken dagegen äussere, dem Wunsche der Stände zu willfahren, sonst aber darauf zu bestehen, dass überhaupt kein Vorgänger des Kaisers namentlich genannt werde, sondern dass es bei dem allgemeinen Ausdrucke: ‚Vorfahren Seiner Majestät‘ sein Bewenden habe;² eine Verfügung, welche Kaunitz vollinhaltlich billigte.³

Am 1. Juni meldete Mercy, dass das Subside von Seite der Stände von Hennegau bewilligt worden sei; am 3., dass sie sich auch zur Entrichtung ihrer Quote an dem Don gratuit von 7 Millionen, zahlbar in drei Jahren, welches dem Kaiser zur Entschädigung der in den letzten Unruhen erlittenen Verluste dienen sollte, herbeigelassen hätten, sowie auch zur Zahlung von 200.000 Gulden als Entschädigung für die zu jener Zeit ausgeplünderten Privatpersonen;⁴ am 12. endlich, dass die

¹ Anonymer Brief ddo. Bruxelles, du 16 mai 1791. Copie.

² Mercy an Kaunitz, Bruxelles, le 26 mai 1791. Copie.

³ Kaunitz an Mercy, Vienne, le 5 juin 1791. Orig.

⁴ Mercy an Kaunitz, Bruxelles, le 3 juin 1791. Copie.

Verhandlungen zu Mons zu einem Abschlusse gediehen seien, der ebenso sehr dem Interesse der Regierung als auch der Wiederherstellung des wechselseitigen guten Einvernehmens der drei Stände des Landes entspreche.¹ Im Zusammenhange damit erfolgte die Verkündigung einer unbeschränkten Amnestie.²

Einen günstigen Eindruck machte es auch, dass die Würde eines Grand-Bailli von Hennegau, die sich einst im Besitze der Familie Aremberg befunden, die aber Kaiser Josef II. dem im Lande wenig beliebten Grafen von Arberg übertragen hatte,³ nunmehr dem Abgott der Provinz, dem Fürsten Carl Josef von Ligne, verliehen wurde, der zugleich auch, so wie zuvor, die Stellung eines Gouverneurs von Mons bekleidete, und den man bei seinem phantastischen Einzuge in diese Stadt mit Jubel begrüßte.⁴

3. Der Conseil von Brabant. — Das Decret vom 25. Februar 1791.

Die grössten Schwierigkeiten ergaben sich bei der Neu-besetzung des Conseils von Brabant. Als oberstes Justiztribunal der Provinz dieses Namens⁵ sollte derselbe nach den Bestimmungen der ‚joyeuse entrée‘ aus einem Kanzler oder Siegelbewahrer (*garde des sceaux Barbançons*) und mindestens sieben Räthen bestehen, denen der Souverän noch andere nach seinem Ermessen zugesellen konnte. Die Rätche, welche als Rätche des Souveräns erachtet wurden, übten ihr Amt auf Grund des Eides der Treue aus, den sie demselben leisten mussten. Ausserdem leisteten sie aber auch einen solchen auf die Aufrechthaltung der Verfassung und hatte sich die Gewohnheit herausgebildet, dass diese Eidesleistung in Gegenwart der

¹ Mercy an Kaunitz, Bruxelles, le 12 juin 1791. Copie.

² Mercy an Kaunitz, Bruxelles, le 22 juin 1791. Copie.

³ M. Gachard, *Etudes et notices historiques concernant l'histoire des Pays-Bas*. Bruxelles, 1890. III, 351—352, 363—366.

⁴ Ebenda 366 ff. Vgl. auch Gachard im Bulletin. 1862. Série 2, tome XIII, 608 ff. Auf diesen Einzug bezieht sich, was de Ligne in seinen *Mémoires* (bei Lacroix 113 ff.) bemerkt. Er leistete am 9. August 1791 in der Kathedrale zu Mons den herkömmlichen Eid. Wiener Zeitung 1791, S. 2259.

⁵ Vgl. (Neny) *Mémoires* II, 119 ff. (3. Ausgabe). *Le voyageur* I, 277.

Abgeordneten der Stände erfolgen musste. Da ferner der Rath von Brabant alle Ordonnanzen, die durch seine Vermittlung im Namen des Souveräns erlassen wurden, zu promulgiren hatte, auf dass sie Gesetzeskraft in der Provinz erlangten und sonach gleichsam als Depositär seiner Gesetze und Anordnungen betrachtet wurde, so begreift man den Einfluss, den er auf alle öffentlichen Angelegenheiten des Landes ausübte.

Die ablehnende Haltung, die der Rath von Brabant gegenüber den beabsichtigten Reformen Josefs II. einnahm, hatte diesen gegen denselben sehr verstimmt. Durch jene Reformen aufgehoben, wurde der Rath zwar einige Monate darnach wieder eingesetzt, doch hegte Josef die Absicht, aus demselben diejenigen Mitglieder zu entfernen, die seine Absichten vor allen zu durchkreuzen suchten. Wohl stand der Kaiser auch von diesem Vorhaben ab. Es geschah dies angesichts der Vorstellungen, die man ihm bezüglich der Inamobilität der Mitglieder des Rathes machte — einer Inamobilität, die zwar in früherer Zeit von verschiedenen Rechtsgelehrten bestritten worden war, nichtsdestoweniger gewohnheitsrechtliche Geltung erlangt hatte, so zwar, dass ihre Absetzung nur auf dem Rechtswege und auf Grund eines Urtheiles ihrer competenten Richter, d. i. nach dem Wortlaute der *joyeuse entrée* der Adeligen und der *bonnes villes* der Provinz sollte erfolgen können. Da indessen der Rath in seiner damaligen Zusammensetzung allzu augenscheinlich von den Ansichten der Stände abhing und sich allen Massregeln der Regierung nur allzu feindlich erwies, so suchte man diesem Uebelstande auf einem dem Souverän gesetzlich zustehenden Wege, nämlich dadurch zu begegnen, dass man beliebig viel neue Räthe ernannte, um sodann aus diesen eine dritte Kammer zu bilden. Wohl erhoben die Stände Vorstellungen dagegen; da sie aber keinen gesetzlichen Einwand gegen jene Massregel vorzubringen im Stande waren, so weigerten sie sich auch nicht, von den durch den Souverän ernannten Räthen die Leistung des üblichen Eides auf die Verfassung entgegenzunehmen, so dass die Letzteren ohne Widerrede und Hinderniss ihr Amt ausüben konnten. Der Rath bestand zu jener Zeit aus 21 Räthen, welche bis zum Monate Juni 1789 fungirten. Als aber damals Graf Trauttmansdorff in Folge der ihm vom Kaiser ertheilten Vollmachten die Versammlung und die

Deputation der Stände von Brabant aufhob, wurde zugleich der Rath von Brabant cassirt (18. Juni 1789). Da man übrigens die Provinz nicht ohne ein Tribunal belassen konnte, welches in den Fällen, für die jenes bestand, entscheiden sollte, so wurde an dessen Stelle ein anderes Tribunal gesetzt, in das man sieben Mitglieder des Conseils von Brabant als dritte Kammer (für die Justizpflege in Brabant), jedoch in der Eigenschaft von Räthen des Grossen Rathes von Mecheln delegirte. Die Delegirten nahmen ihren Auftrag an und leisteten den neuen Eid, der ihnen aus diesem Anlasse abgefordert wurde. Der Ausbruch der Revolution im November dieses Jahres veranlasste zwar den Grafen Trauttmansdorff, im Namen des Kaisers zu erklären, dass Alles auf den alten Fuss zurückzusetzen sei; aber diese Erklärung hatte nicht die gehoffte Wirkung, da die Dinge bereits zu weit vorgeschritten und die Gemüther schon zu sehr verbittert waren. Die Anerbietungen des Ministers waren daher verworfen worden und die Insurrection ging ihren weiteren Weg. Die Stände erklärten sich endlich souverän. Der Conseil von Brabant trat wieder ins Leben. Doch war es nur ein Rumpfconseil. Nur neun¹ Mitglieder hatten sich versammelt; sie übten ihre Functionen auf Grund der von den Ständen usurpirten Souveränität aus. Sie erkannten dieselbe förmlich an, sie sanctionirten dieselbe feierlich durch ein Edict und leisteten den Ständen den Eid der Treue, wie sonst dem Souverän. Dagegen waren der einstige Kanzler, der Vicekanzler, der Fiscal (*conseiller fiscal*), zwei andere von den einstigen Räthen und jene sieben, welche die Stellung von Räthen am Grossen Conseil angenommen hatten, in den Rath von Brabant nicht wieder einberufen worden.²

Als die österreichische Herrschaft im December 1790 von Neuem begründet wurde, fungirte der Rath in der Zusammensetzung, die er während der Revolution gefunden hatte, noch

¹ Nach der *Récapitulation* (s. unten) waren es zehn.

² Nach den *Memoiren* Herzog Alberts (A.-A.), die übrigens in diesem die fünf *Conseillers* betreffenden Theile auf der wörtlichen Wiederholung einer früheren Aufzeichnung, betitelt: *„Note sur l'affaire des cinq conseillers de Brabant, écrite par S. A. R. le duc à Dresde, en 1793“* beruhen.

eine Weile fort. Er nahm nicht nur das Notificationsschreiben entgegen, das Graf Mercy in den gewöhnlichen Formen an ihn richtete, sondern entsendete bei dessen Ankunft sogar eine Deputation an den Minister, die dieser auch empfing. Factisch bestand jetzt der Conseil von Brabant aus zehn Räthen,¹ die vor den Unruhen ihr Amt erhalten hatten; der Kanzler Crumpipen war abwesend und kam erst zur Zeit an, als Mercy sich nach Brüssel begeben hatte; das Gleiche galt von fünf anderen Räthen.²

Die Neubesetzung des Conseils von Brabant bildete bereits am 7. und 10. Januar 1791 den Gegenstand der Berathungen der Generaljointe. Die Nothwendigkeit der Neubesetzung wurde durch die Bemerkung motivirt, dass der Conseil von Brabant in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung den ‚souveränen‘ Ständen den Eid geleistet habe, und dass sich unter den Mitgliedern desselben solche befänden, die man nicht als gute, d. h. unparteiische Richter anerkennen könne, zumal sie sich ganz besonders gegen die Souveränität des Kaisers aufgelehnt hätten, mit den Ständen einverstanden seien und daher stets die Partei der Stände gegen den Souverän und gegen die Ansprüche der geschädigten Privatpersonen ergreifen würden.

Es war ursprünglich die Absicht Mercy's, den Conseil von Brabant auf dem Fusse vom 17. Juni 1789 wiederherzustellen, zugleich aber die Zahl der Mitglieder desselben auf 16³ zu beschränken. In diesem Zusammenhange tauchte von selbst die Frage auf, ob nicht jene drei Räthe, welche als die fanatischsten Anhänger der Stände galten, aus dem Conseil zu entfernen

¹ Nämlich: Villegas d'Estaimbourg, den die Stände zu den Functionen eines Kanzlers während der Unruhen berufen hatten; Viron; Charlier; van den Cruyce; Wirix; van Dorselaer; Baron d'Overschies; Strens; Aerts; de Jonghe.

² Nämlich: dem Vicekanzler van Velde; dem Conseiller fiscal Cuylen; Baron Bartenstein; Huys de Bois St. Jean und Mercx.

³ Indem er nämlich den Vicekanzler van Velde für den conseil privé in Aussicht nahm, Bartenstein nicht mehr dienen wollte (aus ‚raisons à lui particulières‘), de Jonghe mittlerweile Pensionär der Stände geworden war und Mercy meinte, dass er sich in dieser Stellung nützlicher erweisen werde, Stacquet und Langendonck endlich pensionirt werden sollten.

und ob anderseits jene sieben Rätthe,¹ die im grossen Conseil gesessen, in den von Brabant wieder aufzunehmen seien. Die Mehrheit bejahte die erste Frage; nur Baron Feltz und Secretär Lannoy votirten negativ. Sie erklärten zwar ebenfalls, dass die für die Entfernung jener drei Rätthe angeführten Gründe unwiderleglich seien, aber sie bezeichneten als sichere Folge dieser Massregel die heftigste Opposition der drei Interessenten selbst, des Conseils und der Stände, während unter 16 Votanten jene drei Stimmen keinen Anlass zu Besorgniss gäben. Auch eine engere Jointe, der Mercy die Sache zuwies, war getheilter Meinung, so dass, da die Entscheidung drängte, Mercy, ohne eine specielle Weisung des Kaisers einzuholen, beschloss, den Conseil vom 17. Juni 1789 vorläufig einfach wiederherzustellen, einschliesslich den Vicekanzler, und nur Bartenstein, der eine Wiederanstellung ablehnte, ausgenommen.² Alterspräsident war vorläufig Villegas, den Mercy als ‚einen mindestens einfältigen Fanatiker‘ (*fanatique imbécile*) bezeichnete. Ausserdem sassen noch vier erklärte Gegner der Regierung und eifrige Anhänger van der Noot's im Conseil: Strens, Van Dorselaer, d'Overschies und Aerts. Bei dem vonckistisch gesinnten Theile der Bevölkerung war diese Körperschaft übrigens so verhasst, dass, als die Mitglieder derselben am 17. Januar ihr Berathungslocal verliessen, das Volk sich ansammelte und sie ohne Unterschied insultirte.³ Dies wiederholte sich am nächstfolgenden Tage und — wie Mercy meinte — hatte es den Anschein, als sollte demnächst auch den Ständen Gleiches widerfahren. Mercy veranlasste daher Bender, einige Tage hindurch Patrouillen aufzustellen, aber er meinte doch zugleich, dass man ein derartiges Tribunal nicht zum Schiedsgericht bei den unvermeidlichen Streitigkeiten zwischen Souverän und Ständen, zwischen diesen und den schadlos zu haltenden Bürgern bestellen könne, ohne allgemeine Unzufriedenheit zu erregen.

Unter diesen Umständen erbat sich endlich Mercy Instructionen vom Wiener Hofe. Er selbst wies auf vier mögliche

¹ Namens: du Chesne; Orts; Pellenberg; Anthonis; Fierlant; van Langendonck und Stacquet.

² Mercy an Kaunitz, Bruxelles, ce 12 janvier 1791. Desgleichen, ce 17 janvier, Copie.

³ Vgl. Borgnet I, 212, 213.

Arten der Entscheidung hin. Man möge entweder 1. den Conseil nicht anerkennen, da er sich wider den Souverän vergangen habe, und einen anderen aus alten und neuen Mitgliedern nach der Wahl Seiner Majestät einberufen, oder 2. den Conseil in seinem gegenwärtigen Bestande belassen, jedoch mit Ausschluss der fünf suspecten Rätthe, dagegen mit Einschluss des Kanzlers und Vicekanzlers, des Rathes Robiano, des Rathes Bartenstein, wenn dieser dazu zu bewegen wäre, und der Rätthe Mercx und Huys de Bois St. Jean, die nicht den Eid im grossen Conseil geleistet hätten, ein Einwurf, mit dem die Stände den verlangten Ausschluss der sieben neuen Rätthe begründeten. Letztere wären in anderer Weise zu entschädigen, wofern es nicht etwa gelänge, dieselben im Einverständniss mit dem ‚grossen Rathe‘ als dritte Kammer an demselben zu belassen. Oder aber 3. könne man, wie es anfangs beabsichtigt gewesen war, alle Mitglieder ohne Unterschied in den Conseil berufen und sich vorbehalten, in der Folge bei Zeit und Gelegenheit missliebige Rätthe zu entfernen. Oder endlich 4. könne man die neun neuen Conseillers aufnehmen und von den alten jene, die sich dazu bereit fänden, mit Ausschluss jener, die sich schuldig, verhasst oder verdächtig gemacht hätten. Mercy meint nun freilich, dass keine dieser vier Modalitäten unbedenklich sei. Dem ersten Modus würden sich die Stände aus allen Kräften widersetzen, da dadurch ihre Creatures für immer ausgeschlossen würden. Der Vorschlag gehe übrigens von den Vonckisten aus, die hofften, eine Anzahl der Ihrigen in den Conseil zu bringen und in demselben die Majorität zu erreichen, was auch der Fall sein würde, da sie den ganzen Advocatenstand für sich hätten. Aber gerade das sei Grund genug, um die Regierung gegen eine Massregel einzunehmen, die das Gleichgewicht zwischen Aristokraten und Demokraten zu stören geeignet sei. Auch dem zweiten Modus würden die Stände sich heftig widersetzen, da man denselben als eine Verletzung der Amnestie bezeichnen und unter Hinweis auf die Constitution verlangen würde, dass man den fünf ausgeschlossenen Rätthen den Process mache oder sie wenigstens pensionire. Dass diese den Ständen einen Eid geleistet, behaupte man, sei kein Verbrechen; habe doch der verstorbene Kaiser den Rath von Brabant cassirt. Zwar sei das nicht richtig; denn Josef habe noch vor seinem

Tode Alles wiederhergestellt, sicher dagegen sei, dass sich im ganzen Lande kein Tribunal finden werde, das den Conseil wegen dessen, was er während der Unruhen gethan, verurtheilen würde. Man würde also die alten und neuen Rätthe, deren Ausschluss man wünsche, pensioniren müssen, was nicht nur eine bedeutende Last für die königlichen Finanzen sein, sondern auch Aergerniss erregen würde, abgesehen davon, dass van Velde, Robiano und Bartenstein voraussichtlich nicht geneigt sein würden, zum Nachtheil ihrer alten ausgeschlossenen Collegen einzutreten. Am meisten empfehle sich der dritte Vorschlag, da die übelgesinnten Mitglieder sich in der Minderheit befinden würden. Doch sei auch hiegegen Opposition von Seiten der Stände zu befürchten, und diese Zusammensetzung würde auch die Vonckisten nicht befriedigen, da sie kein Vertrauen zu jenen sieben Rätthen hätten, die nach ihrer Meinung durch den Eintritt in den Grand conseil eidbrüchig geworden seien. Immerhin glaubte Mercy sich noch am ehesten für diesen Modus aussprechen zu können, während der vierte seiner Ansicht nach zwar die beste Zusammensetzung des Conseils erzielen, aber auch der grössten Opposition seitens der Stände begegnen würde.¹

Am 2. Februar beantwortete Kaunitz die Anfrage Mercy's; darnach überliess es der Kaiser dem Letzteren, der die Dinge besser als sonst irgend jemand zu beurtheilen im Stande sei, den Weg einzuschlagen, den er für den am mindesten bedenklichen erachte. Er sei auch damit einverstanden, dass Mercy den einmal eingeschlagenen Weg mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln festhalte; dennoch empfehle es sich aus verschiedenen Gründen, womöglich die Anwendung der äussersten zu vermeiden. Daher adoptirte Kaunitz nicht etwa den von Mercy nicht ohne Voraussicht der kommenden Dinge empfohlenen dritten Weg, sondern empfahl ein Arrangement, das allerdings dem Gerechtigkeitsgeföhle des Kaisers entsprang, gleichwohl die Quelle langandauernden Conflictes werden sollte. Man könnte — so lautete die Weisung — den Ständen erklären, dass der Kaiser von ihrer Abneigung gegen die Zulassung der sieben Rätthe wohl unterrichtet sei. In Folge besonderen

¹ Mercy an Kaunitz, 21 janvier 1791.

Wohlwollens für die Stände wolle er daher, ohne auf die Stichhältigkeit der von ihnen geltend gemachten Gründe einzugehen, ihrem Wunsche willfahren; gleichzeitig erwarte jedoch Seine Majestät, dass man die namentlich anzuführenden (fünf) Individuen nicht wieder aufnehmen werde, die durch ihr Benehmen sein Vertrauen, sowie jenes eines grossen Theils der Nation verwirkt hätten. Und so wie der Kaiser von den Motiven abstrahire, welche man gegen jene sieben Räthe ins Feld führe, so erwarte er, dass auch die Stände nicht auf der Mittheilung der Gründe bestehen würden, die ihn zum Ausschluss jener anderen (fünf) Räthe veranlasst hätten. Seine Majestät stelle sich somit auf den Standpunkt vollständiger Reciprocität mit den Ständen und hoffe, dass man seine Entscheidung dankbar annehmen werde, in welchem Falle sofort zur Bildung des Conseils geschritten werden könne. Kaunitz schiebt hier die Bemerkung ein, dass die Stände jene sieben Conseillers nicht rundweg ausgeschlossen hätten, sondern blos behaupteten, dass sie nicht ohne vorhergehende Ernennung in den Conseil wieder eintreten könnten. Die Stände hofften, dass eine solche nicht erfolgen werde, doch sei es immerhin möglich, dass, sobald einmal die Purification des Rathes erfolgt sei, die zurückbleibenden jenen sieben ihre Stimme geben würden. Indess, wie es sich auch damit verhalten möge, so lasse der Kaiser denen, die von dem Conseil nunmehr ausgeschlossen werden würden, es offen, den Weg des Rechtes zu betreten, so dass sich Niemand über einen Gewaltact werde beschweren können. Schliesslich wiederholt jedoch Kaunitz, dass der Kaiser Mercy ermächtige, entweder diesen Weg einzuschlagen oder irgend einen anderen der vier bezeichneten, oder auch einen davon verschiedenen, der ihm den Umständen angemessen erscheine.¹

Man hatte in Wien sich nur ungern zu dieser Entscheidung entschlossen. In einem Nachschreiben vom 6. Februar bemerkt Kaunitz, dass er nur mit äusserstem Widerstreben seine Zustimmung zu dieser Capitulation des Souveräns mit rebellischen Unterthanen gegeben habe, und dass es ihm vielmehr am wünschenswerthesten erschienen wäre, wenn man die Sache so lange hätte verschieben können, bis zuvor eine neue Zusammen-

¹ Kaunitz an Mercy, du 2 février 1791. Orig.

setzung der ‚sogenannten‘ Stände von Brabant, von denen man nichts Gutes und Vernünftiges erwarten dürfe, erfolgt wäre.¹ Und wie letzteres zu erreichen sei, deutet eine zweite Weisung Kaunitz' von demselben Tage an. Er übersendete Mercy den Entwurf einer Proclamation,² die er übrigens nur als einen ‚Canevas‘ betrachtet wissen will, und deren Zweck es sein sollte, den grösseren Theil der Nation — die Demokraten — zu veranlassen, sich über die beiden brennenden Fragen des Augenblickes: über eine neue passende Organisation der Stände und über die Zusammensetzung des Conseils von Brabant und der übrigen Tribunale auszusprechen. Auf diese Art würde man den Anschein wahren, dass die Initiative von der Nation ausgegangen sei, dass man nichts verlange, sondern nur ‚aus Gnade‘ das bewillige, was man nicht ohne Gefahr im Innern und vielleicht auch nicht ohne Reclamationen von Seiten der vermittelnden Mächte aus eigenem Antriebe würde wagen können. Der Kaiser selbst habe in einer Unterredung mit Kaunitz diese Idee gebilligt; doch stelle man es dem Ermessen Mercy's anheim, welchen den Umständen entsprechenden Gebrauch er davon machen wolle.³

Durch die ihm ertheilten Weisungen sah sich Mercy zunächst zu Verhandlungen mit den Ständen veranlasst. Der souveräne Congress hatte während der letzten Unruhen die Stände von Brabant zeitweilig in den Hintergrund gedrängt; aber noch zu Ende November 1790 löste derselbe sich auf. Hingegen machte sich auch nach der Wiederherstellung der österreichischen Herrschaft noch durch einige Zeit der vorwiegende Einfluss geltend, den während der Revolution und durch dieselbe begünstigt der dritte Stand gewonnen hatte, soweit dessen Vertretung auf den sogenannten ‚Nationen‘ der drei chef-villes von Brabant, Brüssel, Antwerpen und Löwen beruhte. Die ‚Nationen‘, namentlich jene von Brüssel, setzten ihre Sitzungen fort: sie versammelten sich jeden Dienstag, und während sie dem Vertreter der Regierung keinen Zutritt gewährten, correspondirten sie mit den ‚Nationen‘ von Antwerpen

¹ Kaunitz an Mercy, Vienne, le 6 février 1791. Orig.

² Der Proclamationsentwurf liegt der Weisung bei.

³ Kaunitz an Mercy, Vienne, le 6 février 1791. Orig.

und Löwen. Ihre Deputirten schlichen sich nach wie vor in die Versammlungen der Prälaten und Adeligen ein. Denn auch diese hielten täglich, manchmal sogar zweimal des Tages, ihre Sitzungen ab und beriethen, statt zum Gehorsam zurückzukehren, über jene Forderungen, die sie durch ihre Gesandten im Haag anzubringen gedachten.¹ Zuletzt machte Mercy diesem Treiben dadurch ein Ende, dass er den Ständen den Eintritt in ihren Saal durch den Lieutenant Amman, den hiebei die Sergeants des Hôtel de ville und ein Piquet der Maréchaussée unterstützten, verwehrte.² Die Ständeverammlung gewann erst jetzt wieder ihre frühere Organisation. Die derselben angehörigen, während der Unruhen ernannten Aebte wurden in der Folge von der Regierung bestätigt und ihnen sogar vor der Ausfertigung ihrer Patente gestattet, an den Ständeversammlungen theilzunehmen, da sich die Regierung von denselben nachdrücklicher Unterstützung versah.³ Freilich ging diese Erwartung nicht in Erfüllung, wie man aus dem weiteren Verlaufe des Streites ersieht, der sich über die Zusammensetzung des Conseils von Brabant entspann.

Auf Verlangen der Stände wurde eine aus vier Mitgliedern derselben und zwei Regierungscommissären bestehende Commission zur Begleichung sowohl dieser Frage als auch der übrigen Differenzen ernannt.⁴ Es schienen auch anfangs die Stände in Bezug auf die Besetzung des Conseils zum Nachgeben geneigt, als sie plötzlich — am 19. Februar — von den bereits getroffenen Vereinbarungen wieder absprangen, die Ausschliessung der sieben Mechelner Räthe forderten, hingegen auf der Belassung der fünf Räthe ihrer Partei bestanden, es sei denn, dass diese freiwillig zurückträten, in welchem Falle ihnen die Hälfte des Ruhegehaltes zuzugestehen sei. Der Minister entliess die Stände kalt und hatte nun die Absicht, das auf dem Wege

¹ Nach einem undatirten Schriftstücke, Beilage zu einem Berichte Mercy's an Kaunitz vom 12. Januar 1791.

² Mercy an Kaunitz, 5 février 1791. Minute.

³ Mercy an Kaunitz, 31 mars 1791. Copie.

⁴ Von Seite der Regierung wurden dazu der Staatsrath De Kuberg und der geheime Rath Limpens delegirt. Die Stände ernannten den Bischof von Antwerpen, und da dieser ablehnte, den Abt von Parc, den Grafen von Colomma und die beiden Pensionäre.

der Autorität durchzuführen, was früher mit den Ständen vereinbart und sodann von diesen zurückgenommen worden war, als plötzlich die Räthe, welche man beibehalten wollte, insgesamt, den Kanzler an der Spitze, erklärten, dass sie nicht Platz nehmen würden in einer Körperschaft, die wider Wunsch und Willen der Stände organisirt worden sei. ‚Die Würde, der Dienst, die Autorität, die öffentliche Meinung,‘ ruft der Berichterstatter Feltz in einem Schreiben an Ph. Cobenzl aus, ‚Alles ist compromittirt und man erblickt keinen Ausweg aus diesem Labyrinth.‘¹

Gleichwohl dauerten die Verhandlungen mit den Ständen fort. ‚Allein während diese sich am 24. Februar im Stadthause versammelten‘, so berichtet Mercy selbst, ‚sammelte sich mit einem Male eine Menge Volkes an, das sie in schimpflicher Weise auseinanderjagte, indem sie verlauten liess, dass sie jene Versammlung nicht mehr als ihre Repräsentation anerkenne. Man war auf diesen Zwischenfall nicht vorbereitet; obgleich derselbe vorausszusehen war, so meinte ich doch, dass derselbe noch in weitem Felde stehe. Die elende Haltung der Stände hat ihn beschleunigt, ohne dass weder ich noch Bender davon die mindeste Kenntniss hatten. Es fand daher auch nur ein geringer Widerstand von Seiten einiger Reiter der Compagnie des Drossard von Brabant statt. Die Stände wurden zu Fuss durch die Menge geleitet, die bis zu 2000 Köpfen anwuchs und sie mit Schmähungen und Verwünschungen empfing. Am übelsten erging es dem Bischof von Antwerpen, der einige Ohrfeigen davontrug und über den sich eine Fluth von Schimpfworten ergoss. Hierauf begab sich die Menge zum Feldmarschall Bender und von da zu mir, indem sie fortwährend schrie: Es lebe Leopold! Nieder mit den Ständen! Ich haranguirte die zügellose Masse; ich verwies sie zur Ruhe und suchte sie zu besänftigen. Ich ermahnte sie, dem ausgesprochenen Wunsche und den edlen Absichten des Kaisers für das gemeine Wohl zu vertrauen. Ich erklärte, dass man ihm durch gewaltsame und ungesetzliche Massregeln die Hände binde. Man applaudirte und das Volk zerstreute sich, nachdem es noch hundertmal wiederholt, dass es mit den Ständen nichts mehr zu schaffen

¹ Feltz an Ph. Cobenzl, le 20 février 1791. Copie.

haben wolle. Der Abend verging ruhig. Ich hatte die Stände meines Schutzes versichern lassen. Aber Nachts begab sich die Menge nach verschiedenen Theilen der Stadt und schlug „ihren Verfolgern“, wie sie sich ausdrückte, die Fenster ein. All dies ist ein Werk der Vonckisten, von denen mehrere Parteihäupter als Perrückenmacher verkleidet waren.‘ ,Die Stände,‘ schliesst Mercy seinen Bericht, ,haben eine starke Lection erhalten; die Folgen lassen sich noch nicht überblicken. Um aber, soviel es von mir abhängt, solchen, die militärische Massnahmen erfordern würden, zu begegnen, bin ich entschlossen, sofort den Conseil einzuberufen, den ich auf dem Wege der Autorität so zusammengesetzt habe, wie es meine Absicht war, es im Einvernehmen mit den Ständen zu thun, und wie dies den von dem Kaiser geäusserten Intentionen entsprach.‘¹

Es geschah dies durch ein Decret vom 25. Februar 1791, demzufolge fünf² von den Räthen, welche einst den Ständen geschworen und während der Revolution auf ihren Posten verblieben waren, andererseits jene sieben,³ die einst in den Rath von Mecheln übergetreten waren, ausgeschlossen und der Conseil vorläufig — denn die Massregel sollte bloß eine provisorische sein — auf elf Mitglieder beschränkt wurde. ,Die öffentlichen Umstände‘, hiess es in jenem Decrete, ,und die soeben vorgefallenen Ereignisse gestatten nicht die Zusammenberufung eines höheren für das Herzogthum Brabant gesetzmässig eingerichteten und dem Zutrauen der Nation angemessenen Gerichtshofes länger zu verschieben. Die Ursache, dass wir bisher damit zögerten, waren die Hindernisse, deren Hebung die Langmuth des Kaisers durch gütliche Mittel bewirken wollte. Allein da diese zu unserem grössten Leidwesen fruchtlos geblieben sind, so haben wir im Namen Seiner Majestät und kraft Ihrer höchsten Obergewalt beschlossen, den Rath von Brabant wieder einzusetzen und die Anzahl der Mitglieder desselben provisorisch auf folgende zu beschränken: den Kanzler von Crum-pipen, Staatsrath Seiner Majestät; Vicekanzler: van de Velde;

¹ Mercy an Kaunitz, du 25 février 1791. Copie.

² De Villegas d'Estaimburg, van Doorslaer, d'Overschie, Aerts und Strens.

³ Du Chesne, Orts, de Fierlant, Villegas de Pellenberg, Anthonis, van Langendonck und Stacquet.

Räthe: Viron, Cuylen, Fiscal Charlier, van de Cruyer, Wirix, de Jonghe, Freiherr v. Bartenstein, Huys de Bois, Mercx; Huissiers: Lanne und Mosselmann; Secretäre: Misson, Bellanger, Delvaux, Deudon, van Coeckelberg, Reniers, Vicomte v. Toiet; substituierter Generalprocurator: van Leenheer. Da jedoch von diesen einige sind, die ganz andere Eide geschworen als jene, welche sie bei Antritt ihres Dienstes Seiner Majestät leisteten, so geht unsere Vorschrift dahin, dass sie ihren ersten Eid in die Hände des Kanzlers erneuern.¹

Zugleich erliess Mercy ein Schreiben an Bender, um ihn zu veranlassen, der Wiederkehr ähnlicher Auftritte, wie es die jüngsten gewesen waren, zu begegnen, aber auch ein Schreiben an die Stände,² worin es unter Anderem hiess: „Ich enthalte mich der Betrachtungen über die Ursachen, welche diese Ereignisse hervorgerufen haben, die ich für meine Person bedauere. Aber ich kann mich nicht entbrechen, bei dieser Gelegenheit all dasjenige, was ich Ihnen so oft zu sagen die Ehre hatte, zu wiederholen, wie sehr es Ihr eigenes Bestes erfordere, dass Sie sich aufrichtig den Gesinnungen des Gouvernements nähern und dem allgemeinen Wunsche des Volkes mehr nachgebend sich zeigen müssen. So gesetzwidrig und ungebührlich auch dieser Wunsch gestern geäußert worden ist, so darf er Ihnen doch nicht mehr zweifelhaft scheinen; befriedigen Sie ihr Vertrauen auf den Kaiser, damit seine Weisheit und unbeschränkte Güte das Verlangen der Nation mit dem Gesetz und der Grundverfassung des Landes vereinbare. In der Grundlage der Repräsentation nach Ständen kann man mehr als eine Art von Modificationen auffinden, welche dasjenige, was die Zeit an Missbräuchen und Gebrechen in eine Einrichtung gebracht hat, die vielleicht in einer anderen Zeit und unter ganz verschiedenen Umständen ohne Fehler war.“

„Die Demokraten,“ urtheilt Mercy, „werden damit zufriedengestellt, ohne dass ich den Schein gewinne, ihren Phantasien nachgegeben zu haben; die Stände aber, gedemüthigt und proscribirt, wie sie es für den Augenblick sind, werden ausser

¹ Wiener Zeitung 1791, S. 418.

² Ebenda S. 592.

Stände sein, eine wirksame Opposition zu üben.¹ Gleichwohl besorgte er, dass die Stände sich in Folge jenes Zwischenfalles auflösen würden. Dies sollte jedoch verhütet werden, da er im Sinne des Staatskanzlers mit den Ständen über eine Umgestaltung ihrer Zusammensetzung zu verhandeln gedachte, die zugleich den Wünschen der demokratischen Partei und den Interessen der Regierung entsprechen sollte. Er verbarg sich nicht, dass ein derartiger Schritt von schlimmen, ja unberechenbaren Folgen begleitet sein könne. Aber die Stände — meinte er — seien unverbesserlich und die Regierung werde nicht Ruhe finden ohne eine Purification, welche jene allein noch vor völligem Verderben schützen würde. Allerdings werfe ihn dies ganz aus der Bahn und hindere ihn an der Durchführung jener Massregeln, die zur Herstellung der Ordnung und Ruhe unerlässlich seien.²

Vor Allem aber handelte es sich darum, den von den Gegnern genährten Verdacht zu zerstreuen, als ob die Regierung von den Excessen des 24. Februar zuvor Kenntniss gehabt, sie begünstigt oder wenigstens sich denselben connivent gezeigt habe.³ „Ich habe,“ berichtet Mercy, „aus diesem Anlasse an den Feldmarschall Bender und an die Stände geschrieben und die betreffenden Briefe in einer ausserordentlichen Beilage zur „Gazette des Pays-Bas“ inseriren lassen. Gewiss sind an dem, was sich zugetragen hat, die Stände selbst schuld, und es kann sich daraus ebensoviel Gutes als Uebles ergeben. Die Priester fahren fort, ihre Rolle zu spielen, besonders der Erzbischof von Mecheln; es wäre sehr gut, wenn uns Seine Majestät von ihm befreien könnte.“⁴

Wie Mercy besorgt hatte, versammelten sich die Stände von Brabant vorläufig nicht wieder. Sie reisten grösstentheils von Brüssel ab. Andererseits entfalteten die Demokraten eine um so lebhaftere Thätigkeit. Sie hatten bereits am 9. Februar (s. u.) in einer

¹ Mercy an Kaunitz, l. c.

² Ebenda.

³ Ueber diese Frage vgl. Borgnet I, 219, der auch auf einen von ihm über diesen Gegenstand verfassten Aufsatz in der *Revue belge*, vol. VI (1836), p. 554, verweist.

⁴ Mercy an Kaunitz l. c.

grossen Denkschrift ihrem Wunsche nach einer zeitgemässen Umgestaltung der Stände Ausdruck gegeben; jetzt — am 26. Februar — überreichten sie eine abermalige Petition dieses Inhaltes und legten dieselbe auch in Druck. In der Nacht vom 25.—26. durchzog neuerdings ein Haufe von etwa 40 verkleideten und bewaffneten Personen die Strassen. Sie warfen die Fenster ein und drangen durch eine Hinterpforte in den Convent der Kapuziner, die man aus ihren Zellen jagte, in deren jeder sich ein Bildniss van der Noot's vorfand. Und als nun die Mönche zu dieser ungewöhnlichen Stunde auf die Strasse eilten, wurden sie in Folge eines Missverständnisses von einem in der Nähe befindlichen Piquet Soldaten in ihren Convent zurückgedrängt. ‚Ich gestehe,‘ bemerkt Feltz, der davon Ph. Cobenzl benachrichtigte, ‚ich gönne den Mönchen, was sie verdienen; aber ich bin doch über all dies betrübt und ahne nichts Gutes; mit derartigen Ausschreitungen hat man auch in Paris begonnen.‘¹

‚Da mir,‘ schreibt Mercy, ‚von allen Seiten berichtet wurde, dass Vicomte Ed. Walckiers der Anstifter dieser Unruhen sei, ja dass er selbst die Werkzeuge derselben bezahle, so liess ich ihn zu mir kommen und habe ihm in Gegenwart seines Vaters die Hölle so heiss gemacht, dass er mir versprach, sich ruhig zu verhalten und alle Conventikel zu schliessen, in denen er die Rolle eines Präsidenten und Redners spielte. Ich hatte Beweise dafür und habe ihn auch überführt, indem ich ihm die letzte Bittschrift der Vonckisten vorwies, die, was er nicht leugnen konnte, von seiner Hand geschrieben war. Andererseits citirte ich auch den Pensionär der Stände und forderte ihn auf, für die Rückkehr seiner Körperschaft Sorge zu tragen, der ich meinen Schutz und Sicherheit versprach. Er hat mich wiederholt seiner Ergebenheit versichert, der ich nicht mehr Glauben, als sie verdient, beimass; doch versprach er mir, seinerseits dahin wirken zu wollen, um sie hieher zurückzuführen. Es ist gewiss beklagenswerth, dass man gezwungen ist, den eigenen Feind einzuladen, einen Vertheidigungsposten wieder einzunehmen; aber es ist die einzige Basis, von der wir ausgehen können, um ein gereinigtes System der Repräsentation zu erlangen, ohne auf eine Volksversammlung (assemblée populaire)

¹ Feltz an Ph. Cobenzl, Bruxelles, le 26 février 1791. Copie.

zu verfallen, deren Zusammensetzung sich ohne grosse Schwierigkeiten nicht bestimmen lässt. Ich schmeichle mir, dass, wenn diese Krisis vorüber ist und die Stände sich von der Gefahr, die sie laufen, die Demokraten aber davon, dass sie ohne das Gouvernement nichts vermögen, überzeugen, die Ruhe sich wieder einstellen wird, und dass die augenblickliche Unordnung nur dazu dienen kann, zur Ordnung zurückzukehren. Die Haltung der Stände wird in wenigen Tagen über unsere Lage zu ihnen Licht verbreiten.¹

Die Stände zeigten jedoch anfangs kein Entgegenkommen. Ja Mercy meinte, wenn auch zunächst nur ‚en miniature‘, ähnliche Bewegungen wahrzunehmen, wie jene, die der Erhebung von 1789 vorausgingen, waren. Noch immer gebe es — klagt er — Emigranten und eine Art geheimer ambulanter Comités an der holländischen Grenze zwischen Breda und Bergen of Zoom; noch immer gebe es einen van der Noot, van Eupen, einen Abt von Tongerlo, eine Familie de Romersval (sic!), noch immer gewisse Bürger von Löwen und Antwerpen, von Namur und Mons; noch immer fänden Anwerbungen, Waffen- und Munitionsanhäufungen statt. Am verlässlichsten, freilich auch an Zahl am geringsten, dünkten ihm die Demokraten. Noch hatte die Moral des Jacobinerclubs ihnen die Köpfe nicht erhitzt; aber schon traten Prediger von dem Schlage des berühmten Carra² im Lande auf, und wie man aus Luxemburg vernahm, trieb sich dort jene Théroigne de Méricourt herum, die sich am 5. October 1791 an dem Attentate gegen die Königin von Frankreich hervorragend betheiligt hatte.³ Alles dies befestigte Mercy in der Ueberzeugung, dass die Uebelgesinnten alle Hoffnungen auf den Ausbruch eines neuen Krieges setzten. Darum wolle auch nichts von der Stelle gehen; er selbst gewinne Anhang im Publicum, aber auf Kosten der Stände, und was diese an Terrain verlören, falle den Demokraten zu. Die Mitglieder der Stände und des Rathes von Brabant seien Pamphleten und Injurien ausgesetzt, und trotz alledem näherten sie sich der Regierung nicht. Mercy war überzeugt, dass in allen

¹ Mercy an Kaunitz, Bruxelles, le 27 février 1791.

² Ueber ihn vergleiche Sybel, Gesch. der Revolutionszeit I⁴, 392.

³ Vgl. Gachard, Etudes et notices II, 458.

Provinzen ein Complot bestehe, die Regierung so lange zu reizen, bis sie sich zu einem Gewaltstreich hinreissen lasse, der sodann den Vorwand böte, sich an das Ausland zu wenden. Er meinte zwar, dass dies zunächst nur von einigen Hitzköpfen gelte; allein eben diese seien es, welche in den Provinzen die Stände leiteten, und das Resultat sei dasselbe, als wenn die ganze Körperschaft dieselbe Gesinnung hegte. Er bezeichnet bei dieser Gelegenheit jene Personen, deren Einfluss am meisten zu fürchten sei; in Brabant nennt er die Herren von Limminghe und Hove, die Aebte von Tongerlo und Parc, die zwei Pensionäre, den Expansionär Goffin, den Advocaten van der Hoop und die Doyens de Beckmann, de Noter und Veraselt; in Hennegau den Rath Marbaix, den Pensionär du Pré, den Grafen d'Etiennes, den Doyen Carpentier, die Herren de Bouzies, d'Andelot, de Maulbois; zu Namur den Pensionär Petit Jean und die Herren de Neverlé; zu Tournay die Canoniker Nieuport, Cornet, Lierneux, ja die Mehrheit des Capitels.¹

In der Ueberzeugung von der Existenz eines Complottes, das auf die Erwartung eines grossen inneren oder äusseren Ereignisses berechnet sei, befestigte Mercy die Warnehmung dessen, was nach der freiwilligen Auflösung der Brabanter Ständeversammlung an verschiedenen Orten sich zutrug. Zu Löwen und Tirlemont, zu Binche und Tournay fielen Ausschreitungen vor, von denen man meinte, dass sie das Werk der sogenannten Coupe-Jarrets, der zurückgekehrten Agenten der letzten Unruhen seien. Handelte es sich hier mehr minder um untergeordnete Ruhestörungen, Schenkenabenteuer u. dgl., so zeigten die Vorgänge in Antwerpen und Mons einen ernsteren Charakter. In Antwerpen kam es am hellen Tage zur Stunde der Parade zu einer Emeute, bei der man die Truppen insultirte und die Rufe: Vive van der Noot! vivent les Patriotes! erschallen liess. Diese Scenen wiederholten sich, während der Magistrat der Stadt sich passiv verhielt. Das Zusammenrottiren, Steinewerfen, van der Noot-Rufen wollte kein Ende nehmen, bis endlich General Sztaray 20 Kanonen auf den Basteien, die gegen die Stadt gingen, aufführen und diese für die Sicherheit der Garnison

¹ Mercy an Kaunitz, Bruxelles, le 5 février 1791. Minute. Vgl. Gachard a. a. O. II, 458.

verantwortlich machen liess. Und so wie in Antwerpen, war es auch zu Mons; ja selbst in Brüssel insultirte man die Royalisten und Soldaten, bis endlich einige der schuldigen Individuen ergriffen und ihnen vor der Hauptwache öffentlich die Bastonnade ertheilt wurde.¹

In Wien billigte man die Strenge, welche Mercy aus Anlass dieser Excesse walten liess, und die militärischen Massregeln, welche Bender (14. März)² im Einvernehmen mit jenem im Falle der Wiederkehr von Ruhestörungen in Aussicht stellte.³ Dennoch fehlte es nicht an Stimmen, welche zur Mässigung und Vorsicht riethen. Vor Allem galt dies von Crumpipen, der seine Ansichten in einem ausführlichen Berichte an das Statthalterpaar niederlegte. Missbilligend äussert sich Crumpipen auch über die den Ständen und den Kapuzinern widerfahrenen Insulten. ‚Diese beiden Ereignisse,‘ sagt er, ‚die sich unter unseren Augen, angesichts einer ansehnlichen Garnison zugetragen haben, ohne dass man sie hinderte, haben mich, ich gestehe es, nicht blos überrascht, sondern auch bestürzt.‘ Wohl hätten die Stände vielleicht noch Schlimmeres verdient, und auch die Kapuziner seien ohne Zweifel der öffentlichen Missachtung werth; aber durch derartige Vorgänge reize man den Clerus in seiner Gesammtheit, dessen Macht, wie die Erfahrung lehre, sich in diesem fanatischen Lande leider nicht vermindert habe. Das Schlimmste sei, dass das Gouvernement dem Verdachte der Mitwissenschaft oder doch der Connivenz nicht entgehen könne, zumal schon 14 Tage zuvor von einer Demüthigung, die den Ständen bereitet werden sollte, die Rede war. ‚Wenn irgend Jemand,‘ ruft Crumpipen aus, ‚so bin ich durch das Benehmen der Stände verletzt; aber abgesehen davon, dass ich mich nie für Gewaltacte erwärmen kann, so gestehe ich, und diese Denkungsart kann nicht ein Verbrechen sein, dass man nicht anders wird ans Ziel kommen können als Hand in Hand mit den Ständen, die das einzige legale Centrum, und als solches in den zu Reichenbach und im Haag übernommenen Verpflich-

¹ Mercy an Kaunitz, Bruxelles, le 14 mars 1791. Copie und anonyme Briefe aus Brüssel ddo. 16. und 21. März.

² Wiener Zeitung 1791, S. 812.

³ Kaunitz an Mercy, Vienne, ce 29 mars 1791. Concept.

tungen anerkannt worden sind; nicht als ob sie nicht verdienten, herabgedrückt zu werden, sondern weil man sich in unentwirrbare, der Souveränität und dem Staate schädliche Uebel stürzen und in den Abgrund des Unglückes von Frankreich versenken würde, falls man in Ermangelung der Stände gezwungen sein würde, mittelst der Einberufung der Nation neue Repräsentanten zu suchen, eine Idee, an die ich nicht ohne Schauer denken kann.¹

Zum Glücke gingen aber die schlimmsten Besorgnisse nicht in Erfüllung. Crumpipen konnte vielmehr melden, dass sich am 22. März die Deputirten der Stände, am 4. April diese selbst wieder versammeln würden. Uebrigens billigte auch Crumpipen das Vorhaben Mercy's, eine Abänderung der Repräsentation auf Grund der Frankfurter Declaration, im Einvernehmen mit den Ständen und ohne Ausschluss der gegenwärtigen Repräsentation zu erzielen. Um andere Zugeständnisse zu erreichen — so hoffte er — würden sich die Stände in dieser Beziehung bis zu einem gewissen Grade nachgiebig erweisen. Dagegen missbilligte er die auf Anordnung des Generalcommandos executirten Bastonnaden, als eine Massregel, die man weniger als irgend eine andere in diesem Lande ruhig hinnehmen werde, da diese Strafe zu gering für die einen, zu gross für die anderen sei und die Meinung nähre, als sei es der Regierung nicht Ernst mit der versprochenen Aufrechthaltung der Verfassung.²

Crumpipen veranlasste denn auch Mercy, diese Art von Bestrafung wieder einzustellen. Auch sonst suchte man durch verschiedene Massregeln die Gemüther zu beschwichtigen. Am 19. März wurde die am 10. December im Haag geschlossene, seither ratificirte Convention sammt der Ratificationsacte publicirt. Von kirchlichen Zugeständnissen abgesehen, die an anderer Stelle zu besprechen sind, datirte demselben Tage eine Erklärung des Kaisers, der zufolge den obersten Gerichtshöfen das Recht eingeräumt wurde, für die an denselben erledigten Stellen in Zukunft Ternavorschläge zu machen, und dies Zugeständniss, obgleich das betreffende Diplom Carls VI. vom 12. September 1736 keineswegs ein Bestandtheil der Verfassung

¹ Crumpipen an die Statthalter, Bruxelles, le 21 mars 1791.

² Ebenda.

gewesen sei, fortan als ein Constitutionspunkt unwiderruflich in Wirksamkeit treten sollte. Zugleich wurden alle Richterstellen bei den obersten Gerichten als unwandelbar bezeichnet und was die Verfassung und das gerichtliche Herkommen jeder Provinz über diesen Punkt festgesetzt habe, bestätigt. Zwei andere Erklärungen vom 19. März betrafen die Universität Löwen. Die erste setzte dieselbe in ihr voriges Ernennungsrecht für gewisse geistliche Pfründen wieder ein. In der zweiten hiess es, dass, da bekanntlich die höheren Studien daselbst einer Reform bedürften und Seine Majestät entschlossen sei, sich mit den Ständen hierüber einzuverstehen, einstweilen gestattet sein solle, das Licentiat auch an anderen Universitäten einzuholen, und dass Letzteres in den Niederlanden ebenso gelten solle, als ob es von der Löwener Universität wäre verliehen worden.¹ Es waren dies durchaus Anordnungen, welche den Bestimmungen des Haager Vertrages entsprachen und zu deren Durchführung dienen sollten.

Wie Crumpipen gemeldet hatte, traten am 5. April die Stände von Brabant wieder zusammen. In der Stadt herrschte die grösste Ruhe; auf dem Hauptplatze fand nicht die mindeste Ansammlung statt und auch das Militär entfaltete kein Machtaufgebot, da man sich vermuthlich schon zuvor der friedlichen Gesinnung der Bewohner versichert hatte. Alle Mitglieder der Ständerversammlung waren erschienen, ausgenommen die Herzoge von Aremberg und Ursel, welche abwesend, der Cardinal und der Marquis de Prend-homme d'Ailly, die als krank gemeldet waren, und der Abt von Tongerlo, der nicht einberufen worden war. Der Kanzler erschien um 11 Uhr 35 Minuten und wurde artig empfangen.²

¹ Wiener Zeitung 1791, S. 1034.

² Anonymer Brief aus Brüssel, den 15. April 1791. In einem anderen anonymen Schreiben von demselben Datum heisst es: „Alles hat sich heute ruhig verlaufen in der Ständerversammlung. Wie es scheint, ist der Clerus zufrieden mit den Concessionen Seiner Majestät und bereit, den Adel zu contrebanciren, der nicht aufhört, Allem entgegenzuwirken, was eine allgemeine Verständigung zur Folge haben könnte. Der Erzbischof hat sich krank gemeldet, der Abt von Tongerlo ist nicht einberufen worden, der Bischof von Antwerpen, weniger reumüthig als die Anderen, macht alle Anstrengungen, um verschiedene Zugeständnisse zu erlangen, ehe man sich zu einem Vergleiche herbeilässt; unter Anderen

Noch am 5. April fand sich eine Deputation der Stände von Brabant bei Mercy ein, um zu Gunsten des nicht einberufenen, als Flüchtling in Holland weilenden Abtes von Tongerlo zu interveniren. Aber Mercy lehnte dies ab. Als de Jonghe auf die fünf suspendirten Rätthe zu sprechen kam, entgegnete er, dass ihr Wiedereintritt in den Conseil erfolgen würde, wenn auch die sieben neuen Rätthe wieder aufgenommen würden, und auf die Bemerkung des Pensionärs, dass dies niemals geschehen würde, versetzte Mercy, dass ihnen in diesem Falle wie jedem der Weg des Rechtes offen stehe.¹

4. Verhältniss der Regierung zu den Vonckisten.

Man hätte — nach Mercy's und Crumpipen's Aeusserungen, sowie nach den bestimmten Weisungen, die jenem Kaunitz ertheilt hatte — erwarten sollen, dass das Gouvernement nunmehr mit den Ständen vor Allem über die beabsichtigte neue Organisation derselben verhandeln werde. Dass dies nicht geschah, hing mit den Erfahrungen zusammen, welche die Regierung bezüglich der Demokraten machte. Vonck, das Haupt der Partei, hatte von seinem Asyl Lille aus, am 22. December 1790, fast zu derselben Zeit wie der revolutionäre General van der Mersch, ein Unterwerfungsschreiben an Mercy gerichtet. Van der Mersch war sodann nach Belgien zurückgekehrt, wo man ihm bei seiner Ankunft eine Ovation bereitetete, welche die Regierung ruhig hinnahm. Auch Vonck suchte Mercy durch den Secretär der Generalstatthalter, Vicomte Nieu-lant, in schmeichelhafter Weise zur Rückkehr in sein Vaterland zu bestimmen. Allein hiezu war derselbe trotz wiederholter Zureden selbst seiner intimsten Freunde nicht zu bewegen. Er schützte Krankheit vor, wie denn auch in der That sein Gesundheitszustand stets ein schwankender gewesen war.²

forderte er Genugthuung für die den Ständen zugefügten Insulte, doch hat man ihm erwidert, dass der Souverän viel mehr Recht haben würde, seinerseits auf Genugthuung zu dringen. Uebrigens hat der Schritt, den der dritte Stand von Hennegau unternahm, die hiesigen Stände ausser Fassung gebracht.

¹ Crumpipen an die Statthalter, Bruxelles, du 6 avril 1791. Eigenhändige Copie Maria Christinens.

² De Juste, Le comte de Mercy-Argenteau 83 ff.

Mercy liess sich dadurch in seinem Bemühen, die Vonckisten zu gewinnen, nicht beirren, zumal ihm nicht unbekannt war, dass die conservative Partei, sowie 1789, auch jetzt wieder eine Coalition mit den Progressisten gegen das Gouvernement ins Auge fasste. Es fand zu diesem Zwecke im Hause des Banquiers Chapel eine Conferenz der demokratischen Häupter mit dem Pensionär der Stände von Brabant statt, die indess daran scheiterte, dass de Jonghe die zu Beginn der Sitzung aufgeworfene Frage, ob der zweite Stand (der Adel) dem Anspruch, in der Assemblée générale auf Grund des Geburtsrechtes zu sitzen, entsagen würde, verneinen zu müssen glaubte.¹

Die Vonckisten gingen nun ihren eigenen Weg. Sie strebten eine, wie sie glaubten, zweckmässigere und gerechtere Vertretung des Landes an. Es war derselbe Plan, den Vonck in seinen *considérations impartiales sur l'état du Brabant* niedergelegt hatte. Darnach sollte die Gliederung in drei Stände beibehalten, doch die Repräsentation der Stände auf Wahlen basirt und der Kreis der Wählbaren erweitert werden.

Mercy hatten die Annäherungsversuche der Stände an die Vonckisten mit Besorgnissen erfüllt. *„Diese vorzeitige Coalition,“* schreibt er an Kaunitz,² *„würde sehr misslich sein, wenn sie nicht durch Intervention oder Vermittlung des Gouvernements zustande käme. Ich werde Sorge tragen, die Sache so lange als möglich hinauszuschieben.“* Die Vonckisten selbst freilich rechneten bei ihren Bestrebungen fürs Erste jedenfalls auf die Unterstützung der Regierung. Sie bereiteten eine Bittschrift dieses Inhaltes an den Kaiser vor. Die Urheber derselben zielten auf eine Vereinigung sämtlicher Generalstaaten, welche aus den reconstruirten Provinzialvertretungen hervorgehen und beauftragt werden sollten, im Einvernehmen mit dem Souverän die wünschenswerthen constitutionellen Reformen zu beschliessen; ein Plan, an sich sehr beachtenswerth, aber gewiss zu radical, um unter den gegebenen Umständen auf den Beifall der österreichischen Regierung rechnen zu dürfen. Gleichwohl wurde der Inhalt der Bittschrift (*requête*) officiös Mercy mitgetheilt und sowohl von ihm als auch von den anderen Mitgliedern der

¹ Juste, l. c. 97 ff.

² 15. Februar 1791.

provisorischen Administration approbirt. Am 28. Januar 1791 setzte d'Aubremé, einer der Chefs der Partei, Vonck von diesem Erfolge in Kenntniss und sendete ihm die Bittschrift, welche, mit mehr als 20.000 Unterschriften bedeckt, dem Minister officiell überreicht werden sollte, zu, um sie auch seinerseits zu unterzeichnen. In der That sandte Vonck am 1. Februar die von ihm verlangte Vollmacht ein. Am 9. Februar wurde die Bittschrift von den namhaftesten Parteihäuptern übergeben, an deren Spitze Vicomte Eduard de Walckiers, Chef des grössten Bankhauses von Brüssel (Veuve Nettine et fils), einst Rath des Gouvernements und in den Tagen Josefs II. trésorier général, sich befand. Die Freunde Vonck's fanden eine sehr gute Aufnahme bei dem bevollmächtigten Minister, sonst aber lautete seine Antwort nichts weniger als bestimmt. Mercy bemerkte vielmehr, dass es noch zu früh sei, um die gewünschten Aenderungen in der Organisation der Stände vorzunehmen.¹

Immerhin gaben sich auch jetzt noch die Vonckisten den besten Hoffnungen hin. Am 12. Februar schrieb Weemals, ein angesehener Brüsseler Kaufmann, an Vonck: „Ich glaube, dass unsere Partei triumphiren wird. Ist das Werk einmal im Zuge, so wird es einen guten Fortgang nehmen, und dann: ça ira, ça ira, ça ira!“ Eine Rechtfertigung dieser Hoffnung schien darin zu liegen, dass der Minister die Bildung einer vonckistischen Gesellschaft gestattete, deren Zweck es sein sollte, über die Vorschläge, die man dem Souverän machen wollte, zu berathen.² Es war dies die Gesellschaft der „amis du bien public“, die als Einigungspunkt der demokratischen Partei zu Ende Februar 1791 zu Brüssel ins Leben trat. Vorsitzender des Vereines war Vicomte Eduard Walckiers, zugleich die finanzielle Stütze der Partei. Zugleich wurde ein Ausschuss von 40 Commissären gebildet, mit der Vollmacht, im Namen und im Interesse der Partei zu handeln. Die Gesellschaft hielt jeden Abend Sitzungen. Man discutirte in denselben öffentlich den Plan einer neuen Organisation der Stände. Zwar sollte dabei die Basis der neuen Vertretung für alle Stände ohne Unterschied das Wahlrecht sein; indem man aber zugleich an der

¹ Juste, l. c. 100 ff.

² Juste, l. c. 104. Borgnet I, 223.

Theilung nach Ständen festhielt, suchte man sich gegen die damals sehr gefährliche Imputation, als strebe man als letztes Ziel eine ‚Nationalversammlung‘ (assemblée nationale) an, zu verwahren. Aber freilich! die Aehnlichkeit mit dem Jacobinerclub sprang doch in die Augen, und wenn trotzdem Mercy die Gründung des Vereins gestattete und letzteren in seinen Schutz nahm, so geschah dies wohl vorzüglich in der Absicht, sich eines massgebenden Einflusses auf denselben zu versichern, und in der That ist es darauf zurückzuführen, dass man von der Gründung affiliirter Vereine in den Provinzen abstand.¹

Einer der ersten Acte der Gesellschaft war die Publication eines Memoires unter dem Titel: ‚Observations sur la constitution primitive et originaire des trois états de Brabant.‘ Es ist gleichsam das Manifest der Partei. Dasselbe bestreitet vor Allem die Legalität der gegenwärtigen Zusammensetzung der Stände. Es weist an der Hand zahlreicher historischer Daten nach, dass einst alle Städte des Herzogthums, nicht bloß die drei Hauptstädte, der ganze Adel und nicht bloß gewisse Adelige, der ganze Clerus und nicht bloß eine Fraction des Regularclerus die Ständevertretung gebildet hätten. Der grosse Fehler der gegenwärtigen Ständerversammlung liege darin, dass sie nicht von dem Volke in seiner Gesamtheit gewählt werde. In seinem positiven Theile hält das Programm an dem Unterschiede der drei Stände fest, fordert aber die Abstimmung nach Köpfen, alle zwei Jahre eine Neuwahl und eine viel zahlreichere Vertretung des dritten Standes. Nur für den Clerus sollten directe Wahlen vorgenommen werden, die beiden anderen Stände in Urversammlungen die Wahlmänner der Repräsentanten kiezen.²

Wenn Mercy sein Zögern, auf die Wünsche der Vonckisten einzugehen, mit der nothgedrungenen Rücksicht, die man auf die Stände nehmen müsse, um deren Zustimmung zur Inauguration des Fürsten zu erlangen, zu motiviren suchte, so ist an der Aufrichtigkeit dieser Erklärung kaum zu zweifeln. Allein daneben waren es gewiss auch noch andere Gründe, welche die eben erst noch reformlustige Regierung gegenüber dem Verlangen nach einer Umgestaltung der Ständerversammlung

¹ Borgnet I, 223.

² Borgnet l. c. 224 ff.

mit einem Male bedenklich stimmten. Zunächst sah man sich doch vielfach an das Versprechen erinnert, das der Kaiser im Haager Tractat geleistet hatte, die Verfassungen der zehn Provinzen so aufrecht zu erhalten, wie sie unter Josef II. bestanden hatten. Auch glaubte man, die Stände schonen zu müssen, auf deren guten Willen man nun doch in so vielen Stücken angewiesen war, und deren Anhänger man nicht so ohne Weiteres, wie es die Gegner wünschten, gleichsam ausser das Gesetz stellen konnte.¹ Man hatte bisher das Gleichgewicht der beiden Parteien herzustellen und aufrechtzuhalten gesucht; nun wurde dasselbe durch das Ueberhandnehmen des demokratischen Theiles gestört, dessen ideeller Zusammenhang mit Frankreich ohnedies zu mancherlei Besorgnissen den Anlass gab. „Ich habe Kenntniss“, bemerkt Crumpipen, „dass die société des amis du bien public von den Pariser Jacobinern geleitet wird, und ich zittere daher vor dem Gedanken einer Aenderung, die vor der Inauguration, vor der Wiederherstellung der Ruhe erfolgen würde, zumal jederzeit nichts so gefährlich ist, als an eine so delicate Materie zu rühren. Auf den ersten Blick scheint es verlockend, ja sogar vernünftig, den Ständen zu eröffnen, dass, wenn sie sich übel benehmen, es ein Mittel, sie einzuschüchtern, gebe; aber meiner Meinung nach wäre dies Mittel viel gefährlicher als das Uebel, und ein so delicates Project wie die Verbesserung der Vertretung ist in jedem Lande der Welt die misslichste Sache, namentlich aber in diesem und in einem Augenblicke, wo die Köpfe in der Nachbarschaft so erhitzt sind.“²

Unter solchen Umständen musste es auch zu Bedenken Anlass geben, dass demokratische Neigungen sich selbst in der Beamtenschaft des Gouvernements regten, und dass sogar das Militär in Folge der vielen Unbilden, die es durch die Stände erlitten hatte, wenn auch nicht zu den demokratischen Principien, so doch zu den demokratischen Gegnern jener neigte. „Die Generale und Adjutanten“, meldet Mercy, „machen kein Hehl aus ihrer Gesinnung; die einen lieben, die anderen hassen

¹ Juste a. a. O.

² Crumpipen an Maria Christine, Bruxelles, du 12 avril 1791. Copie.

die Demokraten, aber alle verabscheuen die Stände, zumal den Clerus.¹

Fasst man dies Alles zusammen, so wird man auch den Inhalt jener Depesche begreiflich finden, durch welche Mercy die ihm am 6. Februar ertheilte Weisung erwiderte und mit der er zugleich dem Kaiser und dem Staatskanzler die letzte Requête der *'amis du bien public'*, sowie jenes historische Memoire derselben übersandte. Niemand — heisst es in jener Depesche — sei mehr als er von den Mängeln der gegenwärtigen Organisation der Stände überzeugt; die Prärogative des Standes und der Zufall der Geburt berufe in ihre Versammlung ebenso Thoren als geistreiche Männer, gemässigte wie fanatische, gut und übelgesinnte Elemente, unerträgliche Schmeichler und Feinde jeder gesetzlichen Ordnung. Diese mangelhafte Zusammensetzung mache sich besonders im gegenwärtigen Augenblicke in dem Dünkel einer eingebildeten Souveränität und in dem Wunsche, die Herrschaft des erlauchten Hauses Oesterreich wieder abzuschütteln, fühlbar, einer Herrschaft, die sie — wie gross auch die Güte und Weisheit des Monarchen ihnen gegenüber sei — vor allem deshalb hassten, weil sie sich ein Jahr hindurch selbst an das Herrschen gewöhnt hätten und sich nun unter die Herrschaft eines Andern nicht mehr fügen wollten. Zur Zeit ihres Regiments hätten die Stände die Bürger tausendfach bedrückt, das Land dem Untergange zugeführt. Heute verhalte man sie zum Schadenersatz bezüglich jener willkürlichen Anordnungen, die sie entweder selbst getroffen, oder gutgeheissen oder doch nicht hintangehalten hätten. Um sich aus der Schlinge zu ziehen, gebe es für sie nur ein Mittel: Coalition mit den Magistraten und den an so vielen Vergewaltigungen und Acten der Felonie mitschuldigen Tribunalen. Darum suchten sie, im Namen des Volkes jeden Beamten zu entfernen oder zu proscribiren, der es etwa wagen könnte, Mitleid mit den unglücklichen Opfern ihrer Gewaltacte zu empfinden und denselben zu ihrem Rechte zu verhelfen. Das sei die Quelle aller Verlegenheiten, die man ihm bisher bereitet habe, der Gegenstand all der ungereimten Vorstellungen, die man ihm überreiche, während man in Angelegenheit der Industrie,

¹ Mercy an Kaunitz, Bruxelles, ce 18 avril 1791. Copie.

des Handels u. dgl., auf denen die Wohlfahrt der Nationen beruhe, kaum einmal interpellirt habe und auch die Inauguration passivem Widerstand begegne. Er erkenne die Nothwendigkeit der Reform einer so mangelhaften Einrichtung nicht. Aber man habe es mit Leuten zu thun, die bei jeder Gelegenheit sich auf die Verfassung berufen und bei dem geringsten Abweichen von der Regel sich über Verfassungsbruch beklagen und mit der Verweigerung der Subside bei der Hand sind. Auch sei es leichter, das Uebel zu erkennen, als dasselbe zu heilen. Es liege eine unverkennbare Gefahr in dem französischen System, welchem die sogenannten amis du bien public huldigen. Bisher sprächen sie allerdings nur von Liebe und Hingebung an den Souverän. Es gebe kein Opfer, das sie nicht zu bringen erbötig wären. Aber sie beanspruchten, im Namen des Volkes zu sprechen, im Namen des Volkes die Repräsentanten des Volkes zu reformiren, im Namen des Volkes diese Repräsentanten aus Anlass der von ihnen zur Zeit der letzten Unruhen verübten Bedrückungen, Gewaltthätigkeiten und Verschwendungen zu belangen. Wären die Stände vernünftigen Erwägungen zugänglich, so würden sie von Anfang an die Vermittlung oder Entscheidung des Gouvernements in dieser grossen Frage angerufen haben. Aber davon seien sie weit entfernt. Jeden Tag gewannen ihre Gegner an Terrain in der öffentlichen Meinung. Schrecken erfasse darüber die Stände, aber es finde bei ihnen jene weise Mässigung nicht Eingang, die den Umständen ein Opfer bringt, um das Princip zu retten. Der Regierung seien die Hände durch die Verpflichtungen gebunden, die der Kaiser übernommen habe, und sie werde, wenn sie sich zu irgend einem Schritte entschliessen oder gezwungen werden sollte, vielleicht nicht mehr die Bewegung bemeistern können. „Das sind“, schliesst Mercy, „die Erwägungen, die mich zur Zurückhaltung zwingen; es ist besser, an den alten Grundlagen unserer Beziehungen zu dem Volke festzuhalten, gleichviel ob dasselbe gut oder schlecht vertreten ist, als sich mit einer wenn auch nothwendigen Reform zu identificiren. Nur mit der Zeit kann uns ein methodisch durchgeführtes System, das man ohne Unterlass befolgt, die Reform verschaffen, die ich ebenso wünsche wie Euere Hoheit. Zu diesem Zwecke wird man vor Allem die Aufmerksamkeit der Wahl der Bischöfe

und der Würdenträger in den Capiteln widmen müssen; ist man einmal dieser sicher, so wird man mit ihrer Hilfe an die Purification der Vertretung der Geistlichkeit schreiten können. Man muss ferner den Adel durch einige grosse Familien vermehren, die, wie die Crois d'Havres, die de Craix, die de la Marck-Aremberg u. A. aus diesen Provinzen stammen, früher ausgewandert und durch die Unruhen in Frankreich in ihre Wiege zurückgeführt worden sind; man muss den neuen reichbegüterten Adel anspornen, sich zu verbinden, um, unterstützt von der Regierung, einen Sitz unter den Ständen in Anspruch zu nehmen, zumal dieser Stand einst viel mehr Mitglieder umfasste als heute und erst im letzten Jahrhundert durch Anordnung der souveränen Autorität beschränkt worden ist. Man muss zu demselben Zwecke die Corporationen anspornen, die einstens dem dritten Stande angehörten, von dem sie — ohne dass man den Grund davon kennt — seither ausgeschlossen sind; endlich muss man womöglich durch jede Art von Gunst und Rücksicht die Justiztribunale an sich zu ziehen suchen; denn sie sind die Verwalter des Gesetzes, in ihnen liegt die grösste Macht des Herrschers, eine Macht, die weder von politischen Umständen noch von der Zahl der Truppen abhängt und die man zu sehr vernachlässigt, zu geringgeschätzt hat, selbst unter der letzten Regierung.¹

In einer Depesche vom 18. April kommt Mercy noch einmal auf diesen Gegenstand zurück. Die „amis du bien public“ — sagt er — bezeichneten die Volksvertretung als gänzlich mangelhaft und deren Organe in Folge ihres Benehmens während der Unruhen des öffentlichen Vertrauens verlustig und haftbar für alle zugefügten Schäden, die daher nicht die Gesammtheit (la généralité) der Bevölkerung, sondern lediglich jene zu ersetzen hätte. Doch gebe es unter diesen Demokraten verschiedene Parteien. Die einen strebten alles nur durch das Gouvernement und mit demselben an, die anderen, Organe oder Emissäre des Jacobinerclubs, erklärten, dem Volke stehe die Wahl und Constituirung seiner Vertreter, sowie die Entscheidung über die Form der Regierung und über den Umfang der dem Souverän

¹ Mercy an Kaunitz, Bruxelles, ce 11 avril 1791.

einzuräumenden Gewalt zu, die nichts Anderes sei als eine mehr minder modificirte Delegation des Volkes.¹

Heute brächten — heisst es in einer zweiten Depesche desselben Tages — die amis du bien public Liebe und Achtung der souveränen Autorität entgegen und wendeten sich sogar um Hilfe an dieselbe; morgen aber schon könne die grosse Frage über die legislative Gewalt Allen die Köpfe verdrehen, und sei es einmal so weit gekommen, so würde man es bedauern müssen, nicht den richtigen Zeitpunkt ergriffen zu haben, um in Uebereinkunft mit den Ständen, oder nöthigenfalls auch ohne, ja gegen sie eine neue Art von Repräsentation zu schaffen, die sich innerhalb der alten constitutionellen Maxime über die Natur und Ausübung der souveränen Gewalt und über die wohl-erworbenen Standes- und Eigenthumsrechte der verschiedenen Classen der Unterthanen bewegen würde.² Er meinte zwar, dass in Belgien, wo die religiösen Anschauungen noch eine so grosse Macht besässen, und wo die Staatsschuld nicht so gross sei, um die Anwendung von Gewaltmassregeln zu erheischen, der Einfluss des Volkes sich für die Souveränität nie so verhängnissvoll gestalten könne wie in Frankreich; aber er rieth jetzt doch, jede grosse Aenderung zu meiden.³

Es ist gewiss bezeichnend, dass Mercy innerhalb weniger Tage bald die beabsichtigte Reorganisation der Stände einer jedenfalls fernerer Zukunft anheimgeben zu müssen glaubte, bald der Besorgniss Ausdruck gab, dass man bei längerem Zuwarten den richtigen Zeitpunkt für eine derartige Reform verfehlen könne. Der bange Zweifel und das Gefühl der Verantwortlichkeit, welche dem ‚armen‘ Gouvernement seine Stellung inmitten der beiden Parteien des Landes auferlegte, veranlasste ihn, Kaunitz inständigst um positive Weisungen zu bitten. Er habe auch an den Kaiser geschrieben und demselben nicht verhehlt, dass der Augenblick nahe sei, wo man zwischen den zwei Parteien werde wählen und sodann an der erwählten unentwegt festhalten müssen. Die Stände, welche sich bisher

¹ Mercy an Kaunitz, Bruxelles, le 18 avril 1791.

² Mercy an Kaunitz, Bruxelles, ce 18 avril 1791. Copie. Vgl. Borgnet I, 230.

³ Mercy an den Kaiser, Bruxelles, le 17 avril 1791. Orig.

für die stärkeren gehalten, würden nunmehr ihres Irrthums gewahr, aber sie seien nicht aufgeklärt, nicht consequent genug, um sich auf die Seite des Gouvernements zu stellen, gegen das sie einen Hass empfänden, den sie nicht zu verbergen im Stande seien.¹

Was nun den Wiener Hof — speciell Kaunitz — betrifft, so war dessen Neigung zu durchgreifenden Reformen ohnedies kaum mehr als eine vorübergehende Gemüthsaufwallung gewesen; für ihn kam überhaupt ausser dem specifisch belgischen auch noch der europäische Gesichtspunkt in Betracht. Die Versammlung der Stände von Brabant — so heisst es in einer Weisung des Staatskanzlers an den Grafen Mercy — werde ihm gewiss noch viel zu schaffen geben, da sie nach ihrer Gewohnheit dem Gouvernement Verlegenheiten zu bereiten und daraus für sich Vortheil zu ziehen suchen werde. Allein möge dem sein, wie ihm wolle, so müsse man doch das Augenmerk auf folgende der Beachtung in höchstem Grade würdige Umstände gerichtet haben. Die gegenwärtige Krise der staatlichen Verhältnisse in Europa lasse fast keinen Zweifel aufkommen, dass es demnächst zum Bruche zwischen Russland und den mit Preussen alliirten Mächten und somit zu einem neuen Kriege kommen werde. Um dessentwillen müsse man wünschen, die Unruhen in den Niederlanden so bald wie möglich beizulegen. Der Enthusiasmus, den des Kaisers Güte in Ungarn hervorgerufen, habe bereits eine günstige Rückwirkung auf die Verhandlungen mit dem Auslande geübt; er habe die Arroganz der Nachbarmächte herabgestimmt, und dies würde noch mehr der Fall sein, wenn man durch ein für den Hof gleichgiltiges, dagegen den Bewohnern der Niederlande in ihrer Gesammtheit willkommenes Zugeständniss daselbst einen ähnlichen Effect wie in Ungarn erzielen könnte.²

Mercy vermochte sich diesen Standpunkt nicht anzueignen. Er fühle — erwiderte er — in vollem Umfange die Wichtigkeit einer vollständigen Beruhigung der Niederlande. Allein habe sich auch die Lage nicht verschlimmert, so bleibe doch noch gar viel zu thun übrig. Alle seine Bemühungen würden

¹ Mercy an Kaunitz, Bruxelles, le 18 avril 1791.

² Kaunitz an Mercy, Vienne, le 18 avril 1791. Orig

durch widrige Einflüsse durchkreuzt, so dass er nur auf die Zeit seine Hoffnung setzen könne. Auch den Vergleich mit Ungarn will er nicht gelten lassen. Beide Nationen hätten zwar insgeheim vielleicht in nur zu engem Einvernehmen gestanden, seien aber nach Charakter und Anlage so verschieden, dass, was bei der einen Gutes wirke, bei der andern nur Alles verderben würde. ‚Die ungarische Nation ist loyal und edelmüthig und eifersüchtig auf ihre Privilegien; sie ist grosser Dinge empfänglich, von einem Geist beseelt und alles verhandelt bei ihr eine einzige Nationalversammlung. Hier gibt es im eigentlichen Sinne des Wortes keine belgische Nation; denn die zehn Provinzen stehen wohl unter derselben Herrschaft, aber jede hat ihre besondere Verfassung, ihre besonderen Rechte und Gebräuche, ihren eigenen Geist und ihre verschiedenen, selbst entgegengesetzten Interessen.‘ Es sei daher ebenso schwer, die grössten und wichtigsten, wie die kleinsten und am wenigsten productiven unter diesen Provinzen zu verwalten — Provinzen, die sich gegenseitig anfeinden und nur einig seien in der Opposition wider den Souverän. Es liege in dem splitterrichterischen, kleinlichen Krämergeiste der meisten von ihnen, dass sie desto mehr verlangen, je mehr man ihnen zugestehe. Nach all den bereits gemachten Zugeständnissen bleibe nichts zu bewilligen übrig, wenn man sich nicht des letzten Restes der Autorität berauben wolle. ‚Ich sehe,‘ schliesst Mercy, ‚nur noch locale Concessionen, und wenn Eure Hoheit, die besser weiss als ich, was in Ungarn geschehen ist, mir irgend eine Wohlthat bezeichnen könnte, die geeignet sein würde, hier die Geister und die Herzen ohne gefahrvolle Erschütterung zu gewinnen, so würde ich dieselbe im Namen des Souveräns mit einer Freude kundgeben, wie ich sie bisher nicht empfunden habe.‘¹

Kaunitz fand es nothwendig, seine Ansicht zu erläutern. Er sei — schrieb er an Mercy — missverstanden worden. Er leugne keineswegs den grossen Unterschied zwischen dem Nationalgeiste der Ungarn und dem der Belgier, und folglich den Unterschied der Mittel, die hier und dort zu demselben Zwecke anzuwenden seien. Die Wahl dieser Mittel sei stets

¹ Mercy an Kaunitz, le 3 mai 1791. Copie.

Sache des Generalgouvernements, und nach dem bisherigen Erfolge derer, welcher sich Mercy bedient habe, zweifle der Kaiser nicht, dass er auch in Zukunft diejenigen ausfindig machen werde, welche dem Zwecke vollkommen entsprechen.¹ Daher lehnte auch Kaunitz jetzt jede bestimmte Weisung ab: „Aus den Gründen, die ich bei wiederholten Gelegenheiten ausgesprochen habe, dürfen Euere Excellenz positive Directionen bezüglich der Lage, in der Sie sich gegenüber den Ständen und der Nation befinden, nicht erwarten, da diese Lage sich bei Ankunft vorliegender Weisungen vermuthlich bereits wieder geändert haben wird. Es steht daher bei Euerer Excellenz, in all den Fällen, die sich darbieten mögen, jene Partei zu ergreifen, die nach Ihrem Ermessen am meisten zur Wiederkehr jener Autorität des Souveräns und jener öffentlichen Ruhe beizutragen vermag, die unbedingt nöthig sind, um wieder in den Genuss aller Quellen des königlichen Einkommens zu gelangen. Euere Excellenz haben daher die ausgedehntesten Vollmachten und Sie mögen all das, was ich Ihnen in dieser Hinsicht sagen kann, nur als einfache Bemerkungen betrachten, die stets Ihrer Einsicht und Ihrem Urtheil überlassen sind. Von dieser Art sind auch die folgenden Betrachtungen, die in mir das, was Sie mir bezüglich Ihrer Verlegenheit gegenüber den Demokraten berichtet haben, hervorgerufen hat. Es ist gewiss sehr vortheilhaft, die Stände durch diese Herren in Schach zu halten und so dieselben zu einer Annäherung an die Ansichten des Gouvernements zu bewegen, so lange der Schutz, den man den Demokraten angedeihen lässt, nicht so weit geht, dass sich dieselben gefürchtet machen, wie dies nach den Details, die Sie mir mittheilen, der Fall zu sein scheint. Es dürfte sich demnach, sobald sich die Aussicht einer Vereinbarung mit den Ständen zeigt, empfehlen, den Einfluss der Demokraten auf die öffentlichen Angelegenheiten einzuschränken, ohne sich an die Ansichten eines Theiles des Militärs und sogar das Gouvernements selbst zu kehren, und ein derartiges Benehmen scheint mir um so nothwendiger, als die Demokraten durch ihre Opposition gegen die Stände diese in der That gefügiger machen können. Dagegen glaube ich nicht, dass sie durch

¹ Kaunitz an Mercy, Vienne, le 15 mai 1791. Orig.

ihren Einfluss viel zur Beruhigung der Gemüther beitragen können, die man vor Allem wünschen muss. Uebrigens weiss ich auch nicht, ob die souveräne Autorität durch irgendwelche Aenderungen in der Repräsentation des Volkes wesentlich gewinnen würde, wie mangelhaft auch immer die alte sein mag.¹

Ganz natürlich, dass bei dieser Stimmung des Wiener Hofes und bei den Bedenken, welche Mercy und seine nächste Umgebung hegten, die Idee einer Reorganisation der Stände zunächst von der Bildfläche schwand, und dass man sich nun vor Allem mit jener Angelegenheit befasste, deren Erledigung ohnedies die Vorbedingung aller weiteren Vereinbarungen war. Es war dies die Inauguration, zu der die Zustimmung nicht nur von den Ständen von Brabant, sondern auch von den Ständen der übrigen Provinzen eingeholt werden musste.

5. Verhandlungen über die Inauguration.

Kaunitz hatte dem Grafen Mercy bereits am 18. Februar die Vollmacht, der zufolge Herzog Albert den Kaiser bei der nächsten Inauguration vertreten sollte, mit der Bemerkung zugesendet, dass man sich bei jenem Acte an den seines Vorgängers Josef II. zu halten habe, dass aber immerhin kleine Abänderungen, soweit solche zum Besten der Sache wünschenswerth erachtet würden, sollten stattfinden dürfen.² Doch war die Inauguration bisher auf Mercy's Rath verschoben worden, nicht nur weil das Statthalterpaar noch in der Ferne weilte, sondern auch, weil er selbst die Befürchtung hegte, dass die Demokraten Himmel und Erde in Bewegung setzen würden, auf dass bei diesem Acte entweder andere Deputirte oder eine grössere Zahl, als sonst üblich war, intervenirten.

In Limburg, wo im Jahre 1778 die früher getrennten vier ständischen Körperschaften in éine verschmolzen worden waren,³ herrschte der tiefste Hass gegen die alten Stände und die tiefste Abneigung gegen die Vereinigung mit Brabant, welches das Nachbarländchen, um es zur Untreue gegen den Souverän zu verleiten, vergewaltigt und endlich wie ein erobertes

¹ Kaunitz an Mercy, Vienne, le 28 avril 1791. Copie.

² Kaunitz an Mercy, Vienne, ce 18 février 1791. Orig.

³ Gachard, Collection de documens inédits t. I, 52.

behandelt habe. Von allen Seiten wurden Mercy Vorstellungen zugesandt, welche die bleibende Trennung von Brabant, und statt der alten Stände andere Repräsentanten forderten.¹ Namentlich verlangte man die Aufrechthaltung des von Josef II. errichteten, von Brabant unabhängigen Conseils der Provinz und Abstimmung der Stände nach Köpfen.

Auch in Westflandern, welches Land bisher als erobertes behandelt worden war, herrschte Unzufriedenheit. Man verlangte hier, entweder den anderen Provinzen als ‚état‘ mit drei Ständen gleichgestellt, oder wie das östliche Flandern nach Administrationen organisirt zu werden.² Und wenn man hier bisher wohl dem Souverän einen Eid zu leisten pflegte, nicht aber dieser den Ständen, forderte man nun, dass auch in Westflandern wie in den anderen Provinzen die Eidesleistung gegenseitig erfolgen sollte.³ In Hennegau hemmte der Streit um den Conseil (siehe oben) monatelang jede andere Thätigkeit.

Wieder andere Schwierigkeiten erhoben sich im eigentlichen (Ost-)Flandern, wo der Adel schon seit längerer Zeit von dem Rechte, das ihm einstens zugestanden hatte, an den Ständeversammlungen durch Vertreter theilzunehmen, keinen Gebrauch gemacht hatte und daher dieser Befugniss verlustig gegangen war.⁴ Wohl strebte derselbe unter Josef II. und neuerdings nach der Wiederherstellung der österreichischen Herrschaft die Wiedererlangung des verlorenen Rechtes an, doch umsonst, da sich diesem Verlangen sowohl die beiden anderen Stände — der Clerus und der dritte Stand — als auch das Gouvernement widersetzten.⁵ Einer der Streitpunkte betraf die Collace de Gand, jene städtische Körperschaft, welche seit Alters zu Gent neben dem Magistrate fungirte, ja sich als eigentliche Repräsentation der Stadt über denselben erhob und von Carl V. zwar nicht aufgehoben, sondern bloß reorganisirt worden war, die aber seither in völligen Verfall gerathen zu sein scheint. Erst die letzten Unruhen kamen dieser grossen-

¹ Mercy an Kaunitz, Bruxelles, ce 12 janvier 1791 und 23 mars 1791. Copie.

² Siehe unten den Bericht Mercy's an den Kaiser vom 30. Juni.

³ Mercy an Kaunitz, Bruxelles, ce 12 janvier 1791.

⁴ Le voyageur dans les Pays-bas autrichiens, t. IV, 255 ff., 291 ff.

⁵ Gachard, Collection de documens inédits, t. I, 53.

theils vonckistisch, zum Theil auch kaiserlich gesinnten Versammlung zu statten. Um an derselben eine Stütze zu gewinnen, stellte sich der Magistrat selbst unter die Autorität der Collace, und die Schöppen leisteten derselben den Eid, den sie sonst dem Souverän zu leisten pflegten. Nach einem am 27. April 1790 erlassenen Reglement fand die Erneuerung der Collace mit einer Functionsdauer von zwei Jahren statt. Hatte sie einst — nach der Carolina — aus den Schöppen der beiden letztvergangenen Jahre und aus 42 Adelligen und Notablen der Bürgerschaft nach den sieben Pfarren der Stadt, welche der Grand-Bailli und die Schöppen des laufenden Jahres wählten, später, als man die Schöppen nicht mehr jährlich erneuerte, nur aus den Letzteren bestanden, so bestimmte das neue Reglement, dass die Collace fortan 49 Mitglieder — je sieben aus jedem Pfarrsprengel — umfassen und dass letztere von Wahlmännern, welche zu diesem Zwecke von jeder der sogenannten wyken der Stadt aufgestellt wurden, gewählt werden sollten. Diese neue Collace beanspruchte sofort auch gegenüber den Ständen von Flandern eine unabhängige Stellung und erliess am 26. Juni auf eigene Faust eine neue Organisation der Verwaltung der Stadt Gent, die seit Jahrhunderten keine legitimen Repräsentanten gehabt habe, in der Art, dass unter Anderem der Collace, als Repräsentation des Volkes, die Ernennung des Magistrates zustehen sollte. Hierüber nun kam es zwischen der Collace und den Ständen zu einem argen Zerwürfniss. Die Aufregung ergriff auch das Volk, das sich unter dem Bäckermeister van de Velde erhob und die feierliche Publication der Ordonnance vom 26. Juni erzwang. So wie nun die neue Collace der Unterstützung des Magistrates und dem Gegensatze zu den Ständen ihren Ursprung verdankte, und sowie sie selbst der Sammelpunkt der Vonckisten und der franzosenfreundlichen Elemente einer-, der offenen und geheimen Anhänger des Kaisers anderseits war, so trat sie auch alsbald in Gegensatz zu den Unabhängigkeitsbestrebungen ihrer Widersacher. Die Collace und der Magistrat verweigerten ihre Zustimmung zu dem Zwangsanlehen, das der Congress ausschrieb, sie nahmen den von Kaiser Leopold angebotenen Waffenstillstand an, und als der Congress, als letztes Auskunftsmittel, Erzherzog Carl zum erblichen Grossherzog von Belgien

wählte, lehnte die Collace eine Berathung hierüber ab und erkannte vielmehr gleich dem Magistrat Leopold als Grafen von Flandern an.

Nach alledem gab sich aber auch die Collace der Hoffnung hin, dass sie ihre wiedergewonnene Stellung unter der restaurirten österreichischen Herrschaft behaupten werde. Die Gesandtschaft, durch welche sie den alten Feldmarschall Bender bei seinem Einmarsche in Belgien begrüßen liess, sollte zugleich um Aufhebung der auf die Collace bezüglichen Bestimmungen der Carolina und um Nachlass jener Summe von jährlich 6000 Gulden bitten, welche einst Carl V. der Stadt als Strafe auferlegt hatte. Auch an den Grafen Mercy trat man mit dem gleichen Ansinnen heran. Doch das Einzige, was man erreichte, war, dass Mercy eine Anordnung (28. März 1791) erliess, wonach die Collace, als wäre sie auf Grund der Carolina gewählt, noch bis zum Juni 1792 ihre Functionen fortführen sollte und fortan ermächtigt wurde bei jeder Erneuerung des Magistrates von Gent eine Liste von dreimal so viel Individuen, als zu ernennen seien, vorzulegen.¹ Auch ein theilweiser Nachlass jener Strafgeelder wurde in Aussicht gestellt. Neue Hoffnungen schöpfte die Collace in der Folge aus dem freundlichen Empfang, den ihre Deputirten bei dem Statthalterpaare fanden. Aber nur zu bald wurde auch diese Erwartung zu nichte. Ihre weiteren Vorstellungen wurden abschlägig beschieden. Die Collace löste sich auf, nicht ohne zuvor den Nachfolger Mercy's von den Motiven dieses Schrittes in Kenntniss gesetzt zu haben. Die bald darnach erfolgte französische Invasion begrub diese Frage für immer.² Gleichwohl machte es anfangs den Eindruck, als ob sich Mercy in dieser Körperschaft ein Gegengewicht gegen die Stände zu schaffen suche. Dass er auch an der Organisation der Stände von 1754 festhielt, verstimmte die Letzteren im hohen Grade, und es hängt wohl mit dieser zunehmenden Verbitterung zusammen, dass der Conseil des Landes mit Stimmenmehrheit die Publication der die Convention

¹ Gachard a. a. O. II, 41, Anm. 1.

² J. J. de Smet, Révolution brabançonne. Collace de Gand 1789—1790 im Bulletin de l'acad. royale des science, t. XI, part. II, 1844, p. 341 ff.

vom Haag ddo. 10. December 1791 betreffenden Declaration verweigerte.

Der Conseil fasste die Gründe, die ihn zu diesem Schritte veranlassten, in einer Vorstellung an den bevollmächtigten Minister zusammen (20. April 1791), die wegen ihres eigenthümlichen Inhaltes näher beleuchtet zu werden verdient. Man berief sich auf den Umstand, dass der Kaiser bekanntlich jene Convention nicht ‚pure et simple‘ angenommen hatte, sondern daran eine Bedingung knüpfte, die dem Art. 1 des Vertrages einen Sinn unterlegte, den — wie wenigstens der Conseil behauptete — die Worte nicht enthielten. Vielmehr stürze die Erklärung, dass der Kaiser zwar bei der Inauguration in der von allen seinen Vorgängern, Josef II. inbegriffen, beobachteten Weise die Constitution, die Privilegien und die legitimen Gebräuche des Landes bestätigen wolle, dass aber bezüglich der Observanz derselben diejenige, die zu Ende der Regierung Maria Theresias in Kraft gewesen, gelten solle, den Art. 1 der Convention vom Haag völlig um, da sie zur Voraussetzung habe, dass bei dem Tode der Kaiserin die Constitution intact gewesen sei und dass Eingriffe in dieselbe weder unter ihr, noch unter den früheren Regenten erfolgt seien. Ginge der Inauguration die legale Verkündigung jener Declaration voran, so würde dieselbe alle früheren Verletzungen der Verfassung legitimiren und dem Souverän zu ähnlichen neuen die Ermächtigung geben. An diese höchst spitzfindige Deduction, an der man es nur zu deutlich merkt, dass diese ganze Bewegung von Advocaten geleitet wurde, schlossen sich principielle Erörterungen über das Verhältniss von Fürst und Volk, welche die regierenden Kreise um so unangenehmer berühren mussten, als sich in denselben nur zu deutlich die Stimme des revolutionären Nachbarlandes Frankreich erkennen liess. erinnerte doch der Conseil an den ‚contrat social‘, der das Gouvernement der Provinz den erlauchten Vorfahren des Souveräns nur unter gewissen Bedingungen übertragen habe, und hiess es doch im weiteren Verlaufe der Denkschrift, ‚dass eine Constitution nichts Anderes sei als ein gemeinsames Uebereinkommen aller Bürger oder der ganzen Nation, ein commune civitatis sponsum, das so lange zu Kraft bestehe, so lange nicht das Volk als solches es geändert habe, dass die Constitution

jedem Individuum der Nation gegen alle und jeden Einzelnen, namentlich dem Fürsten gegenüber ein Recht verleihe, darnach zu handeln, ein Recht, das ihm Niemand ohne seine Zustimmung oder jene der Nation nehmen könne. Ja zum Schlusse seiner Auseinandersetzungen berief sich der Conseil geradezu auf den Autor des ‚esprit des loix‘ und auf die bekannte 1789 in Druck erschienene Schrift des Grafen (Josef Niclas) Windischgrätz,¹ in der die Frage behandelt wurde, ob der Monarch das Recht habe, aus eigenem Antriebe eine, wenn auch offenbar fehlerhafte Constitution zu ändern, und ob solches klug sei und in seinem Interesse liege.²

Schroff standen sich auch in Namur die Parteien gegenüber. ‚In Namur,‘ meldet Crumpipen den Statthaltern, ‚predigt der jüngere Proli (Proli, fils cadet) und sammelt Unterschriften unter dem Vorwande, eine Aenderung in der Vertretung des Landes zu fordern, vielleicht auch, wenngleich nicht wahrscheinlich in der Absicht, die Ansichten seines Bruders, eines eifrigen Mitgliedes des Jakobinerclubs, zu verbreiten. Die Folge davon ist, dass die Stände von Namur, um seine Schritte zu durchkreuzen, ebenfalls Unterschriften zu gewinnen suchen; ein Für und Wider, aus dem unmöglich Ruhe hervorgehen kann.‘³ Auch die Legalität des Conseils fochten die Stände von Namur an, unter dem Vorwande, dass denselben der Souverän wiederbesetzt habe, ehe er selbst gesetzmässig durch die Inauguration als solcher anerkannt worden sei. Man suchte zwar die Stände zur Rücknahme dieser Resolution zu bewegen; allein nun verlangten sie den Ausschluss des Präsidenten und jener fünf Rätthe, die während der Revolution geflohen seien.⁴

Selbst von dem sonst so ergebenen Luxemburg, das sich an dem jüngsten Aufstande nicht betheiligt hatte, ertönte der Ruf nach einer zeitgemässen Umgestaltung der ständischen Verfassung. ‚Die Vernunft,‘ hiess es in einer Eingabe, welche

¹ Ueber ihn vgl. Wurzbach, s. v. Windisch-Grätz, S. 60 ff.

² Représentation du conseil de Flandre au ministre plénipotentiaire comte de Mercy. Gand, le 20 avril 1791, Copie.

³ Crumpipen an die Statthalter, du 6 avril (1791). Eigenhändige Copie der Erzherzogin Maria Christine.

⁴ Anonymer Brief. Bruxelles, du 27 avril 1791. Copie.

zweiundzwanzig Communen dieser Provinz an das Gouvernement richteten, „die Vernunft lehrt uns, dass die Zahl der Deputirten des Volkes der Zahl ihrer Wähler (commettans) proportionirt sein muss, und dass sie mindestens achtzehn Zwanzigstel gegenüber dem Clerus und dem Adel betragen sollte.“¹

Trotz alledem nahmen — mit Ausnahme von Brabant — die Vorverhandlungen über die Inauguration einen wesentlich günstigen Verlauf. Nicht nur in Luxemburg, sondern auch in Limburg und Geldern wurde die Zustimmung zur Inauguration ohne Schwierigkeit erreicht; ja es geschah dies unter Bezeugungen der Treue und Ergebenheit, die, wie Mercy meinte, wohl den übrigen Provinzen hätten zum Vorbild dienen können. Ueber das Ansinnen der Limburger und deren besonderen Conseil hatte sich Mercy in einem Berichte an Kaunitz dahin ausgesprochen, dass, da Limburg von Brabant factisch getrennt sei, erst wenn die Stände von Brabant dagegen reclamiren würden, ein Arrangement würde getroffen werden müssen, dass dagegen die Forderung einer Reorganisation der Stände nicht unbeantwortet gelassen werden könne. Die Stände mit Gewalt in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung zu erhalten, erschien ihm angesichts des Eifers für die legitime Sache, durch den sich Limburg allzeit ausgezeichnet hatte, ebenso bedenklich, als hier die grosse Frage der Reorganisation der Stände aufzurollen und dadurch der Gährung der Gemüther neue Nahrung zuzuführen.² Mercy sandte den Rath Le Clerc dahin, dem es gelang, einen Ausgleich anzubahnen. Zwei der verhasstesten Mitglieder der Ständerversammlung, der Abt von Rolduc, Deputirter des Clerus, und de la Saulx de St. Marie, Deputirter des dritten Standes, gaben ihre Entlassung; sonst nahmen hier die Verhandlungen einen sehr ruhigen Verlauf. Bedenken erregte als Präjudiz bloss der Beschluss der Stände, nach Köpfen abzustimmen, was dem dritten Stande das Uebergewicht verschaffen musste und nur zu sehr an die Vorgänge in der französischen Ständerversammlung erinnerte. Mercy bemerkt, er hätte gewünscht, die Resolution wäre unterblieben, allein die Gemüther seien gegen die beiden ersten Stände so erregt,

¹ Gachard, Collection de documens inédits I, 59.

² Mercy an Kaunitz, Bruxelles, le 23 mars 1791. Copie.

dass man nicht offen dem Wunsche eines Volkes entgegen-treten konnte, das sich dem Kaiser so ergeben zeigte. Le Clerc hatte daher gebeten, man möge den Beschluss wenigsten provisorisch genehmigen. Da aber das Reglement des Jahres 1775 für Limburg die Abstimmung nach Ständen angeordnet hatte, so machte Mercy — vorbehaltlich der Genehmigung des Wiener Hofes — seine Zustimmung zu jener Resolution davon abhängig, dass sie in Form einer Bitte an ihn gerichtet werde.¹ Kaunitz theilte zwar die Bedenken Mercy's bezüglich der Aenderung, die in der Abstimmung der Stände von Limburg eingetreten sei, aber auch den Gesichtspunkt, von dem sich Mercy hierin bestimmen liess, und überliess es diesem, unter Hinweis auf die ihm ertheilte Generalvollmacht des Kaisers, die Sache in der ihm am besten dünkenden Weise zu regeln.² In der That wurde durch eine Declaration vom 9. Mai 1791 die Zahl der Mitglieder des dritten Standes von 13 auf 15 erhöht und verordnet, dass die Abstimmung in Zukunft nicht nach Ständen, sondern nach Köpfen erfolgen solle.³ Uebrigens fand Abstimmung nach Köpfen auch in den Ständeversammlungen von Geldern, Tournai und Tournaisis statt.⁴

In Hennegau wurden mit der Beilegung des Conseilstreites auch alle anderen Fragen gütlich beigelegt; und so wie hier, kam auch in Namur dem Gouvernement die Spaltung zwischen den beiden oberen und dem dritten Stande sehr zu statten. Nur der Streit um den Conseil flammte unerwarteter Weise noch einmal auf. Der Streit drehte sich jetzt um ein Privilegium König Carls II. (von Spanien), der, als er einen Fremden für einen supernumerären Platz im Conseil von Namur ernannte und dabei dem heftigsten Widerstande der Stände begegnete, das Versprechen gab, dass in Zukunft kein Fremder mehr zugelassen und dass über die Zahl von sieben Räthen nicht hinausgegangen werden sollte, wofür die Stände sich dem Fürsten durch einige Geldzuschüsse dankbar erwiesen. Nun hatte aber die letzte Regierung kurz vor dem Ausbruche der Revolution

¹ Mercy an Kaunitz, Bruxelles, le 11 avril 1791. Copie.

² Kaunitz an Mercy, Vienne, le 22 avril 1791. Orig.

³ Gachard, Collection de documens inédits I, 52.

⁴ Gachard a. a. O. I, 86.

die Zahl der Rätthe ohne Ternavorschlag auf 10 vermehrt und, wie in Brabant und Hennegau, zwei Kammern gebildet; ein Vorgang, der zwar im Interesse der Parteien (*plaideurs*), nicht aber in jenem der Stände lag.¹ Erst im August wurde der Streit in der Weise beigelegt, dass den drei unter Josef II. ernannten Rätthen im Conseil blos eine deliberative Stimme zuerkannt wurde, ihre Funktionen sich auf den Bescheid der Parteien (*à appointer les requêtes*) beschränken, ihre Besoldung aber aus der Cassa der Stände erfolgen sollte. Statt zwei Kammern gab es fortan wieder nur eine mit sieben Rätthen.²

In Flandern zeigte sich vor Allem die Châtellenie von Oudenarde widerhaarig, deren Seele der berüchtigte Rapsaet war. Dagegen erwies sich von bester Wirkung eine Reise, die Mercy in das durch Dammbrüche schwer geschädigte Land zu Ende April unternahm, theils um sich durch den Augenschein von dem Umfange der Verheerungen zu überzeugen und schleunige Abhilfe zu schaffen, theils um die Gemüther für die bevorstehende Inauguration günstig zu stimmen.

Auch den Ständen von Brabant wurde bei der Wiedereröffnung derselben — April 1791 — die Inauguration zur Annahme vorgelegt. Die Proposition lautete dahin, dass die Inauguration in den gewöhnlichen Formen stattfinden sollte.³

¹ Mercy an Kaunitz, Bruxelles, le 15 juin 1791. Copie.

² Der Kaiser billigte jene Vereinbarung in einem Schreiben an die Statthalter ddo. Prag, 2. September 1791. Auch jetzt noch war die Sache nicht vollständig beigelegt. Als sie an den dritten Stand kam, dessen Zustimmung man bedurfte, weil die den drei Conseillers zugedachte Entschädigung allen Ständen zur Last fallen sollte, opponirte dagegen der Magistrat, und 24 corps de métiers weigerten sich, einen Beitrag zu leisten. Die Statthalter mussten nochmals zwei königliche Commissäre, den Prinzen von Gavre, Gouverneur der Provinz, und den Rath Müller dahinsenden, denen es endlich in unerwartet rascher Weise gelang, auch diese Differenz zu begleichen, und zwar so, dass die 10 Conseillers activ verblieben, dagegen in Zukunft nur eine Kammer von 7 Rätthen bestehen, die 3 supernumerären Plätze abgeschafft werden und eine Vermehrung nur mit Zustimmung der Stände erfolgen sollte. (Die Statthalter an den Kaiser, 19. décembre 1791. Concept.)

³ Crumpipen an die Statthalter, du 6 avril 1791. Eigenhändige Copie Maria Christinens.

Statt indessen sofort auf die Vorlage einzugehen, brachten die Stände eine Reihe von Beschwerden und Bedenken vor, von denen die Letzteren sich so wie in Flandern auf die Convention vom Haag und die kaiserliche Ratification derselben bezogen.¹ Am 9. April überreichten sie eine Repräsentation, welche die ihnen selbst und die den Capuzinern zugefügten Unbillen sowie die vom Militär vorgenommenen Verhaftungen zum Gegenstande hatte, und alle diese Vorgänge als in Widerspruch mit der Verfassung stehend bezeichnete.² Vom 12. April datirte eine zweite Repräsentation, welche die Verfügung Mercy's vom 25. Februar als ‚Bruch‘ der Privilegien des Landes anfocht und behauptete, dass der Kaiser verpflichtet sei, alle Conseillers einzuberufen und nur ‚par droit et sentence‘ vorzugehen, wozu ein Gegner der Stände nicht mit Unrecht bemerkte, dass es schwer zu begreifen sei, wie die Stände, die während der Unruhen die Verfassung dadurch keineswegs zu verletzen glaubten, dass sie nicht alle Räthe einberiefen, dasselbe Verfahren dem legitimen Souverän zum Vorwurf machen könnten.³

Erst am 15. April traten die Stände in die Berathung der die Inauguration betreffenden Vorlage ein. In der Stadt herrschte an diesem Tage grosse Aufregung. Um das Sitzungslocal der Stände — das Stadthaus — hatten sich an 800 Menschen angesammelt, welche sich in Schmähungen ergiengen. Die Stände, durch Drohbriefe erschreckt, welche die Wiederholung der früheren Insulte in Aussicht stellten, hatten sich um Succurs an das Gouvernement gewendet, und in der That wurde um Mittag einiges Militär (900 Mann, theils Infanterie, theils Cavallerie) auf dem grossen Platze aufgestellt, das sich indess bei seiner erbitterten Stimmung gegen die Stände ziemlich passiv verhielt. Die Sitzung dauerte von 7¹/₂ Uhr Morgens bis 2 Uhr Nachmittags und endete damit, dass von den beiden ersten Ständen die Accession zu der von dem Gouvernement beantragten Inauguration zum Beschlusse erhoben wurde. Dieser Beschluss wurde Mercy durch eine Deputation, bestehend aus den Grafen de Duras und Limminghe und den Aebten

¹ Mercy an Kaunitz, Bruxelles, le 18 avril 1791. Copie.

² Crumpipen an die Statthalter, Bruxelles, le 10. avril 1791. Copie.

³ Récapitulation. AA.

von Parc und von Villers, und dem Pensionär de Jonghe überbracht.¹ Es geschah dies in Ausdrücken der Ehrerbietung und des einstimmigen Wunsches, dass die Ceremonie so bald als möglich stattfinden möge. ‚Loyalere Leuten,‘ meint Mercy, ‚würde ich das glauben; aber es steht noch die Zustimmung der drei chefs-villes aus, und ich kann mich des Verdachtes nicht erwehren, dass da noch irgend eine Schlange unter dem Grase lauere.‘²

Die drei ‚chefs-villes‘ von Brabant waren Brüssel, Antwerpen und Löwen. ‚Die Stadt Antwerpen,‘ bemerkt Mercy, ‚ist im ganzen Lande jene, die mir die meisten Verlegenheiten und Besorgnisse bereitet; sie ist unverbesserlich in ihrem Fanatismus, der durch fortwährende Verbindungen mit van der Noot und van Eupen unterhalten wird. Ich werde mich zwar daran wenig kehren, denn sie lässt sich von der Citadelle aus militärisch im Zaume halten; da sie aber eine der drei chefs-villes ist, die in der Ständerversammlung vertreten sind und deren Zustimmung man nach der Constitution in allen Finanzgeschäften bedarf, sehe ich mich veranlasst, sie zu schonen, wofür man indess, wie ich fürchte, weder mir noch dem Kaiser Dank wissen wird.‘³

In der That war Antwerpen die erste Stadt gewesen, die den Conseil von Brabant in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung nicht anerkennen wollte. Seinem Beispiel schloss sich Löwen an, und auch Brüssel zeigte wenigstens eine sehr zweideutige Haltung. Wohl trug dies dem Magistrat von Antwerpen eine Zurechtweisung sowohl von Seiten des Conseils selbst als von Seiten des bevollmächtigten Ministers (11. April) ein; der Magistrat fügte sich und das betreffende Edict wurde publicirt. Jetzt aber erklärten die Doyens von Antwerpen unter Berufung auf die Illegalität des Conseils, dass es ihnen nicht möglich sein werde, den Inaugurationseid zu leisten. Dagegen gab Löwen seine Zustimmung zur Vornahme der Inauguration, und die Opposition Antwerpens würde bedeutungslos gewesen sein, hätte nicht auch Brüssel formelle Schwierigkeiten

¹ Nienlant an die Statthalter, Bruxelles, le 15 avril 1791. Copie.

² Mercy an Kaunitz, Bruxelles, le 15 avril 1791. Copie.

³ Mercy an Kaunitz, Bruxelles, le 5 avril 1791. Copie.

erhoben, wozu die früher nie beanständete Signatur des Pensionärs Moris den Vorwand abgab.¹

Während demnach diese Angelegenheit einstweilen noch in Schwebe blieb, wurden auf Wunsch der beiden ersten Stände die Verhandlungen über verschiedene andere Punkte — zumal ökonomischer Natur — zwischen ihnen und den landesfürstlichen Commissären fortgeführt.² Aber auch die Conseilfrage bildete den Gegenstand einer neuen Repräsentation (vom 5. Mai 1791).³

Am 12. Mai fand sich eine Deputation der Stände, bestehend aus dem Abte von Parc, de Coloma, Bom (Pensionär der Stadt Antwerpen) und de Jonghe bei Crumpipen, dem Kanzler von Brabant, ein, um sich im Namen der Assemblée générale seine Intervention zu Gunsten der fünf Rätthe bei Mercy zu erbitten. Sie bezeichneten deren Wiedereinberufung als das einzige Mittel, das geeignet sei, vollständige Ruhe und gegenseitiges Vertrauen in Brabant wiederherzustellen, indem sie zugleich bei fortgesetzter Weigerung nach Ablauf des gegenwärtigen Termins (31. Mai) die fernere Einhebung (levée) der ‚impôts‘ zu verweigern drohten. Sie fügten hinzu, dass die Assemblée générale niemals ihre Zustimmung zu dem Wiedereintritte der sieben Mechelner Rätthe in den Conseil von Brabant ertheilen werde. Crumpipen beschränkte sich darauf, zu erwidern, dass er diese Erklärungen zur Kenntniss des bevollmächtigten Ministers bringen werde, dass er aber seine eigene Ansicht über diesen Gegenstand umsoweniger weder ihnen, noch dem Gouvernement mitzutheilen in der Lage sei, als er, falls man die Sache auf dem Wege der Justiz würde zur Entscheidung bringen wollen, möglicherweise als einer der Richter fungiren werde. Er beschränkte sich auf die Versicherung, der Conseil von Brabant habe bereits wiederholt den bevollmächtigten Minister darauf aufmerksam gemacht, dass nach einer unumgänglichen Regel und feststehenden Maxime kein Magistrat ohne Recht und Sentenz seines

¹ Récapitulation (A. A.). Anonymer Brief ddo. Bruxelles, du 3 mai 1791.

Copie. Extrait d'une lettre de Bruxelles, du 27 avril 1791. Copie.

² Mercy an Kaunitz, Bruxelles, le 15 avril 1791.

³ Récapitulation (A. A.).

Amtes entkleidet und auf längere Zeit an der Ausübung desselben gehindert werden dürfe und dass daher der Conseil, um sich nicht von jener peinlichen Unparteilichkeit zu entfernen, die er sich in dieser Angelegenheit zum Gesetze machen müsse, die Rätthe Villegas d'Estaimbourg, van Dorselaer, Baron d'Overschies, Aerts und Strens in die Tabelle der Mitglieder dieser Körperschaft aufgenommen habe, die kürzlich dem Gouvernement in üblicher Weise behufs der mit 30. April fällig werdenden Rate des Gehaltes übergeben worden sei.¹

Crumpipen theilte den Zwischenfall Mercy mit. Dieser erwiderte am folgenden Tage mittelst einer Note, in der er nochmals das Recht des Kaisers nachdrücklich betonte, Rätthe auszuschliessen, die einen andern Souverän als ihn anerkannt und die einen demjenigen Eide, den sie seinem Hause geleistet, entgegengesetzten Eid abgelegt hätten, hingegen die Analogie dieses Vorganges mit dem einseitigen Verlangen der Stände nach Ausschluss der Mechelner Conseillers bestritt. Er verwies die betreffenden Rätthe neuerdings auf den Weg des Rechtes und warnte die Stände vor den schlimmen Folgen, die für sie erwachsen würden, falls sie das Recht, die ordentlichen Abgaben zu votiren, dazu missbrauchten, dieselben zu verweigern.²

In der Conseilfrage hielten die Stände an ihren Beschlüssen fest. Am 10. Mai erging von den ‚neun Nationen‘, welche die Stadt Brüssel im dritten Stande repräsentirten, eine Remontrance gegen die Legalität des Rathes von Brabant in seiner gegenwärtigen Form, sowie gegen die erfolgte Besetzung des Fiscalamtes mit fünf Personen (einem conseiller et procureur général und vier Substituten), wogegen sie die Ernennung eines procureur général auf Vorschlag des ‚souveränen‘ Conseils von Brabant verlangten, der im Verhinderungsfalle nur durch einen Substituten ersetzt werden solle, da sonst die gefürchtete Intendanz wieder aufleben würde.³

¹ Note Crumpipen's an Mercy, Bruxelles, le 13 mai 1791. Orig., eigenhändig.

² Mercy an Crumpipen; Note, Bruxelles, 14 mai 1791. Copie. Auch abgedruckt in dem: Mémoire sur la question agitée entre le gouvernement et les états de Brabant.

³ Diese ‚Représentation des neuf nations, représentant le troisième membre de cette ville 1791‘ liegt gedruckt vor; die Vorrede datirt vom 10. Mai

Was die ‚impôts‘ betrifft, so hatte Mercy am 16. Mai dem Kanzler von Brabant, Crumpipen, den Auftrag ertheilt, den Ständen die betreffende Proposition für die nächsten sechs Monate (vom 1. Juni an gerechnet) in gewohnter Weise vorzutragen, worauf die Stände sich bereit erklärten, dieselbe am 23. in Empfang zu nehmen. Ausserdem aber wendete sich Mercy am 21. Mai in dieser Angelegenheit noch mit einer besonderen Note an den Pensionär der Stände. In gewöhnlichen Zeitläuften — so lautet der wesentliche Inhalt derselben — würde er die Sache einfach dem guten Willen der Stände überlassen haben; allein man habe ihm Zweifel über den Erfolg dieser Petition beizubringen gesucht und ihm vorgeschlagen, mit Umgehung der gewöhnlichen Form sich mit der geheimen Sanction der Forterhebung der Impôts für 3—6 Monate zu begnügen. Er habe dies als Seiner Majestät unwürdig und verfassungswidrig abgelehnt. Er habe vernommen, dass man die Angelegenheit der fünf Rätthe damit in Verbindung bringen wolle und die paradoxe Behauptung aufgeworfen werde, dass man zu ordentlichen Abgaben erst nach der Inauguration verpflichtet sei. Bezüglich des ersten Punktes verwies er auf seine frühere Erklärung, gegen die zweite Behauptung auf das Princip der erblichen Souveränität und den Grundsatz: *le Roi mort, le Roi vit*, der hier immer gegolten, sowie auf Thatsachen aus früherer Zeit, in der man vor der Inauguration die Subsidies bezahlt, und dies sogar einem Könige von Spanien aus dem Hause Oesterreich, der nie inaugurirt worden sei.¹

Am 23. Mai wurde die Proposition, betreffend die Forterhebung der ‚impôts‘ für ein halbes Jahr in der Ständerversammlung eingebracht. Da nun aber noch immer die Städte — zumal Antwerpen — ihre Zustimmung nicht vor der Inauguration und nicht vor Erledigung der schwebenden Streitpunkte ertheilen wollten, andererseits die Verwaltung des Landes nicht stillstehen konnte, so schlugen die Deputirten der Stände den Commissären des Gouvernements einen Ausweg vor, für den

1791 und ist gerichtet an: ‚les bourgmaîtres, échevins, trésoriers, receveurs et conseil de cette ville de Bruxelles.‘

¹ Gedruckt ist diese Note Mercy's in dem: *Mémoire sur la question agitée etc.*

auch die Zustimmung des dritten Standes zu hoffen war. Danach sollte das Gouvernement seine Zustimmung dazu ertheilen, dass der Ueberschuss (von etwa 140.000 fl.), um den der Ertrag der Impôts die Kosten der Verwaltung zu übersteigen pflegte, und der sonst als ein Theil des Subside dem Souverän zufiel, bis zum Ausgange der zwischen den Ständen und der Regierung im Zuge befindlichen Conferenzen unberührt bleiben solle. Die Bewilligung sollte also an die Clausel: *pour être le produit employé au charges ordinaires, et suivant l'issue des conférences* geknüpft sein. In einer Conferenz des Gouvernements sprach sich zwar die Majorität (7 gegen 6 Stimmen) wider die Zulassung dieser Clausel aus und verlangte vielmehr, dass der Passus: *et suivant l'issue des conférences* durch die Wendung: *et aux objets à déterminer dans les conférences* substituirt werden sollte. Trotzdem entschied sich Mercy für die von den Ständen vorgeschlagene Clausel, die, wie er wenigstens meinte, die Würde des Souveräns nicht compromittirte und die Impôts für einen neuen Termin von sechs Monaten sicherte. Sobald das Gouvernement die *acte d'acceptation* ausgefertigt hatte, erfolgte die Bewilligung der Impôts von Seite der beiden ersten Stände (Sitzung vom 24. Mai).¹ Laut einem Berichte vom 28. Mai hatten damals auch der Magistrat, der grosse Rath (*large conseil*) und die neun Nationen von Brüssel ihre Zustimmung gegeben, so dass nur noch jene der Städte Löwen und Antwerpen ausständig war.² Noch war diese nicht erfolgt, als die fortgesetzten Verhandlungen über den Conseil von Brabant in ein neues verhängnissvolles Stadium traten, durch den von den Ständen am 25. Mai gefassten Beschluss, den Conseil in seiner gegenwärtigen Gestalt nicht als legal zusammengesetzt anerkennen zu können,³ wogegen Mercy (8. Juni) die Repräsentation der Stände vom 5. Mai entschieden zurückwies.⁴

6. Mercy's Rücktritt. — Ankunft des Statthalterpaares.

Die Thätigkeit Mercy's als bevollmächtigter Minister eilte damals bereits ihrem Ende entgegen. Es war die ihm gestellte

¹ Mercy an Thugut, le 25. mai 1791. Copie. — Anonymer Brief.

² Mercy an Kaunitz, 28 mai 1791.

³ Borgnet I, 308, Mercy an die Statthalter, 31 mai 1791. Copie.

⁴ Récapitulation. A. A.

Aufgabe um so schwieriger gewesen, als die Vorgänge in dem benachbarten Frankreich das Herannahen eines neuen Sturmes vorausahnen liessen. Dabei wurde ihm sein Wirken durch die innere Lage des von Parteien aufgeregten Landes gar sehr verleidet. Er selbst klagt gelegentlich über den Charakter des belgischen Volkes, das von Natur nicht zu Aufruhr geneigt und nicht böswillig, aber von Vorurtheilen und Fanatismus erfüllt und in der Nacht tiefster Unwissenheit befangen, seinen ‚stupiden‘ Eigensinn allen Gründen der Vernunft und allen Künsten der Ueberredung entgegensetze. Er klagt über den Adel, der nicht ein geistig hervorragendes Mitglied besitze, und über den Clerus: über die ‚Imbecillität‘ des Cardinals von Mecheln und der meisten Aebte und über den Bischof von Antwerpen, dessen geistige Bedeutung zu bedauern sei in Folge des üblen Gebrauches, den er von derselben mache. Er klagt aber auch nicht minder über den dritten Stand. Es gebe, sagt er, keinen unter den Doyens der corps de métiers, an den er sich nicht gewendet habe, aber keiner derselben habe sich durch irgend ein Mittel der Güte, Festigkeit oder Vernunft gewinnen lassen.¹

Bei alledem blickte er doch nicht pessimistisch in die Zukunft. Als er wahrnahm, dass seine Berichte in Wien einen derartigen Eindruck hervorriefen, verwahrte er sich dagegen. Er habe es nur für seine Pflicht gehalten, nichts zu verschweigen, nichts zu beschönigen, seine Besorgnisse stets zum Ausdruck zu bringen. Allein er hoffe, dass er mit der Zeit, mit Geduld und einer Festigkeit, die einige Nachsicht gegen die kranken, eben erst von dem Delirium der Insurrection und Anarchie geheilten Gemüther nicht ausschliesse, im Stande sein werde, die Ruhe ohne Eclat wiederherzustellen.² Er hielt es für erspriesslicher, die Provinzen auf gütlichem Wege, als sie durch Gewalt zur Pflicht zurückzuführen.³ Und in der That konnte er auf die Erfolge hinweisen, die er, von den der Regierung ohnedies ergebenen Provinzen Luxemburg und Limburg abgesehen, in dieser Hinsicht in Hennegau und Flandern,

¹ Mercy an den Kaiser, Bruxelles, le 17 avril 1791. Orig.

² Mercy an Kaunitz, Bruxelles, ce 8 avril 1791. Copie.

³ ‚Plutôt ramenées que forcées à l'obéissance.‘ Mercy an den Kaiser, 17 avril 1791. Orig.

zu Tournai und Namur zu verzeichnen hatte. Nur Brabant machte eine Ausnahme davon. Aber auch hier zweifelte er nicht daran, dass man mit Geduld und ruhiger Festigkeit zuletzt doch durchdringen werde. Sobald man mit den übrigen Provinzen im Reinen war, rieth er, Brabant zu isoliren, den Ständen in nichts nachzugeben, was die Autorität des Souveräns schädigen könnte, lieber einstweilen auf die Subsidies zu verzichten, die Bezahlung der Brabanter Aemter aus dem königlichen Tresor einzustellen, die Militärlieferungen zu fordern und ruhig abzuwarten, wer zuerst ermüden werde. „Sie haben dabei,“ bemerkt er, „mehr zu verlieren als der Souverän; man darf annehmen, dass sie bald den Ton ändern werden; man braucht sie bloss dem Rechte und den Vonckisten zu überlassen, wenn die Vernunft keine Gewalt mehr über sie hat.“¹

Was er während einer ungefähr sechsmonatlichen Thätigkeit erreicht, was für seinen Nachfolger, seiner Meinung nach, noch zu thun übrig blieb und welche Stimmung denselben in den einzelnen Provinzen erwartete, das alles legte er in eine Art Finalrelation an den Kaiser nieder.

Er bespricht zunächst Brabant, wo die Bevölkerung im Ganzen ruhig sei und sich der legitimen Autorität unterwerfe. Die Stände hingen nach ihrer Gewohnheit der Chikane nach. Sie folgten den Impulsen van der Noot's und seines Anhangs, zum Handeln aber seien sie unfähig, da sie zu lebhaft Furcht vor den Demokraten beherrsche. Letztere gewannen indess nicht an Terrain in einem Lande, wo sich Alles an das alte Herkommen, gleichviel ob dasselbe gut oder schlecht sei, klammere. Zu fürchten seien dieselben nur dann, wenn sie sich mit dem dritten Stande verbänden, der weniger als die beiden ersten an der Erhaltung seiner Organisation interessirt sei; überdies lasse ihn der Nationalcharakter dies als unmöglich erscheinen. Das Gouvernement müsse sich freilich gefasst machen auf einen beständigen Kampf mit jenem Geist veralteter Chikane, der keinem Impulse der Vernunft folgt und keiner Rücksicht auf das öffentliche Wohl.

¹ Mercy an Kaunitz, Bruxelles, 3 juin 1791. Copie.

Was das östliche Flandern (Flandre orientale) betrifft, so sei hier das Volk der Autorität aufrichtig ergeben. Die Stände in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung legten unzweideutige Proben ihres guten Willens, ja Eifers für den Dienst an den Tag und das sei auch der Grund, weshalb die Aufwiegler Alles ins Werk zu setzen suchten, um ihre gegenwärtige Zusammensetzung umzustürzen. Es seien dies ein halb Dutzend verwegene Leute, die mit der Majorität des Conseil zu Gent im Einvernehmen ständen, um die Ziele der Regierung zu durchkreuzen. Sie seien es gewesen, welche aus der Weigerung der coalisirten Mächte, die Convention vom Haag zu ratificiren, Capital zu schlagen suchten, indem sie die Annahme derselben verweigerten, während sich Stände und Volk damit zufrieden gaben, indem sie behaupteten, es sei unter Maria Theresia die Verfassung mehrfach verletzt worden und dies wieder gut zu machen, vereitle die Ratificationsacte des Kaisers, die zur Basis den Zustand bei dem Tode jener Fürstin nehme. Sie hätten die Minister der vermittelnden Mächte angespornt, die Regierung Kaiser Carls VI. zur Basis zu nehmen, da die gegenwärtige Organisation der Stände und die fixe Subside Flanderns, zwei ebenso brillante als nützliche Operationen, aus der Zeit Maria Theresias (1754) stammten. Er sei geneigt zu glauben, dass jene Minister unter der Hand wühlen, um Schwierigkeiten hervorzurufen, und dass ihnen jene Aufwiegler das Materiale zu den Vorwänden liefern, unter welchen die betreffenden Höfe sich bisher geweigert hätten, die Ratification auf dem nämlichen Fusse wie der Kaiser zu ertheilen. Doch habe sich jetzt in Folge einer neuen Weisung das Tribunal der Provinz bereit gefunden, zu gehorchen und die Convention vom Haag zu publiciren. Weit grössere Beachtung aber als dies verdiene in Flandern ein anderer Umstand, nämlich die Ansteckung durch das französische System, das sich hier um so leichter verbreiten könne, als die Organisation der Stände hier viel volksthümlicher sei, als in den anderen Provinzen. Daher müsse man das Volk zu Gent, jenes zu Brügge, das Land Waes und die Châtellenie d'Alost auf das Sorgfältigste überwachen und es werfe sich die Frage auf, ob, wie die Dinge lägen, es nicht besser wäre, falls dies möglich sei, hier eine Organisation eintreten zu lassen, ähnlich jener der drei Stände in den anderen Provinzen, eine

Organisation, die sich nur in Brabant, in Folge des privaten Einflusses des dritten Standes nicht bewähre. Das sei eines der grossen Probleme, mit denen sich die Regierung werde beschäftigen müssen. Bekanntlich wäre es in Frankreich nicht zur Revolution gekommen, wenn es gelungen wäre, die drei Stände getrennt zu erhalten. Die Vorgänge in diesem unglücklichen Lande seien eine Quelle, aus der man reiche Belehrung schöpfen könne, ein Fingerzeig für die Souveräne, um bei Zeiten durch eigene Autorität das zu ordnen, was ihnen der Eifer der populären Systeme später zu entreissen suchen werde.

Westflandern sei eine kleine Provinz, die man erobert und bisher als ‚pays d'impositions‘ behandelt habe. Es liefere einen ansehnlichen Beitrag zu den öffentlichen Finanzen; doch sei dies nicht ohne wiederholte und lebhaftere Reclamationen von Seiten jener abgesonderten Administrationen der Fall, aus denen sich die Provinz zusammensetze. Es sei schwer, diese Bitten ganz unberücksichtigt zu lassen. Er habe ihnen auch einige Hoffnung gemacht, vorbehaltlich der Prüfung jeder Concession durch den Kaiser, die auch erst dann erfolgen würde, wenn die Inauguration auf dem alten Fusse vor sich gegangen sei. Ihre Bitten bezögen sich namentlich auf zwei Punkte: 1. Verlangten sie als ‚Etat‘ ‚Staat‘ organisirt zu werden, entweder, wie in den meisten Provinzen, nach drei Ständen, oder nach den Administrationen, die nach Stimmenmehrheit zu berathen hätten, wie in dem eigentlichen Flandern; sie beriefen sich im Allgemeinen auf die Zusage des Kaisers und darauf, dass sie allein dieses Glückes beraubt seien, als ein Land, das im Kriege von Flandern getrennt und sodann wieder genommen worden sei. 2. Verlangten sie, dass, so wie dies in den anderen Provinzen der Fall sei, auch ihnen das Erträgniss der Consumsteuer, oder, wie man es hier nennt, die ‚moyens courans‘ zu Gute kommen mögen. Gegenwärtig seien diese Auflagen auf Rechnung der königlichen Finanzen verwaltet und die Westflandrer behaupten, diese Einnahmsquelle sei der einzige Fonds, auf Grund dessen sie Anlehen machen könnten, sei es im Krieg für den königlichen Dienst, sei es für grosse innere Bedürfnisse, da ihr Land bereits überbürdet sei durch das *subside fixe*, die häuslichen Lasten und die während der letzten

Kriege für den Souverän übernommenen Verpflichtungen. Wohl bedürften diese Behauptungen einer eingehenden Prüfung, auf dass das gegenwärtige Opfer, das die Regierung bringe, durch künftige Vortheile, wie etwa die Aufrechthaltung des Credits einer reichen Provinz aufgewogen werde. Daher habe er in beiden Punkten auf ruhige Zeiten nach der Inauguration vertröstet. Das Volk selbst habe bisher an dieser Frage wenig Antheil genommen, es verhalte sich völlig ruhig, und müsse auch in dem Masse, als es der von den Ständen während der Unruhen geübten Defraudationen inne werde, mehr minder in allen Provinzen das Zutrauen in derartige Vermögensverwalter verlieren.

In Hennegau sei Alles bestens geordnet. Das Opfer, welches die Autorität hier im passenden Momente gebracht, werde aufgewogen durch die vollständige Rückkehr der Stände zum Gehorsam, und es wäre der Kaiser zu beglückwünschen, wenn man sich in den übrigen Provinzen auf demselben Punkte befände.

In der Grafschaft Namur sei Alles geordnet, bis auf einen wichtigen Punkt: den Conseil der Provinz. Man stehe hier ungefähr auf dem nämlichen Punkte wie in Hennegau. Die *corps de métiers* der Stadt Namur und die Demokraten, deren es in jener Provinz viele gebe, würden wohl gerne Schwierigkeiten machen, allein bei einiger Klugheit habe man nichts zu besorgen, da das Volk bis zum Aberglauben religiös und somit dem Einflusse der Priester zugänglich sei, die ein so grosses Interesse daran hätten, der Verbreitung des französischen Systems entgegenzuwirken.

Dasselbe gelte von Tournaisis. Das Arrangement sei hier noch nicht vollendet, aber so weit vorgerückt, dass man es als abgeschlossen ansehen könne. Wohl gehe das Streben der von einigen Demokraten angestifteten Bürgerschaft der Stadt Tournais dahin, eine völlig neue, ganz populäre und auf Wahl beruhende Repräsentation zu schaffen; bisher aber beschränke man sich auf blosse Vorstellungen. Immerhin sei die Principienverwandtschaft mit den Bürgern von Namur, Gent, Brügge und selbst Luxemburg, so wie mit einigen Châtellenies von Flandern fest im Auge zu behalten.

Mecheln und das Marquisat des heil. Reiches (Antwerpen) seien zwei kleine Provinzen, die man eigentlich nicht

als Municipalitäten betrachten könne und die nur bei einer allgemeinen Bewegung Schwierigkeiten bereiten würden; in ruhigen Zeiten werde man von ihnen erhalten, was man wolle.

Geldern liege wohl an der Grenze Preussens, aber im Ganzen sei es gutgesinnt. Zwar befänden sich dort einige Aufwiegler der schlimmsten Art, die insgeheim Einfluss auf die Bewohner von Weert und Neder-Weert übten, indess würden 200 Bewaffnete genügen, um jederzeit Ordnung zu schaffen.

Limburg sei eine treue Provinz. Die Stände seien dort sehr verhasst, und dieser Hass werde genährt durch das französische System, das sich im Lüttich'schen verbreite. So lange die Autorität so geliebt werde, wie hier, sei nichts zu besorgen von einem Volke, das des Enthusiasmus der Treue fähig ist. Einige Schonung für dasselbe, einige Gunstbezeugungen würden das Uebrige thun und unter diesen Umständen selbst das Dahinschwinden des ständischen Einflusses und das Vorwalten eines populären Systems nicht bedenklich sein.

Was Luxemburg betreffe, so sei das Volk im Allgemeinen treu und ergeben, die Stände aber seien schlecht zusammengesetzt, verhasst und einflusslos. Die Regierung müsse sie stützen, und daher falle ein Theil des Hasses gegen jene dieser zu. Die Nachbarschaft Frankreichs, wo man das Lied singe von der Abschaffung des Feudalsystems und der Abgaben an die Herrschaft, würde zu Befürchtungen Anlass geben, wäre nicht der Luxemburger von Natur träge, apathisch, und lebte er nicht in einer Art von lethargischer Armuth, wäre er nicht zugleich abergläubisch und leicht zu lenken, ein Umstand, den die Priester zu Gunsten der Regierung benützen können. Es würde sich nur darum handeln, die Priester für die Autorität zu gewinnen, um sich der ganzen Provinz zu versichern. In ruhigen Zeitläuften, meint endlich Mercy, müsse man darauf Bedacht sein, nützliche Einrichtungen ins Leben zu rufen, und zwar nicht nur in dieser armen Provinz, sondern auch in den übrigen. Die Mittel hiezu böte der Fonds der aufgehobenen Convente dar, deren Güter, zu ihrem Werth veranschlagt und von den Lasten befreit, die gegenwärtig auf denselben haften, ein Capital von mehr als drei Millionen repräsentiren. Freilich — die Repräsentanten von Brabant, von Namur und die Aufwiegler von Flandern liessen einstimmig den

den Ruf ertönen, dass die Convente wieder hergestellt werden müssten. Das werde eine der grössten und schwierigsten Angelegenheiten für die Regierung bilden. Soeben habe man ihm ein Memoire in dieser Frage überreicht, das er dem Kaiser unterbreite. Religion, Humanität, das öffentliche Wohl vereinigten sich gegen den Wunsch der Fanatiker und gegen die Wiederherstellung der unterdrückten Convente, ausser wo man denselben eine nützliche Bestimmung zu geben vermöchte. Der heilige Stuhl, auf den sich der Autor des Memoires berufe, könnte allerdings die Sache entscheiden. Der Kaiser möge selbst urtheilen, ob es rathsam sei, sich an diese Entscheidung zu wenden und ob man sich schmeicheln dürfe, auf diesem Wege ans Ziel zu kommen. ‚Dies kurze Bild, das ich Euerer Majestät entwerfe,‘ schliesst das Schreiben, ‚ist eine der letzten Arbeiten des Ministeriums, womit mich Euere Majestät betraut haben. Ich habe dieser Stellung ohne Unterlass all meine Sorge zugewandt. Vermochte ich nicht das Gute, wie ich es wünschte, zu erzielen, so freue ich mich doch, dass ich so manches Schlechte gehindert habe. Die beständige Arbeit in einer mir neuen Sphäre, der ich mich ganz und gar gewidmet habe, hat meine Gesundheit sehr geschwächt, die schon seit Langem erschüttert war. Ich muss die Wässer von Spaa gebrauchen und mache Gebrauch von der Erlaubniss Euerer Majestät, dies an Ort und Stelle selbst zu thun. . .‘¹

Die Pacification des Landes war Mercy's Aufgabe gewesen; es hing damit die Wiederbesetzung jener Gerichtshöfe zusammen, ohne deren Thätigkeit ein geordneter Zustand nicht denkbar war. Andere Fragen von grosser Tragweite hingegen, wie die Verständigung über die unter Josef II. aufgehobenen geistlichen Convente und über die Entschädigung des Souveräns und der Privatpersonen für den während der Unruhen denselben zugefügten Schaden, über die aus der Zeit jener Unruhen rückständigen Steuern u. dgl. konnten erst nach erfolgter Inauguration erledigt werden, zu der Mercy bereits die Zustimmung aller Provinzen — mit Ausnahme von Brabant — erlangt, welche aber zugleich die Rückkehr des Statthalterpaares zur Voraussetzung hatte.

¹ Mercy an den Kaiser, Bruxelles, ce 30 juin 1791. Orig.

Schon am 28. Januar hatten sich die Bannerherren und Commissäre der Brüsseler Zünfte unter Vortritt des ersten Bürgermeisters und des Bürgermeisters der ‚Nationen‘ zu Mercy begeben und demselben eine Bittschrift überreicht, worin sie ihre Anhänglichkeit an das Statthalterpaar aussprachen und um deren baldige Rückkehr baten.¹ Die Frage, ob das Statthalterpaar schon jetzt nach Belgien zurückkehren solle, war bald nach der österreichischen Wiederbesetzung des Landes auch in den Kreisen der Regierung aufgetaucht. Manche meinten, dass sich die Anwesenheit der Generalgouverneurs der Wiederkehr geordneter Zustände förderlich erweisen werde. Anders urtheilte anfangs Crumpipen; er rieth, den Ausgang der Verhandlungen mit den Ständen abzuwarten;² doch schon nach wenigen Tagen erklärte auch er die Rückkunft der Statthalter für überaus wünschenswerth.³ Auch Mercy drängte jetzt zur Reise; er sprach die Hoffnung aus, dass es demnächst gelingen werde, die letzten Schwierigkeiten zu beheben, so dass zu Anfang des nächsten Monates (Mai), für welchen Zeitpunkt er der Ankunft des Statthalterpaares entgensehe, die Inauguration würde vor sich gehen können.

Allein Maria Christine und ihr Gemahl theilten so ro-sige Ansichten nicht. Noch schwebte damals zu Mons der Streit wegen der Wiederbesetzung des Conseils und der herausfordernde Ton der letzten Repräsentation, welche die Stände von Hennegau an den Kaiser gerichtet hatten, schien zu beweisen, dass auf eine Nachgiebigkeit von deren Seite nicht so bald zu hoffen sei. Dazu kamen die Flugschriften, welche in jüngster Zeit wider Mercy gerichtet wurden, die Unruhen, die gerade in jenen Tagen hie und da ausgebrochen waren, und specielle Nachrichten über die tiefgehende Unzufriedenheit der Stände, die den beiden Statthaltern von anderen Seiten zugekommen waren und ihnen die Sachlage in minder günstigem Lichte erscheinen liessen. Hatten sie doch Kenntniss von den

¹ Wiener Zeitung 1791. S. 418.

² Crumpipen an Maria Christine, 21 mars (1791). Copie, theils von Maria Christinens Hand.

³ Derselbe an dieselbe; 6 avril (1791). Eigenhändige Copie Maria Christinens.

Verbindungen, welche die Unzufriedenen noch immer mit den fremden Höfen unterhielten, wie denn dem Vernehmen nach einer derselben beständig nach London und dem Haag reiste und mit den im Haag weilenden fremden Ministern und in England mit dem Lord Leeds verkehrte, während bisher nicht einmal ein englischer Minister für Brüssel ernannt worden war. Daraus sowohl, als aus der Zuversicht, mit der man sich bei Gelegenheit der hie und da stattgehabten Unruhen öffentlich auf den Schutz Preussens und der anderen verbündeten Mächte zu berufen wagte, meinten die Statthalter mit Bestimmtheit auf die Gesinnungen eben jener Mächte schliessen zu können, in deren Interesse es gelegen sei, bis zu einem Arrangement der allgemeinen Angelegenheiten Europas, zumal des Krieges mit den Türken, die Niederlande im Zustande der Gährung zu erhalten. Bezüglich der Stände von Brabant, welche Mercy auf den 5. April einberufen hatte — urtheilten sie — dass deren Benehmen den Prüfstein für die Stimmung des ganzen Landes bilden und zur Boussole für alle weiteren Schritte werde dienen können. Die Propositionen, welche Mercy den Ständen machen wollte, waren ihnen noch nicht bekannt, aber nach Mittheilungen, die sie von unterrichteten Personen erhalten hatten, besorgten sie, dass jene die Impôts und Subsidies verweigern und die Legalität des Rathes von Brabant anfechten würden. Sie wussten ferner, dass die von Mercy der ‚collace de Gand‘ zugewendeten Begünstigungen auch unter den Ständen Flanderns grosse Verstimmung hervorgerufen hatten. Dies Alles und die Nachrichten aus den übrigen Provinzen schienen den Beweis zu liefern, dass sich das Land noch keineswegs in jenem Zustande der Beruhigung befinde, in der es sich bei ihrer Ankunft befinden sollte. Wie dann, wenn Mercy's Ansicht durchdrang, dass trotzdem schon jetzt die Inauguration vor sich gehen sollte, und nun die Stände diesen Act zum Anlass nahmen, mit Klagen und Ansprüchen hervorzutreten und Abstellung ihrer Beschwerden zu fordern, ehe sie dem Souverän den Eid der Treue leisteten? In so schwieriger Lage hielten sie es für unerlässlich, sich von dem Kaiser klare und bestimmte Instructionen zu erbitten. Daher hatten sie zwar beschlossen, die Reise nach Belgien anzutreten, zuvor aber sandten sie eine Note an den Kaiser, worin sie auseinandersetzten, welche Ein-

drücke die aus Brüssel einlangenden Berichte auf sie ausgeübt hätten und zugleich um Verhaltensmassregeln baten.

1. Angenommen — so lautete ihre Anfrage an den Kaiser — die Stände einer oder der anderen Provinz verharren dabei, die Anordnungen des Gouvernements als unconstitutionell und als gegen die Zusagen des Kaisers verstossend zu bezeichnen, während Mercy das Gegentheil behaupte, was hat in einem solchen Falle zu geschehen? Sollen die Statthalter einfach, ohne jede Prüfung, nur auf dem Wege der Autorität und der Gewalt die Entscheidungen des bevollmächtigten Ministers aufrechthalten oder sollen sie den Fall einer neuen Berathung unterziehen und sodann blos nach eigenem Ermessen und eigener Ueberzeugung entscheiden oder darüber neue Conferenzen mit den Ständen eröffnen, oder endlich, sofern auf diesem Wege eine Verständigung nicht zu erzielen ist, gemäss dem Artikel 13 der Declaration vom 10. December Untersuchung und Entscheidung beiderseits ernannten Commissären überweisen? — 2. Ebenso erhebt sich die Frage, ob man in Punkten, die nicht strenge mit der Constitution zusammenhängen und nicht auf Grund derselben beansprucht werden können, wenn sie sonst keine Consequenzen nach sich zögen, sich nachgiebig erweisen dürfe, oder ob man sich ablehnend gegen Alles, was nicht offenbar der Verfassung inhärire, zu verhalten und sich lediglich an diese und an die Declaration des Kaisers zu halten habe. — 3. Was soll geschehen, wenn unter dem Vorwand ihres auf die Verfassung geleisteten Eides die Stände Impôts und Subsidies verweigern? Sollen dann neue Unterhandlungen eröffnet werden oder soll man in diesem Falle die Stände als einer illegalen Opposition schuldig betrachten und behandeln und soll man die Contributionen durch Militär-Execution erheben und den Unterthanen als Rebellen und Feinden begegnen, kurz, es auf das Aeusserste ankommen lassen, ohne Rücksicht auf die Verwickelungen, in die man dadurch mit den interessirten Mächten gerathen könnte, oder soll man derartige Verlegenheiten vermeiden, und vielmehr versuchen, durch demüthigende und daher schädliche Nachgiebigkeit allmählig die Geister zu beruhigen und für einige Zeit noch auf die für die Bedürfnisse der Regierung und den Unterhalt der Truppen so nothwendige Einnahme der Impôts und Subsidies verzichten?

4. Soll die Inauguration auch in dem Falle vor sich gehen, dass die Stände sie zum Anlass nehmen, um von der Erledigung ihrer Beschwerden die Leistung des Eides abhängig zu machen? Und wünscht der Kaiser unter allen Umständen ihre Rückkehr in das Land? Sie selbst seien — so schliesst die Note — zu Allem bereit, was ihren Eifer für den Dienst des Kaisers und ihre Anhänglichkeit an ihn beweisen könne; aber sie hielten es für ihre Pflicht, ihm die Dinge, so wie sie ihnen erschienen, darzustellen.¹

Diese ‚unterthänigste Note‘ bildete den Gegenstand eines Vortrages Kaunitz’ an den Kaiser vom 7. Mai 1791. Bevor er auf die Beantwortung der einzelnen Punkte übergehe, meint Kaunitz, müsse er bemerken, dass in der That noch nicht alle Schwierigkeiten behoben seien, welche bisher die Inauguration verzögert hätten und dass es noch viele Unzufriedene im Lande gebe. Immerhin hätten sich die Dinge seit der von den königlichen Hoheiten an den Kaiser gerichteten Note so sehr zum Besseren gewendet, dass man einer baldigen Verständigung entgegen sehe. Die beiden ersten Stände von Brabant, denen sich die Städte Brüssel und Löwen angeschlossen, hätten selbst den Wunsch geäußert, dass die Inauguration bald stattfinden möge und dasselbe gelte sicher auch von den anderen Provinzen. Selbst in Hennegau sei eine Umkehr zu erwarten, da sich der dritte Stand von den beiden anderen Ständen trenne und jene fünf Räthe, die sich früher geweigert hätten, in den Conseil wieder einzutreten, nun selbst um ihre Wiederaufnahme bäten. Wie es sich aber auch momentan verhalten möge, so habe doch in Anbetracht der beständigen Aenderungen, die man nicht voraussehen und für die man daher nicht schon im Voraus Bestimmungen treffen könne, die aber das Gouvernement oft sofort entscheiden müsse, Mercy vollkommen freie Hand gehabt, nach eigenem Ermessen vorzugehen, ohne um Weisungen nachzusuchen, die vermuthlich zu spät eintreffen würden. Kaunitz meint daher, dass der Kaiser dieselbe Autorisation auch den Statthaltern für all die Fälle, wo Gefahr im Verzuge sei, ertheilen möge. Da sie indess nun einmal so dringend

¹ Undatirt. Copie. Abgedruckt bei Borgnet I, 304—309, der indess mit Unrecht diese Denkschrift in den Mai verlegt.

bestimmte Weisungen für einzelne Eventualitäten zu erhalten wünschten, so wolle er hierüber Folgendes bemerken: 1. Falls die Stände verlangen würden, dass die eine oder andere Anordnung Mercy's als inconstitutionell beseitigt werde, so hänge Alles von den Umständen und dem Objecte, um das es sich gerade handle, ab. In jedem Falle aber sollten die königlichen Hoheiten es zuerst versuchen, die Stände von ihren Forderungen, wenn diese nicht begründet seien, abzubringen und sie bewegen, wenigstens unverzüglich zur Inauguration zu schreiten, indem sie denselben eröffnen, dass sie den Kaiser von dem betreffenden Streitpunkte unterrichten und dessen weitere Befehle einholen wollten. Welches aber auch immer der Erfolg eines solchen Schrittes sei, so scheine es stets geziemend, dass die Statthalter vor ihrer eigenen Entscheidung in einer Sache von solcher Wichtigkeit Seine Majestät davon in Kenntniss setzen, indem sie zugleich ihrer Ansicht über die zweckmässigste Art der Entscheidung Ausdruck geben. Auf keinen Fall aber dürfe den königlichen Hoheiten gestattet sein, ohne specielle Autorisation des Kaisers den Artikel 13 der Convention vom 10. December vorigen Jahres, der sich auf die Ernennung von Schiedsrichtern bei Streitigkeiten über die Auslegung der Constitution bezieht, auszuführen oder auch nur zu erwähnen. — Zu Artikel 2 meinte Kaunitz, dass sich die Statthalter in allen Fällen an die Verfassung, und zwar auf dem Fusse, auf dem sie sich im letzten Jahre der Regierung Maria Theresias befunden, zu halten, zweifelhafte Fälle hingegen zur Kenntniss Seiner Majestät zu bringen haben, besonders wenn es sich um eine Concession handle, die nicht in die Declaration vom 10. December mitinbegriffen sei. — In Fällen, wie dieselben Artikel 3 ins Auge fasse, würden die Statthalter zuerst alle Mittel der Ueberredung anzuwenden, jedenfalls aber, bevor man Gewalt versuche, dies zur Kenntniss des Kaisers zu bringen haben. — Was endlich den Artikel 4 betraf, meinte Kaunitz, dass die Statthalter sich, ohne Gefahr zu laufen, zu dem von Mercy bezeichneten Zeitpunkte nach den Niederlanden begeben und zu der Zeit, die dieser Minister als die passendste erachten würde, zur Inauguration schreiten könnten. Uebrigens empfahl Kaunitz dem Kaiser, bei dieser Gelegenheit den königlichen Hoheiten aufzutragen, vom Augenblicke ihrer Ankunft in den

Niederlanden an in allen Angelegenheiten die Richtung einzuschlagen, die sie zur Zeit Maria Theresias und unter Josef II. vor dem Zeitpunkte, in welchem dieser ihre Autorität beschränkte, eingehalten hätten, sich, so wie damals, der Unterstützung des bevollmächtigten Ministers und der *conseils collatéraux* für die Gegenstände zu bedienen, deren Erledigung dem Gouvernement obliegt und von denen der Hof nur als von bereits erledigten Dingen unterrichtet zu werden pflege, Seine Majestät hingegen alle die Fälle zur Entscheidung vorzulegen, die derselben unter Maria Theresia unterzogen wurden.

Dieser Vortrag wurde von dem Kaiser genehmigt und diente als Unterlage für die den beiden Statthaltern zugesendete Instruction.¹ Nur heisst es hier zum Schlusse noch: „Im Falle dass jedoch eine derartige Angelegenheit keinen Aufschub dulden sollte, können Euere königlichen Hoheiten in der Weise verfügen, welche Ihnen die meinem Dienste erspriesslichste zu sein dünkt, und mich sodann von der Entscheidung in Kenntniss setzen, welche Ihnen Ihre Einsicht und Klugheit eingegeben haben wird.“

Die Statthalter fügten sich dem Wunsche des Kaisers. Sie machten sich zur Reise nach Belgien bereit. Aber sie hielten es für ihre Pflicht, noch einmal — von Bonn aus, am 3. Juni² — ihren Besorgnissen darüber Ausdruck zu geben, dass die Lage der Dinge noch nicht so beruhigt sei, wie sie es bei ihrer Ankunft sein sollte.

Sie hatten den Winter in Wien zugebracht, das sie am 27. April verliessen, um sich über Prag nach Sachsen zu Herzog Albert's Verwandten zu begeben.³ Am 2. Mai trafen sie in Dresden ein.⁴ Am 16. reisten sie in Gesellschaft des Prinzen Anton von Sachsen, seiner Gemahlin und des Herzogs von Curland weiter nach Leipzig, wo sie einige Tage verweilten.⁵ Die weitere Reise ging über Erfurt, Frankfurt a. M., Trier und Bonn, wo sie (11. Juni) im Schlosse Poppelsdorf wohnten

¹ Letztere findet man bei Borgnet I, 309—310 abgedruckt.

² A. A. Copie.

³ Adam Wolf, Maria Christine, II, 97. Wiener Zeitung S. 1105. 1209.

⁴ Wiener Zeitung S. 1400.

⁵ Ebenda S. 1651.

und eine Deputation der Brabanter Stände sie der Treue des Landes versicherte.¹ Auch Graf Valentin Eszterházy besuchte sie hier; er reiste damals zu dem Grafen von Artois, um mit ihm den Fluchtplan Ludwig XVI. zu besprechen, sah sich aber durch das, was er vernahm, in seinen Erwartungen getäuscht.²

Selbst jetzt noch kostete es die Erzherzogin Ueberwindung, die begonnene Reise fortzusetzen. „Meine Schwester,“ schreibt der Curfürst von Cöln, „hat sich endlich, wenn auch mit schwerem Herzen, von Deutschland losgerissen und nun kehren sie an ihren schönen Aufenthaltsort zurück. Der Herzog zeigte mehr Festigkeit und das Verlangen, zurück zu kehren; beim Anblick der Deputation der Stände von Brabant jedoch gerieth er noch mehr als meine Schwester aus der Fassung, und er vermochte nicht zu verbergen, was er bei dem Wiedersehen dieser Herren empfand. Er war von da an bis zu seiner Abreise für Alles unempfindlich und wie ein Mensch, der von einer schweren Krankheit befallen wird; ich hoffe, dass ihn das Landleben von Laeken ein wenig zerstreuen wird, denn ich fürchte sonst für seine Gesundheit. Es ist wahr, dass die Art, wie sich jene Deputirten hier benahmen, wenig Reue und Einkehr in sich selbst, vielmehr Stolz und Vertrauen in ihre Sache verrieth, und dass dies meine Schwester und den Herzog nicht für sie einnehmen konnte. Ich glaube auch, dass, wenn der Herzog, wie er zu beabsichtigen scheint, sich der Geschäfte eifrig annimmt, dies ihnen noch manchen Kummer bereiten wird, besonders wenn es ihnen nicht gelingt, die übertriebene Eifersucht zu beseitigen, welche gegenwärtig zwischen Graf Metternich und dem Vicepräsidenten Crumpipen herrscht. Jener kann, meiner Ansicht nach, die Kenntnisse des Vicepräsidenten auf dem Gebiete all dieser verwickelten Verfassungen nicht entbehren; dagegen kann Metternich, als Neuling im Lande, mit seiner bekannten Rechtschaffenheit manchmal die Ansichten des Anderen, die aus einem verletzten Herzen stammen, mildern und jenen Credit in der öffentlichen Meinung gewinnen, den Crumpipen nur zu sehr eingebüsst hat.“³

¹ Adam Wolf a. a. O. II, 98 und Wiener Zeitung S. 1651.

² Feuillet de Conches IV, 53.

³ Kurfürst Maximilian an den Kaiser. Vivenot, Quellen I, 543 ff. Vgl. die Antwort des Kaisers auf diesen Brief ebenda 546 ff.

Da Mercy neuerdings zum Aufbruche mahnte, verliessen die Statthalter am 12. Juni Bonn und reisten über Aachen, Herve, Lüttich, Tirlemont und Löwen nach Brüssel.¹ An der Grenze der Provinz, an einer Triumphpforte von dem Freicorps von Herve und den Ständen begrüsst, wurden sie in Herve selbst mit Jubel empfangen. In Lüttich beobachteten sie Incognito, nahmen aber die Einladung des Bischofs zur Tafel an.² Mercy hatte gerathen, den Weg über Lüttich zu nehmen, um dem Bischof und seinem Conseil ins Gewissen zu reden und sie durch den Hinweis auf den bevorstehenden Abzug der kaiserlichen Truppen zu politischer Mässigung zu mahnen.

Am 15. Juni kamen Maria Christine und ihr Gemahl in Brüssel an. Wie vor zehn Jahren stiegen sie vor dem Löwen-Thore ab und hielten ihren feierlichen Einzug in die Gudulakirche, wo der Cardinal (v. Frankenberg) den Segen sprach. Am Abend war die ganze Stadt beleuchtet und im Theater, wo man das Festspiel: *L'impromptu du coeur* gab,³ begrüßte man die Regenten mit lautem Zuruf. Den nächsten Tag empfangen sie die verschiedenen ständischen Körperschaften;⁴ aber das Wiedersehen war trotzdem kalt, und versetzte Maria Christine in jene trübe Stimmung, die sich in dem Briefe spiegelt, welchen sie unmittelbar nach ihrer Ankunft in Belgien an ihren kaiserlichen Bruder richtete.

„Sie werden,“ schreibt sie aus Brüssel am 16. Juni, „angesichts der Ihnen wohlbekannten Anhänglichkeit der Provinz Limburg nicht überrascht sein, wenn ich Ihnen sage, dass unser Einzug daselbst von allen Bezeugungen der Freude begleitet war, die man von der beständigen Treue und der offenkundigen Hingebung dieses guten Volkes erwarten konnte und an denen sich auch die Herren Stände, wenn sie es auch nicht von Herzen thaten, so doch mit den Lippen betheiligen mussten. Alles, was

¹ Wiener Zeitung S. 1679.

² Wiener Zeitung S. 1679.

³ Isnardon, J. *Le théâtre de la Monnaie* 76.

⁴ Adam Wolf, *Maria Christine II*, 99. Eine Medaille auf die Rückkehr der beiden Statthalter von Berckel wird in der *Biogr. nationale* s. v. Berckel erwähnt, wohl identisch mit nr. 438 bei Arneth, *Catalog der k. k. Medaillenstämpelsammlung*. Wien 1839, S. 90. Vgl. ebenda nr. 439 (Medaille Leopolds II. für Limburg).

sich daselbst während unseres dritthalbtägigen Aufenthaltes zutrug, konnte uns nur zur Genugthuung gereichen, da man sah, dass es von Herzen kam. Weniger Gelegenheit, die wahre Gesinnung der Bevölkerung zu erforschen, bot die Reise durch das Lüttich'sche. Man gab uns übrigens Zeichen dankbarer Gesinnung gegen Sie, selbst ausserhalb der Stadt, auf dem Lande, und wir predigten dem Fürsten und seinem Rathe Mässigung, deren Erfolg man so sehr zu sehen wünschte. 'Nach diesen so vielverheissenden Anfängen,' heisst es im weiteren Verlaufe dieses Schreibens, 'blieb uns nichts zu wünschen übrig, als bei unserem Eintreffen in Brabant denselben Gesinnungen zu begegnen. Doch was für ein Unterschied zwischen hier und dort, der sich auf den Gesichtern der Bewohner der Stadt und Umgebung von Tirlemont offenbarte. Statt der Freude, die von den Gesichtern der Limburger wiederstrahlte und die bewirkte, dass sie in hellen Haufen und unter Segenswünschen für ihren Souverän herbeiströmten, sah man hier nur wenig Volk an den Strassen und unter den Neugierigen gar manche ernste und düstere Miene.' Die Statthalter theilten diese ihre Wahrnehmung Mercy mit, der ihnen nach Tirlemont entgegenreiste und bestätigte, dass neben Löwen Tirlemont der Hauptsitz der Unzufriedenen sei. Auch die Officiere waren dieser Ansicht, während Maria Christine selbst und ihr Gemahl in Löwen einen minder ungünstigen Eindruck empfingen und sich daselbst — wie sie meinten — sogar manche Zeichen der Freude äusserten.

Nichts aber betrückte unter diesen Umständen Maria Christine mehr, als dass sie gerade in diesem Augenblicke der von ihr hochgeschätzte Minister verliess, um die für seine Gesundheit so nöthige Erholung in den Bädern von Spaa zu geniessen.¹ Mercy selbst freilich konnte den Augenblick kaum erwarten, wo er die ihn bedrückende Last der inneren Verwaltung der Niederlande seinem Nachfolger werde übertragen können. Zu diesem hatte bereits im December 1790 der Kaiser den Vater des späteren Hof- und Staatskanzlers, den Grafen Franz Georg Carl von Metternich-Winneburg-Beilstein ersehen,² der lange

¹ Maria Christine an den Kaiser, Bruxelles, ce 23 juin 1791.

² Metternich an den Kaiser. Coblenz, ce . . . janvier 1791 und an Kautz, ce 21 janvier 1791. Copie.

Zeit Gesandter zu Trier und Cöln, so wie bei dem nieder-rheinischen und dem westfälischen Kreise gewesen war¹ und als kaiserlicher Commissär bei der Krönung Leopolds II. zu Frankfurt fungirt hatte. Doch das Ernennungsdecret wurde erst am 17. Juni 1791 zu Mailand ausgefertigt² und sammt den betreffenden Vollmachten am 27. Juni Metternich zugesandt.³ Mercy, der bereits seit dem Monate Februar den damals in Coblenz weilenden designirten Nachfolger von allen Vorgängen in Brüssel regelmässig in Kenntniss setzte,⁴ legte am 4. Juli sein Amt in die Hände der beiden Statthalter nieder und reiste nach Lüttich, wo er mit Metternich zusammentraf,⁵ um ihn vorläufig in die Geschäfte einzuführen, wobei er auch ihn ersuchte, auf den Fürstbischof von Lüttich mässigend einzuwirken.⁶

Noch ist hier einer Episode zu gedenken, welche in die letzten Wochen der amtlichen Thätigkeit Mercy's fiel: es war dies der unglückliche Fluchtversuch König Ludwigs XVI. von Frankreich. Mercy war anfangs nur durch vage Gerüchte davon unterrichtet und besorgte von dem bevorstehenden Ereignisse auch für die kaum beruhigten Niederlande das Schlimmste. Als er daher vernahm, dass ein Theil der Garnisonen in den französischen Grenzplätzen — im Ganzen 8000 Mann — die Officiere zwingen wolle, sie mit Sack und Pack über die belgische Grenze in ein sicheres Asyl zu bringen, war er sofort beflissen, dieselben durch einen ihrer Parteigänger in Brüssel zur Geduld zu mahnen.⁷

In der Nacht vom 21. auf den 22. Juni langte in der That Monsieur, begleitet von seinem getreuen d'Avaray, zu Mons an. Zugleich erhielt Mercy am 22. ein Billet des Grafen Fersen, demzufolge der König, die Königin, Madame Elisabeth,

¹ Wiener Zeitung 1791, S. 1650.

² Abgedruckt in: *Compte rendu*, Série 4. tom. XII. p. 66 ff.

³ Kaunitz an Metternich, Vienne, le 27 juin 1791. Orig.

⁴ Mercy an Metternich, Bruxelles, le 28 janvier 1791. Copie.

⁵ Juste a. a. O. 113. Mercy an den Kaiser (Spaa, le 18 juillet 1791). Feuillet de Conches II, 171.

⁶ Mercy an den Kaiser; bei Feuillet de Conches II, 170.

⁷ Mercy an Kaunitz, Bruxelles, le 22 juin 1791. Feuillet de Conches, II, 121.

der Dauphin, Madame und Frau Tourzel in der Nacht vom 20.—21. Paris verlassen hatten und in seiner Begleitung, ohne auf ein Hinderniss zu stossen, bis Bondy gekommen waren. Die Statthalter hatten sofort einen Boten nach Mons geschickt, um Monsieur ihre Dienste anzubieten, der indess erst auf einem Umwege über Namur nach Brüssel kam (26. Juni),¹ wo er mit Madame einstweilen als Gast der Erzherzogin ein Nebengebäude des königlichen Palastes bewohnte, und einige Tage später mit dem Grafen Artois die in der Stadt weilenden französischen Leidensgefährten empfing.² Denn während man zu Brüssel noch immer vergebens auf Nachrichten von dem König wartete,³ fand sich am 27. Juni der Graf von Artois, umgeben von einem Schwarm von Höflingen ein, die sich in Brüssel wie auf heimischem Boden benahmen. Auch strömte eine Schaar höherer und niederer französischer Officiere, zum Theile sogar mit den Fahnen ihrer Regimenter, über die Grenze, so dass sich ihre Zahl in Brüssel bald auf mehr als 500 belief und es den Anschein gewann, als hätten sie sich ein Rendez-vous gegeben, um irgend ein Unternehmen gegen Frankreich ins Werk zu setzen, welches auch das kaum beruhigte Belgien in Mitleidenschaft ziehen werde.

Unter diesen Umständen kam der Besuch Artois' den Statthaltern sehr ungelegen. Noch mehr beunruhigten sie aber die Eröffnungen, die ihnen Artois machte und die Vorschläge und Forderungen, die er daran knüpfte. ‚Wir waren,‘ schreibt hierüber Maria Christine, ‚stets der Meinung, dass, was uns Jaucourt und Andere über eine Art Einverständniss zwischen ihm und Dir sagten, nur ein Gebilde ihrer erhitzten Phantasie sei. Aber wie mussten wir staunen, als das erste Wort des Grafen von Artois die Frage war, ob wir oder Mercy noch nicht bestimmte Weisung erhalten hätten, diesem Concert entsprechend zu handeln, ob nicht Letzterem gemäss bereits Anordnungen getroffen seien, um an mehreren Punkten und mit

¹ Wiener Zeitung 1791.

² Relation d'un voyage à Bruxelles et à Coblenz (1791). Paris 1823. Verfasser ist Louis Stanislaus Xavier de France (der spätere Ludwig XVIII.) Augeard, Mémoires secrets 269 ff.

³ Mercy an Kaunitz, 23 juin 1792. Feuillet de Conches II, 123.

einem Corps von 35.000 Mann in Frankreich einzurücken, ob wir endlich nicht beauftragt seien, ihm einen Credit auf die Brüder Bethmann in Frankfurt und auf das Haus Hop in Amsterdam zu eröffnen. Noch grösser aber war unsere Verwunderung, als Artois aus seiner Tasche ein Papier zog, von dem er behauptete, es sei die authentische Copie des Procès verbal, den er eigenhändig nach Deinen Dictaten geschrieben, von dem er das Original Dir gelassen habe und der all das enthalte, was zwischen Dir und ihm in der Conferenz von Mantua ausgemacht worden sei. Denn wir sehen daraus unter Anderem, dass 35.000 Mann sofort nach erfolgter Inauguration in Frankreich einrücken sollten, dass Mercy für alle Fälle Deine Ordres habe und beauftragt sei, sich über die Durchführung alles dessen mit Artois ins Einvernehmen zu setzen, dass Du einverstanden seiest mit allen Schritten, die dieser Prinz in Berlin unternehmen würde, um sich auch die Hilfe des Königs von Preussen zu erwirken und dass Reuss beauftragt sei, sich mit dem, den jener dahin senden würde, ins Einvernehmen zu setzen, kurz noch eine Reihe anderer, mehr minder bestimmter, insgesamt auf sein Vorhaben bezüglicher Artikel, deren ich mich im Einzelnen nicht mehr entsinne, da er uns das Schriftstück nicht in Händen liess, obgleich er es zu thun versprach. Wir erwiederten hierauf, ebenso wie Graf Mercy, gegen den sich Graf Artois genau in demselben Sinne ausgesprochen hatte: wir hätten vor Allem keine Weisung von Dir erhalten, uns mit ihm über irgend eine Operation zu verständigen, geschweige denn auf Grund der Propositionen, die er uns machen würde, vorzugehen; Angesichts dieses Umstandes, sowie der absoluten Unmöglichkeit, dies ins Werk zu setzen, könne von dem Marsche von 35.000 Mann nach Frankreich nicht die Rede sein, auch sei uns von jenen Geldsummen nichts bekannt, die er in Frankfurt und in Holland zu beheben wünsche, sowie wir auch sonst nicht in der Lage seien, seinen Wünschen zu entsprechen, und uns vielmehr selbst gezwungen sähen, um eine Geldsendung nachzusuchen und um die Erlaubniss zu bitten, die aus Holland einlaufenden Summen zur Deckung der unumgänglichen Bedürfnisse des Landes und der Truppen zu verwenden. Artois war über diese Antwort nicht wenig betroffen. Er fragte uns, ob, falls der

König oder die Königin uns in diesem Augenblicke um ein Corps von einigen tausend Mann ersucht hätte, wir ihrer Bitte nicht würden entsprochen haben? Wir erwiederten: Nein; da wir keinen Auftrag dazu hätten und da es gefährlich wäre, uns irgendwo zu entblößen, um unsere Kräfte auf einen anderen Punkt zu werfen; da wir vielmehr von der Gefahr, mit der dies verbunden wäre, so überzeugt seien, dass, selbst wenn wir von Dir einen derartigen Auftrag erhielten, es unsere Pflicht sein würde, vor Ausführung desselben Dir darüber noch einmal Vorstellungen zu machen, zumal die Ruhe im Lande noch keineswegs so weit hergestellt sei, um es von den Truppen zu entblößen, die man bedürfe, um beide Parteien im Zaum zu halten. In Verein mit Mercy suchten wir ihn und seinen Rath zu überzeugen, dass Alles, was sie uns von der Bereitwilligkeit der Könige von Sardinien, Spanien, Schweden und Preussen, Dein Unternehmen zu unterstützen, und von der Neutralität, die England beobachten werde, sagten, bloss vage Voraussetzungen seien, auf die man sich nicht verlassen dürfe, so lange nicht die allgemeinen Angelegenheiten beglichen seien, dass Du übrigens nicht mit den hiesigen, noch vollauf in Anspruch genommenen Truppen den Krieg beginnen würdest, dass Du vielmehr zu diesem Zwecke eine ansehnliche Anzahl Truppen aus Deinen übrigen Erblanden senden müsstest, die bei der weiten Entfernung und den Schwierigkeiten des Marsches durch das Reich nicht vor drei Monaten hier erscheinen könnten. Wir erachteten es überdies für nöthig zu erklären, dass die hiezulande und im Lüttichischen herrschende Gährung sich seit seiner Ankunft und der Verhaftung des Königs noch gesteigert habe und daher eine Truppenverlegung unmöglich sei.'

Diese Erklärungen schienen auf Artois des Eindrucks nicht zu verfehlen. Da war es ein Brief, der von Seiten des in Aachen weilenden Schwedenkönigs eintraf, welcher den Eindruck jener Vorstellungen zunichte machte. In den exaltirtesten Ausdrücken bot jener Fürst sich an, eine drohende Erklärung an die Nationalversammlung ergehen zu lassen; zugleich muthete er dem belgischen Gouvernement, in der Voraussetzung, dass Mercy hiezum die nöthige Vollmacht besässe, zu, eine ähnlich lautende Declaration zu erlassen. Natürlich lehnte der Brüsseler Hof dieses Ansinnen ab. Mercy bemühte sich, die Prinzen

von ihrem, wie er sich ausdrückte, ebenso übereilten als schädlichen Vorhaben abzubringen, welches nur dann erfolgreich sein könne, wenn man des Zusammenwirkens aller dabei interessirten Mächte sicher sei. Er machte ihnen begreiflich, dass sie sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen keinen unpassenderen Sammelplatz als Belgien hätten ansehen können und suchte sie zu bewegen, ihre Schritte nach anderen Gegenden zu lenken, wo ihre Gegenwart weniger kritisch für sie und für jene sein würde, welche in jedem anderen Falle sich durch ihren Besuch geehrt fühlen würden.

Man kam zuletzt überein, den Sachverhalt dem Kaiser vorzulegen und seine Entscheidung abzuwarten. Allein die Befehle, welche der Kaiser von Padua aus am 5. Juli¹ an das Statthalterpaar und an Mercy in der Voraussetzung, dass der König befreit, die Königin bereits in Belgien angelangt sei, erliess, waren durch die mittlerweile erfolgte Vereitelung jener Flucht bereits überholt.

In Brüssel hatte Anfangs, auf die Kunde, dass Ludwig XVI. auf der Flucht an die belgische Grenze begriffen sei, freudige Aufregung geherrscht. Wie Eszterházy, der am 24. Juni in Brüssel eintraf, erzählt, war nur die Erzherzogin von trüben Ahnungen erfüllt. „Sie hatte noch keine Nachricht,“ bemerkt er, „von dem König; es hiess wohl, er habe die Route über Malmedy nach Luxemburg eingeschlagen, jedoch die Couriere, die sie desshalb in dieser Richtung entsendet hatte, waren nicht zurückgekehrt. Als ich den Wunsch aussprach, sofort abzureisen, bat sie mich, auf die Rückkehr eines ihrer Couriere zu warten, um die Reise nicht umsonst zu machen. Als ich Abends bei dem Herzog von Villequier speiste, wurde ich zu Hof beschieden. Ich ging dahin und traf die Erzherzogin in Thränen; sie zeigte mir einen Brief des Commandanten von Luxemburg, der ihr meldete, dass der König zu Varennes verhaftet worden sei.“²

Unter solchen Verhältnissen war natürlich nicht mehr von jenen Massregeln die Rede, welche im Falle des Gelingens der

¹ Adam Wolf, Leopold II. und Maria Christine, S. 240, Nr. CLX. Feuillet de Conches III, 373. 376.

² Feuillet de Conches IV, 56.

Flucht Mercy und das Statthalterpaar ausführen sollten, und auch von der Anwesenheit Artois' und seines Gefolges wurde der Brüsseler Hof schon in den nächsten Tagen befreit. „Es ist sehr wahrscheinlich,“ schrieb Maria Christine am 30. Juni, „dass sie uns übermorgen verlassen werden, um sich nach Deutschland zu begeben und ich wünsche gar sehr, dass ihnen dahin der grösste Theil des Schwarmes von Franzosen folgen möchte, von denen wir im Augenblicke überschwemmt sind. Immerhin glaube ich, dass wir einen Theil dieser Reisekosten werden bezahlen müssen. In der That bat uns Artois um eine Ordre an das Haus Nettine bezüglich eines Vorschusses von 400.000—500.000 Gulden. Wir antworteten, dass eine solche Summe aus Deinen Cassen im Augenblicke nicht verfügbar sei, und boten ihm, was sich in unserem Privatbesitze befände, nämlich 100.000 Gulden an. Da wir sie nicht im Baaren besitzen, sind wir mit Mercy übereingekommen, die Summe einstweilen dem Tresor zu entnehmen. Wir zählen darauf, dass Du diesen Schritt nicht missbilligen und uns gestatten wirst, die Summe dereinst auf Deine Rechnung zu setzen.“¹ Obgleich sich die Verhältnisse seither völlig geändert hatten, sprach Herzog Albert doch nachträglich noch seine Befriedigung darüber aus, dass der Kaiser sich nicht von den Prinzen habe fortreissen lassen, namentlich nicht von dem Grafen von Artois, dass er nicht eine Vermengung seiner Truppen mit den französischen zugegeben und auch nicht das geringste Detachement seiner Truppen französischen Officieren anzuvertrauen geneigt gewesen sei.²

Im Juli 1791 endete Mercy's kurze, aber bemerkenswerthe Thätigkeit in Belgien. „Es war,“ sagt ein hervorragender Geschichtschreiber Belgiens, „eine interessante Episode innerhalb einer so langen Carrière. Mercy hat ohne Zweifel Fehler begangen; aber er hatte nach Massgabe seiner amtlichen Befugnisse eine unleugbare Vorliebe für weise und gemässigte Reformen gezeigt. Er vermochte daher nicht den Diatriben derer zu entgehen,

¹ Obige Darstellung beruht auf den sich wechselseitig ergänzenden Briefen Maria Christinens und Mercy's an den Kaiser, beide ddo. Bruxelles, ce 30 juin 1791, ersterer noch ungedruckt, letzterer bei Feuillet de Conches II, 134 ff. Vgl. auch Mercy an den Kaiser (1^{er} juillet 1791) ebenda 137.

² Herzog Albert an den Kaiser, 14. Juli 1791. A. A. Bleifeder copie.

die jeden Missbrauch vertheidigten. Für diese war die von Mercy adoptirte Politik eine destructive Politik.¹ Immerhin durfte er von sich bemerken: „Ich glaube, in Anbetracht des Zustandes, in dem sich die Niederlande befanden, als sie zu Anfang des Jahres unter die Herrschaft Eurer Majestät zurückkehrten, dass Alles geschehen ist, was in sechs Monaten und nach so heftigen Erschütterungen moralisch möglich war, für den Allerhöchsten Dienst zu thun. Die Grossmuth und Güte Eurer Majestät haben die Herzen und Geister gewonnen und dies Ergebniss wird sich unter dem weisen und erlauchten Gouvernement Ihrer königlichen Hoheiten mehr und mehr befestigen, in welche die Nation sicher willens ist, ihr volles Vertrauen zu setzen.“²

7. Metternich. — Die Wiederbesetzung der obersten Aemter.

Der neue bevollmächtigte Minister langte am 8. Juli in Brüssel an.³ Am 12. Juli wurde dem Conseil von Brabant durch eine Zuschrift der Statthalter eine Copie von Metternich's Bestelungspatente mitgetheilt. Am 15. begab sich eine Deputation dieser Körperschaft zu dem neuen bevollmächtigten Minister, um ihn in üblicher Weise zu begrüßen. Sowohl das Patent als die Ansprache an den Minister wurden den Registern des Conseils einverleibt, mit der Bemerkung, dass Seine Excellenz die Letztere in einer ebenso anständigen als erfreulichen Weise erwidert habe.⁴

Indess war es die Absicht des Kaisers, dass das Statthalterpaar selbst die Oberleitung der Geschäfte übernehmen und dass diese nicht, wie in letzter Zeit, dem bevollmächtigten Minister allein überlassen werden solle.⁵ Dem entsprach auch der Inhalt des Schreibens, mit welchem Kaunitz dem neuen Minister seine Vollmachten übersandte, und worin er

¹ Juste l. c. 113—120.

² Mercy an den Kaiser, Bruxelles, le 19 juin 1791, bei Feuillet de Conches II, 89.

³ Wiener Zeitung S. 1882.

⁴ Compte rendu l. c. p. 71.

⁵ Memoiren Herzog Albert's.



ihm eine detaillirte Instruction für den Zeitpunkt in Aussicht stellte, in welchem die Arrangements, die noch in Belgien zu treffen seien, zu Stande gekommen sein würden. Einstweilen sollte sich derselbe an folgende Gesichtspunkte halten: Da die Organisation des Generalgouvernements auf den Fuss zurückgeführt werden solle, auf dem sie sich zur Zeit der Kaiserin Maria Theresia befunden habe, so seien darnach auch seine Funktionen und Pflichten als bevollmächtigter Minister zu bemessen. Demgemäss habe er alle laufenden Angelegenheiten den competenten Conseils zur Berathung vorzulegen und sodann seine eigene Ansicht über das Resultat dieser Berathungen den Generalstatthaltern zu eröffnen. In wichtigeren Dingen, namentlich bezüglich der Arrangements, die zu treffen seien, um in allen Provinzen Friede und Ordnung und die Autorität des Souveräns wiederherzustellen, könne er nichts Besseres thun, als die Generalstatthalter auf die Pläne und die bereits erfolgten Verfügungen Mercy's zu verweisen, es sei denn, dass Ihre königlichen Hoheiten es für zweckmässig erachten würden, über den einen oder den anderen Punkt die Befehle des Kaisers einzuholen. Das Gleiche gelte von den Angelegenheiten, über welche das Gouvernement mit auswärtigen Mächten würde zu verhandeln haben. Metternich habe mit dem Staatskanzler eine fortlaufende Correspondenz über alle inneren und auswärtigen Vorgänge zu unterhalten und seine eigene Ansicht über dieselben auszusprechen. Die geheimen Instructionen, die einst dem Grafen Friedrich Harrach ertheilt worden seien und die man stets dem Generalgouvernement zur Darnachachtung empfohlen habe, seien zwar nicht mehr in allen Punkten auf die gegenwärtige Lage der Niederlande anwendbar; dennoch könne man sich bezüglich der Dinge, die sich gleich geblieben und über die seither nicht andere Bestimmungen getroffen worden seien, an jene Anordnungen halten, so wie auch die im Laufe der Zeit an das Generalgouvernement gerichteten und in der Folge an dasselbe, sei es direct, sei es durch die Staatskanzlei gelangenden Allerhöchsten Entscheidungen eine Sammlung von Instructionen bilden würden, die wenig zu wünschen übrig lasse.¹

¹ Kaunitz an Metternich, Vienne, le 27 juin 1791. Orig.

Metternich hatte namentlich in Trier ein gutes Andenken zurückgelassen.¹ Gleichwohl besorgte Mercy, dass die Parteien sich seinen Mangel localer Kenntnisse sofort zu nutze und ihn ihren Wünschen zugänglich zu machen suchen würden. Daher hatte er den Statthaltern empfohlen, noch vor dessen Ankunft an die Wiederherstellung der alten Regierungsämter zu schreiten und bezüglich der Besetzung derselben dem Kaiser Vorschläge zu erstatten.²

„Wir beschäftigten uns also,“ schreibt Albrecht von Sachsen-Teschen in seinen Memoiren, „zuerst mit dieser Arbeit, wobei wir uns vorzüglich auf die Ansichten des Commandeurs Crumpipen stützten, auf dessen Grundsätze und Ehrlichkeit wir alle Ursache hatten, uns zu verlassen.“ Auch Mercy legte zu diesem Behufe den beiden Statthaltern ein Memoire vor, das den gefassten Beschlüssen, vorbehaltlich der Genehmigung derselben durch den Kaiser, zu Grunde lag.³

Zunächst schritt man zur Bildung eines Secretariats, das aus zwei Secretären und einigen Subalternbeamten bestehen und die Statthalter in der Erledigung der Geschäfte unterstützen sollte. Zu Secretären wurden der Vicomte de Nieulant und Pistrich vorgeschlagen, Letzterer, wie es in einem anonymen Schriftstücke, das die Vorschläge des Gouvernements mit Randglossen begleitet, heisst: „ein steter Liebling der königlichen Hoheiten, der viel mit Eduard Walckiers verkehrt, seit der Revolution zu Paris bei Mercy gewesen und ihm im Haag als Secretär gedient, wie es scheint, in Paris die Gesellschaft Eduard Walckiers besucht hat, aber unleugbar Geist und Talent besitzt.“

¹ Wie das schmeichelhafte Schreiben des Kurfürsten Clemens Wenceslaus, ddo. Coblenz, am 22. Juli 1791, anlässlich seiner Abberufung und ein vertrauliches Schreiben des kurtrierischen Ministers Duminique von demselben Datum lehrt, worin ihm Letzterer zu seiner neuen Laufbahn Glück wünscht, aber zugleich bemerkt: „mais je me persuade en même temps que le roi Salomon de pieuse mémoire n'aurait pas des grands succès, malgré toute sa sagesse, jusqu'on aura guéri radicalement avec des forces concentrées des souverains cette maladie contagieuse laquelle a passé de l'Amérique en France, et dont les Pays-bas et les provinces voisines ne sont pas mal infectées.“

² Memoiren Herzog Albert's.

³ Dies Memoire war leider nicht mehr aufzufinden.

Ausser dieser ‚Chancellerie de Leurs Altesses Royales‘ wurden eine Reihe von obersten und oberen Behörden wiederhergestellt: die drei sogenannten Conseils collatéraux, der Conseil d'Etat,¹ der Conseil privé² und der Conseil des finances,³ ferner die chambre des comptes⁴ und die Jointe des administrations, die Jointe des terres contestées, die Commission pour les

¹ Zum Secretär desselben wurde der supernumeräre frühere Secretär des Conseil privé, De Reul, zu Mitgliedern mit dem Titel und Charakter von Staatsräthen wurden Baron Feltz, der bereits seit sieben Monaten die Functionen eines secrétaire d'état et de guerre ausgeübt, in 26jähriger Dienstzeit sich in allen Stellungen ausgezeichnet und noch kürzlich bei den Verhandlungen im Haag hervorgethan hatte, Del Planq, bisher als ältestes Mitglied des Conseil de finances und in Folge seines Uebertrittes in das Departement des limites et des terres contestées, sein Nachfolger als ältester Rath des Conseil de finances, De Limpens, der Jüngere, und endlich der Präsident des Conseils von Luxemburg, Du Rieux (Durieux), vorgeschlagen. Ausserdem bewarb sich auch noch der Président Grand bailli de Tournai, Pepin, um eine Stelle im Staatsrathe. Gegen ihn sprach, dass er sich gegen die Insurgenten connivent gezeigt haben sollte. Dagegen hatte sein Bruder, der Abbé von Cambron, obgleich sein Ordenshaus 1789 aufgehoben worden war, doch den Clerus in Hennegau zu einem don gratuit von 100.000 fl. zur Befreiung der Provinz angeeifert. Um in ihm die Verdienste des Bruders zu belohnen, schlug man nun Pepin für den Staatsrath vor, zumal auch sein Vorgänger Philippe de Neny Staatsrath gewesen war. Auch der einstige Staatsrath De Proli bat, man möge ihn bei der neuen Organisation entsprechend seinem Charakter verwenden. Da er aber bereits hochbetagt und nach 50jährigem Dienste als Generaleinnehmer (receveur général) bei seiner Jubilarisation 1787 das Brevet eines conseiller d'état mit der Gage eines gewöhnlichen conseiller du gouvernement erhalten hatte, so schlugen die Statthalter vor, ihm blos die Gage eines Staatsrathes anzuweisen.

² In Uebereinstimmung mit Mercy schlugen die Statthalter vor, in Anbetracht der gegenwärtig so gehäuften und so schwierigen, auch zum Theile durch die Revolution in Rückstand gerathenen Geschäfte den conseil privé aus 9 Räthen und 4 Secretären, darunter 2 supernumerären, zusammenzusetzen. Zum Präsidenten (chef et président) des conseil privé wurde der jüngere Crumpipen vorgeschlagen ‚als eine der besten Arbeitskräfte, dem selbst seine Feinde nichts vorzuwerfen vermöchten, obgleich es ihm an solchen, als Vicepräsidenten des Gouvernements, nicht habe fehlen können‘. Die übrigen vorgeschlagenen waren: Aguilard, le Vielleuze, De Berg, Müller, Limpens, le Clerc, Van der Fasse und Van Velde.

³ Diesem sollten ausser dem trésorier général 7 Räte angehören.

⁴ Als Präsident wurde Kulberg vorgeschlagen.

études,¹ das Département des archives,² das Bureau provisionnel pour l'administration und die Secrétairerie d'état. Bei der Organisation dieser Behörden sollte namentlich auf die entsprechende Unterbringung jener sieben Rätthe von Brabant, die in den grossen Rath eingetreten waren, Bedacht genommen werden, falls es nicht gelingen würde, sie wieder in den Rath von Brabant einzuführen. Da ferner gegen die deutschen Beamten grosse Abneigung und tiefes Misstrauen herrschte, wagte man solche wenigstens nicht an die Spitze der Behörden zu stellen und schlug vielmehr vor, dieselben ausserhalb Belgiens zu verwenden. Es wird bei dieser Gelegenheit zugleich hervorgehoben, dass die Preise der Lebensbedürfnisse seit der Revolution so gestiegen seien, dass eine Aufbesserung der Gehälter nothwendig erfolgen müsse.³ Endlich wurde eine Anzahl von Pensionirungen und Auszeichnungen⁴ für jene Personen, die sich während der letzten Unruhen durch Hingebung und Eifer ausgezeichnet hatten, beantragt.

Eine kaiserliche Resolution vom 29. Juli genehmigte diese Vorschläge in allen wesentlichen Punkten. Demnach wurde Crumpipen zum Präsidenten des geheimen Rathes, Vicomte Desandrouin zum Oberschatzmeister der Domänen und Finanzen, v. Kühlberg zum Präsidenten der Rechenkammer ernannt und Baron Feltz, der seit acht Monaten die Stelle eines Staats- und Kriegssecretärs versah, in dieses Amt wirklich eingesetzt. Endlich wurde dem Präsidenten des Luxemburgischen Rathes, Du Rieux, und den Finanzrätthen Del Plancq und Limpens dem Jüngeren der Titel von Staatsrätthen verliehen.⁵ Auch wurden

¹ Der Präsident des conseil privé sollte zugleich die Präsidenschaft der jointe des terres contestées und der commission pour les études führen.

² Innerhalb dieses Departements sollte dem alten conseiller et maître Grafen Wynants als Adjunct einer jener sieben Rätthe, Fierlant, zugesellt werden.

³ Metternich an Kaunitz, 10. Juli 1791.

⁴ Vor Allem für Crumpipen, Feltz, Proli, Kuhlberg, Del Plancq, Limpens (cadet), Du Rieux, D'Aguillar (l'aîné) und D'Aguillar (cadet), Wynants, Bodier und Beelen, D'Olivart (Conseiller am Conseil zu Luxemburg), den Expensionär der Stände De Cocq und Stoquart, den Chef de la maréchaussée. Der ehemalige Präsident der chambre de comptes, Locherer, wurde als Ausländer für eine anderweitige Verwendung in den deutschen Provinzen empfohlen.

⁵ Wiener Zeitung 1791, S. 2226 (27. August).

diejenigen, die während des Aufstandes der Regierung ihre Treue bewahrt hatten, mit mancherlei Gnadenbezeugungen bedacht.

Vor Allem wurde dem Dragonerregiment La Tour für die während des Aufstandes bewiesene Tapferkeit und Treue eine seltene Auszeichnung zu Theil. Am 26. Juli rückte die Garnison von Brüssel in pleine parade aus; die Officiere des Regiments aber versammelten sich im königlichen Palais, wo die Erzherzogin eigenhändig die Obrist-Estandarte des Regiments mit einer 200 Ducaten schweren goldenen Medaille¹ zierte. „Empfanget,“ so lautete die begleitende Ansprache, „den Preis eurer Heldentugend und Treue für den Souverän. Wir müssen alle sterben; aber euer Ruhm ist unsterblich und er dient zum Beispiel für die jungen Krieger, die euch nachkommen werden.“ Die Gouverneure begaben sich sodann in Begleitung des Prinzen von Württemberg, des Feldmarschalls und mehrerer Generale und Stabsofficiere auf den Platz vor dem königlichen Palaste, wo die Soldaten des Regiments die Kommanden mit stürmischen Hochrufen empfangen. An demselben Tage wurde von den Statthaltern mehreren treugebliebenen Beamten der Kammerherrenschlüssel überreicht.²

Das Statthalterpaar erhielt die Ermächtigung, die vorläufig noch vacant gebliebenen Stellen nach ihren Vorschlägen zu besetzen.³ Nur die specielle Kanzlei, welche Maria Christine und ihr Gemahl für sich errichtet hatten, fand die Billigung des Kaisers nicht. Es bedurfte einer Gegenvorstellung,⁴ in der Maria Christine hervorhob, dass auch ihr Vorgänger, der Statthalter Prinz Carl von Lothringen, einen besonderen Cabinetssecretär mit entsprechendem Amtspersonale gehabt habe und worin sie, um Missverständnissen zu begegnen, sich über den Zweck dieser Einrichtung, welche keineswegs mit dem

¹ Die Medaille führte auf der einen Seite Namen und Bildniss des Kaisers, auf der anderen die Inschrift: A la fidélité et valeur signalée du régiment de la Tour-Dragons, reconnue par l'Empereur et Roi.

² Wiener Zeitung 1791, S. 2070. Amon v., Geschichte des k. k. Dragonerregimentes FM. Windischgrätz. Wien 1886. S. 214 ff. mit Abbildung der Fahne.

³ Vienne, le 29 juillet 1791. Minute.

⁴ Maria Christine an den Kaiser, Ypres, le 9 août 1791. Desgleichen vom 13. August.

Staatssecretariate concurriren sollte, aussprach, ehe der Kaiser¹ die Beibehaltung dieses speciellen Secretariates genehmigte.

Die Wiederherstellung der früher bezeichneten Behörden und die Besetzungsvorschläge waren bereits erfolgt, als Metternich auf seinem Posten eintraf. Schon unterwegs tönten ihm eine Menge Klagen und Beschwerden entgegen, die ihm nicht nur schriftlich überreicht, sondern zum Theile persönlich von jenen übergeben wurden, die sich, wie sie meinten, wider Verdienst bei der neuen Organisation der Aemter übergangen oder in ihren Erwartungen auf Belohnung getäuscht sahen und die daher von vorneherein darauf ausgingen, einen Gegensatz zwischen dem Minister und dem Statthalterpaar hervorzurufen.² Und in der That! wie triftig auch die Gründe sein mochten, um derentwillen man bereits vor der Ankunft Metternich's, ohne zuvor seine Ansicht einzuholen und ohne seine Zustimmung abzuwarten, an die Besetzung der Aemter geschritten war, immerhin lässt sich nicht verkennen, dass darin bereits der erste Keim jener Entfremdung zu suchen ist, die sich nur zu bald zwischen dem bevollmächtigten Minister und dem Statthalterpaar zeigte und welche die Opposition sofort zu ihrem Vortheil auszubeuten suchte. „Sicher ist,“ meint Herzog Albert, „dass die Umtriebe der Unzufriedenen aller Parteien sich zuerst nach seiner Ankunft offenbarten und von da an beständig an Kraft gewannen.“³ Ja Albert zu Sachsen-Teschen erhebt gegen Metternich geradezu den Vorwurf, dass er das Statthalterpaar nicht so, wie es der Fall sein sollte, in ihren Massnahmen unterstützte.

„Dieser Minister,“ schreibt der Herzog in seinen Memoiren, „ein Neuling in den hiesigen Geschäften, bisher vorzüglich in denen der geistlichen Höfe und der Capitel des deutschen Reiches thätig, so wie an die pedantischen Formen derselben gewöhnt, wurde gleich bei seinem Amtsantritte mit Klagen

¹ Der Kaiser an die Statthalter, 2 septembre 1791 (Entwurf der Staatskanzlei). Der Kaiser an Maria Christine bei Adam Wolf, Leopold II. und Maria Christine 252 und bei Feuillet de Conches III, 357. Ueber das Datum s. Wolf a. a. O.

² Memoiren Herzog Albert's.

³ Ebenda.

von Seiten jener Unzufriedenen bestürmt, welche die von ihnen angestrebten Aemter von uns nicht hatten erlangen können und die daher Feinde derer oder eifersüchtig auf jene waren, die sie erhalten hatten. Vielleicht selbst eifersüchtig und verdrossen darüber, dass die Autorität, die der Souverän uns eingeräumt hatte, die Macht schmälerte, die seine Amtsvorgänger besessen hatten, gab er uns Anlass, die Wahrnehmung zu machen, dass er sich den Insinuationen der Unzufriedenen zugänglich zeigte und dass er den eifrigen Mitgliedern des Gouvernements nicht jenes Vertrauen entgegenbrachte, das sie verdienten. Namentlich zeigte er sich, was er freilich in Abrede stellte, dem Baron v. Feltz abgeneigt, den wir um seiner Kenntnisse und Anlagen willen, besonders auch wegen seiner vorzüglichen Feder, zum Staatssecretär ernannt hatten, der aber, wenn er mit jenem zusammen arbeitete, in der That zu viel Leidenschaftlichkeit bei der Auseinandersetzung seiner Ansichten zeigte und sich in seinen Schriften allzuleicht von dem beissenden Eifer (*fougue mordante*) seines Geistes fortreißen liess. Zudem schlug er den Ständen gegenüber ein von seinem Amtsvorgänger gänzlich verschiedenes Verfahren ein. Indem er sich vielleicht einbildete, sie dadurch zu gewinnen, dass er ihnen schmeichelte, und sie zu ihrer Pflicht gegen den Souverän dadurch zurückzuführen, dass er ihnen die Hoffnung erregte, es würden einige ihrer Wünsche, die er ohne Zweifel als nicht in Widerspruch mit den Rechten des Souveräns stehend erachtete, erfüllt werden, hielt er mit dem Pensionär derselben, de Jonghe, einem ebenso schlaunen als ränkesüchtigen Manne, Privatconferenzen, von deren Gegenstand und Resultate wir nur so viel vernahmen, als er uns hie und da mündlich mittheilte. Das hinderte indess durchaus nicht, dass er bei allen Berathungen (*jointes*), die bei uns mit den dazu berufenen Mitgliedern des Gouvernements stattfanden, so wie bei Gelegenheit der laufenden Arbeiten, die wir mit ihm und dem Staatssecretär erledigten, mündlich und schriftlich den gefassten Beschlüssen beitrug, dass er sich ebenso in seinen officiellen Berichten an die zu Wien befindliche niederländische Kanzlei äusserte und dass er versprach, sich dem entsprechend und mit Festigkeit gegenüber den Ständen oder ihrem Pensionär aussprechen zu wollen. Aber wir hatten allen Grund zu der

Ueberzeugung, dass er bei solchen Anlässen keineswegs die gewünschte Sprache führte und die Sprache der Stände und ihr Benehmen nach jenen Pourparlers genügten uns, um uns in dieser Ueberzeugung zu bestärken.¹ Uebrigens führte Metternich in Brüssel ein grosses Haus und wurde hierin von seiner Gattin, die das Talent der Repräsentation in ganz besonderem Masse besass, wirksam unterstützt.² Er war — wie ihn allerdings erst zwölf Jahre später (1804) ein Besucher auf seinem Schlosse Winneburg bei Ochsenhausen schilderte — ein stattlicher Mann, stark gepudert und sorgfältig frisirt, mit auffallend rother Nase und Wangen, der ein sehr herablassendes Wesen zur Schau trug.³ Innerhalb welcher Grenzen er den Vorwurf verdiente, den Herzog Albert wider ihn erhebt, wird sich in der Folge zeigen.

8. Die Inaugurationen Leopolds II.

Nicht als Neulinge traten die Erzherzogin und ihr Gemahl die Verwaltung der Niederlande an. Nach den reichen Erfahrungen, die sie selbst in früheren Jahren als Generalgouverneurs des Landes gesammelt hatten, und nach den Berichten Mercy's und anderer Personen, aus denen sie die Kenntniss der gegenwärtigen Lage der Dinge schöpften, kann es uns nicht befremden, dass sie bereits jetzt bestimmten Ueberzeugungen Ausdruck gaben, dass sie sozusagen mit einem fertigen Programm an ihre Aufgabe herantraten. Für sie stand es von vornherein fest, dass sich die Stände im Unrecht befänden und dass es daher unbedingt nöthig sei, ihnen nicht im Geringsten nachzugeben. Wohl hegten auch sie den Vorsatz, an der Verfassung des Landes strenge festzuhalten; aber sie meinten, dass, was bezüglich des Conseils von Brabant geschehen sei, vollkommen der Constitution entspreche und dass man daher an diesen Verfügungen festzuhalten habe, unbekümmert um die Folgen, welche die von den Ständen

¹ Herzog Albert, Memoiren.

² De Pradt, *De la Belgique* 57.

³ Günthert, *Erinnerungen eines Schwaben* I, 88—89.

angedrohte Verweigerung der Subsidies oder irgend ein anderer Schritt derselben nach sich ziehen könnte.

Auch täuschte sich Maria Christine über die anscheinend ruhige Stimmung, die sie in Brüssel vorfand, keineswegs. ‚Ich kann mir nicht verhehlen,‘ schreibt sie, ‚dass ich, während Deputationen der verschiedenen Provinzen und Administrationen, die zu unserer Begrüssung entsendet sind, uns die bestmtesten Versicherungen ihrer Ergebenheit und ihres Vertrauens in Dich geben, und während im Theater lebhafter Applaus jede Stelle begleitete, die auf Dein Lob bezogen werden kann, sonst im Publicum keineswegs jene Begierde, uns zu sehen, und jene Zeichen der Freude über unsere Rückkehr wahrnehmen kann, die wir nach den uns so nachdrücklich gegebenen Versicherungen erwarten durften. Auch kann ich mich von den Ständen einiger Provinzen, namentlich von jenen von Brabant, nicht überzeugen, dass sie sich in jener Stimmung befänden, von der sich dauernde Beruhigung erwarten liesse.‘¹

‚Ich wünsche,‘ fährt sie fort, ‚man könnte für das öffentliche Wohl Nutzen aus der Spaltung in den Meinungen dieses Landes ziehen; indess kann ich mich einerseits nicht überreden, dass die Furcht der Stände vor den Demokraten und vor der vermeintlichen Unterstützung der Letzteren durch die Regierung von gutem Erfolge begleitet gewesen sei; andererseits vermag ich die Ansichten dieser Demokraten und die Fortschritte ihrer Partei nur als gefährlich zu erachten.‘ Wohl sei ihr Einfluss, setzt sie hinzu, auf das Land einstweilen noch gering, auch sprächen sie stets von ihrer Ergebenheit gegen den Souverän, sowie dass sie entfernt von Allem seien, was der Constitution zuwiderlaufe. Sie läugneten jede Liaison mit den Ansichten, ja selbst mit den Principien der Nationalversammlung und behaupteten, ihr ganzes Streben gehe nur dahin, dem Gouvernement vorzuschlagen, was, ohne die Constitution zu verletzen, zum Heil des Landes gereichen würde. Allein ihrer Meinung nach war doch in diesem Augenblicke jede Aenderung dessen, was seit Langem bestanden habe, sehr bedenklich. Es erfüllte sie mit Besorgniss, was sie von der angeblichen Absicht der Demokraten vernahm, demnächst mit ihren Forderungen in

¹ Maria Christine an den Kaiser, Bruxelles, le 23 juin 1791. Copie A. A.

Gestalt einer Repräsentation hervorzutreten, ja bei Gelegenheit der Inauguration einen Tumult zu erregen, sowie sie nicht minder den Einfluss fürchtete, den diese Principien in Hennegau und Flandern, namentlich aber in Tournaisis, wie in der Châtellenie von Ypern gewonnen hätten und die Verbindung, in der die dortigen Demokraten mit der exaltirten Partei der Nationalversammlung und dem Club der Jakobiner stehen sollten. ‚Kurz, von welcher Seite ich auch,‘ schliesst Maria Christine, ‚die Dinge betrachte, ich kann nicht umhin, Dir zu gestehen, dass ich noch weit davon entfernt bin, in eine glückliche Zukunft zu blicken; ich sehe allenthalben nichts als Hindernisse jeder Art, denen wir jedoch auf alle Fälle nicht unterlassen werden, unsere ganze Wachsamkeit, Thätigkeit und Festigkeit entgegenzusetzen.‘

Die nächste Aufgabe, deren Lösung des Statthalterpaares harrte, war die Vornahme der Inauguration. Dieselbe war unter Josef II. durch delegirte Commissäre vorgenommen worden. Dagegen bewogen die Absicht und die Hoffnung, dadurch vielleicht die noch vorhandenen Reste der Unzufriedenheit im Lande zu beseitigen, Herzog Albert und dessen Gemahlin, diesmal die Inauguration des Souveräns in allen Provinzen persönlich zu begehen.

Die Ankunft der beiden Statthalter schien insoferne eine günstige Wirkung auszuüben, als die Stände von Brabant sich nunmehr bereit fanden, den Inauguraleid entgegen zu nehmen und zu leisten. Dagegen erregte es Bedenken, dass die Zustimmung nicht, wie es sonst üblich war, von allen Ständen unbedingt erfolgte. Innerhalb des dritten Standes schlossen sich nur Brüssel — Magistrat und Commune — ferner von Löwen der Magistrat und die beiden ersten Mitglieder der Commune ohne Restriction dem Votum der beiden ersten Stände an, während das dritte Glied die Proposition bloß ‚ad referendum‘ nahm. Was endlich Antwerpen betraf, so liess es der Magistrat an Ausflüchten nicht fehlen, während die ‚communes‘ sich den Anschein gaben, ihre Zustimmung zu versagen. Ausdrücklich machten die arrière-membres von Antwerpen und Löwen ihre Zustimmung abhängig von der Abstellung verschiedener Beschwerden — infractions, wie sie dieselben nannten — unter denen die Zusammensetzung des Rathes von Brabant

obenan stand. Die Stände setzten die Statthalter in Kenntniss von den Schwierigkeiten, welche die Communes (les communes) von Antwerpen in der Hoffnung erhoben, das Gouvernement zu Nachgiebigkeit zu zwingen.

Nach dem Standpunkte, den die Regierung in dieser Streitfrage einnahm, hatte jedoch die Inauguration bedingungslos zu erfolgen. Man argumentirte: der Souverän von Brabant sei erblich, sein Recht daher nicht von der Inauguration abhängig, wie er denn auch das Versprechen nach der Joyeuse entrée nicht nur für sich, sondern auch für ‚seine Erben‘ leiste. So lange der Souverän die Inauguration persönlich vornahm, habe es der Zustimmung der Stände zu diesem Acte nicht bedurft. Seit sich derselbe vertreten lasse, bedürfe der Mandatar wohl eines Mandates; doch nur die formelle Prüfung des Letzteren stehe den Ständen zu, keineswegs aber folge daraus, dass die Inauguration von der Zustimmung der Stände abhängen müsse.

Als die Stände sahen, dass die Statthalter entschlossen seien, sich über die Zustimmung und Intervention der beiden Städte hinwegzusetzen, schickten sie Deputirte nach Löwen und Antwerpen und erwirkten die bedingungslose Zustimmung der erstgenannten Stadt, während das ‚vierte Glied‘¹ von Antwerpen einen Act überreichte, der alle jene Bedingungen und Reserven bezüglich des Rathes von Brabant, der aufgehobenen Convente, der militärischen Verhaftungen und der Amnestie enthielt, von denen die Zustimmung zur Inauguration abhängen sollte. Die Stände theilten das Resultat dieser Bemühungen der Regierung mit. Indem sie nun aber zugleich die verschiedenen Acte der Communes der drei chefs-villes, also auch jenen des vierten Gliedes von Antwerpen, in eine allgemeine Zustimmungserklärung zusammenfassten, erhielt Letztere eine conditionelle Bedeutung, weshalb denn auch der Kanzler von Brabant über die ‚ungebührliche Neuerungen‘ den Statthaltern mündlichen Bericht erstattete.²

‚Der ebenso kühne als ungewöhnliche Schritt,‘ schreibt Albert von Sachsen-Teschen,³ ‚liess uns Bedenken tragen, ob

¹ Ueber die Bedeutung dieses Wortes in Antwerpen siehe Gachard, Collection de documens T. III, 56.

² Die Statthalter an den Kaiser, Bruxelles, 9 juillet 1791. Copie.

³ Memoiren A. A.

wir nicht in Anbetracht der Consequenzen, die man daraus seinerzeit ziehen können, die Clausel sofort zurücksenden und auf einer einfachen, uneingeschränkten Erklärung bestehen sollten. Aber da das betreffende Schriftstück erst am Vorabend des für die Vornahme der Inauguration angesetzten Tages an uns gelangte, so riethen uns Graf Mercy, sowie die darüber befragten Mitglieder des Gouvernements, in Anbetracht des peinlichen Eindrucks, den im Publicum der Aufschub der Ceremonie machen würde, und der unabsehbaren Folgen, die sich daraus ergeben könnten, uns den Anschein zu geben, als achteten wir nicht auf diese Clausel und die Inauguration vor sich gehen zu lassen.¹

Die Inauguration für Brabant und Limburg fand am 30. Juni 1791 statt. Alles verlief ohne Störung und wenigstens dem Anscheine nach zur allgemeinen Befriedigung. ,Abends war der Park beleuchtet. Dagegen konnte wegen des Sturmes, der Tags zuvor gehaust, das beabsichtigte Feuerwerk erst einige Tage später abgebrannt werden.¹ Es fehlte nicht an ängstlichen oder übelwollenden Gemüthern, die diesem Gewittersturm eine üble Vorbedeutung für die Zukunft beimassen, aber auch nicht an Schmeichlern, welche Blitz und Donner in einem der Regierung günstigen Sinne deuteten und besonders die Vonckisten liessen sich die Gelegenheit zu beissenden Epigrammen auf ihre Gegner nicht entgehen.²

,Die erste Inauguration nach jener zu Brüssel,‘ fährt Herzog Albert in seiner Erzählung fort, ,fand zu Gent am 6. Juli³ statt. Ihr ging ein feierliches Tedeum voran, das zu Alost gesungen wurde, wo man uns mit sehr deutlichen Zeichen der Freude empfing. Und war auch nicht das Gleiche zu Gent der Fall, so verlief doch auch hier Alles mindestens in einer Weise, mit der wir uns zufriedenstellen konnten.⁴

In Gent kam neuerdings die Convention vom Haag zur Sprache. Zwar hatte sich der Conseil von Flandern auf Be-

¹ Vgl. auch Mercy an Kaunitz, Bruxelles, le 1^{er} juillet 1791. Copie.

² Thonissen, La poésie française dans la révolution brabançonne; Bulletin de l'académie royale. Série 3. t. V, 676.

³ Der Stadtrath von Gent liess für diese Feier von dem Maler Baillu vier Porträts des Kaisers Leopold anfertigen, um dieselben hohen Würdenträgern zu verehren. Biogr. nationale; sub voce Baillu.

fehl der Statthalter endlich dazu bequemt, die Convention in der ihm von dem Gouvernement mitgetheilten Fassung zu publiciren;¹ aber der flandrische Adel, im Einverständniss mit der von ihrem Greffier Rapsaet geleiteten Châtellenie von Oudenarde, gedachte die Anwesenheit des Statthalterpaares in Gent zu einem letzten Versuche zu benützen, um die unbeschränkte Anerkennung der Convention von Haag zu verlangen. Doch die Statthalter blieben fest. Ihre Erklärung, dass, wer den Inauguraleid nicht ‚pur et simple‘ leisten wolle, von dem Acte ferne bleiben möge, aber auch an den Wohlthaten desselben nicht participiren werde, hatte zur Folge, dass der Eid allseitig in der gewöhnlichen Form geleistet wurde.²

Von Gent begaben sich die beiden Statthalter nach Mons, wo die Inauguration für Hennegau am 12. Juli gefeiert wurde. ‚Die Ceremonie,‘ so lautet der betreffende Bericht an den Kaiser, ‚fand in althergebrachter, würdiger Weise statt. Die Fractionen, die in der Stadt Mons noch existiren, die Reibungen zwischen den zwei ersten Ständen — namentlich dem Adel und dem dritten Stande — haben zwar den Acclamationen eines Theiles des Volkes Eintrag gethan, zumal das ungewöhnlich schlechte Wetter den Landleuten nicht, so wie sie es wünschten, gestattete, in Masse dem feierlichen Acte beizuwohnen. Trotzdem hatten wir die Genugthuung, wahrzunehmen, dass sich die Gemüther allmählig beruhigen. . . . Die Stände haben uns dringend gebeten, für die Militärs, die den Insurgenten gedient hatten, unbegrenzte Amnestie zu erwirken, denn in Hennegau befindet sich die grösste Zahl derselben. Wir stellten ihnen vor, wie unmöglich es sei, ihre Bitte zu erfüllen. Doch fruchtete dies nichts; immer wieder drangen sie in uns, Euere Majestät um Gnade für diese Opfer ihrer Verführung zu bitten. Da wir uns nicht herbeiliessen, dies Versprechen zu geben, beschränkten sie ihre Bitte auf jene Officiere, die vor den Unruhen demissionirt und einen Revers ausgestellt hatten, nicht gegen die Monarchie zu dienen.‘ Hiezu

¹ Mercy an Kaunitz, le 1^{er} juillet 1791. Copie.

² Die Statthalter an den Kaiser, Bruxelles, le 8 juillet 1791. Copie. Medaillon auf die Inauguration Leopolds II. als Herzog von Brabant und Graf von Flandern erwähnt in der Biographie nationale s. v. Berckel. (= Arneth l. c. nr. 444.)

fanden sich die Statthalter bereit, zumal ohnedies ein Rescript vom 27. December 1790 dieser Classe von Schuldigen Gnade in Aussicht gestellt hatte;¹ wie denn auch diese Haltung der Statthalter in Wien gebilligt wurde.² Zum Schluss der Inauguration ,erzeugte ein grosses Diner, wobei der Champagner in Strömen floss, eine fröhliche Stimmung bei den versammelten Gästen und es war hier von nichts die Rede, als von aufrichtiger Rückkehr zur Anhänglichkeit und zum Vertrauen gegen den Souverän.³

In der kleinen Provinz Mecheln erfolgte die Inauguration am 29. Juli.⁴ ,Hier war,‘ schreibt Herzog Albert, ,das Fest von umso erfreulicheren Bezeugungen begleitet, als man sie nicht in einer Stadt erwartete, die so nahe bei Brüssel lag und Residenz des Erzbischofs war, der sich während der Revolution so übel benommen hatte.⁵

,Später,‘ fährt der Herzog in seiner Erzählung fort, ,begaben wir uns zum zweiten Male nach Flandern, um eine Rundreise in dieser Provinz zu machen. Wir reisten über Gent und machten zuerst in Brügge Halt, wo der Bischof, ein sehr beschränkter, von seiner alten bigotten Schwester geleiteter Herr uns ein Memoire überreichte, das ganz unerfüllbare Forderungen enthielt und das wir uns bemüssigt sahen, ihm mit dem Bedeuten, dasselbe abzuändern, zurück zu geben, eine That- sache, die uns fortan eine unversöhnliche Abneigung von Seiten des uns bisher sehr ergebenen alten Mannes zuzog. Wir begaben uns sodann nach Blankenberg, um die Schäden in Augenschein zu nehmen, welche das Meer neuerdings an den Dämmen verursacht hatte und um die Projecte zu prüfen, die man entworfen hatte, um ähnlichen Unfällen in Zukunft zu begegnen. Sodann begaben wir uns nach Ostende. Hier wurden wir mit Zeichen der Freude über unsere Rückkehr und über das Ende des ständischen Regiments begrüsst, die bewiesen, wie wenig freiwillig der Anschluss der Bewohner dieser Handelsstadt an

¹ Maria Christine an den Kaiser, 15 juillet 1791. Concept.

² Der Kaiser an die Statthalter (Concept Kaunitz'), Vienne, le 8 août 1791.

³ Memoiren Herzog Albert's A. A.

⁴ Die Statthalter an den Kaiser, 30 juillet 1791. Concept.

⁵ Memoiren Herzog Albert's A. A.

die Revolution gewesen war. Dieselbe Gesinnung äusserte sich in allen Theilen des Flachlandes (plat-pays) von Westflandern, das wir unmittelbar darnach besuchten, um uns nach Ypern zu begeben, wo die Inauguration ebenfalls in befriedigender Art verlief. Und das Gleiche war sodann auch in dem Theile von Flandern, der von Courtrai nach Tournai führt, der Fall.'

„Die Inauguration in der Provinz, die den letzteren Namen führte, entsprach gleichfalls dem, was wir erwarten durften und wir würden allen Grund gehabt haben, mit unserem Aufenthalte in dieser Stadt zufrieden zu sein, wäre man nicht während der Zeit, die wir dort zubrachten, an uns mit einer Bitte herangetreten, die zu erfüllen unmöglich war. Diese Bitte bestand darin, jene Officiere, die ihren Eid gebrochen und ihrer Pflicht untreu geworden waren, indem sie nicht nur den Dienst des Souveräns ohne Erlaubniss verliessen, sondern sogar in die Dienste der Stände traten und ihre Waffen gegen jenen richteten, in ihre Chargen und Pensionen wieder eintreten zu lassen.... Uebrigens gab es darunter einige Militärs, welche nach Beendigung des Aufstandes das Land verlassen hatten und denen man sodann öffentlich den Process gemacht und die man in effigie gehenkt hatte, wie den General Gavaux, der, nachdem er 1789 der Verurtheilung der Herzogin von Ursel beigewohnt, die für unschuldig erklärt worden war, als Commandant nach Antwerpen gegangen war und diesen Platz den Insurgenten überliefert hatte, Obristlieutenant Solares und Andere.'

„Einige Tage nach unserer Rückkehr von Tournai nach Brüssel,“ fährt Herzog Albert fort, „begaben wir uns zur Vornahme der Inauguration nach Namur, wo wir weniger als irgendwo mit der Stimmung des Volkes zufrieden waren. Man empfing uns zwar im Weichbilde der Stadt mit Freudenbezeugungen und wollte uns sogar die Pferde ausspannen. Aber in dem Momente, als der Bürgermeister, der während der Revolution ab- und erst kürzlich wieder eingesetzt worden war, meiner Frau die Schlüssel der Stadt übergab, erhob sich der Ruf: „Nieder mit dem Magistrate!“ und das Volk suchte ihn von unserem Wagen wegzudrängen, so dass es nur dem festen Ton, mit dem meine Gemahlin ihre Missbilligung darüber aussprach, zuzuschreiben war, dass sie sich ihm soweit nähern konnte, um ihm die Schlüssel zurückzugeben, indem sie dieselben

geschickt auf die Tasse warf, die er zu diesem Zwecke in den Händen hielt. Dieser Act der Verwegenheit, von dem anzunehmen war, dass das Volk zu demselben durch gewisse Anstifter verleitet worden sei, bewog uns, alsbald den zu unserem Empfange im Regierungsgebäude versammelten Ständen zu erklären, dass von der Inauguration nicht die Rede sein könne, bevor nicht für die begangene Insolenz öffentlich Genugthuung geleistet werden würde. Die Stände versprachen auf die Doyens des nations und Chefs des métiers einzuwirken, und in der That fanden sie sich alsdann mit diesen ein, um Verzeihung des Geschehenen zu erbitten. Die Inauguration fand am folgenden Tage¹ ohne jedwede weitere Störung statt und nachdem wir den Tag in heiterer Stimmung mit den Mitgliedern der Stände und dem würdigen Bischofe der Stadt zugebracht hatten, besuchten wir Abends noch einen Ball der Grob- und Nagelschmiede, deren es sehr viele in dieser Stadt gibt und denen die Dunkelheit des niedrigen, schlecht erleuchteten Saales, in dem sie sich tummelten und die Art ihres Tanzes das Ansehen, als wären sie ebensoviel Teufel, gab.² Am folgenden

¹ 22. August. Vgl. Wiener Zeitung 1791, S. 2355. Medaille auf diese Inauguration bei Arneth, Jos. a. a. O. nr. 447.

² Ergänzt wird diese Schilderung durch den Bericht Metternich's an Kaunitz vom 25. August: „Im Momente des Einzuges Ihrer Hoheiten gab es zu einem Misston Anlass, dass ein Theil des Volkes, ohne Zweifel bezahlt dafür, gebieterisch die Entlassung des gegenwärtigen Magistrates verlangte. Dies lehnte Ihre königliche Hoheit mit all Ihrer natürlichen Würde und Entschiedenheit ab, indem sie zugleich erklärte, dass, obgleich sie die Ueberbringerin gewisser Verfügungen zu Gunsten der 24 corps de métiers sei, sie denselben nunmehr, nach der ihnen zugefügten Unbill, ohne vorausgängige gänzliche und rasche Satisfaction nicht stattgeben könne. Diese edle und feste Haltung hatte den gewünschten Erfolg. Die 24 corps de métiers fanden sich ein, um ihre Huldigung zu Füßen Ihrer königlichen Hoheiten darzubringen und um Verzeihung zu bitten, worauf Letztere nicht Anstand nahmen, ihnen die auf sie bezügliche Depesche zu übergeben. Die Ceremonie der Inauguration ging im Uebrigen gut von statten. Die Acclamationen waren wohl nicht sehr lebhaft, aber wenigstens allgemein und Abends fanden brillante Feste und Illuminationen statt. Dennoch kann ich nicht verhehlen, dass von allen Provinzen Namur mir und auch Ihren königlichen Hoheiten diejenige zu sein scheint, wo der Parteigeist am meisten herrscht, namentlich auf dem Lande. Obgleich Namur wegen seiner geringen

Tage begaben wir uns nach Luxemburg und hielten uns unterwegs nur in der kleinen Stadt Arlon auf, wo wir den regierenden Fürsten von Anhalt-Zerbst antrafen. Er hatte sein Land verlassen, indem er behauptete, dass der König von Preussen die Absicht habe, ihn aufheben zu lassen und er war in der Folge bis an seinen Tod nie mehr zu bewegen, dahin zurück zu kehren, so viel Mühe sich auch in dieser Beziehung die Kaiserin, seine Schwester, gab, von der er nichts reden hören wollte, da er sie für eine Parteigängerin des Berliner Hofes ansah. Denn er war der Bruder Katharinas der Grossen, der Kaiserin von Russland und hatte sich schon im siebenjährigen Kriege durch Extravaganzen, die seine groteske Figur unterstützte, hervorgethan, noch mehr aber, als er aus Anlass unserer Händel mit Holland von Freiburg im Breisgau im Gefolge des Regimentes Bender nach Belgien kam und während des Aufstandes dieses Landes mit seiner Armee von 400—500 Mann Infanterie und ungefähr 40 Pferden in den Sold des Kaisers trat. Er liess sich in der Folge in der Nähe dieser Truppe, die in der Umgegend cantonirte, nieder, und hier war es auch, dass er, nachdem er in der Uniform eines Cavallerieofficiers zwei Posten zu Pferd unseren Wagen begleitet hatte, sich an den Flügel seiner Grenadiercompagnie stellte, indem er vom Kopfe des commandirenden Officiers die Grenadiermütze nahm, um sie sich selbst auf den Kopf zu stülpen.¹

Die Inauguration zu Luxemburg fand am 25. August statt.² „Hatten wir,“ bemerkt Herzog Albert, „Ursache, mit der Stimmung und Aufführung des Volkes von Namur unzufrieden zu sein, so hatten wir umsomehr Grund zur Zufriedenheit mit den Bewohnern der treuen Provinz Luxemburg, die jederzeit ihren legitimen Herrschern ergeben war. Besonders galt dies

Ausdehnung nicht gefährlich ist, so ist es doch nothwendig, dergleichen im Keime zu ersticken.“ Das oben berührte Zugeständniss bestand darin, dass in Zukunft die Geschworenen auf Grund einer von den 24 corps de métiers aufgestellten Liste ernannt werden sollten. (Depesche an den Magistrat von Namur ddo. 20. August 1791.) Vgl. Gachard, Collection de documens inédits II, 42, Anm. 1.

¹ Herzog Albert's Memoiren A. A. Vgl. Puymaigre comte Alex. de, Souvenirs 8 ff. Gemeint ist Friedrich August von Anhalt-Zerbst († 1793).

² Wiener Zeitung 1791, S. 2355.

von der Stadt gleichen Namens. Die Freude, uns wiederzusehen und über das Ende der Unruhen malte sich auf allen Gesichtern und man musste gerührt sein über das Fest, das am Abend des Inaugurationstages stattfand, wo, während die Stadt erleuchtet war, in allen Strassen vor den Hausthoren Tische standen, an denen die Hausväter die Gesundheit des Kaisers ausbrachten und ihre Gäste einluden, ihre Stimme zum Himmel für das Wohl seiner Regierung zu erheben. Nachdem wir so zwei glückliche Tage in Luxemburg verbracht, kehrten wir geradeswegs nach Brüssel zurück, ohne uns in Namur aufzuhalten, wo die Militärpatrouillen, die wir bei unserer Durchreise die Stadt durchstreifen sahen, uns andeuteten, dass die Ruhe daselbst noch nicht so sehr als zu wünschen gewesen wäre, wiederhergestellt sei. Nach unserer Ankunft in Brüssel liessen wir am folgenden Tage in der Cathedrale von St. Gudula wegen des Friedens zu Sistova mit den Türken ein Te-deum abhalten, welches der Cardinal anstimmte.²

Den Abschluss dieser Bereisungen bildete die Inauguration in Geldern. ‚Wir reisten zu diesem Zwecke,‘ erzählt Herzog Albert, ‚nach Thorn, wo wir uns bei meiner Schwester, der Aebtissin des dortigen Damenstiftes, aufhielten und wo wir auch mit meinem Bruder Xavier zusammentrafen. Sie begleiteten uns sodann nach Ruremonde, dem Hauptorte des geringen Restes, der von der Provinz Geldern den Souveräns der Niederlande verblieben ist, von dem der grösste Theil an die Republik der vereinigten Staaten, in Folge der Revolution der letzteren, gekommen war, wo es aber nichtsdestoweniger noch einen obersten Rath mit einem Kanzler als Vorsitzenden gab, der an Würde, wenn auch nicht an Einkünften, dem Kanzler von Brabant gleichkam. Wir stiegen hier im Palais des momentan erledigten Erzbisthums (!) ab. Die Stimmung der Gemüther zeigte sich hier nicht allein dem Souverän günstig, sondern es offenbarte sich auch eine solche Animosität gegen die Personen, die an der Revolution, in deren Verlauf der würdige Vicekanzler verhaftet und nach Brabant als Gefangener transportirt worden war, sich betheiligt hatten, dass man sich alle

¹ 27. August. Wiener Zeitung 1791, S. 2355.

² Memoiren Herzog Albert's A. A.

Mühe geben musste, Excesse gegen dieselben hintanzuhalten. Hier geschah es, dass, als ich nach Schluss der Inauguration die zu diesem Zwecke auf dem Stadtplatze errichtete Schau-
bühne verliess, ein Theil derselben zusammenbrach und einige Ständemitglieder verletzte, was von den Theilnehmern des Festes als gerechte Strafe des Himmels für deren Benehmen während des Aufstandes gedeutet wurde. Am folgenden Tage kehrten wir nach Thorn zurück. Es war dies der Zeitpunkt, wo Erzherzog Carl aus Wien von dem ihm beigegebenen Erzieher, dem Obersten Warnsdorf begleitet, mit uns zusammentraf.¹

9. Erzherzog Carl.

Nach jahrelanger Trennung hatte Maria Christine ihren Liebling Carl bei der Kaiserkrönung zu Frankfurt (October 1790) zum ersten Male wiedergesehen. Seit fünfzehn Jahren — seit ihrem Aufenthalte in Toscana — hatte sie den Wunsch gehegt, dereinst Carl in ihrer Nähe zu besitzen, und dieser Wunsch wurde mit den Jahren immer lebhafter, zumal ihre Ehe kinderlos geblieben war. Maria Christine und ihr Gemahl hatten schon frühzeitig die Absicht ausgesprochen, Carl zu sich zu nehmen, und die Grossherzogin begünstigte diesen Wunsch. Zu Frankfurt trugen sie dem Kaiser neuerdings die Bitte vor, ihnen denselben für den Fall ihrer Rückkehr in die Niederlande zu überlassen. Sie wollten ihn adoptiren und seine Erziehung vollenden; einst sollte er ihnen in der Statthalterschaft der Niederlande folgen. Leopold willfahrte der Bitte,

¹ Memoiren des Herzogs Albert A. A. Ein Bericht der Statthalter an den Kaiser vom 4. October 1791 (Concept) bemerkt über diese Inauguration folgendes: „Die letzte dieser Inaugurationen war jene von Ruremonde, die am 22. September stattfand. Die Bevölkerung dieser kleinen Provinz offenbarte dabei aufrichtige Freude. Die Repräsentanten derselben, die sich an dem Aufstande der übrigen Provinzen betheiligt hatten, waren dem Volke sehr verhasst und hatten nur in der Landschaft Weert Anhang, die dieser Provinz incorporirt und stets aufgestachelt worden war durch die Verwandten des Pensionärs Syben, welcher der Urheber aller Unruhen in Geldern gewesen ist. Nicht ein Bewohner dieser Landschaft hat sich bei der Inauguration eingefunden.“ Vgl. Wiener Zeitung 1791, S. 2590.

die jetzt, da sie nach Belgien zurückgekehrt waren, auch in Erfüllung ging.¹

Maria Christine hatte gewünscht, dass Carl nach Belgien reise, ohne Coblenz zu berühren, um nicht mit den dort weilenden französischen Prinzen zusammenzutreffen. Dagegen war es ihr Wunsch, dass ihn sein Weg über Sachsen führe,² wohl wesentlich deshalb, um ihn mit dem ihr befreundeten und verwandten kurfürstlichen Hause in Berührung zu bringen, und um dort die ihm zugedachte, freilich noch im Kindesalter stehende Braut kennen zu lernen. Doch der Kaiser entschied in anderer Weise.⁴ Von Prag, wo er noch der Krönung seines Vaters zum König von Böhmen beigewohnt hatte, trat Carl am 20. September 1791 die Reise über Würzburg, Mergentheim und Coblenz an. Von Würzburg aus (23. September) richtete er an seinen Bruder Franz ein launiges Schreiben: „Endlich bin ich hier nach vielen Seccaturen angekommen. Da ich unter meinem Namen reiste, so waren Deputationen, Cavallerie, Infanterie, Escorten etc. Die Mutter der Kurfürstin von Sachsen verbietet allen Wirthen von Sulzbach mir ein Quartier zu geben. Ich muss in ihr verwünschtes Schloss, wo sie mir ein Souper von drei Stunden gibt und zwar mit dem ganzen Hofstaat, so aus einer patraque, einem alten Offizier und einer Dame im mittleren Alter, so sie jung nennt, besteht. Morgen gehe ich nach Mergentheim, von da nach Frankfurt, wo ich Befehle von der Erzherzogin empfangen werde. Heute ist hier bei Hofe Diner, Concert, Appartement und Souper.“⁵

Am 26. September passirte Carl Coblenz und setzte sodann ohne Unterbrechung seine Reise nach Andernach fort.⁶ Am 27. Abends um 11 Uhr traf er wohlbehalten in Thorn ein.

¹ Vgl. Aus der Jugendzeit des Erzherzogs Carl. Wien 1883 (Almanach der Wiener Akademie, S. 27).

² Maria Christine an den Kurfürsten von Cöln; ce 15 juillet 1791. Orig. A. A.

³ Aus der Jugendzeit des Erzherzogs Carl 31 ff.

⁴ Vgl. Leopold II. an den Kurfürsten von Cöln. Vienne, ce 29 juillet 1791, bei Vivenot, Quellen I, 550.

⁵ Erzherzog Carl an Erzherzog Franz, Würzburg, den 23. September 1791. Orig.

⁶ Kornrumpf an Kaunitz, Coblenz, ddo. 28. September 1791.

Thorn war ein gefürstetes Frauenstift, dem damals die Schwägerin der Erzherzogin Maria Christine, Maria Kunigunde Dorothee, zugleich Fürstin-Aebtissin von Essen, vorstand.¹ Hier erwarteten Maria Christine und ihr Gemahl ihren Liebling und auch ihre Schwäger Franz Xavier und Clemens Wenceslaus, Letzterer Kurfürst von Trier und Bischof von Augsburg, dessen Geburtstag an diesem Tage gefeiert wurde, hatten sich zu einem kleinen Familiencongresse zusammengefunden, dem der politische Hintergrund nicht fehlte, da Maria Christine diese Gelegenheit ergriff, um sich mit ihren Verwandten über die berüchtigte Declaration der französischen Prinzen zu vernehmen.

„Du kennst mein Herz,“ schreibt Maria Christine über die Scene des Wiedersehens an ihren kaiserlichen Bruder, „Du kennst mein Herz und kannst Dir daher vorstellen, was Alles in diesem Augenblicke geschah. Allgemein war die Freude der Familie, ihn zu besitzen. Ich habe Carl grösser und sein Gesicht männlicher gefunden, als dies zur Zeit seiner Reise nach Italien der Fall war. Bei dem Souper, mit welchem ihn meine Schwägerin erwartete, machte er ganz hübsch und zwanglos seine Figur. Wir bleiben heute hier und reisen morgen nach dem Orte unserer gemeinsamen Bestimmung ab. Wir wollen die Reise zugleich benützen, um ihn ein wenig von dem Stande der Dinge, den er in Brüssel vorfinden wird, zu unterrichten.“ „Ich habe,“ so schliesst der Brief, „bis hieher geschrieben, als Dein Sohn zum Frühstück zu uns kam. Er hat mir Deinen theueren Brief übergeben, der mich sehr gerührt hat. Gewiss ist das Beste von dem guten und natürlichen Herzen Deines Sohnes zu erwarten. Aber Du kannst zugleich versichert sein, dass, wenn wider Erwarten irgend etwas, was sich für ihn nicht schickt, geschehen sollte, Du davon unterrichtet werden wirst.“²

Am 1. October 1790 traf Carl mit all seinen Verwandten über Tirlemont, Schoenenberg und Laeken in Brüssel ein, wo man seine Ankunft, die auch durch eine Denkmünze³ verewigt

¹ Vgl. (Stramberg) Rhein. Antiqu. I, 27.

² Maria Christine an den Kaiser. 27. und 28. September (1791).

³ S. Arneth, Katalog der k. k. Medaillen-Stempelsammlung. Wien 1839, nr. 448, S. 91. Auf dem Avers: MAR. CHRST. AUST. ALB. CAS. etc.

wurde, mit den lebhaftesten Freudenbezeugungen begrüßte.¹ ,Die Beweise der Anhänglichkeit an das Blut Maria Theresias,‘ berichten hierüber die Statthalter dem Kaiser, ,brachen zu seinen Gunsten in befriedigender Weise hervor, all den Uebellwollenden zum Trotze, die noch in dem Geiste der Verführung befangen sind. Wir waren sogar genöthigt, bis zu einem gewissen Punkte die Zeichen der Ehrerbietung und Liebe, die man ihm darbringen wollte, zurückzuhalten, da Euere Majestät nicht wünschen, dass das Volk mit den Kosten solcher Demonstrationen belastet werde und weil wir in Allem das befolgten, was einst aus Anlass der Ankunft des Erzherzogs Maximilian geschehen war, als er den verstorbenen Prinzen Carl von Lothringen besuchte.‘²

Erzherzog Carl bezog ein Appartement im Palais der Statthalter und hier wurde ihm nach und nach der ganze Adel und die Beamtschaft des Gouvernements vorgestellt.³ Maria Christine war von ihrem Neffen ganz entzückt. ,Ich wünschte,‘ schreibt sie, indem sie dessen Geduld bei all den ,Seccaturen‘, die augenblicklich an ihn herantraten, dem Kaiser rühmt, ,ich wünschte, Du hättest ihn unbemerkt sehen können; denn, wenn er sich Muth machen will und stets und überall denkt er an das Glück Deiner beabsichtigten Reise hieher und Dich und einen seiner Brüder dann wieder zu sehen. Das macht mir zugleich Freude und Schmerz. Er verlangt nach Arbeit und Beschäftigung, und die wird er finden nach unserer Rückkehr von einem Ausfluge nach Marimont von 2—3 Tagen, mit dem wir für dies Jahr unsere Reisen abschliessen wollen.‘⁴

Der Ausflug nach Marimont fand wirklich statt. Auch Mons, Tournai und Ath wurden besucht. Zu Mons sah der junge Erzherzog den berühmten Fürsten Carl Josef von Ligne, den Gouverneur von Mons, der als Grand-Bailli in der Ständerversammlung der Provinz die Interessen des Souveräns erfolg-

Brustbilder. Revers: Carol. Austr. in spem Belgicae ab Augusto sorori carissimae concreditus 1791. Medaille von Berckel erwähnt in der Biogr. nationale s. v. Berckel. Es ist wohl dieselbe gemeint.

¹ Wiener Zeitung 15. October 1791.

² Die Statthalter an den Kaiser. 4. October 1791. Concept.

³ Memoiren Herzog Albert's A. A.

⁴ Maria Christine an den Kaiser. 1. October.

reich vertrat,¹ sich übrigens durch einen unglücklichen Zufall die Gunst des Statthalterpaares verscherzt hatte.² „Er führt sich,“ schreibt Erzherzog Carl über ihn an seinen Bruder Franz, „wie ein Held bei den Hennegau’schen Ständen auf, deren Präsident er ist.“³ Er sagt den Schlimmsten die derbsten Wahrheiten und weiss sie alle so zu lenken, dass sie sich ganz ruhig aufführen und Alles thun, was er will und was das Wohl des Dienstes fordert. Er verdient wirklich, dass man ihm Zufriedenheit darüber beweise.“⁴

Die kleine Reise gab Marie Christinen von Neuem Gelegenheit, sich auf das Günstigste über den Eindruck auszusprechen, den das erste Auftreten ihres Adoptivsohnes bei ihr selbst und in Anderen hervorgerufen habe. „Euer theurer und liebenswürdiger Sohn,“ schrieb sie an den Kaiser, „hat alle Welt bezaubert durch seinen Geist, seine Artigkeit, seine sanften und gewinnenden Manieren, allenthalben, wohin er uns begleitet hat. Er macht uns in der That Freude und ist uns ein grosser Trost inmitten der Widerwärtigkeiten, die uns die gegenwärtigen Umstände bereiten. Daher wir Dir nicht genug danken können für die Freundschaft, die Du uns erzeigtest, indem Du uns ein so kostbares Pfand anvertrautest.“ „Bis hieher,“ fährt sie fort, „hat mein lieber Gemahl mir meinen

¹ Gachard, *Etudes et notices* III, 374 ff. (Auch im *Bulletin*. Série 2. t. XIII, 610 ff.)

² *Mémoires du Prince de Ligne* (Ausgabe von La Croix 118).

³ Das ist allerdings irrig, erklärt sich aber einerseits daraus, dass Erzherzog Carl, als er dies schrieb, erst einige Tage in Belgien sich befand und daher den complicirten Mechanismus des belgischen Ständewesens noch nicht genau kannte, anderseits aus dem Einflusse, den der Grand-Bailli als Commissär des Souveräns, in dessen Namen er die Propositionen der Regierung machte, auf den Verlauf der ständischen Versammlungen nahm. Derselbe Irrthum, dass der Bailli der Ständeverammlung von Mons präsidirte, findet sich auch in dem Werke: *Le voyageur dans les Pays-bas Autrichiens* VI, 140, bei Graf Thürheim, Feldmarschall Carl Josef Fürst von Ligne, Wien 1877 und bei Perey, *Histoire d’une grande dame au XVIII. siècle*. Paris 1887, S. 416 ff. Das Richtige bei Gachard, *Etudes et notices* III, 374 und im *Bulletin* l. c. 611 ff.

⁴ Erzherzog Carl an Erzherzog Franz. 9. October 1791. Darauf scheint sich auch die von Gachard, *Etudes et notices historiques concernant l’histoire des Pays-bas*. Bruxelles 1890, III, 372 besprochene Aeusserung de Ligne’s zu beziehen.

Brief dictirt, woraus Du ersehen kannst, dass, was Deinen Sohn betrifft, wir éines Sinnes sind. Ich will nun noch ein wenig mich über diesen Punkt verbreiten. Du kannst Dir nicht vorstellen, wie vernünftig sich Carl benimmt. Was für ein gutes Herz er hat, welcher Geist und wie viel Anmuth ihm innewohnt, war mir wohl bekannt. Aber seine Vernunft und wie er sich in Alles schickt, selbst in das, was ihn belästigen und langweilen muss, das hat mich überrascht. Dazu ein Arbeitsdrang, der entzückend ist. Er wird nun seine Studien regelmässig beginnen und ich versichere Dir, dass der Tag dazu kaum ausreichen wird. Er will die Gesetze und Gewohnheiten des Landes, seine Geschichte und seine Finanzen studiren und seine Studien im Geniewesen und in der Mathematik wieder aufnehmen. Er will drei- oder viermal in der Woche in die Manège gehen, immer den Berichten der Minister beiwohnen. Er liest die langweiligsten Consultes¹ der verschiedenen Conseils. In dem Augenblicke, da ich dies schreibe, sitzt er meinem Gemahl gegenüber und copirt diesen Brief bis auf die Stelle, die ihn betrifft. Dabei ist er von entzückender Klugheit, ohne dass darunter seine Heiterkeit leidet. Ihn allen Conseils ohne Unterschied beiwohnen zu lassen, würde für ihn ein nutzloser Verlust an kostbarer Zeit sein; aber wenn es sich um wichtige Gegenstände handeln wird, wird man ihn davon verständigen und er zugegen sein, um die Debatten anzuhören und die verschiedenen Zweige der Verwaltung kennen zu lernen.²

Einige Tage darnach vermag sich die Erzherzogin bereits über den beabsichtigten Studienplan auszusprechen: „Carl hat mit Eifer und Begierde seine Studien begonnen. Für die Finanzen und die Constitution musste man ihm zwei besondere Lehrer geben. Für ersteres Fach haben wir den (Finanz)rath Bartenstein ihm vorgeschlagen, der sich Dir in Wien zu Füßen gelegt und schon damals mit Carl verkehrt hat; für die Gesetze, die Constitution und dergleichen den Rath Müller, der sich weniger pedantisch als die Anderen aus-

¹ Ueber die Bedeutung dieses Ausdruckes Neny II, 87, Anm. 2.

² Maria Christine an Kaiser Leopold. 8. Octobre 1791.

zudrücken weiss und einer unserer besten Arbeiter, zugleich von ebenso sanftem als vorurtheils- und leidenschaftslosem Charakter ist, eine Eigenschaft, die in dieser Zeit nothwendig ist, um ihm keine falschen Vorstellungen beizubringen. Da aber diese Herren ihre Conseils besuchen müssen, haben sie nur Dienstag und Freitag den Morgen frei und Carl widmet ihnen diese Tage. Die übrigen sind für das Studium des Geniewesens, die Erlernung der französischen und der flämischen Sprache, die militärischen Fächer und überdies für die Manège bestimmt. Das wird den Morgen bis nach 11 Uhr ausfüllen, wo dann bei günstiger Witterung mein Mann zur Wachtparade sich begibt. Ich habe darauf gesehen, dass Dein Sohn eine Stunde oder mehr erübrigt, um bei günstigem Wetter im Winter spazieren zu gehen und frische Luft zu schöpfen, was für seine Gesundheit sehr wichtig ist. Um 1½ Uhr ist der Bericht des Staatssecretärs angesetzt, dem er gleichfalls beiwohnt. Wir speisen um 3 oder 4 Uhr. Das ist etwas spät und ich fürchte, dass ihm dies etwas ungelegen kommen wird, da er nicht daran gewöhnt ist. Aber er schickt sich in Alles mit lebenswürdiger Bescheidenheit. Da wir gewöhnlich einige Personen vom Militär oder Civil zu Tische haben, folgt dem Diner die Conversation bis zur Theaterzeit, worauf es in Brüssel nichts mehr gibt. Du siehst, es ist kein besonders amusantes Leben für einen jungen Menschen, verglichen mit dem, das er zu führen pflegte. Aber er fügt sich darein mit einer Vernunft, die über sein Alter geht. Heute haben wir einen kleinen Ball und ich glaube, dass dies jeden Montag der Fall sein wird. Mittwoch ist bei Metternich, Freitag bei mir Gesellschaft. Aber ich glaube, dass sie die Menge Franzosen ein wenig langweilig (tédieuse) machen wird. Dein lieber Sohn hat sich bereits allseitige Zuneigung erworben, nicht nur im Hause, sondern auch im Publicum. Am liebsten beschäftigt er sich mit dem Gedanken, dass wir das Glück haben werden, Dich nächsten Frühling hier zu sehen. Bei diesem Gedanken verklärt sich sein Gesicht und wenn er etwas sieht, was ihm gefällt, ist sein erstes Wort: das wird wohl auch meinem Vater und meinem Bruder Franz gefallen. Denn wir hoffen, dass dieser Dich begleiten wird. Für die Geschäfte zeigt er Interesse und wir weihen ihn in Alles ein. Selbst wenn einer jener

Herren zu uns kommt, um uns zu sprechen, lassen wir ihn holen, auf dass er sie höre. Dabei ist er von einer Zurückhaltung und Bescheidenheit, die entzückt, und wenn wir ihn um seine Meinung fragen, ist es erstaunlich, wie richtig er bereits die Dinge erfasst.¹

Man könnte versucht sein, die Lobeserhebungen, in denen sich die Erzherzogin schon wenige Tage nach Carl's Ankunft in Belgien über ihn ergeht, lediglich auf Rechnung ihrer fast mütterlichen Zärtlichkeit zu setzen, wenn nicht auch die folgenden Briefe die ersten Eindrücke bestätigten. „Er ist nun zwei Monate,“ schreibt sie am 29. November an Leopold, „bei uns und verkehrt viel mit uns. Ich versichere Dich, dass dieser junge Mensch wahrlich so ist, wie man es nur wünschen kann oder besser gesagt, wie man es sich zu wünschen kaum wagen würde. Er hat keine Laster an sich, keine schlimme Leidenschaft; die Sanftmuth seines Wesens ist entzückend. Er ist lebhaft, aber nicht leidenschaftlich. Sein gerader biederer Charakter bewirkt, dass er nur schwer, was dem zuwiderläuft, verträgt; aber er zwingt sich, nichts davon merken zu lassen und nur uns gegenüber macht er zuweilen seinem Herzen Luft, doch ohne Leidenschaftlichkeit, indem er beklagt, dass es solche Menschen gibt und dass wir gerade mit solchen zu thun haben. Er geht mit Geduld und Eifer auf die Geschäfte ein; er nimmt mit Aufmerksamkeit und Geduld an den Jointes, die zugleich so nothwendig und so lästig sind und oft 2—3 Stunden dauern, theil. Er hält pünktlich die Stunden ein, die er sich für alle seine Beschäftigungen vorgeschrieben hat. Selbst in geringfügigen Dingen folgt er mit lebenswürdiger Gelehrigkeit jedem Winke, den man ihm gibt. Auf Bällen, in Gesellschaften unterhält er sich und gibt es nichts dergleichen, so ist er dennoch fröhlich und

¹ Maria Christine an Leopold. 17 octobre 1791. In einem Schreiben der Erzherzogin an den Kaiser vom 5. November 1791 heisst es: „Je ne saurais terminer celle-ci, sans dire un mot du cher neveu qui fait à présent notre bonheur. Vous ne sauriez croire combien tout le monde est enchanté ici de sa politesse, de son esprit et de ses talents, et la satisfaction que nous goûtons à être témoin de ses succès et à voir justifier les sentiments que nous inspirent son charmant caractère et son désir de se former et de s'instruire.“

begnügt sich mit dem Verkehr mit den wenigen Personen, die ich gewöhnlich sehe. Ich habe ihn diese ganze Zeit über nicht einen Augenblick in übler Laune oder traurig gesehen. Er geht gern früh zu Bette, was vortrefflich zu unserer Lebensweise und der beschränkten Gelegenheit guter Gesellschaft, die sich hier darbietet, passt. Ist das Wetter günstig, so promenirt er zu Fuss oder Pferd, wobei man schon merkt, dass er sich auf der Manège fleissig umsieht, indem er bereits besser zu Pferde sitzt. In Gesellschaft ist sein Benehmen offen; er ist allgemein beliebt, spricht mit Jedermann und weiss unter den jungen Leuten im Militär die manierlichsten herauszufinden; und wir sind so glücklich, recht nette Leute darunter zu haben. Auch unter den Fremden zeichnet er die anständigsten aus und auf Bällen gibt es zwar genug unbesonnene (*étourdis*) Männer und Frauen, aber er weiss sich wunderbar geschickt aus der Affaire zu ziehen, ohne sich zu compromittiren — wenigstens bisher.¹

Auch an Manfredini richtete die Erzherzogin am 27. Januar 1792 ein Schreiben, worin es, nachdem sie dem einstigen Erzieher der Erzherzoge das Zeugniß ausgestellt, dass der Hauptantheil an so erfreulichen Resultaten ihm gebühre, von Carl heisst: „Er verdient in jeder Hinsicht das Lob, das Sie ihm in zwei Zeilen zu theil werden lassen. Seit den vier Monaten, die er mit uns zusammen ist, hat er uns täglich Gelegenheit gegeben, ihn mehr und mehr kennen zu lernen und uns immer mehr an ihn zu fesseln. Man kann unmöglich ein besseres Herz, einen redlicheren Charakter mit einer empfindsameren und edleren Seele verbinden, wozu sich Scharfsinn, sicheres Urtheil und eine Lebhaftigkeit des Geistes gesellt, die der Sanftmuth seines Wesens nicht Eintrag thut. Auch seine Gesundheit ist gegenwärtig fest. Mit bezaubernder Fügsamkeit schickt er sich in das Land und unsere Lebensweise, obgleich das, was er täglich von dem Charakter dieses seit den letzten unseligen Unruhen so sehr entarteten Volkes und dessen Handlungsweise sieht, diametral seiner Art zu denken und zu fühlen entgegengesetzt ist. Nichtsdestoweniger benimmt er sich in unserer schwierigen Lage wie ein Mann von vollendeter

¹ Maria Christine an Kaiser Leopold. 27 novembre 1791.

Erfahrung. Seine entschiedene Neigung für das Militär findet in diesem Augenblicke Nahrung in der nur zu grossen Wahrscheinlichkeit eines Krieges mit Frankreich. Doch diese entschiedene Leidenschaft hindert ihn nicht, sich mit Ausdauer und Eifer mit den schwierigen Partien unserer verwickelten Verfassung zu beschäftigen.¹

Bei alledem war Maria Christine sich der übernommenen Mutterpflichten nur zu wohl bewusst und eben deshalb entging doch auch ihrem Scharfblicke an dem Pflegesohne die eine oder andere Schwäche nicht, der sie bei Zeiten mit ebensoviel Festigkeit als Tact zu begegnen suchte. So äussert sie in einem Briefe an ihren Bruder, den Kurfürsten von Cöln: „Da diese Kinder (nämlich Leopold's) auf das Aeusserste angestrengt wurden, so liebt es Keines von ihnen zu lesen, zu schreiben und sich zu beschäftigen und man muss ihn (Carl) daher dazu anhalten. Zum Glück gibt es ein wirksames Mittel, das ist der Ehrenpunkt und das Raisonnement. Aber er selbst gesteht, dass ihm der Geschmack dazu abgeht.“²

Um so eifriger waren daher, wie wir bereits sahen, Maria Christine und ihr Gemahl darauf bedacht, Carl zu geregelter Thätigkeit anzuhalten und seine Charakterbildung zu harmonischem Abschlusse zu bringen. Während Bartenstein und Müller den jungen Erzherzog in den Finanzen und der Verfassung des Landes unterrichteten, setzte er den Curs über die Fortification und das Geniewesen unter Oberst d'Arnal fort,³ von dem Erzherzog Franz bemerkt: „Er ist einer unserer besten Ingenieurs, hat viel Wissenschaft und Erfahrung und ist ein braver Mann.“⁴

¹ Maria Christine an Manfredini; 27 de l'an 1791. Copie. A.-A.

² Maria Christine an den Kurfürsten von Cöln. 21 juillet 1792. A.-A. Orig.

³ Erzherzog Carl an Erzherzog Franz. Brüssel, den 2. October 1791. Orig., eig. — Selbstbiographische Aufzeichnung.

⁴ Erzherzog Franz an Erzherzog Carl. Wien, den 17. October 1791, Orig. eig. A.-A. Auf diese Studien bezieht es sich, dass Rollin dem Erzherzog das Buch von Zach über Feldbefestigung sendete. (Erzherzog Franz an Erzherzog Carl. Wien, den 5. November 1791. A.-A. Orig. eig.) Am 4. Januar 1791 legt Lacy dem Kaiser die für Erzherzog Carl bestimmten Originalpläne der Festungen Olmütz und Königgrätz vor. Doch behielt dieselben der Kaiser zurück. (Kr.-A.)

In der Taktik und Kriegsgeschichte wurde Erzherzog Carl von dem Obersten Lindenau unterrichtet.¹ Carl Friedrich von Lindenau war eine der markantesten Persönlichkeiten unter den höheren Officieren seiner Zeit. 1746 zu Leipzig geboren, hatte er seine militärische Laufbahn in preussischen Diensten begonnen; er hatte es dort bis zum Major gebracht, war lange Zeit General-Quartiermeisterlieutenant und Adjutant des Königs gewesen und hatte sich im bairischen Erbfolgekriege mehrfach hervorgethan. Er war also aus der Schule Friedrichs II. hervorgegangen; dies hinderte ihn jedoch nicht, nachdem er bereits zuvor auch als Militärschriftsteller thätig gewesen war, 1789 mit einem Buche² hervorzutreten, in welchem er die bisherige preussische Taktik einer scharfen Kritik unterzog und diese Wissenschaft vorzugsweise auf geometrische Formeln zurückzuführen versuchte. Es beruht indess auf einem Irrthum, wenn man³ mit dieser Schrift, welche alsbald eine scharfe Erwiderung fand, worauf er in einer zweiten Schrift replicirte, seinen Austritt aus dem preussischen Heeresverband in Zusammenhang bringt. Denn Lindenau's Aufsehen erregendes Buch ist erst 1789—1790 im Drucke erschienen, während er selbst schon 1789 in die österreichische Armee als Generalstabsmajor Aufnahme fand. Ebenso unbegründet ist die Verdächtigung, er habe preussische Festungspläne entwendet,⁴ die wohl damit zusammenhängt, dass man ihn steckbrieflich verfolgte, und nur so viel scheint sicher, dass er, wie er selbst sagt, sich schon seit längerer Zeit ‚aus bewegenden Ursachen‘ mit dem Gedanken trug, den preussischen Dienst zu verlassen. Er bat um seine Entlassung und diese wurde ihm auch zu theil, wie er denn in einem auf officiellen Erhebungen beruhenden Actenstücke als ‚ein aus preussischen Diensten mit förmlichem Abschied von Seite des Kriegsdepartements ausgetretener Major‘

¹ Memoiren Herzog Albert's.

² Ueber die höhere preussische Taktik, deren Mängel und zeitherige Unzweckmässigkeit, nebst einer dagegen vorgetragenen richtigeren und zweckmässigeren Methode in vier Theilen. Leipzig 1789. Berlin 1790.

³ Wurzbach s. v. Lindenau.

⁴ Memoiren eines Staatsmannes von 1788—1816, S. 41, wo dies jedoch nur als Gerücht bezeichnet wird.

bezeichnet wird,¹ wodurch die weitere Angabe,² er habe den Dienst ohne Urlaub verlassen, widerlegt erscheint. Er begab sich nach Wien, wo er sich um eine Stelle in der österreichischen Armee bewarb (1789).³ Kaunitz wurde dadurch veranlasst, bei dem österreichischen Gesandten in Berlin, dem Fürsten Reuss, nähere Erkundigungen über ihn einzuziehen, namentlich darüber, was unbefangene Leute von dem Major Lindenau, seine Geschicklichkeit und seinen Charakter urtheilen, was eigentlich die Ursache seiner Quittirung war, warum in den öffentlichen Zeitungsblättern demjenigen, der ihn auf preussischem Gebiete anträfe und anhielte, eine Recompens von 2000 Thalern versprochen worden, ob in Ansehung dieses Umstandes etwas vorgegangen sei, so seiner Ehre und Rechtsschaffenheit nachtheilig sein könnte oder ob es nur von einer Cabale und persönlichen Feindschaft oder gar von Intriguen herrühre, um seine etwaige Aufnahme in fremde Dienste zu verhindern.⁴

Wir verdanken dieser vertraulichen Anfrage einen umständlichen — bisher unbekannten — Bericht des Fürsten Reuss, der die früheren Darstellungen gänzlich widerlegt und zngleich auf den besten Informationen beruht. Darnach hatte er seine Entlassung lediglich deshalb genommen, weil er, anstatt bei der leichten Infanterie angestellt zu werden, wie ihm versprochen worden war, zu einem Dépôt-Bataillon versetzt werden sollte⁴ und weil er sich überhaupt von den Vertrauten des Königs unterdrückt glaubte. Und auch jene angebliche steckbriefliche Verfolgung erscheint hier in einem anderen Lichte. Lindenau hatte dem Könige schriftlich verschiedene Reformvorschläge gemacht, die von dem Obersten Geussau⁵ und in der zur Untersuchung der Sache eingesetzten kriegsräthlichen Commission von Moellendorff und Manstein verworfen wurden.

¹ Kaunitz an den Fürsten Reuss. Wien, den 29. Juli 1789. St.-A. Entwurf.

² Memoiren eines Staatsmannes. A. a. O.

³ Nicht 1788, wie es in der Allgemeinen Deutschen Biographie, Artikel: „Lindenau“ heisst.

⁴ 1788 befand er sich zu Königsberg, wohin er von Potsdam versetzt worden war, wie er selbst in dem Werke: „Ueber die höhere preussische Taktik“ 362 bemerkt.

⁵ Nicht Gneisau.

Als nun Geussau um seine Entlassung bat, um sich mit Lindenau, der ihn gefordert hatte, zu schlagen, gab dies der König nicht zu, vielmehr befahl er, um ein Duell hintanzuhalten, Letzteren dingfest zu machen. Es wird ferner zwar zugestanden, dass Lindenau Festungspläne in Händen gehabt, auch durch seine sonstigen Kenntnisse — z. B. von den preussischen Manoeuvres — sich nützlich werde erweisen können, aber ausdrücklich wird bemerkt, dass er zwar für einen ‚warmen‘, doch zugleich auch offenen Kopf gelte und dass ihm nicht das Mindeste zur Last gelegt werde, was seiner Ehre, seiner Denkart oder Aufführung nachtheilig wäre.¹

¹ Der betreffende Bericht des Fürsten Reuss an Kaunitz (St.-A. Orig.) lautet: ‚Säume nicht, hiemit in Kürze gehorsamst anzuzeigen, dass vermöge dessen, was der Legationssecretär Dreyer in Berlin von bekannter guter Hand und ich in Freywald durch noch in königlicher Suite stehende Offiziers selbst erfahren habe, der v. Lindenau wirklich ein Mann von Kopf und Talenten ist, dass er blos derohalben abgedankt habe, weil er von den Vertrauten des Königs sich unterdrückt glaubte und dass der Verdacht erweckende Artikel blos aus der Ursache in die Zeitung gesetzt worden, weil er den Obristen von Geussau herausfordert, der König es erfahren und den Letzteren unterrichtet und vielleicht gerne sich der Person des v. Lindenau bemächtigt hätte, um die Folgen dieses Streites zu verhindern. Ich habe den Major v. Rüchel von der Suite, der auf meine Veranlassung befragt wurde, im Bade selbst sagen hören: Lindenau wäre immer für ein brauchbares Subject gehalten worden, das Einzige, was man an ihm ausstellen könne, wäre ein warmer Kopf, welcher ihn auch zu diesem Ausbruch der Rachgier gegen Geussau verleitet habe, der ihm die weitere Verfolgung zugezogen hatte; er müsse aber versichern, dass Niemand demselben das Mindeste zur Last legen könne, was seiner Ehre, seiner Denkart oder Aufführung nachtheilig wäre. Es ist richtig, dass er im Gefolge des verstorbenen Königs gewest und von ihm gebraucht, welches auch aus dem gedruckten Schema erhellt, wo er anno 1785 noch als Generalquartiermeister-Capitän angesetzt stehet und dass er abgedankt habe, weil er anstatt bei der leichten Infanterie angestellt zu werden, wie ihm versprochen war, zu einem Depôt-Bataillon versetzt werden sollte. Die ihn jetzt betreffende Verfolgung rührt, nach den von mir und dem Legationssecretär Dreyer eingezogenen Nachrichten, einstimmig daher, dass er dem König in seinen eingeschickten schriftlichen Aufsätzen verschiedene Vorschläge gethan und militärische Gegenstände abgehandelt hat, welche vom Obristen Geussau und in der zur Untersuchung angesetzten Commission im Kriegsrath von Möllendorf und von Manstein nicht approbirt wurden. Worauf er die bekannte Ausforderung ausgestellt, die dem

Gerade seine fortan preussenfeindliche Stimmung mag Lindenau bei der damals herrschenden wechselseitigen Spannung in Wien bestens empfohlen haben. Er wurde am 1. August 1789 zum Major ernannt und mit diesem Charakter bei dem Generalquartiermeisterstabe angestellt.¹ Und da er bald dar-

Geusseau vermochte, seine Entlassung zu fodern, um sich schlagen zu können oder die Erlaubniss dazu, welches der König abgeschlagen und gesagt hat, er mache seine Sache daraus: und hierauf kam der Verdacht erweckende Artikel in die Zeitung. Was die von ihm eingereichten Dispositionen der Potsdamer und Berliner Manoeuvres betrifft, so zweifle nicht, dass sie immer bei der Parole ausgegeben werden; ich werde nichts verabsäumen, um solche zu verificiren und alsdann gehorsamst Bericht darüber abzustatten; nur muss ich hierin behutsam zu Werke gehen, zumalen da man hier schon weiss, dass dieser Mann in Wien ist und Dienste sucht. Wenn ich für unsern Dienst einen Mann wie Goltz hätte acquiriren können, so hätte ich es für ein Verdienst gehalten; inzwischen mag Lindenau ein ganz brauchbarer Mann sein, der in demjenigen, was die Regeln der Stellung und Disposition der Troupen bey Affairen anlangt, während seiner Dienstjahre wohl Kenntnisse erworben haben kann, und die Pläne der Vestungen in Händen gehabt und von denselben Wissenschaft haben soll.' In einem späteren Berichte des Fürsten Reuss vom 3. October 1789 heisst es: ,Ob man zwar das Dienstnehmen des Fürsten von Anhalt und des Herrn v. Lindenau hier ungern gesehen hat, so hat man mir doch wegen des Letzten directe nichts merken lassen; wegen des Ersteren aber frug mich der König, welcher bey jeder Gelegenheit und besonders als Er am Geburtstag hier war, sehr freundlich mit mir spricht, lächelnd, ob der Fürst von Anhalt bei der Armee in Ungarn angestellt wäre? welches ich damals nicht wusste und also keine Auskunft darüber geben konnte.' Uebrigens nahm man den Eintritt Lindenau's in den österreichischen Dienst preussischerseits doch nicht so gleichgiltig hin, wie man unter Anderem aus einem Schreiben des Fürsten Reuss an Metternich ddo. 31 mai 1792, Orig., ersieht, worin es mit Bezug auf den damals zur niederländischen Armee entsendeten Tauentzien heisst: ,Mr. le comte de Schulemburg m'ayant fait sous-entendre très-discrètement qu'il appréhendoit un peu des désagrémens à craindre entre son beau-frère Tauentzien et Mr. de Lindenau, j'ai osé prendre sur moi de le rassurer et de lui faire espérer que V. E. se feroit un plaisir de tâcher de remédier cela.'

¹ Kaiserliches Cabinetsschreiben an FZM. Wallis vom 1. August 1789. Kr.-A. (Gütige Mittheilung des Herrn Obersten v. Wetzler.) Bevor er den gewöhnlichen Eid ablegte und ihm das Decret eingehändigt wurde, sollte ihm bedeutet werden, ,dass wenn er einmal in Meine Dienste getreten ist, er selbe ohne vorläufige Ausstellung eines Revers, nie gegen das Erzhaus Oesterreich dienen zu wollen, verlassen könne' (sic!).

nach bei der Bewältigung der belgischen Unruhen Gelegenheit fand, sich nützlich zu machen, so wurde er rasch zum Oberstlieutenant, dann zum Obersten befördert und als Generalstabschef dem Armeecorps des Herzogs Albert zu Sachsen-Teschen zugetheilt, dessen Vertrauen er in so hohem Masse gewann, dass ihm die Ehre zutheil ward, an dem militärischen Unterrichte des jungen Erzherzogs theilnehmen zu dürfen. Ja es fiel ihm innerhalb desselben die wichtigste Aufgabe zu, und wir dürfen wohl annehmen, dass er derselben auch vollkommen gewachsen war. Denn wie man auch sonst über die taktischen Ansichten dieses Exercirmeisters, der ‚einen Saldern zu übersaldern‘ suchte,¹ urtheilen mag, so geht doch aus der Werthschätzung eines Friedrich des Grossen und aus seinen eigenen Werken hervor, dass er ein sehr tüchtiger und erfahrener, ein ebenso begabter als gebildeter Officier war, der auch gern mit gebildeten Männern verkehrte und den man in seinen jüngeren Jahren nicht nach jenen Schrullen beurtheilen darf, die den ‚General‘ (Feldzeugmeister) v. Lindenau, der gleich Friedrich dem Grossen in Uniform mit Stiefel und Sporen den Tod im Lehnstuhl erwartete, in Wien nachmals zu einer so stadtbekannten Persönlichkeit machten,² wenngleich sich sein bizarres Wesen auch schon damals nicht zu verleugnen vermochte. Erzherzog Carl war denn auch nicht voreingenommen für diesen Lehrer. Er bezeichnet ihn in der Folge in einem Briefe an seinen Bruder, den Kaiser, als ‚einen geschickten Mann‘, als ‚einen Mann, so viel Talente, viel Aussichten ins Grosse und viel Fähigkeit habe, um Entwürfe für ganze Campagnen zu entwerfen‘, und bedauert es, dass man in der Schlacht von Mons (Jemappes) nicht seinen Vorschlägen gefolgt sei; aber er hebt doch unter Berufung auf das Zeugniß Browne's hervor, Lindenau habe sich mit dem Detail seines Metiers als Generalquartiermeister nicht abzugeben vermocht und gewusst, so dass ihn stets ein Anderer habe vertreten müssen, und er habe sich,

¹ Colmar Freiherr v. d. Goltz, Rossbach und Jena. Berlin 1883, S. 188.

² Vgl. darüber Francisceische Curiosa 64 ff. und Janko im Oesterr. Jahrbuch, 4. Jahrg. 1880, S. 121 ff. Vgl. überdies den Nekrolog in den Vaterländischen Blättern für den österr. Kaiserstaat 1817, Nr. 32. Ebenda Nr. 37 sein Testament. Hirtenfeld 707.

,da er sonst ein ganz besonderer Mann war', viele Feinde gemacht.¹ Diesem ziemlich scharfen Urtheile gegenüber fällt es aber anderseits umsomehr ins Gewicht, dass Carl gerade ihn als Denjenigen bezeichnet, dem er in Bezug auf seine militärische Bildung mehr als jedem Andern verdanke. ,Wenn ich,' schrieb der Erzherzog am 17. November 1796 aus Mannheim, mitten aus seinem ersten ruhmreichen Feldzuge, an ihn: ,wenn ich aus Allem, was ich sehe, einigen Nutzen gezogen habe, so habe ich es Ihnen ganz allein zu danken. Sie legten die Grundlage dazu, belehrten mich in den Regeln der Kriegskunst, lehrten mich ihre Anwendung, und dieser Ihrer Mühe und Verwendung habe ich es zu danken, wenn ich je etwas Gutes wirken konnte und zum Soldaten gebildet wurde. So lange ich lebe, wird meine Dankbarkeit für Sie dauern, und diese sei Ihnen Bürge für meine Achtung und aufrichtigste Ergebenheit.'² Und diese ehrenvolle Gewogenheit blieb Lindenau lebenslänglich gewahrt.

Kaiser Leopold hatte seinerzeit angeordnet, dass seinen Sohn Baron Warnsdorf und der junge Graf (Philipp Ferdinand Wilhelm) von Grünne nach den Niederlanden begleiten sollten. Dagegen war der Wunsch Carls, dass ihn jener Major Maillard, der ihn in Wien unterrichtet hatte, nach Belgien begleite, nicht in Erfüllung gegangen.³ Warnsdorf wurde aus diesem Anlasse zum Oberstlieutenant mit der Erlaubniss, die Uniform eines Generaladjutanten tragen zu dürfen, befördert.⁴ Grünne war Rittmeister im (Cavallerie-)Regimente des Kaisers⁵ und wurde nun

¹ Erzherzog Carl an Kaiser Franz. Cöln, den 1. Februar 1793. Orig. eig.

² Citirt in dem Artikel: ,Lindenau' in der Allgemeinen deutschen Biographie.

³ Kaiser Leopold an Maria Christine. Prague, le 31 août 1791. Darnach ist Hirtenfeld, Der Militär. Maria Theresien-Orden 357 zu berichtigen.

⁴ Lacy an Franz II. Neuwaldegg, den 27. Juni 1792. Kr.-A. Allerhöchstes Handbillet vom 12. August 1791. Kr.-A.

⁵ Maria Christine an Leopold, ce 3 juillet 1791: ,Grünne qui est de votre régiment de cavallerie qu'a Nostitz.' Leopold an Maria Christine bei Wolf 258, CLXIX: ,J'ai vu le jeune comte Grünne, officier dans mon régiment.' Sonderbarer Weise sagt auch Herzog Albert in seinen Memoiren von ihm: ,Que je fis venir de mon régiment.' Nach Hirtenfeld, a. a. O. 689, war er Rittmeister bei dem in der Folge aufgelösten 7. Dragonerregiment Toscana.

als Kammerherr dem Erzherzog zugetheilt. Maria Christine selbst hatte Letzteren in Vorschlag gebracht;¹ denn sie und ihr Gemahl hofften, in Grünne, der eine sorgfältige Erziehung genossen hatte und in dem Rufe eines kenntnissreichen Officiers stand, ein Gegengewicht und eine Ergänzung Warnsdorf's zu finden, dessen allzu rauhe Manieren nicht geeignet schienen, Carl jenen gesellschaftlichen Schliff zu verleihen, dessen er in seiner neuen Stellung bedurfte.² Der Kaiser billigte diesen Vorschlag; er selbst bezeichnete Grünne als einen ‚sehr hübschen Officier‘, über den sein Oberst Nostiz voll Lobes sei.

In Brüssel wurde dem Erzherzog ausserdem ein junger Niederländer von feinen Umgangsformen, der ihn zugleich mit den dortigen Verhältnissen vertraut machen sollte, zugesellt. Es war dies der Graf Maldeghem, der im Hofstaate, den Maria Christine zu Brüssel für den Erzherzog gebildet hatte, die beiden Würden eines Oberststallmeisters (*grand-écuyer*) und eines Obersthofmeisters (*grand-mâitre*) bekleidete.³ Warnsdorf sollte die Oberleitung des Haushaltes führen, Maldeghem Stall und Dienerschaft dirigiren.⁴

Maldeghem wusste binnen kurzer Zeit die Zuneigung und das Vertrauen seines jungen Herrn, sowie des Statthalterpaares zu erringen, und als er später den Erzherzog nach Wien begleitete, machte er auch dort den besten Eindruck.⁵ Denn er war, wie Maria Christine bemerkt, ‚ebenso klug als pflichtgetreu, ein guter Gesellschafter,⁶ kein Schöngeist, aber mit natürlichem Verstande begabt, eine treue Seele und ein guter Sohn eines unwürdigen Vaters, eifrig und rührig, fröhlich und amüsant,⁷ der einzige Cavalier der Provinz (Brabant), der während der Unruhen des Jahres 1787 und der Rebellion des Jahres 1790 aufrichtig und beständig mit unerschütterlicher

¹ Maria Christine an Leopold, le 3 juillet 1791.

² Herzog Albert, Memoiren.

³ Derselbe war bereits im Juni 1791 für diese Stellung in Aussicht genommen. Maria Christine an Leopold. Bonn, le 5 juin 1791. Orig.

⁴ Maria Christine an Leopold, ce 2 août 1791. Orig.

⁵ Erzherzog Carl an Maria Christine. Vienne, ce 19 avril 1792. A. A. Orig., eigenh.

⁶ Maria Christine an Leopold II. Bonn, le 5 juin 1791. Orig.

⁷ Maria Christine an Leopold II. Ypres, ce 9 août 1791. Orig.

Treue der legitimen Autorität ergeben blieb, obgleich er für seine Besitzungen mehr als irgend ein Anderer zu befürchten hatte und auch manch andere Erwägungen ihn leicht hätten in den Strom mitfortreissen können.¹

Trotz alledem erwies sich die Vereinigung beider Aemter, die Maldeghem bekleidete, doch auf die Dauer als unhaltbar. Es lag jedenfalls ein Missverhältniss vor, dass Maldeghem, der um Vieles jünger war als Warnsdorf, den Titel eines Obersthofmeisters führte, die Functionen eines solchen aber thatsächlich der Letztere ausübte. Da fügte es sich, dass der Prinz Grimberghe (Juni 1791) starb, durch dessen Tod die Stelle eines Oberstjägermeisters (*grand-veneur*) von Brabant erledigt wurde.² Da nun auch dieses Amt, wegen der damit verbundenen Aufsicht über das Jagdwesen, in directer Beziehung zum Brüsseler Hofe stand³ und man daher auf Charakter und Gesinnung um so grösseres Gewicht legte, so schlug Maria Christine für den erledigten Posten Maldeghem vor, der unter Beibehaltung der Würde eines Oberststallmeisters auf die eines Obersthofmeisters zu Gunsten Warnsdorf's verzichten sollte. „Hätte ich,“ bemerkt die Erzherzogin, „bei meinem Aufenthalte in Wien Warnsdorf's Charakter und Denkart so gekannt, wie ich sie jetzt kenne, so hätte ich schon damals Dich für ihn um die Stelle gebeten, zu der er sich umsomehr eignet, als seine Zuneigung zu Deinem Sohne ebenso weise und vernünftig als wachsam und unermüdlich ist. Das macht uns ihn auch so werthvoll, zumal Carl dies Gefühl, dessen Werth er zu schätzen weiss, mit einer Freundlichkeit, Gelehrigkeit und einem Vertrauen erwidert, das man nicht so leicht jemand schenken kann, auf das aber Warnsdorf infolge der langen Dauer seiner Dienste überhaupt und insbesondere bei ihm, und durch seinen Eifer vollen Anspruch hat, und das Dein Sohn niemals einem der beiden anderen Herren seiner Umgebung entgegenbringen kann, zumal bei ihrem jugendlichen Alter. Maldeghem zeigt selbst einen gewissen Respect und eine Zurückhaltung gegen ihn, die an sich natürlich und an ihrem Platze ist. Doch kann man seinen

¹ Die Statthalterin an den Kaiser, le 21 février 1792. Entwurf. Officiell.

² Mercy an Kaunitz. Bruxelles, le 22 juin 1791.

³ Vgl. Adam Wolf, Maria Christine II, 202.

Charakter daraus beurtheilen, dass er, seit er Warnsdorf kennt, immer darauf gedrungen hat, ihn an den geziemenden Platz zu stellen und dass er so edel war, mir das Amt eines Obersthofmeisters anzubieten, woferne er nur infolge seines zweiten Amtes in Beziehung zu Deinem Sohne bleibt, den er so wie wir liebt, von ganzem Herzen und ganzer Seele. Anderseits muss ich Warnsdorf die Gerechtigkeit widerfahren lassen, dass er, als ich mit ihm von diesem Projecte sprach, nicht nur theuerte, Maldeghem kein Unrecht zufügen zu wollen, sondern, als man ihn darüber beruhigte, stets betonte, dass er nicht wünsche, dass seine reine und uneigennützigte Anhänglichkeit an Deinen Sohn auf Interesse oder Ehrgeiz zurückgeführt werde. Allein ich und mein Mann, die wir den Nutzen und die Nothwendigkeit einer derartigen Verfügung in jeder Hinsicht zu würdigen wissen, können nicht umhin, Dich zu bitten, unseren Vorschlag gutzuheissen, zumal Du ja überzeugt sein darfst, dass wir bei Allem, was wir thun, nur das Beste Deines Dienstes und das Glück Deines lieben Sohnes im Auge haben . . . Dieser selbst weiss bisher nichts davon. Allein ich will den Brief nicht abgehen lassen, bevor er ihn liest, um zu sehen, ob er einverstanden ist, wie ich glaube, oder um seine Ansicht zu äussern, falls sie von der unsrigen irgendwie abweichen sollte.¹ Und in einem Postscript zu diesem Briefe heisst es: ‚Dein Sohn hat soeben dies Schreiben gelesen; er ist einverstanden damit und wird es Dir selbst sagen.²‘ Der Kaiser zeigte sich dem Vorschlage geneigt;³ aber aus unbekannten Gründen verzögerte sich die Ausführung bis zu Leopolds Tode.

Bei alledem darf schon an dieser Stelle bemerkt werden, dass die Wahl Warnsdorf's keine glückliche war. So wie er überhaupt nicht aus innerem Antriebe, vielmehr nur sehr ungern nach den Niederlanden gegangen war,³ so war im Grunde auch der junge Erzherzog seinem Begleiter mehr infolge der Macht der Gewohnheit als aus tieferer Neigung zugethan.⁴ Zwar liess

¹ Maria Christine an Kaiser Leopold, ce 14 de l'an 1792. Orig. eig.

² Leopold an Maria Christine, le 31 janvier 1791 (recte 1792; vgl. Feuillet de Conches V, 195) bei Wolf, A. 210, Nr. CXXXIII.

³ Leopold an Maria Christine. Prague, le 31 août 1791.

⁴ Maria Christine an den Kurfürsten von Cöln, ce 24 juillet 1792. A. A. Orig.

er seiner Rechtschaffenheit volle Gerechtigkeit widerfahren,¹ und auch Maria Christine schlug wohl aus diesem Grunde anfangs seine Dienste so hoch an. Aber sie tadelt doch wiederholt, dass Warnsdorf sein rauhes Wesen gerade da, wo dazu kein Grund vorhanden sei, hervorkehre, und Carl gerade da, wo dieser seiner Leitung vor Allem bedürfe, im Stich lasse und sich in derben Spässen ergehe. Die schlimmste Eigenschaft Warnsdorf's aber war seine Unverträglichkeit und seine Eifersucht, mit der er jeden feiner gebildeten Mann von Carl fernzuhalten und sich allein Einfluss auf denselben zu sichern suchte. Namentlich mit Grünne vermochte er sich nicht zu vertragen; auch Maldeghem war er abgeneigt, ja selbst Maria Christine glaubte in der Folge, von sich das Gleiche annehmen zu müssen.²

Es kam so weit, dass Warnsdorf erklärte, im Falle eines längeren Verbleibens Grünne's um seine Enthebung vom Dienste bitten zu müssen. Es war dies um so peinlicher, als Carl und auch die Erzherzogin mit Grünne, den die Letztere als einen geistreichen, liebenswürdigen und wohlunterrichteten Mann bezeichnete, im Grunde ganz zufrieden waren. Versöhnungsversuche blieben ohne Erfolg.³ Auch die Hoffnung, die Sache durch Warnsdorf's Beförderung zum Obersthofmeister, wozu, wie wir sahen, Maldeghem so willig die Hand bot, zu vergleichen, schlug fehl. Zuletzt gelang es Warnsdorf doch, seinen vermeintlichen Nebenbuhler aus dem Felde zu schlagen. Der Vorwurf, dass Grünne zur Arglist (*astucité*) neige, machte endlich auch auf die Erzherzogin einigen Eindruck. Sie besorgte, dass Carl selbst in diesen Fehler verfallen könnte, wenn sein vollendetes Herz ihn nicht das daranhaftende Uebel erkennen lasse, obgleich er — fügte sie hinzu — bisher keine Spur einer derartigen Verirrung gezeigt; sie meinte, es sei für Carls Zukunft vom grössten Belang, dass er sich die Herzen des Landes gewinne, deren fürstliche Personen gar oft durch die Fehler ihrer Umgebung verlustig gingen.⁴ Daher bat Erz-

¹ Erzherzog Carl an Franz II. Brüssel, den 31. März 1792.

² Maria Christine an den Kurfürsten von Cöln, ce 24 juillet 1792. A. A. Orig.

³ Metternich an Kaunitz, 14 février 1792. Copie.

⁴ Maria Christine an Franz II., ce 31 mars 1792.

herzog Carl in der Folge seinen Bruder Franz, Grüne aus Brüssel abzuverufen, ihn zum Major zu befördern und bei einem Regimente anzustellen, zumal derselbe immer und in allen Conduitenlisten als ein vorzüglicher Officier geführt worden sei, Graf Nostiz für ihn schon vor einem Jahre um diese Begünstigung gebeten habe, und damit derselbe ohne Nachtheil an seiner Reputation die gegenwärtige Stellung verlassen könne. Ausdrücklich bemerkt der Erzherzog, dass er nicht die mindeste Ursache habe, mit ihm unzufrieden zu sein; er wünsche dies blos, um die häusliche Ruhe herzustellen, da nichts trauriger sei, als mit Leuten leben zu müssen, die sich nicht vertragen können, besonders wenn man mit keinem von ihnen unzufrieden sei.¹ Und dieser Bitte schlossen sich auch Maria Christine und Herzog Albert an.²

Seit dem letzten Aufenthalte Maria Christinens in Wien weilte in ihrem Hause als Gesellschaftsdame die Marquise Mansi (geborne Gräfin Nimptsch), deren Gatte an der Pachtung des Lottogefälles in Brüssel betheiligt war. Da man nun mit der Absicht umging, die Pachtung aufzuheben und das Lotto in die Regie des Staates zu übernehmen, schlug die Erzherzogin vor, die oberste Leitung dieser Regie jenem Mansi anzuvertrauen, der dazu durch Intelligenz und Erfahrung geeignet war, zugleich auch, um, wie sie keineswegs verhehlte, dadurch Mansi und durch ihn seine Frau dauernd an sich zu fesseln. Die Erzherzogin, die in Brüssel sonst ein ziemlich stilles Leben zu führen pflegte, hatte auch in diesem Falle nicht sich selbst, sondern das Beste ihres Lieblings im Auge, dem sie neben dem Umgange mit ernsten und kenntnissreichen Männern auch den veredelnden Einfluss weiblicher Gesellschaft zu bieten wünschte.³ ‚Ich habe,‘ schreibt Maria Christine an ihren Bruder, den Kaiser, ‚diese Frau stets geschätzt, ohne in näherer Verbindung mit derselben gestanden zu haben, da ich gewohnt war, in meinem Hause ein einsames Leben zu führen, ohne jede intimere Gesellschaft, so gross auch die Erholung sein mag, welche sie dem, der stets mit unangenehmen Geschäften

¹ Erzherzog Carl an Franz II. Brüssel, den 31. März 1792. Orig. eig.

² Maria Christine an Franz II., ce 31 mars 1792. Orig. eig.

³ Maria Christine an den Kurfürsten von Cöln, ce 24 décembre 1790. Orig. A. A.

zu thun hat, gewährt. Allein als es hiess, dass Du mir Deinen jungen, lieben Sohn anvertrauen wolltest, empfand ich das Bedürfniss einer Gehilfin, die Zerstreuung in unser Haus und in unsere Gesellschaft bringen und ihm den Aufenthalt erträglich gestalten sollte. Auf gute Gesellschaft für ihn bedacht, fielen meine Blicke sofort auf Mansi. Sie ist eine tugendhafte und liebenswürdige Frau, hat viel gesehen und gelesen, kennt die Welt und ist von sanftmüthigem Wesen — kurz, sie vereinigt Alles in sich, was man nur wünschen kann.¹

Bald nahm Maria Christine mit Freude wahr, dass ihre Wahl auch den Beifall dessen, für den sie getroffen war, fand. ‚Mein Glück,‘ ruft sie aus, ‚ist vollkommen; sie reussirt bei Deinem Sohne über alle Erwartung. Er findet Geschmack an ihrer Unterhaltung, bringt ihr sogar ein gewisses Vertrauen entgegen; er fragt sie um Rath, ist ihr dankbar für jede Bemerkung, kurz er ist ihr zugethan, und das gewährt mir eine grosse Beruhigung.‘ ‚Glaube nicht,‘ fügt sie bei, ‚dass Dein Sohn in sie etwa verliebt ist; sie ist 40 Jahre alt und Intriguen kannte sie nie; es ist blos Freundschaft, wie sie Sanftmuth, Liebenswürdigkeit und Heiterkeit schaffen, und das ist, da, wie Du weisst, Carl für dergleichen nicht so leicht zu haben ist,‘¹ von um so grösserem Werth.² ‚Sie ist,‘ bemerkt Maria Christine einige Tage darnach, ‚die Seele und das erheiternde Element unseres Hauses, ebenso angenehm meinem Gemahl, wie mir, Deinem Sohne und allen den Herren, die bei uns wohnen, von gesetztem Alter, klug, bescheiden, massvoll und ohne Arg.‘³ Freilich ahnte Maria Christine bei Alledem kaum, dass sie dadurch den Grund zu einem dauernd schönen Verhältnisse legte, das noch in späteren Jahren, nach ihrem Tode noch, dem längst auch der Mutterliebe beraubten Adoptivsohne den Ersatz mütterlicher Freundschaft gewähren sollte.

Erzherzog Carl war nur ungerne nach den Niederlanden gegangen. Wir wissen dies nicht nur von seiner Mutter,⁴

¹ ‚Que cela n'est pas chose facile pour Charles.‘

² Maria Christine an Kaiser Leopold, ce 6 décembre 1791. Orig. eig.

³ Maria Christine an Leopold, ce 10 de l'an 1792. Orig. St.-A. eig.

⁴ Maria Ludovica an Maria Christine, ce 21 août 1791. Orig. A. A.

sondern auch aus seinem eigenen Munde.¹ Nicht nur, dass ihm der Abschied von den Eltern und Geschwistern nahe ging, man hatte ihm auch die Besorgniss beigebracht, dass ihn seine Tante zu zerstreuen und von ernsten Geschäften fernzuhalten suchen und dass er darüber die schönsten Jahre seines Lebens verlieren werde, ohne seinem Vater und dem Staat in irgend etwas dienen zu können. Mit seinem jugendlich unbefangenen und unerfahrenen Sinne sah er gleichwohl die Schwierigkeiten seiner Stellung in einem Lande voraus, das kürzlich noch der Schauplatz eines Aufstandes gewesen und in dem sich noch immer die Parteien voll gegenseitigem Hass und Misstrauen gegenüberstanden. Auch von ihm befreundeter Seite wurde das Missliche seiner Lage nicht verkannt.² Freilich gewann über solche Stimmungen Pflicht und Ehrgefühl schliesslich den Sieg. ‚Seyen Sie,‘ schrieb er kurz vor seiner Abreise nach Brüssel an seinen einstigen Lehrer Hohenwart, ‚seyen Sie versichert, dass ich Ihrem Rath folgen und ohne Vorurtheile, aber wohl mit den Gesinnungen der wärmsten Dankbarkeit und mit dem festen Vorsatz hingehe, mich beliebt zu machen und mich so bescheiden als möglich zu betragen.‘³

Umsomehr zeigte sich Maria Christine auch in dieser Hinsicht bemüht, ihm den Aufenthalt im neuen Vaterhause so angenehm als möglich zu gestalten. Bei aller Sorgfalt, mit welcher sie ihren übernommenen Mutterpflichten nachkam und das körperliche und geistige Gedeihen des ihr anvertrauten Jünglings überwachte, war doch ihr Zartsinn zugleich darauf bedacht, dem in diesem Punkte nicht unempfindlichen Prinzen das Gefühl belästigender Abhängigkeit möglichst fernzuhalten. ‚Wie günstig auch,‘ bemerkt sie in einem eigenhändig verfassten Projecte, ‚die Idee ist, welche ich von dem Herzen und Charakter des lieben Neffen habe, den man uns zum Trost unserer alten Tage anvertraut, muss man doch dafür Sorge

¹ Erzherzog Carl an Erzherzog Franz. Mantua, den 19. Mai 1791. Orig. eig.

² Erzherzog Ferdinand Este an Kaiser Leopold, le 26 août 1791 (Orig. eig.): ‚Ses façons et bon cœur le (Charles) feront certainement bien aimer de cette nation; mais je sens et me mets à sa place combien ce départ lui doit coûter.‘

³ Erzherzog Carl an Hohenwart. Prag, den 9. September 1791. A. A. Orig. eig.

tragen, ihm die Trennung von seinen trefflichen Eltern und seiner ganzen Familie erträglich zu gestalten, indem man auf Annehmlichkeiten bedacht ist, die ihn für die Unannehmlichkeiten entschädigen sollen, welche er in diesem Lande finden wird.¹ Es war weder möglich, noch schien es wünschenswerth, ihm eine Wohnung ausserhalb des erzherzoglichen Hauses anzuweisen; wohl aber wurde ihm im Palais royal ein besonderes Appartement mit eigenen Stallungen, eigenen Pferden und Wagen eingeräumt, so dass er selbst nicht an die gewöhnlichen Speisestunden gebunden war. Maria Christine übernahm auch einen Theil der Kosten des für jene Zeit nicht so ganz unansehnlichen Hofhaltes, der für Carl zu Brüssel gebildet wurde. Sie schlug dem Kaiser vor, abgesehen von den Gagen der bei ihm angestellten Herren und der Dienerschaft und von den Kosten des Marstalls und der Küche, seinem Sohne dieselbe Summe, nämlich 18.000 fl. anzuweisen, die einst in den letzten Tagen der Kaiserin Maria Theresia ihr Bruder bezogen hatte; sie selbst übernahm für den Rest des Jahres 1790 einen Theil der Kosten der Dienerschaft und versprach für das erste Mal die Livrée der Letzteren durch ihre Intendanz zu besorgen, ausserdem aber in die Casse des Erzherzogs monatlich den Betrag von 5000 fl. beizusteuern.¹

Maria Christine urtheilte ganz richtig, wenn sie annahm, dass gerade die Freiheit der Bewegung, die ihm gestattet wurde, den jungen Erzherzog umsomehr veranlassen werde, ihre Gesellschaft aufzusuchen und sich an dieselbe zu gewöhnen. „Ich lebe,“ schreibt Carl an seinen Bruder, „ganz ohne gêne im Hause und beschäftige mich, wie ich will, ohne dass man viel nachsieht.“² Aber in der Folge erscheint er doch an der Tafel seiner Tante als täglicher Gast. Im Herbst fuhr man, soweit

¹ *Projet à l'établissement de l'archiduc à Bruxelles.* A. A. (eigenhändige Aufzeichnung der Erzherzogin), ergänzt durch eine zweite, undatirte Note und eine zweite eigenhändige Aufzeichnung Maria Christinens, betitelt: „Voilà quel était le premier établissement. Liste des gages des personnes qui composent actuellement la maison de S. A. R. Mgr. l'archiduc Charles.“ Darnach betrug die jährliche Gesamtsumme der Gagen für die Cavaliere und die Dienerschaft 17.490 fl.

² Erzherzog Carl an Erzherzog Franz. Brüssel, den 2. October 1791. Orig. eig.

es die Witterung zuliess und es die Geschäfte gestatteten, sobald der Rapport des Ministers und des Staatssecretärs und die Wachparade vorüber war, nach dem nahen Laeken, dessen Schloss Herzog Albert erst kürzlich nach eigenen Entwürfen und nach den Plänen Montoyer's,¹ auf der Höhe von Schoonenberg² erbaut und mit Statuen und anderen Sculpturen (von Godecharles) geschmückt hatte³ und dessen Park dem Publicum offen stand. Hier wurde gespeist. Nach der Tafel erschienen gewöhnlich die Generale und Officiere zur Cour; „sie kommen in Stiefeln und werden gar nicht genirt; jeder kommt, geht und thut, was er will“.⁴ Auch sonst fehlte es nicht an Zerstreuungen in Laeken, mit seinen englischen Parkanlagen, seinen Treibhäusern und Orangerien, mit seinem Freundschaftstempel und seinem chinesischen Thurm (Pagode), von dem aus sich die herrlichste Fernsicht — bis Mecheln, ja bis Antwerpen — darbot und mit dem sich durch den Garten schlängelnden Gewässer, das zur Fahrt auf kleinen, mit Wimpeln und Rudern versehenen Kähnen einlud. Zuweilen fand in den von Maldegheem gehegten Revieren eine Hasenjagd statt⁵ oder man fischte im Gewässer des Schoonenberger Parkes.⁶ Als dann der Winter kam, bot sich das Vergnügen der Schlittenfahrt dar.⁷ Abends gewährte das — nach Carls Urtheil⁸ freilich recht

¹ Biographie nationale sub voce: Christine, p. 100. Die betreffenden Pläne und Zeichnungen befinden sich noch gegenwärtig auf der Albertina.

² A. Wauters, Bruxelles et ses environs. Bruxelles 1852, p. 108.

³ Le voyageur dans les Pays-bas Autrich. IV, 229. Adam Wolf, Maria Christine I, 201. George Forster, Ansichten vom Niederrhein II, 118 ff. Vier Ansichten: Partien des Schlosses und Parkes zu Schoonenbergh. Gezeichnet von S. Le Fabre. Gestochen von W. Byrne 1785—1792, in der Albertina; zwei davon, letztere colorirt in der Fideicommiss-Bibliothek. Sie sind dem Herzog Albert gewidmet.

⁴ Erzherzog Carl an Erzherzog Franz. Brüssel, den 2. October 1791. Orig. eig. Derselbe an denselben. Brüssel, den 17. October 1791. Orig. eig.

⁵ Maria Christine an Leopold. Marimont, ce 6 octobre 1791.

⁶ Erzherzog Carl an Erzherzog Franz. Brüssel, den 30. November 1791. Orig. eig.

⁷ Vgl. Kaiserin Maria Ludovica an Erzherzog Carl, ce 26 de l'an 1792. Orig. eig. A. A.

⁸ Vgl. Maria Ludovica an Erzherzog Carl, ce 30 de l'an 1792. Orig. eig. A. A.

mangelhafte — Theater¹ manche Zerstreuungen: Oper und Ballet wechselten mit französischen und flämischen Komödien ab.² Was die Gesellschaften anlangt, so hatte der Kaiser ausdrücklich bestimmt, dass Carl zu Brüssel fürs Erste nur das Haus des Ministers und den Marschall Bender besuchen sollte, ausserdem jene Gesellschaften, welche die Erzherzogin selbst wöchentlich dreimal bei sich sah. ‚Bevor er anderswohin geht,‘ meinte die Kaiserin, ‚muss er zuerst gut das Land und die Denkungsart seiner Bewohner kennen.‘³ So lernte denn Carl abends bei den Cercles und Appartements (d. i. Empfang)⁴ oder auf jenen kleinen Bällen, welche — wöchentlich zweimal — die sonst so stillen Räume des Brüsseler Palastes belebten,⁵ allmählig den Adel und die Beamten des Landes kennen. Dabei war die Erzherzogin ängstlich darauf bedacht, ihn nur mit wohlgesitteten jungen Leuten in Berührung kommen zu lassen, wie sie denn unter Anderen den jungen (sechszwanzigjährigen) Gyulay, damals Grenadierhauptmann im Infanterieregiment seines Vaters (Nr. 32) und seit 1789 Theresienritter, für den Kammerherrnschlüssel gerade deshalb so angelegentlich empfahl, weil dieser dem trefflichen Manne den öfteren Zutritt zu Hofe erleichterte.⁶ Aber wir finden Carl auch in achtungsvollem Verkehr mit verdienstvollen älteren Männern, wie namentlich Browne,⁷ Seckendorf, Mercy,⁸ deren Umgang ihm manche poli-

¹ Vgl. J. Isnardon, *Le théâtre de la Monnaie depuis sa fondation jusqu' à nos jours*. Bruxelles 1890, p. 75 ff.

² Vgl. Maria Ludovica an Erzherzog Carl, ce 5 octobre 1791; ce 16 novembre 1791; ce 30 décembre 1791. Orig. eig. A. A.

³ Maria Ludovica an Maria Christine, ce 14 septembre 1791. Orig. eig. A. A.

⁴ Vgl. Gachard, *Etudes et notices* III, 190.

⁵ Maria Ludovica an Erzherzog Carl, ce 5 octobre 1791. Orig. eig. A. A. Erzherzog Carl an die Kaiserin. Bruxelles, ce 20 novembre 1791. Orig. eig.

⁶ Maria Christine an Leopold II., ce 21 octobre 1791. Orig. eig. Vgl. Erzherzog Carl an den Kaiser. Mons, den 26. Juli 1792, wo er Gyulay's Beförderung zum Major empfiehlt, mit den Worten: ‚Ich kann ihn nicht genug sowohl in Ansehung seiner Tapferkeit als seiner Geschicklichkeit anempfehlen. Selber hat das Kreuz im Türkenkriege erhalten.‘

⁷ ‚C'est l'homme que j'estime et que j'aime le plus et dans lequel j'ai le plus de confiance,‘ bemerkt Erzherzog Carl von ihm in einem Briefe an Maria Christine. Francfort, ce 11 juillet 1792. Orig. eig.

⁸ Vgl. meinen Aufsatz: Erzherzog Carl und Prinz Hohenlohe-Kirchberg 74.

tische oder militärische Anregung darbot. Da man besorgte, dass es nicht an Versuchen fehlen werde, sich an ihn heranzudrängen, wurde Carl von seinen Eltern eingeschärft, sich in nichts zu mengen und Jeden, der sich mit Bitten oder Klagen an ihn wenden würde, an das Statthalterpaar zu weisen.¹

Die vorausgegangene Revolution im Lande selbst und die Revolution, die im französischen Nachbarlande auszubrechen drohte, hatten freilich den belgischen Adel verschüchtert, zum Theile war sein Verhältniss zum Hofe durch die vorausgegangenen Ereignisse getrübt. Das diplomatische Corps war ziemlich gelichtet; die meisten Gesandten hatten infolge der Unruhen Brüssel verlassen; über die Ernennung eines neuen Nuntius fanden längere Verhandlungen statt, der französische Gesandte wurde bald nach seiner Ernennung wieder abberufen und die neuen Vertreter Englands und Preussens fanden sich erst im Sommer des Jahres 1792 in Brüssel ein. Ohne Frage hatte also das Brüsseler Leben von seinem einstigen Glanze Manches eingebüsst, und das Zuströmen zahlreicher Emigranten konnte kaum als Ersatz für jene unbefangene Heiterkeit gelten, die einst am Hofe des unvergesslichen Prinzen Carl den Fürsten de Ligne entzückt.²

Maria Christine schränkte den Verkehr mit den letzteren, so sehr sie es konnte, ein. Auch Carl selbst begegnete ihnen mit verständiger Vorsicht.³ Mit scharfem Blicke erkannte der junge Mann die Missgriffe der Emigration. ‚Je mehr man,‘ schrieb er an seinen Bruder Franz, ‚die vornehmsten Franzosen, ihre Denkungsart und ihre Art zu handeln kennen lernt, desto weniger verwundert man sich über die Revolution. Es könnte Frankreich kein grösseres Unglück geschehen, als wenn Alles auf den vorigen Fuss gesetzt und die Herren wieder zu dem Staatsruder und zur Leitung der Geschäfte kommen würden.‘⁴

Von fremden Gästen werden damals der Herzog und die Herzogin von York genannt, die im November 1791 zu Brüssel

¹ Maria Ludovica an Maria Christine, ce 14 septembre 1791. Orig. eig. A. A.

² Mémoires du prince de Ligne (Ausgabe Lacroix) 123.

³ Maria Christine an Leopold, ce 3 mars 1792. Orig.

⁴ Erzherzog Carl an Kaiser Franz, den 5. Juli 1792. Orig.

weilten;¹ einem Prinzen von Braunschweig machte Carl im Februar 1792 in liebenswürdiger Weise die Honneurs.² Und gerade die französische Revolution gab dem Erzherzog doch hinwiederum die Gelegenheit, Männer, wie Fersen, den russischen Gesandten Simolin³ und Andere, welche ab und zu in Brüssel erschienen, zu sehen und zu sprechen.

Neben Mittheilungen über die politischen Vorgänge in Brabant bilden Vorkommnisse dieser Art den Inhalt der eifrigen Correspondenz Carls mit seinen Eltern und mit seinen Brüdern.⁴ Auch seinen alten Lehrer und Freund Hohenwart, der eben damals zum Bischof von Triest befördert wurde,⁵ erfreute er mit Briefen und Geschenken,⁶ denn seine Gedanken weilten oft bei den lieben, fernen Verwandten und in Wien, das ihm mit Recht als seine zweite Vaterstadt galt. Die Bälle in Brüssel machten ihm Vergnügen; ,aber,‘ setzt er hinzu, ,jene in Wien kann ich doch nicht vergessen‘.⁷ Und ein anderes Mal schreibt er seinem Bruder Franz: ,Ohngeachtet alledem fühle ich doch die Abwesenheit meiner Familie und werde mich recht glücklich schätzen, wenn ich Dich wieder werde umarmen können.‘⁸ Er sehnte sich nach dem Zeitpunkte, wo

¹ Metternich an Kaunitz. Bruxelles, le 12 novembre 1791. Copie.

² Maria Ludovica an Erzherzog Carl, ce 13 février, ce 14 février 1792. Orig. eig. A. A.

³ Simolin an die russische Kaiserin Catharina II. bei Feuillet de Conches, Louis XVI, t. V, 273.

⁴ Franz und Josef. Nicht erhalten sind Carls Briefe an seinen Vater; von denen an seine Mutter liegen nur einige vor. Dagegen besitzen wir noch als schönes Denkmal elterlicher Liebe die Briefe Leopolds und Maria Ludovicas an ihn.

⁵ Wiener Zeitung Nr. 86, Nr. 2745. Vgl. Maria Ludovica an Erzherzog Carl. 25 octobre 1791. Orig. eig. A. A.

⁶ Erzherzog Carl an Hohenwart. Brüssel, den 30. Jänner 1792. Orig. eig. A. A. Erzherzog Carl übersandte ihm Jetons und Medaillen der Inaugurationen.

⁷ Erzherzog Carl an die Kaiserin. Bruxelles, ce 20 novembre 1791. Orig. eig. An Erzherzog Josef schreibt er aus Brüssel, den 17. Jänner 1792. Orig. eig. A. A.: ,Unser Fasching ist recht lustig, wir tanzen viermal die Woche und unterhalten uns recht gut. Doch nie so gut, wie zu Wien und ich fühle täglich die Abwesenheit meiner Familie und von Dir, bester Bruder.‘

⁸ Erzherzog Carl an Erzherzog Franz. Brüssel, den 30. November 1791. Orig. eig.

die für den nächsten Frühling in Aussicht gestellte Ankunft seiner Eltern und seines Bruders Franz in den Niederlanden erfolgen würde: er hoffte bis dahin im Stande zu sein, seinem Vater Rechenschaft geben zu können von alledem, was er im Lande gelernt und gesehen habe.¹ Er nahm sich vor, dem Bruder den Aufenthalt recht angenehm zu machen, und freute sich, dass er ihm die schönsten englischen Parkanlagen, Gewächshäuser und Blumengärten in der Gegend werde zeigen können.²

Die Studien Carls nahmen einen erfreulichen Fortgang. Er wohnte allmählig nicht nur den Berichterstattungen des Ministers und des Staatssecretärs, sondern auch den Conferenzen und Jointen bei, zu denen sich die Mitglieder der verschiedenen Verwaltungsdepartements versammelten.³ Es kam vor, dass er in solchen Sitzungen seine eigene Meinung abgab, wobei eine auffallende Selbstständigkeit des Urtheils⁴ und eine seltene Fröhreife zu Tage trat.⁵ Er verfasste zu seiner Uebung Memoires über verschiedene Fragen, wie etwa über den Streit wegen des Brabanter Conseils, denen er die Berichte an den Kaiser und die ‚Aussagen unparteiischer Personen‘ zu Grunde legte,⁶ und gar mancher von den Briefen an seinen Bruder Franz, in denen er seine Ansichten über die belgischen Zustände mit Freimuth und überraschender Sachkenntniss niederlegte, dürften als ähnliche akademische Versuche zu betrachten sein. Auch unterstützte er Maria Christine und ihren Gemahl in ihrer ausgebreiteten Correspondenz; er copirte hie

¹ Erzherzog Carl an Erzherzog Franz. Brüssel, den 2. October 1791. Orig. eig.

² Erzherzog Carl an Erzherzog Franz. Brüssel, den 28. October 1791. Orig. eig.

³ Memoiren Herzog Alberts. A. A.

⁴ Erzherzog Carl an Kaiser Franz. Brüssel, den 29. März 1792. Orig. eig.: ‚Ich bin gewohnt, die Leute nicht nach anderer Aussage, sondern nur nach dem, was ich sehe, und nach Thaten zu beurtheilen.‘

⁵ Erzherzog Carl an Erzherzog Franz. Brüssel, den 8. December 1791. Orig.

⁶ Erzherzog Carl an Erzherzog Franz. Brüssel, den 9. October 1791. Orig. eig. Maria Christine an Leopold II., ce 21 octobre 1791. Orig. eig. Vgl. Erzherzog Carl an Erzherzog Franz. Brüssel, den 23. October 1791. Orig. eig.

und da die Briefe derselben,¹ denn die Erzherzogin und ihr Gemahl bewahrten mit Sorgfalt die Briefe und Actenstücke, welche einst als Material für das grosse Memoirenwerk des Letzteren dienen sollten. Nebenher las er — wie von glaubwürdiger Seite² versichert wird — Adam Smith's berühmtes Buch über den Nationalreichthum und stellte daraus eine Uebersicht der Grundlehren nach seiner gewohnten Weise zusammen.

Vor Allem aber nahm Carl nach Neujahr 1792 und besonders seit der Krieg mit Frankreich in Sicht war, die militärischen Studien — diesmal auch nach ihrer praktischen Seite — mit neuem Eifer auf. Bei den Grenadieren der Brüsseler Garnison lernte er exerciren und den Dienst;³ Hauptmann Baron Kraski von den De Vins-Grenadieren unterrichtete ihn in diesen Dingen.⁴ „Da nun die Tage länger werden,“ meldet er am 24. Februar 1792 seinem Bruder, „verwende ich die Stunden, welche ich leer habe, um mich in dem Militär zu instruiren, um im Falle ein Krieg ausbrechen sollte, die Sachen doch zu verstehen und auch in Friedenszeiten im Stande zu sein, von denen Sachen zu urtheilen, was hier sehr nöthig ist, sowohl da oft Militärgegenstände vorkommen, als da es auch nach hergestellter Ruhe ein Hauptgegenstand sein wird, die hiesigen Regimenter wieder in den Dienst und in die Ordnung hineinzubringen. Ich hoffe bei besserer Witterung, da es nun sehr kalt ist, anzufangen, eine Compagnie zu commandiren. Dies füllt mehrere Stunden angenehm und interessant aus, da es doch eine gewisse Sache ist, dass man erst das Kleine muss durchgegangen haben, um das Grosse beurtheilen zu können und zu verstehen.“⁵

Er sammelte nun eifrig Karten, die sich auf den Schauplatz des letzten Insurrectionskrieges und auf den muthmasslichen Schauplatz des bevorstehenden Krieges mit Frankreich bezogen.⁶

¹ In der Albertina befinden sich noch manche dieser Copien. Es kommt vor, dass Maria Christine dieselben begann, sodann Erzherzog Carl fortsetzte und die Erzherzogin beendigte.

² Kleyle.

³ Selbstbiographische Aufzeichnung.

⁴ Erzherzog Carl an den Kaiser. Cöln, den 26. Hornung 1793. Orig. eig.

⁵ Erzherzog Carl an Erzherzog Franz. Brüssel, den 24. Hornung 1792. Orig. eig.

⁶ Erzherzog Carl an Erzherzog Josef. Brüssel, den 15. Hornung 1792. A. A. Orig. Erzherzog Carl an Erzherzog Franz. Brüssel, den 29. Hornung

Als er vernahm, dass sein Bruder Franz einer Militärcommission in Wien präsidire, welche Verbesserungen in sämtlichen Militärbranchen beantragen sollte,¹ bat er denselben, ihn sobald wie möglich über die gefassten Beschlüsse zu informiren. ‚Ich werde mir,‘ schreibt er, ‚auch mit dem grössten Eifer angelegen sein lassen, sowohl durch mein Beispiel als durch meinen Eifer, selbe in den Truppen, so sich hier befinden, einführen zu machen und die Officiere zu animiren.‘² Er selbst wohnte den Militärberathungen bei, die im Februar 1792 unter Beziehung des FM. Bender, des von ihm hochgeschätzten FZM. Browne und des FML. Lilien zu Brüssel gepflogen wurden.³

Sein Herz schlug höher bei dem Gedanken, dass es zum Kriege kommen und sich ihm alsdann die Gelegenheit darbieten werde, neben den theoretischen Kenntnissen, die er gesammelt hatte, sich nun auch praktische Erfahrungen anzueignen. ‚Er ist ganz Feuer und Flamme,‘ schrieb die Erzherzogin an ihren Bruder, den Kurfürsten von Cöln, ‚da er meint, dass wir Krieg haben werden und dass er den Feldzug mitmachen wird. Das entspricht seinem Alter und ich freue mich darüber.‘⁴

Maria Christine schrieb über diesen Punkt auch an den Kaiser; in ihrer mütterlichen Besorgniss wünschte sie, dass der Erzherzog ihrem Gemahl ins Feld folgen dürfe; in diesem Falle würde sich des Letzteren Sorgfalt mit der Anhänglichkeit Warnsdorf's verbinden, um den anvertrauten Liebling vor allen Gefahren zu behüten.⁵ Hingegen äusserte Carl selbst schon damals dem Kaiser gegenüber der Wunsch, den Feldzug entweder in den Niederlanden oder dort, wo die Hauptoperationen stattfinden würden, mitmachen zu dürfen, und bat zugleich seinen Bruder, dieses sein Anliegen zu unterstützen.⁶

1792. Orig. eig. Vgl. auch Erzherzog Carl an Erzherzog Josef. Hauptquartier Mons, den 21. Juni und den 20. August 1792. Orig. eig. A. A.

¹ Wiener Zeitung 1792, S. 206. Vgl. Vivenot, Quellen I, 327 ff. E. Hermann, Geschichte des russischen Staates. Ergänzungsband 140.

² Erzherzog Carl an Erzherzog Franz. Brüssel, den 26. Jänner 1792. Orig. eig.

³ Erzherzog Carl an Erzherzog Franz. Brüssel, den 8. Hornung 1792. Orig. eig. Erzherzog Carl an Erzherzog Josef. Brüssel, den 15. Hornung 1792. Orig. eig. A. A.

⁴ Maria Christine an den Kurfürsten von Cöln; ce 2 de l'an 1792. A. A.

⁵ Maria Christine an Leopold II.; ce 26 de l'an 1792. A. A.

⁶ Erzherzog Carl an Erzherzog Franz, den 26. Jänner 1792. Vgl. Adam Wolf 313.

Der Kaiser billigte die Absicht seines Sohnes, und auch die Kaiserin dachte nicht anders, wie aus einem Briefe der Letzteren an Maria Christine erhellt, der von den hohen und edlen Gesinnungen der Monarchin Zeugniß gibt. ‚Glaube nicht,‘ sagt Maria Ludovica, ‚dass meine Zärtlichkeit für meine Kinder furchtsam ist. Im Gegentheile, mich freut es, wenn sich meine Kinder Ehre machen und ihre Pflicht erfüllen. Vor einigen Stunden sprach ich darüber mit Franz und sagte ihm, dass, wenn ich an Carls Stelle wäre, ich verlangen würde, zur Armee gehen zu dürfen, und es hat mir sehr zum Troste gereicht, als er mir sagte, dass dies seine Absicht sei. Du siehst, dass, wenn es sich um die Ehre handelt, ich die erste bin, sie anzuspornen. Mögen sie sich immerhin einen Arm brechen oder ein Bein; besser als es geschieht auf einer jener rohen Wildschweinjagden, die ich bei mir verboten habe. Freilich, trotz all unseres Muthes schlägt uns dabei beiden das Herz, obgleich ich insoferne beruhigt bin, als ich ihn deinem Gatten anvertraue und er von Warnsdorf begleitet wird, auf den ich mich vollkommen verlassen kann.‘¹

10. Verhandlungen über die aufgehobenen Convente, über den Conseil von Limburg, über die Entschädigungsfrage und über Westflandern.

Durch die Besetzung der obersten Gerichts- und Verwaltungsbehörden und durch die Inauguration war der Grund zur erneuten Consolidation der inneren Verhältnisse Belgiens gelegt. Die Consolidation selbst und die Beruhigung der Gemüther konnte aber nur dann erfolgen, wenn es zu einer friedlichen Auseinandersetzung über jene Streitfragen kam, die theils zur Revolution den Anlass gegeben, theils durch dieselbe veranlasst worden waren.

Diese Fragen waren theils religiöser, theils politischer Art. Eine Reihe der ersteren hatte bereits die kaiserliche ‚Declaration‘ vom 16. Mai 1791 erledigt, indem sie eine Anzahl josefinischer Edicte, Ordonnanzen und Decrete in kirchlichen

¹ Maria Ludovica an Maria Christine; ce 13 février 1792. Orig. A. A.

Dingen widerrief.¹ Dagegen wurde zwar auch die Annullirung des Edictes vom 17. März 1783 bezüglich der von Josef II. aufgehobenen geistlichen Convente in Aussicht gestellt, die Verfügung aber, welche an Stelle jenes Edictes treten sollte, von weiteren Verhandlungen mit den Ständen abhängig gemacht.²

Die Zahl der in den Jahren 1783 und 1784 aufgehobenen Klöster belief sich auf 152; darunter befanden sich jedoch nur zwei Abteien — jene von Moulin in der Grafschaft Namur und jene von Coudenberg in Brabant, die sich beide ohnedies in Folge des Mangels an Subsistenzmitteln im Zustande canonischer Auflösung befanden. Die Aufhebung war auf Grund eines mit allen constitutionellen Formen ausgestatteten Edictes erfolgt und von Commissären des Gouvernements durchgeführt worden. Die dadurch Betroffenen nahmen die Verfügung mit Resignation hin; alle, ausgenommen die Carmeliter und die Clarissen, die sich nach Frankreich zurückzogen, nahmen die ihnen angebotenen weltlichen Lebensstellungen an. Es waren ihrer an 3000; die Pensionen beliefen sich auf über 800.000 fl., und da die Klostergüter nur etwa 600.000 fl. abwarfen, so stellte sich anfangs ein Deficit von 200.000 fl. heraus, das man durch den Verkauf von Mobilien und die Veräusserung unnützer Baulichkeiten, unproductiver Güter und dergleichen zu decken suchte. Uebrigens konnte das Deficit nur ein vorübergehendes sein; es musste mit dem Ableben der Pensionisten aufhören und in dem Masse, als der Religionsfonds von dieser Last befreit wurde, konnte man an jene ‚frommen Stiftungen‘³ schreiten, von denen in dem Aufhebungsedict in allgemeinen Ausdrücken die Rede war. Das Edict wurde von allen Tribunalen des Landes registriert; nur der Conseil von Brabant that dies mit einer geheimen Reserve, indem er denen, die sich durch die Aufhebung verletzt fühlten, den Recurs dagegen offen hielt. Indess wurde durch vier Jahre kein Gebrauch davon gemacht und der Conseil von Brabant selbst fertigte verschiedene Acte

¹ Ueber diese vgl. Borgnet I, 70 ff. Wiener Zeitung 1791, S. 891 ff., wo diese Edicte u. s. f. aufgezählt sind.

² Die betreffende Declaration ist gedruckt.

³ Etablissements pieux.

aus, welche der Aufhebung der Convente die Wirksamkeit einer legalen Rechtshandlung verliehen: er expedirte die Octrois für den Verkauf der zu veräussernden Güter, er stellte den Temporaladministrationen der unveräusserlichen Güter ‚lettres de debitis‘ aus u. s. f. Die Stände machten wohl Vorstellungen, aber sie beharrten nicht auf denselben, ja jene von Flandern freuten sich sogar über die Aufhebung und verlangten blos, dass die Güter der aufgehobenen Convente ihrer Provinz nicht zu denen der anderen Provinzen geschlagen, sondern lediglich für die bei ihnen zu errichtenden Stiftungen verwendet werden sollten. Die geistlichen Oberen intervenirten bei den Aufhebungen nicht formell, aber sie machten auch keine rechtsgiltige Opposition, und auch die Bischöfe, denen man davon Anzeige machte, beschränkten sich auf Vorstellungen, die gleich denen der Stände zunächst wirkungslos blieben. Das Publicum hielt also diese Sache für so consolidirt, dass die Güter zu hohen Preisen abgingen und selbst Ständemitglieder durch Tausch sich zu arrondiren suchten. So ging es bis zu den Unruhen des Jahres 1787. Jetzt erst griff man auf die in die Register des Conseils von Brabant eingetragene Reserve zurück. Einige geistliche Individuen bestanden jetzt plötzlich auf ihrer Reintegration und wurden von den Ständen, die über Verfassungsbruch klagten, unterstützt. Vorläufig hatten diese Bemühungen keinen Erfolg. Aber zur Zeit der Revolution (1789) tauchte die Frage von Neuem auf. Die Stände stellten nun aus eigener Machtvollkommenheit in Brabant, Flandern und Tournai 35 Convente wieder her, und die wiederhergestellten Communitäten nahmen sofort grösstentheils factisch ihre Güter wieder in Besitz, die sie ohne Octroi belasteten, um die Kosten ihrer Reintegration zu bestreiten. Dadurch wuchs das Deficit des Religionsfonds und die Mittel zur Bestreitung der Pensionen derer, die nicht reintegrirt wurden, begannen zu versiegen. Andere Communitäten machten Miene, das Gleiche zu thun.

So lagen die Dinge, als die österreichische Herrschaft im Lande wieder begründet wurde. Auch jetzt noch focht man die Legalität der von dem Gouvernement vorgenommenen Verkäufe an; man sprach von der Nothwendigkeit einer Entschädigung der einstigen Conventualen, von der Wiederherstellung

der mittlerweile demolirten oder in Verfall gerathenen Conventgebäude auf Kosten der königlichen Finanzen, und zwar des den Domänen einverleibten Jesuitenfonds, der dafür aufkommen müsse, ja man forderte vielfach die Wiederherstellung aller aufgehobenen Ordenshäuser, indem man sich hiefür auf den verschiedener Auslegung fähigen Art. 3 der Convention von Haag berief.

Das Gouvernement war nicht abgeneigt, Zugeständnisse zu machen. Man hatte nichts dagegen einzuwenden, dass die einstigen Conventualen, wo die Gebäude noch vorhanden waren, in Gemeinschaft von den ihnen zugewiesenen Pensionen lebten, wenn nur die Güter selbst vom Gouvernement oder allenfalls von den Ständen verwaltet wurden, und wenn überhaupt keine weitere Belastung der Religionscassa daraus resultirte, keine Wiedererstattung der bereits verkauften, keine Entschädigung für die dem Militär eingeräumten oder für sonstige Regierungszwecke verwendeten Besitzungen gefordert wurde, vielmehr alles auf dem status quo verblieb und jede Begünstigung nur für die Zukunft galt. Man war bereit, die Administration der Güter aller unter Josef II. aufgehobenen Convente ohne Unterschied den betreffenden Provinzen zu überlassen; doch sollten die darauf ruhenden Lasten, sowie die Pensionen der Mönche, nach Massgabe der Einkünfte jener aufgehobenen Häuser auf die Provinzen vertheilt werden. Würden sich aus den Einkünften der Güter Ueberschüsse ergeben, so sollte es den Ständen gestattet sein, dem Gouvernement über die nutzbringende Verwendung derselben zu Gunsten ihrer Provinz Vorschläge zu machen, und falls sie sodann die Wiederherstellung des einen oder des anderen der aufgehobenen Convente als eine derartige für die Gesammtheit der Provinz nützliche Verfügung bezeichnen würden, einen darauf bezüglichen Antrag zu stellen, desgleichen auch dann, wenn die Stände Gewicht auf die Wiederherstellung solcher Abteien legen würden, welche seit Alters das Recht besassen, Deputirte in die Ständeversammlungen zu senden. Hingegen sollten auch die Mönche, die während der Revolution factisch in ein oder das andere aufgehobene Haus zurückgekehrt waren, gleich den übrigen als Pensionäre gelten und auch die Güter dieser Convente von den Ständen verwaltet werden.

Auf Grund dieser Zugeständnisse gedachte man mit den Ständen in Verhandlung zu treten: freilich nur so, dass die zu treffende neue Verfügung für alle Provinzen gleichmässig gelten sollte. Denn da aus dem Ertrage der Klostergüter vor Allem die Pensionen sollten bestritten werden, so war man vor einer neuen Belastung der königlichen Finanzen nur dann geschützt, wenn die Ueberschüsse von dem Ertrage der in einer Provinz gelegenen Klostergüter vor Allem zur Bedeckung des Deficits in einer anderen Provinz verwendet wurden. Eben daran aber zerschlugen sich die Verhandlungen mit den Ständen. In Brabant und zum Theile auch in Flandern bestand man auf der Reintegration der Convente, weil hier der Ertrag der Güter das Ausmass der Pensionen überstieg, während in Geldern und Hennegau das Umgekehrte der Fall war und daher die Pensionisten, wenn für deren Bezüge nicht die Ueberschüsse der reichen Provinzen aufkamen, entweder darben oder aber auf den Etat der königlichen Finanzen herübergenommen werden mussten.¹

Eine andere Angelegenheit, welche in den Jahren 1791 und 1792 den Gegenstand eifriger Berathungen bildete, gleichwohl aber, so wie die eben berührte, zu keinem Abschlusse kam, war der Streit, welcher zwischen Brabant und Limburg über den in letzter Provinz von Josef II. 1789 errichteten Conseil supérieur entstand. Brabant und Limburg waren mit einander seit Jahrhunderten durch die Bande der Personalunion verknüpft, woneben aber jede der beiden Provinzen ihre hergebrachten Freiheiten und Rechte bewahrte. Insbesondere hatte Limburg einst seine selbstständige Gerichtsbarkeit und kannte keine Appellation an den Conseil der verschwisterten Nachbarprovinz. Erst Kaiser Carl V. wies auf Wunsch der Stände von Limburg die ‚Reformation der Urtheilssprüche der hautes cours‘ dieser Provinz dem Conseil von Brabant zu (1521). Darauf gestützt erklärten die Brabanter die von Josef II. verfügte Errichtung des selbstständigen Conseils von Limburg als eine Verletzung der Rechte ihres Conseils, während hingegen die

¹ Bericht der Statthalter an den Kaiser, 11 juillet 1792. Concept. Vgl. die Weisungen Kaunitz' an Mercy. Vienne, le 5 février und le 18 avril 1791. Orig.

Limburger die auch von der Regierung getheilte Ansicht vertraten, dass, da Carl V. jene Verfügung ohne Intervention der Stände von Brabant getroffen hatte, jeder seiner Nachfolger, also auch Josef II., berechtigt gewesen sei, diese Verfügung ohne Intervention der Stände von Brabant wieder aufzuheben. Es wurden nun zwar von dem Gouvernement verschiedene Vorschläge gemacht, die das verletzte Selbstgefühl der Brabanter schonen und zugleich eine treuergebene Provinz, wie es Limburg war, im Besitze seines wiedererlangten Rechtes schützen sollten, aber zu einer Verständigung kam es nicht.¹

Wenn demnach diese Fragen offen blieben, so fand hingegen mit Ausnahme von Brabant in allen Provinzen eine Verständigung über die von dem Kaiser beanspruchten Entschädigungen für die während der Unruhen von den Insurgenten in Empfang genommenen königlichen Einkünfte statt. Sie kam um so leichter zuwege, als die Regierung ihre Forderung auf sieben Millionen Gulden² beschränkte und dafür sogar noch die von den Ständen contrahirte Revolutions- als Staatsschuld, sowie auch die Entschädigung der Privaten übernahm. Auch wurden in allen Provinzen — nur nicht in Brabant — die Subsidies bewilligt und dafür die im Haager Vertrage in Aussicht gestellte Amnestie publicirt.

Jene Summe von sieben Millionen wurde auf die einzelnen Provinzen nach Massgabe der Beiträge, die sie sonst zum Unterhalt des Hofes zu leisten pflegten, repartirt. Bei dieser Gelegenheit erklärten jedoch die betreffenden Stände, dass sie die neuen Lasten nicht zu tragen und Ordnung in ihrer Verwaltung nicht herzustellen vermöchten, wenn nicht gleichzeitig eine Abrechnung der Provinzen, die an dem Aufstande theilgenommen, unter einander über jene Summe erfolge, die sie zur Aufrechthaltung ihrer Verbindung freiwillig oder gezwungen beigesteuert hatten.

Doch stellte sich hiebei sofort ein Gegensatz zwischen den übrigen Provinzen einer- und den Ständen von Ostflandern, sowie den Administrationen, aus denen Westflandern bestand, anderseits heraus. Während jene vor Allem auf wechselseitige

¹ Vergl. Metternich an den Kaiser. Bruxelles, le 13 octobre 1791. Entwurf.

² Genau: 7,070.000 fl.

Abrechnung drangen und, Limburg und Geldern ausgenommen, Alles ins Werk setzten, um das Benehmen der Stände hinterdrein zu legitimiren, die Unregelmässigkeiten, die während der Rebellion vorgefallen waren, zu verschleiern und die Einzelnen durch die Verantwortlichkeit der Gesammtheit, welche sie vertreten hatten, zu decken, zeigten diese viel weniger Lust zur gegenseitigen Liquidation. In Ostflandern erklärte man vielmehr, zunächst die während der Unruhen aufgedrängten Administratoren für ihr damaliges Gebahren gerichtlich belangen zu wollen — ein Begehren, das sich aus der Organisation der flandrischen Stände ergab, wo nur der Clerus permanent, der Adel blos bei den Inaugurationen zugegen war, die Châtellanien aber und die anderen Administrationen grösstentheils durch amovible, von dem Souverän ernannte Personen vertreten wurden, die sich zur Zeit der Unruhen grösstentheils von ihren Functionen zurückgezogen hatten und durch Eindringlinge ersetzt worden waren, welche ihre Ernennung denen verdankten, die sich damals der Souveränität bemächtigt hatten. Die Administrationen von Westflandern hinwieder machten gegen ihre von den anderen Provinzen geforderte Intervention bei der Liquidation geltend, dass ihr Contingent an den Abgaben fix sei, da sie noch nach demselben Regime verwaltet würden, unter dem sie von Frankreich retrocedirt worden waren; sie erklärten ausser Stande zu sein, neue Lasten zu tragen und verzichteten zugleich ihrerseits auf jede ‚Repartition‘.

Die Administrationen und die Stände von Flandern hatten ihre guten Gründe, sich so zu verhalten. Sie wussten nur zu gut, dass sie der Union mehr schuldeten, als sie zu fordern hatten; indem sie die ihnen aufgedrängten Administratoren desavouirten, wurden diese nicht nur von den Insassen der Provinz vielfach belangt, sondern es sahen sich auch die anderen Provinzen mit ihren Forderungen an jene desavouirten Personen verwiesen.

Das Gouvernement suchte zwischen den entgegengesetzten Interessen zu vermitteln; es gestattete den verschiedenen Provinzen, Deputirte in ein Comité zu senden, das zu diesem Behufe in Brüssel tagte und es gelang auch, die Stände von Flandern und die Administrationen von Westflandern zu bewegen, ihrerseits das Gleiche zu thun. Auf den Wunsch aller

Interessenten ernannte das Gouvernement zwei Commissäre: die, Geheimräthe Limpens und Van der Fasse und einen Actuar — den Secretär des geheimen Rathes Vandeveld — um die Sitzungen zu leiten und das Protocoll zu führen; dagegen stand den Commissären kein deliberatives Votum, sondern blos die Aufsicht über das Comité zu.

Gleich zu Beginn der Verhandlungen erklärte das Gouvernement, dass die Provinzen Luxemburg, Limburg und Geldern nicht erscheinen würden: die erste nicht, da sie an der Union sich niemals betheiligt und nur Forderungen aus Anlass der von Seiten der sogenannten belgischen Armee verübten Vexationen zu stellen habe; Limburg nicht, weil hier das Volk die Stände desavouirt, weil sich schon einige Monate vor der Rückkehr der Ordnung die öffentliche Meinung von der Union abgekehrt habe, und weil auch diese Provinz nur Forderungen erheben könnte; endlich Geldern nicht, weil das Land von allen Mitteln derartig entblösst sei, dass es keinerlei Forderungen nachzukommen im Stande sein würde.

Das Comité begann seine Sitzungen am 16. August 1791. Die Deputirten meldeten der Reihe nach ihre Forderungen an, die sie an die Gesammtheit der unirten Provinzen zu stellen hatten: so jene von Brabant die Summe von 100.000 fl., die man in Holland gewissen Personen bezahlt hatte, welche die Insurrection hätten unterstützen sollen, und die Kosten, welche zur Vorbereitung der Erhebung vor der Zeit der Union von dem Comité von Breda und anderen geheimen Agenten aufgewendet worden waren. Die Deputirten von Namur wieder forderten den Ersatz der grossen Kosten, welche ihnen die Lieferungen für die Unionstruppen und deren langer Aufenthalt in ihrem Lande verursacht hatte.

Da traten zwei Zwischenfälle ein, welche die Thätigkeit des Comité's vorläufig unterbrachen; zum grossen Verdruss der an der Liquidation interessirten Provinzen und Privatpersonen, die so auf die Kosten ihrer bisher nicht erstatteten Ausgaben, welche die Provinzen auf die Gesammtheit abzuwälzen suchten, zu kommen gehofft hatten. Allerdings hätte man ja jene Individuen, die während der Revolution über die Gelder verfügt hatten, gerichtlich belangen können und diesen hätte der Regress an die Provinzialadministration, letzterer aber jener an die

Gesammtheit offen gestanden. Allein die Interessenten schreckten vor der Langwierigkeit und den Kosten dieser gerichtlichen Proceduren zurück; sie wünschten ein allgemeines Arrangement, welches die eigentlichen Schuldner ans Licht fördern und haftbar machen sollte.

Der eine und erste dieser Zwischenfälle bestand darin, dass sich die Deputirten aller Provinzen zunächst nach Hause begaben, um ihren Committenten Rechenschaft über die Forderungen und Gegenforderungen abzulegen, welche aus Anlass der Liquidation angemeldet worden waren, und dass, als hierauf die Sitzungen des Comités wieder eröffnet wurden, die Deputirten der beiden Flandern nicht mehr erschienen. Ueberdies erging sich plötzlich die Provinz Namur in der Betheuerung, dass sie keine der Verpflichtungen zu erfüllen vermöge, welche sie gegenüber der Regierung für ihren Antheil an der dem Kaiser zu leistenden Entschädigung übernommen hatte.

Die übrigen Deputirten forderten das Gouvernement auf, durch Anwendung seiner Autorität jene zum Wiedereintritt zu bewegen. Allein das Gouvernement war nicht willens, in dieser Sache seine Autorität zu entfalten; nach wie vor beschränkte es sich darauf, das Amt des Vermittlers oder des Schiedsrichters zu üben. In diesem Sinne liess es denn wohl eine Aufforderung an die Stände und an die Administration von Flandern ergehen, die indess nur insoferne von Erfolg begleitet war, als zwar die Deputirten von Ostflandern in Brüssel wieder erschienen, jene von Westflandern aber sich von allen weiteren Berathungen fernhielten.

Der zweite Zwischenfall ging von den Brabanter Ständen aus. Ihre Deputirten hatten schon früher nur ab und zu den Sitzungen des Comités beigewohnt. Als aber der fortgesetzte Streit über den Conseil von Brabant am 13. December 1791 das Gouvernement zu der Erklärung veranlasste, dass es bis auf Weiteres keine jener Verpflichtungen anerkenne, welche die Stände während und aus Anlass der letzten Unruhen ohne höhere Sanction übernommen hatten, nahmen dies Letztere zum Anlass, ihre Deputirten aus dem Comité abzurufen, und wenn dieselben auch in der Folge wieder erschienen, liefen doch die Verhandlungen resultatlos dahin, bis die im Herbst des

Jahres 1792 erfolgte Katastrophe denselben ein jähes Ende bereitete.¹

Bald nach der Rückkehr des Statthalterpaares fanden auch Verhandlungen über die Verfassung von Westflandern statt. Man nannte dasselbe ‚pays rétrocedé‘, da dasselbe an Ludwig XIV. verloren gegangen war, im Utrechter Frieden aber wieder an Belgien kam. Einst hatte Westflandern einen Bestandtheil der Provinz Flandern gebildet. Es hatte dieselben Rechte genossen; der Hauptort Ypern war in der dortigen Ständeversammlung vertreten gewesen. Aber Carl VI. hatte Ypern nicht wieder den flandrischen Ständen einverleibt, sondern Westflandern, wie man sich ausdrückte, als ‚pays d'imposition‘, d. h. auf demselben Fusse, wie es sich unter der französischen Herrschaft befunden hatte, belassen.² Die Steuern wurden ohne Zustimmung der Bevölkerung erhoben; Versuche der Westflandrer, Sitz und Stimme in der Ständeversammlung von Flandern wieder zu erlangen, blieben ohne Erfolg. Eine Petition um die Ueberlassung der Impôts (‚moyens courans‘), welche einst die flandrischen Stände auch in ihrem Gebiete erhoben hatten, und um Aufhebung des Branntweinmonopols wurde 1787 abschlägig beschieden.

Unter Leopold II. stellten die Westflandrer dieselben Forderungen neuerdings auf, fügten aber noch andere, viel einschneidendere hinzu. Unter Berufung auf die Convention von Haag beanspruchten sie für sich eine besondere Repräsentativverfassung, ja die Wahl von Schiedsrichtern, welche, falls man sich über jene Forderungen mit dem Gouvernement nicht würde einigen können, die Entscheidung fällen sollten. Man verlangte, dass der Souverän bei seiner Inauguration ebenso wie in den anderen Provinzen die Aufrechthaltung der Rechte und Freiheiten des Landes beschwöre. Man forderte, dass die Haager Convention auch in Westflandern publicirt, dass kein Bediensteter des Souveräns zu irgend einem öffentlichen Amte in Westflandern zugelassen, dass ein besonderer Provinzialconseil errichtet, dass bei der Besetzung des Conseil privé und des Conseil des finances auch auf Westflandern Rücksicht genom-

¹ Metternich an Ph. Cobenzl. 11 septembre 1792. Entwurf.

² (Neny), Mémoires historiques et politiques. Amsterdam 1785, II, 182.

men, und endlich dass die Summe dieser Zugeständnisse in eine besondere Joyeuse entrée zusammengefasst werde. Dagegen bot man dem Kaiser als Entschädigung für den Ausfall an Steuern 100.000 fl. an.

Auf Grund eines Gutachtens des Conseil privé vom 24. März 1791 wurde den Ständen eröffnet, dass ihre Forderungen nicht in der Convention von Haag begründet seien, da dieselben nicht dem Zustande der Dinge unter Carl VI. und Maria Theresia entsprächen, welchen jene Vereinbarung mit den drei verbündeten Mächten zur Voraussetzung habe, dass aber der Kaiser, wofern man ihn anderweitig entschädige, aus Gründen der Billigkeit auf die directe Erhebung der Steuern verzichten wolle. Und da Furnes, Stadt und Châtellenie, an der früheren Berathung, zu welcher der Magistrat von Ypern die Administrationen eingeladen, infolge des bestehenden Verbotes derartiger Versammlungen, nicht theilgenommen hatte, so wurde zugleich zur Abhaltung einer neuen Versammlung aller westflandrischen Administrationen ausdrücklich die Genehmigung ertheilt.

Auf dieser wurde (17. Mai) beschlossen, dem Monarchen ausser der Leistung der gewöhnlichen Subside, die jedoch Jahr für Jahr bewilligt werden sollte, als jährliche Entschädigung für den Verzicht auf die unmittelbare Erhebung der Steuern die Summe von 200.000 fl. anzubieten. Nur Furnes versagte seine Zustimmung zu diesem Beschlusse und gab seiner abweichenden Ansicht, die ihren Grund vor Allem in der Abneigung gegen Ypern und dem von dieser Stadt geübten Bevormundungssysteme hatte, in einer besonderen Vorstellung Ausdruck. Auf diese neue Vorstellung wurde den Westfländern von der Regierung bemerkt, dass sich Seine Majestät vielleicht zu gewissen Erleichterungen bereit finden würde, vorausgesetzt jedoch, dass die Impôts nicht in die Verwaltung einer ständischen Körperschaft übergingen. Man forderte sie auf, diese Erleichterungen nachhaft zu machen; doch die Deputirten lehnten dies ab, da jene Voraussetzung nicht ihrer Bitte entsprach. Sie begnügten sich, in einem Memoire die thatsächlichen Verhältnisse auseinanderzusetzen: sie bezeichneten namentlich die Mahlsteuer und das Branntweinmonopol als drückend, sie rechneten aus, dass, falls man ihnen die Verwaltung der Impôts

überlasse, zu ihrer eigenen Administration 114.526 fl. erübrigen würden, und sie behaupteten, dass, obgleich Westfländern nur den fünften Theil von ganz Flandern ausmache, dasselbe doch ein Viertel der Steuern zu zahlen habe.

Von den Generalstatthaltern um ein neues Gutachten darüber angegangen, erklärte der Conseil privé, dass die Einhebung jener Steuern durch die einzelnen Administrationen umständlich sei und von den Administrateurs nur zum eigenen Vortheil ausgebeutet werden, nicht aber den Steuerzahlern zum Vortheil gereichen würde; dass ungefähr dasselbe sich ergeben würde, wenn man zu diesem Zweck eine gemeinsame Körperschaft schaffen wollte, zumal ja die Ansichten der Administrationen in dieser Frage getheilt seien; dass auch die Vereinigung mit Ostfländern, wodurch der Rechtszustand vor der Eroberung durch Ludwig XIV. wiederhergestellt werden würde, für Westfländern nicht vortheilhaft sei und viele Schwierigkeiten zur Folge haben müsste, abgesehen davon, dass Ostfländern jenes Gebiet nicht revindicire; dass es sich bei der ganzen Frage eigentlich nur um eine Erleichterung handle und dass es vortheilhafter sei, dass eine solche Seine Majestät selbst gewähre, zumal es ungewiss sei, ob dieselbe auf einem der oben angedeuteten Wege erzielt werden würde. Der Conseil schlug daher seinerseits verschiedene Erleichterungen vor und beantragte unter Anderem, dass von dem Ertrage des Branntweinmonopols alljährlich eine bestimmte Summe auf Nutzbauten für Westfländern verwendet werden möge, und zwar nach Einvernehmen mit den Interessenten, womit das vorzüglichste Motiv für die Bildung einer repräsentativen Körperschaft von selbst wegfallen würde. Denn es würde in diesem Falle durch die Befragung der Administrationen vollkommen der Erklärung des Kaisers, sich mit den Repräsentanten des Volkes verständigen zu wollen, und den Stipulationen der Haager Convention genügt, welche ja nicht verlange, dass ständische Körperschaften dort eingesetzt werden sollten, wo solche bisher nicht bestanden hatten. Um aber der Klage zu begegnen, dass durch das Decret von 1787 den Westfländern Versammlungen verboten, und dass ihnen daher die Gelegenheit zu gemeinsamen Berathungen gänzlich genommen sei, um anderseits unnütze Kosten zu vermeiden, schlug der Conseil privé vor, den Administrationen zu gestatten, sich jährlich einmal

zu versammeln, doch so, dass ohne vorausgängige Genehmigung des Gouvernements eine derartige Versammlung nicht länger als acht Tage dauern dürfe. Dergleichen Versammlungen sollten auch sonst gestattet sein, wofern dies irgend eine für ganz Westflandern wichtige Angelegenheit erheischen würde, und die Mehrheit der Administrationen sich dafür ausspreche. Dagegen rieth der Conseil, auf die Forderung, dass sich fortan der Kaiser mit seinen Propositionen nur an die Gesammtheit der westflandrischen Administrationen wenden möge, nicht einzugehen, sondern es bei dem bisher befolgten Brauche zu belassen. Er überging die weiteren Forderungen nach einer von der bisher geltenden abweichenden Form der Inauguration, da das Statthalterpaar bereits bestimmt erklärt hatte, dass letztere in Westflandern in derselben Weise wie unter Josef II. und dessen Mutter stattfinden müsse. Dem Clerus könne man — meinte der Conseil privé — einen gewissen Antheil an den öffentlichen Angelegenheiten einräumen, falls derselbe mit dazu beitragen würde, Westflandern aus der schwierigen finanziellen Lage zu befreien, in die dasselbe durch die Revolution gestürzt worden sei. Er wies darauf hin, dass die Publication der Haager Convention bereits erfolgt und dass der Ausschluss der Bediensteten des Kaisers von den Magistraturen eine Neuerung sei, die man nicht Westflandern allein zugestehen könne, dass die Errichtung eines besonderen Conseils für Westflandern nur dann, wenn Letzteres eine besondere Provinz wäre, am Platze sein würde, und dass Seine Majestät die gegenwärtige Justizordnung ohne Zustimmung der Stände nicht ändern könne, der Rath von Flandern aber sich ohne Zweifel gegen eine solche Aenderung erklären werde. Was die Zusammensetzung des Conseil privé und des Conseil des finances betreffe, so sei die Wahl des Souveräns nie beschränkt gewesen und dürfe es auch nicht in Zukunft sein. Von einer besonderen Joyeuse entrée für Westflandern könne nicht die Rede sein; wohl aber sei zu erwägen, ob nicht in der Folge der Souverän eidlich geloben solle, als guter Fürst zu regieren, die bürgerliche Freiheit aufrecht zu erhalten und das Eigenthum der Bürger zu beschützen.

Auf dies Gutachten, welches der Conseil privé am 4. August 1791 erstattete, erfloss folgender Bescheid des Statthalterpaares: „Der Kaiser hat uns durch die Hof- und Staatskanzlei eröffnet,

dass, da er sich seit einem Jahrhundert im Besitze der *moyens courants* der Provinz Westflandern befindet, er darauf zu Gunsten der Administrationen nur gegen ein entsprechendes Aequivalent zu verzichten gedenke, zumal die Umstände nicht ein Opfer gestatten, zu dem sonst die Güte Seiner Majestät geneigt sein würde, und zumal er mit dem Verzichte auf die Erhebung jener Steuern zugleich auf die Steigerung, deren sie fähig sind, verzichten würde.¹ Zugleich ordneten die Statthalter, wie dies auch der Conseil beantragt hatte, die Berathung des Gegenstandes im Conseil des finances an. Der weitere Verlauf dieser Angelegenheit ist uns nicht bekannt. Nur so viel wissen wir, dass nach dem Tode Leopolds II. die Administrationen von Westflandern bei der Inauguration seines Nachfolgers Franz I. einen reciproquen Eid verlangten, dass aber die Statthalter im Sinne einer königlichen Depesche vom 18. September 1792 am 15. October erwiderten, dass Seine Majestät unter den gegenwärtigen Verhältnissen an der Inauguration nichts ändern könne, wohl aber in Zukunft nicht nur auf diese Bitte Bedacht nehmen, sondern auch die im vorigen Jahre eingereichte Vorstellung in Betracht ziehen und bis dahin Westflandern gleich seinen übrigen Provinzen als ‚guter und loyaler Fürst‘ regieren wolle.¹

Von besserem Erfolge als das Streben Westflanderns nach einer besonderen ständischen Körperschaft waren die Bemühungen des dritten Standes von Tournaisis begleitet, in die Ständerversammlung dieses Landes Aufnahme zu finden, in der bisher Adel und Clerus allein gesessen hatten, und in die man bis dahin nur ab und zu Deputirte der Communen berufen hatte, um ihnen eine Mittheilung zu machen oder sie um ihre Meinung zu befragen. Am 14. September 1791 ordnete der Kaiser an, dass fortan vier Deputirte des dritten Standes ebenso wie die beiden anderen Stände Sitz und Stimme in deren Versammlung haben sollten.²

11. Fortgesetzter Streit über den Conseil von Brabant.

Der Kaiser war mit dem Verlaufe, den die Inaugurationen genommen hatten, im Ganzen nicht unzufrieden gewesen.

¹ Gachard, *Analectes historiques*. Série IV. Bruxelles 1856, p. 472 ff.

² Gachard, *Collection des documens inédits* I, 57—58.

Sei auch nicht Alles nach Wunsch ausgefallen, meinte er, so werde doch die Zeit, Geduld und Kaltblütigkeit Alles wieder in Ordnung bringen und in der ganzen Monarchie, sowie in den Niederlanden die Geister von den falschen Begriffen reinigen, die man ihnen beständig bezüglich seiner Person und seines Charakters beizubringen suche. Denn wenn man diese Hoffnung nicht hegen dürfe, müsse man entfliehen.¹

Was nun die Mittel betrifft, die angewendet werden sollten, um allmählig an jenes Ziel zu gelangen, so empfahl der Kaiser vor Allem die Stände von Brabant und Hennegau fest im Auge zu behalten, nicht minder die vorigen Mitglieder der Ständeversammlungen, sowie jene Personen, die sich an der Spitze der demokratisch-französischen Partei befänden. Die Principien der Letzteren müsse man ersticken und vor Allem dem Clerus die Stange halten. Ebenso empfahl er die grösste Aufmerksamkeit den Emissären zuzuwenden und so weit man ihrer Propaganda auf die Spur komme, sie strengstens zu bestrafen, endlich den Officieren die Aufrechthaltung der Disciplin bei den Truppen einzuschärfen.²

Anders — und minder günstig als der Kaiser — beurtheilte auch jetzt noch Maria Christine die Lage der Dinge in den Niederlanden. Es betrückte sie, aus des Bruders Briefe zu ersehen, dass seine Ansicht von dem, was wirklich vorgehe, völlig verschieden sei und dass er glaube, dass mit Ausnahme von Brabant Alles geordnet sei, in gewissem Sinne auch in Brabant. Sie könne — bemerkt sie dagegen — nicht oft genug wiederholen, dass man von einer Beruhigung des Landes in jeder Beziehung noch weit entfernt sei, dass vielmehr all die Befürchtungen, die sie bei ihrer Rückkehr in dies Land gehegt, in einer Weise eingetreten seien, die alle Anstrengungen, Ruhe zu schaffen und Vertrauen zu gewinnen, bisher zu Schanden gemacht hätten. Sie lässt zum Beweise dessen die einzelnen Provinzen noch einmal Revue passiren. Die Conferenzen mit den Ständen von Brabant hätten bisher in keinem Punkte zu einem Ergebnisse

¹ Der Kaiser an Maria Christine, le 21 juillet 1791. Wolf 252, Nr. CLXV. Desgleichen, le 30 juillet (1791), bei Adam Wolf, Maria Christine II, 242. Feuillet de Conches III, 421.

² Leopold an Maria Christine, le 30 juillet 1791. Ebenda 255, Nr. CLXVI.

geführt; von den im Mai bewilligten Impôts werde der Kaiser keinen Sou erhalten. Das Benehmen der Brabanter Stände beunruhige nicht nur die Hauptstadt, wo dasselbe ihren Anhang zu Excessen ermuthige, sondern übe auch die schlimmste Rückwirkung auf die anderen Städte und einen Theil des Landes mit seinen übelgesinnten Pfarrern und fanatischen Mönchen aus. Besonders gelte dies von Tirlemont, Löwen, einem Theile der Campine und der Diöcese Antwerpen, zumal von der Stadt dieses Namens. Der Kaiser möge sich durch die scheinbar grössere Ergebenheit der übrigen Provinzen nicht täuschen lassen. Sie sei nicht so gross und durch die erfolgten Inaugurationen nicht so gesichert, um nicht die Verbindungen mit Besorgniss zu betrachten, die noch immer zwischen denselben und Brabant bestehen. Es sei wahr, die Inauguration habe man nirgends so wie in Brabant an eine Clausel geknüpft. Indess sei es nicht das Verdienst der Opposition zu Gent, dass in die Inauguration nicht die Forderung nach einem völligen Umsturz des unter Maria Theresia begründeten Systems Aufnahme gefunden habe. Hauptsitz dieser Partei sei Oudenarde; sie übe grossen Einfluss auf das Land und stehe mit den Uebelgesinnten von Gent, Brügge, Alost und anderen Orten in Verbindung. Nicht minder gebe die dortige demokratische Partei zu allerhand Besorgnissen Anlass, wie der Missbrauch zeige, den die Collace von Gent mit den ihr von Mercy gemachten Zugeständnissen treibe. Westflandern scheine allerdings an dieser Stimmung nicht theilzunehmen, wenigstens das Flachland nicht. Doch sei sie nicht gänzlich bei denen erloschen, die an der Administration betheiligt sind und verlangen, dass man ihrem Lande die Privilegien wieder ertheile, die dasselbe vor der französischen Eroberung genossen. Auch ein Theil der dortigen hauptstädtischen Bevölkerung sei übelgesinnt. In Tournai und Tournais habe man dergleichen wohl nicht bemerkt oder es hätten sich die, welche im Herzen der Rebellion noch zugethan sind, wenigstens nicht hervorgewagt. Das hindere indess nicht, dass noch eine gewisse Aufregung, namentlich in der Stadt herrsche, die sich in den Forderungen der chefs de métiers, dortselbst „maîtres évardeurs“ genannt, geäussert habe. Hennegau sei von allen Provinzen zuerst zu geordneten Zuständen zurückgekehrt; dennoch gebe es auch dort genug

Uebelwollende, wie sich zu Mons und an anderen Orten bei dem Allarm zeigte, der aus Anlass des ersten kleinen Zusammenstosses zwischen den österreichischen Vorposten und den Franzosen entstand. Doch scheine sich das Flachland an dieser ‚Phrenesie‘ nicht zu betheiligen. Und dasselbe gelte auch von dem Flachlande von Namur. Hingegen könne man, was die Stadt Namur betrifft, nach der Art, in der der dortige Pöbel selbst in Gegenwart der Statthalter seinem Hasse gegen den Magistrat, der grossentheils aus Personen bestand, die während der Revolution als Anhänger des Kaisers sich zur Auswanderung genöthigt sahen, Ausdruck gab und angesichts der Forderungen der Doyens de métiers sich der Ansicht nicht verschliessen, dass trotz aller Hochrufe auf den Kaiser und aller Versicherungen der Treue und Anhänglichkeit daselbst noch ein Geist der Insubordination, ja Unzufriedenheit und Uebelwollens herrsche, der bei der ersten Gelegenheit in eine Revolte ausarten könne. Den besten Eindruck habe der Besuch im Luxemburgischen gemacht, obgleich man behauptete, dass auch dort an der Grenze der französische Freiheitsgeist Eingang finde. Sehr gut gesinnt sei auch Limburg; nur sei die Provinz leider zu klein, um sich nöthigenfalls den übrigen Provinzen zu widersetzen. Geldern endlich habe sich zu Ende der Revolution gut benommen; doch versichere man, dass auch dort noch die Missvergnügten einigen Credit und Einfluss hätten. Dies Alles bewaise, wie weit man von dem Punkte noch entfernt sei, an dem der Kaiser sich zu befinden wähne.¹

In einem späteren Briefe (vom 10. September) hebt Maria Christine die Besorgnisse hervor, die ihr die drohende Verquickung der inneren Lage Belgiens mit dessen äusseren Verhältnissen einflösse. Auf der einen Seite giengen die französischen Prinzen und ihr Anhang, sowie die übrigen Réfugiés darauf aus, einen Zusammenstoss der kaiserlichen mit den nationalen Truppen herbeizuführen, um den Kaiser in ihre Sache zu verflechten. Anderseits suchten die Emissäre der Nationalversammlung ihr System im Lande zu propagiren, indem sie die Vortheile der Freiheit und der sogenannten Menschenrechte entwickelten

¹ Maria Christine an den Kaiser. Bruxelles, le 1^{er} septembre 1791. Bleifederconcept von der Hand Herzog Alberts. A. A.

und beide Parteien des Landes zu einer gemeinsamen Erhebung aufzustacheln trachteten. Von diesen seien die Demokraten missvergnügt, da der Kaiser durch die übernommenen Verpflichtungen an die alte Verfassung gebunden und nicht im Stande sei, ihrem Wunsche nach der Errichtung von National- und Generalassembléen zu entsprechen, ein Ziel, das sie mit Hilfe Frankreichs leichter zu erreichen hoffen dürften. Auf der anderen Seite fänden sich auch die Stände durch den Frieden mit der Pforte und durch den Bund des Kaisers mit Preussen enttäuscht und suchten daher ebenfalls sich an Frankreich anzulehnen, die Demokraten an sich zu ziehen und durch die Vereitelung all der Massregeln, von denen die Entschädigung so vieler Unglücklicher und die Ruhe des Landes abhängen, die allgemeine Unzufriedenheit noch mehr zu steigern. Auch die Parteien in Holland kämen insofern in Betracht, als die dem Statthalter feindliche mit den hiesigen Demokraten, die Gegenpartei mit den hiesigen Ständen Fühlung zu erlangen suche, während sich die Regierung nicht einmal auf die in ihren Erwartungen getäuschte Partei der Royalisten stützen könne. Dazu geselle sich die Schlaffheit, der üble Wille, die Insubordination bei fast allen Administrationen des Landes, die Zaghaftheit der Fiscale, die Masse unerledigter wichtiger Angelegenheiten, die Unordnung, die bei den Regierungsdepartements infolge des Abhandenkommens ihrer Actenstücke eingetreten sei, und die Furcht vor der Wiederkehr der vorausgegangenen Ereignisse.¹

Die Besorgnisse der Erzherzogin waren in der That nicht unbegründet, wenigstens nicht in Bezug auf Brabant, wo der Streit über die Zusammensetzung des Conseils aufs Neue heftiger als zuvor entbrannte.

Die Stände von Brabant begründeten ihre Opposition gegen den Wiedereintritt der Räte, die 1789 in den Grossen Rath von Mecheln Aufnahme gefunden hatten, in ihren Conseil folgendermassen. Jene Räte — behaupteten sie — hätten durch den bei ihrem Eintritt in den grossen Conseil geleisteten Eid nicht nur dem von ihnen zuvor geleisteten Eide zuwider-

¹ Maria Christine an den Kaiser. Bruxelles, le 3 septembre 1791. A. A. Copie.

gehandelt, sondern auch die Verfassung gebrochen, zu deren Aufrechthaltung sie der erste Eid verpflichtet habe. Sie verdienten daher, vor dem Tribunal zur Verantwortung gezogen zu werden, das gesetzlich zur Verurtheilung von Räthen, die sich der Felonie schuldig gemacht hätten, berufen sei, und sie hätten dadurch das Recht, in den Rath wieder einzutreten, für immer verwirkt. Sie hätten auf ihren früheren Platz verzichtet, indem sie einen anderen Posten an- und eingenommen, der mit jenem unvereinbar sei; sie könnten endlich und auf jeden Fall nur auf Grund einer neuen Ernennung durch den Souverän wieder eintreten, die aber zufolge der in die Haager Convention aufgenommenen Zusage des Kaisers in Zukunft nur auf Grund eines von dem Conseil von Brabant selbst ausgehenden Ternavorschlages erfolgen dürfe. Anderseits beriefen sich die Stände, um zu beweisen, dass der Souverän verpflichtet sei, die Räthe, welche während der Revolution als solche fungirt, beizubehalten, darauf, dass dieselben niemals, weder factisch noch in anderer Weise auf ihre Aemter verzichtet hätten, und dass, da ihr Amt nach der Constitution inamovibel sei, sie desselben nur durch Recht und Sentenz ihrer competenten Richter beraubt werden dürften; dass man daher, um sie zu entfernen, ihnen zuvor den Process machen müsse, ja dass sie vor erfolgter richterlicher Entscheidung nicht einmal suspendirt werden könnten. Die Stände folgerten daraus, dass der Souverän jenen Räthen die Zulassung zu Eid und Dienstleistung nicht versagen könne. Sie beriefen sich auf das Beispiel der Räthe, welche 1749 ohne jeden Anstand wieder zum Eide zugelassen wurden, als Ludwig XV., dem sie einen solchen geleistet, während er im Besitze der Provinz war, diese im Aachener Frieden wieder herausgab. Sie beriefen sich auch auf das Beispiel der anderen Provinzen, wo alle früheren Räthe in ihre Aemter wieder eingesetzt worden seien, und machten endlich einen geschickten Gebrauch von dem Briefe, den einst Mercy an sie gerichtet hatte, und von der Audienz, die er ihnen ertheilte, so wie sie sich auch auf den Umstand beriefen, dass jene Räthe in der Zeit zwischen der erneuten Besitzergreifung Brabants und der Reorganisation des dortigen Rathes ohne Anstand ihre Sitzungen fortgesetzt und im Namen des Kaisers fungirt hätten, um daraus zu folgern, dass sie von dem Gou-

vernement stillschweigend als legitime Räthe anerkannt worden seien.¹

Diese Argumentation suchte die Regierung durch nachfolgendes Raisonnement zu entkräften: Wenn man selbst von der Frage der Amobilität oder Inamobilität absehe, so könne doch letzteres Princip nicht auf Personen angewendet werden, welche ihr Amt unter dem illegalen und inconstitutionellen Regime rebellischer Stände geübt, da diese Räthe dadurch, dass sie die Souveränität der Letzteren anerkannten und sanctionirten und ihnen den Eid leisteten, freiwillig den früheren Dienst verlassen hätten und nicht mehr als Mitglieder des legalen Conseils von Brabant zu betrachten seien, zumal die Joyeuse entrée klar und deutlich bestimme, dass solche nur *à titre de conseillers du Duc de Brabant et en observant religieusement la fidélité qu'ils lui ont jurée en cette qualité* in seinem Rathe sitzen könnten. Daher hätten sie von dem Augenblicke an, da sie den Ständen huldigten und deren ungesetzliche Souveränität rechtskräftig bestätigten, nicht nur aufgehört, Räthe des Herzogs von Brabant zu sein und aus freien Stücken eine Stellung aufgegeben, die sie nur kraft dieses Titels besitzen konnten, sondern es habe das ganze Tribunal selbst, soweit es unter dem Gouvernement der Stände fortbestand, aufgehört, der constitutionelle Rath von Brabant zu sein, und sei zu einem in jeder Hinsicht incompetenten und illegalen Gerichtshofe herabgesunken. Es handle sich also im gegenwärtigen Augenblicke nicht um eine Amotion von der Stellung als Mitglieder des Rathes von Brabant, in der sie sich nicht mehr befunden, sondern um die temporäre Weigerung, sie zu dem neuen Eide zuzulassen, der dem Souverän nothwendigerweise geleistet werden müsse, und in Bezug auf welchen dem Souverän besonders im gegenwärtigen Augenblicke das Recht zustehe, zu entscheiden, ob sie zu demselben zuzulassen seien oder nicht. Auch treffe die Behauptung nicht zu, dass sie vor ihrer Suspendirung erst gerichtet werden müssten, da es sich um die Suspendirung von Functionen handle, die sie schon lange nicht mehr unter einem gesetzlichen Titel übten. Das Beispiel der

¹ Memoiren Herzog Alberts. 411. Die Quelle der Memoiren ist die von dem Herzog 1793 verfasste Note sur l'affaire. A. A.

1749 wieder in Eid genommenen Rätthe treffe nicht zu, weil es nicht die Verpflichtung des Souveräns beweise, gegenwärtig das Gleiche zu thun, und weil ein grosser Unterschied bestehe zwischen den damaligen und den jetzigen Verhältnissen und dem damaligen und dem jetzigen Verhalten der Stände, die den Kaiser seiner Souveränität für verlustig erklärt hätten. Was in den anderen Provinzen geschah, sei nicht auf Brabant anwendbar. Denn dort habe man in die betreffenden Conseils alle jene früheren Mitglieder, die während der Revolution in denselben gesessen, nur in der Art wieder aufgenommen, dass man gleichzeitig auch die wieder aufnahm, welche gleichfalls schon vor der Revolution im Rathe gesessen, während derselben aber davon ausgeschlossen gewesen waren, und man habe dieselben nicht eher eintreten lassen, als bis die Stände jener Provinzen die gegen die Zulassung der Letzteren erhobenen Proteste zurückzogen und dadurch auf eine Opposition verzichteten, in der die Stände von Brabant noch immer halsstarrig verharren. Auch sei aus Mercy's Benehmen nicht zu folgern, dass er die Legalität der Zusammensetzung des Conseils und das Recht der einzelnen Mitglieder desselben anerkannt habe. Ebenso klar sei es, dass die Rätthe, welche während der Revolution dem Souverän untreu geworden seien, nicht fortfahren können, in seinem Namen zu fungiren, ohne einen neuen Eid zu leisten, und dass, wenn der Souverän sie zu diesem nicht zulassen wolle, er dazu nur durch ein richterliches Urtheil gezwungen werden könnte, vor dessen Fällung sie ebensowenig als ohne neue Eidesleistung fungiren könnten. Ganz anders verhalte es sich mit jenen Rätthen, welche in den Grand conseil eingetreten seien und gegen deren Wiederaufnahme in den Rath von Brabant die Stände protestirten. Denn, wenn dieselben sich herbeiliessen, ein mit ihrem früheren Amte unvereinbares Amt zu übernehmen, so sei dies nur deshalb geschehen, damit zur Zeit, in welcher der legale Provinzrath nicht bestand, die Justiz in Brabant nicht völlig ins Stocken gerathe, keineswegs aber hätten sie es, wie jene, an der Erfüllung ihrer wesentlichsten Pflicht, an der ihres dem Herzog geleisteten Eides der Treue fehlen lassen. Sie hätten nie einen constitutionswidrigen Act sanctionirt, keinen Antheil an der Cassation des Conseils vom Juni 1789 gehabt und nie darauf verzichtet,

nach dessen Wiederherstellung ihre Functionen in demselben wieder aufzunehmen. Die Stände seien umsoweniger befugt, jene Rätthe an den Conseil mit der Bitte zu verweisen, sie in die von diesem aufzustellende Terne aufzunehmen, als das diesem gemachte Zugeständniss nur für die Zukunft gelte. Endlich sei es unbegreiflich, dass in dem Augenblicke, wo der Souverän nach Bewältigung eines Aufstandes so weit in seiner Grossmuth gehe, nicht allein die ihm zugefügten Beleidigungen zu vergeben, sondern sich bereit zu finden, die Personen, die sich wider ihn auf das Schwerste vergangen hatten, wieder in ihre Stellen einzusetzen, wofern nur die Stände ihren Widerstand gegen den Wiedereintritt derer, die ihm treu geblieben waren, fallen lassen würden, dass in einem solchen Augenblicke die Stände, die während der Revolution ohne Bedenken in den Rath von Brabant einen Theil seiner Mitglieder, und zwar auch solche, die keine anderen Aemter angenommen hatten, nicht beriefen, über Verfassungsbruch zitterten, sobald der Souverän dasselbe gegenüber denen thue, die ihm meineidig geworden seien.¹

Uebrigens glaubte die Regierung das Interesse zu durchschauen, um dessentwillen die Stände wünschten, dass der Conseil stets aus ihnen ergebnen Mitgliedern bestehe. Abgesehen davon, dass sich der Kaiser seit den Verträgen von Reichenbach und Haag mehr denn je bezüglich der Verwaltung von Brabant auf den streng gesetzlichen Weg verwiesen sah, der von der Meinung der Mehrheit oder mindestens der Parität der Mitglieder jenes Rathes abhing, und dass daher die Stände den Souverän dieses Machtmittels womöglich zu berauben suchten, so musste ihnen auch wegen der Folgen, die für sie aus den Beschwerden über ihre Verwaltung während der letzten Revolution und über die zu jener Zeit erfolgte Schädigung zahlreicher Privatpersonen erwachsen konnten, daran gelegen sein, dass das oberste Tribunal des Landes ganz und gar ihren Ansichten und ihren Interessen ergeben sei. Dazu kam ihre wirkliche oder doch scheinbare Furcht vor den Bewegungen der demokratischen Gegenpartei, die auf eine Umgestaltung der Verfassung zielten. Sie warfen sich daher zu Anwälten und

¹ Herzog Alberts Memoiren und die Note sur l'affaire.

Hütern der alten Verfassung auf, welche bedroht oder verletzt sei, wenn jene fünf Räthe nicht wieder in ihre Aemter eingesetzt würden.

Allein die Regierung glaubte mit Fug und Recht an ihrem eigenen Standpunkte festhalten zu sollen. Sie erkannte in dem von den Ständen befolgten Systeme nicht eine wirkliche Anhänglichkeit an die Verfassung, sondern nur das ehrgeizige und eigennützige Streben, von der Autorität, die sie sich während der Revolution angemasst, möglichst viel zu bewahren, um sich im Besitze derselben jeder Verantwortung und Indemnisation zu entziehen. Man misstraute daher auch den gelegentlichen Versicherungen, dass ein Zugeständniss bezüglich der Besetzung des Conseils allen übrigen Beschwerden ein Ziel setzen würde, und war vielmehr überzeugt, dass Nachgiebigkeit in diesem Punkte die Stände nur zu um so weiter gehenden und zu um so hartnäckigeren Forderungen ermuthigen würde. An diesem Standpunkte glaubte die Regierung festhalten zu müssen, trotz des Krieges, der mit Frankreich auszubrechen drohte und der in Belgien zu einer neuen Erhebung führen konnte. Man hoffte vielmehr, dass der glückliche Ausgang des Krieges mit Frankreich nicht verfehlen werde, eine günstige Rückwirkung auf Belgien auszuüben.¹

Allerdings gewann es vorübergehend den Anschein, als sollte es zu einer Verständigung zwischen den Ständen von Brabant und der Regierung kommen. Denn allmählig machte sich doch selbst innerhalb der Stände eine Strömung merklich, welche gegen die Bestrebungen der extremen Partei gerichtet war. Namentlich suchten der Erzbischof von Mecheln und der Bischof von Antwerpen die Stände zu bestimmen, einzulenken, und veröffentlichten in diesem Sinne Hirtenbriefe, als ein Zwischenfall eintrat, der gewissermassen Oel ins Feuer goss.

Es war dies die militärische Verhaftung von sechs Geistlichen, welche in der Wohnung eines ihrer Freunde, Namens Heinrich, den Namenstag desselben (14. Juli) begingen und dabei Toaste auf Van der Noot ausbrachten, der ebenfalls Heinrich

¹ Memoiren Herzog Alberts und die oben citirte Note sur l'affaire.

(Père Henri nannte man ihn)¹ hiess. Dies hatte sofort einen Protest der Stände, zugleich aber auch einen neuen Angriff auf den Conseil zur Folge, der sich die pflichtschuldige Sorge für die Beobachtung der Privilegien des Landes in diesem Falle nicht sonderlich zu Herzen zu nehmen schien.

Schon am 16. Juli fand sich vor dem Kanzler von Brabant, Crumpipen, eine Deputation der Stände² ein, um im Namen der Letzteren auf die Wiedereinberufung der fünf alten Räthe zu dringen. Sie erklärten, dass ihre Auftraggeber von jener Forderung niemals lassen, dass sie vielmehr beharrlich an ihrem Beschlusse festhalten würden, demzufolge sie die gegenwärtige Zusammensetzung des Conseils nicht für legal erachten könnten, so zwar, dass sie, ohne sich in einen Rechtsstreit einzulassen (*sans contester en cause*) und ohne den Arrêts und Decreten des Gerichtes Folge zu geben, sich würden in contumacia verurtheilen und über sich die Execution ergehen lassen, immer unter Protest gegen die Legalität des Conseils und seiner Beschlüsse. Auf die Frage, ob die Stände trotzdem wie zuvor, in Sachen der Legislation, der höheren Polizei oder der Privilegien correspondiren würden, erklärten die Deputirten förmlich: Nein!, indem sie aber hinzusetzten, dies hindere nicht, dass die Stände Crumpipen gleichwohl als den legalen Kanzler des Conseils und der Provinz und dergleichen alle gegenwärtigen Mitglieder dieser Körperschaft als legale Conseillers betrachteten, dass sie dagegen die zwei Grefiers und die sechs Secretäre, die am 18. Juni 1789 in dieser Eigenschaft in den Grand conseil übergetreten seien, als nicht constitutionell in ihre früheren Aemter wieder eingeführt und daher zur Ausübung derselben unfähig erachteten. Vergebens erneuerte Crumpipen das schon bei früheren Anlässen von der Regierung gemachte Anerbieten, demzufolge der Kaiser die fünf alten Räthe wieder berufen, von Seite der Stände aber fünf von den sieben Mechelner Räthen sollten zugelassen werden. Die Deputirten verharren fest auf dem Standpunkte ihrer

¹ Chuquet, Jemappes 33.

² Bestehend aus dem Abte von Villers, dem Grafen von Limminghe, dem Pensionär der Stadt Antwerpen, Bom, und dem einstigen Pensionär der Stände, Sanchez d'Aguilar.

Committenten und bezeichneten es als das einzige Zugeständniss, das sie in dieser Beziehung machen könnten, dass jene zu dem gewöhnlichen Eide zugelassen werden sollten, wenn der Conseil auf Grund einer neuen Nomination den einen oder den anderen derselben für einen vacanten Platz in Vorschlag bringen würde.

Bei diesem Anlasse beklagten sich die Deputirten zugleich auch über jene in der Nacht vom 14. auf den 15. vorgenommenen Verhaftungen, die nicht auf Beschluss des competenten Richters — also gegen die Verfassung des Landes — stattgefunden hätten: eine Beschwerde, die selbst Crumpipen in seinem Berichte an das Statthalterpaar als durchaus begründet bezeichnete, woferne man nicht etwa bei der Verhaftung der genannten Privatpersonen irgend ein corpus delicti gefunden habe, das als Basis gerichtlicher Verfolgung dienen könnte. Eine andere Klage, welche die Deputirten der Stände vorbrachten, betraf den Aufschub der Publication der Amnestie, die doch die Verträge von Reichenbach und vom Haag zugesichert hätten. Endlich gaben sie zu verstehen, dass die Unzufriedenheit der Bevölkerung eine allgemeine und ein neuer Ausbruch derselben zu besorgen sei; sie versicherten, dass zwar ihre Committenten es nie an ihrer Treue gegen den Monarchen fehlen lassen, sich aber auch nie von dem dritten Stande trennen würden, und dass, wenn man auf gerechte Vorstellungen nicht Rücksicht nehme, das Eindringen des destructiven französischen Systems und eine Coalition des dritten Standes mit der Demokratie zu besorgen sei.¹

Vergebens suchte das Statthalterpaar die Schuld jener Verhaftungen auf das Militär zu wälzen, während man die Beschädigten auf den Weg des Civilprocesses verwies. Aus einem Berichte der Statthalter geht übrigens hervor, dass sie selbst in der That erst am Tage nach den erfolgten Verhaftungen von denselben unterrichtet wurden. Sie ertheilten dem Generalprocurator von Brabant sofort den Befehl, sich über den vorliegenden Fall zu informiren, worüber der Rest dieses und ein Theil des darauffolgenden Tages verging. Es stellte sich heraus, dass der gerichtliche Beweis nicht vollgiltig erbracht wer-

¹ Crumpipen an die Statthalter. Bruxelles, le 17 juillet 1791. Copie.

den könne. Denn wenn auch die Schuld der Verhafteten nicht zu bezweifeln war, so führte doch der Hausherr denselben Namen wie Van der Noot; auch waren eidliche Aussagen um so schwerer zu erlangen, als, wie die Statthalter bemerkten, die Beichtväter nur zu oft von Meineid absolvirten, wenn es nach ihrer Meinung einer patriotischen Sache galt. Da endlich die Verhaftungen nicht in der gesetzlich vorgeschriebenen Form erfolgt waren, so ordneten die Statthalter die Freilassung der Gefangenen an, ein Beschluss, der den Letzteren am Morgen des dritten Tages ihrer Verhaftung bekanntgegeben, jedoch auf ihren ausdrücklichen Wunsch erst abends ausgeführt wurde, da sich in der Umgebung der Hauptwache, wo sie gefangen sassen, eine erbitterte Volksmenge, in der Absicht, sie zu insultiren, versammelt hatte.¹

Die Stände hatten am 22. Juli dem Kanzler von Brabant eine schriftliche Erklärung überreicht, in der sie gegen jene Verhaftungen protestirten und ihrem Standpunkt in der Frage des Conseils neuerdings Ausdruck gaben. Doch eine Depesche der Generalgouverneurs vom 3. August² wies diese Beschwerden in scharfen Worten zurück. Man hob darin hervor, dass die Verhafteten bereits wieder frei gewesen seien, ehe jene Beschwerde erfolgte, und dass daher diese gegenstandslos sei. Man erklärte, dass die fünf von den Ständen empfohlenen Rätthe nie zugelassen werden würden, es sei denn, dass der competente Richter über ihr Verlangen ein Urtheil fälle, oder dass die Stände aufhören würden, sich der Aufnahme der fünf unter den sieben von ihnen angefochtenen Rätthe zu widersetzen. Die Beschlüsse der Stände vom 24. und 25. Mai über die angebliche Gesetzwidrigkeit des Rathes in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung wurde als eine Verletzung der unstreitigsten Rechte des Souveräns und als strafwürdige Störung der richterlichen Gewalt bezeichnet. Die Depesche stellte den Conseil von Brabant ausdrücklich unter den Schutz des Kaisers und kündete die Ausführung der Decrete dieser Körperschaft an. Nochmals wurden die Stände zum Nachgeben aufgefordert, widrigenfalls

¹ Die Statthalter an den Kaiser, ddo. 3 septembre 1791. Concept.

² Wiener Zeitung 1791, S. 290 ff. 2355 ff. 2393 ff. Contrasignirt: de Coict.

man zur definitiven Besetzung der beiden Rathszimmer schreiten und die letzterer Anordnung Widerstrebenden der ordentlichen Gerechtigkeit überliefern werde.

Bald darnach wurden die Statthalter von dem Kaiser beauftragt, sowohl über die zu ergreifenden Mittel, als auch über den Zeitpunkt, zu welchem dieselben in Anwendung kommen sollten, Berathung zu pflegen. Als Termin, bis zu welchem sich die Stände darüber aussprechen sollten, ob sie sich den bezüglich der Zusammensetzung des Conseils gemachten Vorschlägen fügen würden oder nicht, war in dem Entwurf der kaiserlichen Weisung ursprünglich der Zeitraum von 14 Tagen bis drei Wochen angesetzt; später wurde letzterer auf 4—6 Wochen ausgedehnt, die von dem Datum der in dieser Angelegenheit an die Stände zu richtenden Depesche an zu rechnen seien. Würden die Stände dagegen noch einmal eine Remontrance überreichen, so sollten die Statthalter den Kaiser davon vor jeder Beschlussfassung unter Beifügung ihrer eigenen Meinung in Kenntniss setzen. Ausserdem sollten sie auf den Eindruck achten, den das Vorgehen der Stände in den Kreisen der Advocaten und Particuliers hervorrufe, und sollte sich zeigen, dass man das Publicum irregeleitet habe, so möge man eine Declaration publiciren, um den Sentenzen und sonstigen Anforderungen des Conseils Achtung zu verschaffen und die Fiscale zu autorisiren, gegen Zuwiderhandelnde ihres Amtes zu walten. Obgleich er indess ausdrücklich bemerkte, dass er in dieser Hinsicht den Standpunkt des Gouvernements und nicht jenen der Stände theile, setzte der Kaiser doch hinzu: „Da man zur Anwendung von Gewaltmassregeln nur mit der grössten Vorsicht schreiten kann, so ist es mein Wunsch, dass, wofern nicht etwa *periculum in mora* liegt, Euere königliche Hoheit sich derselben erst nach dem Empfange meiner weiteren Weisungen bedienen.“¹

Allein die Stände, die sich am 22. August wieder versammelt hatten,² antworteten auf jene Depesche vom 3. August am 25. August mit einer sehr entschiedenen Repräsentation. Und noch mehr: eben an jenem 25. August fassten sämt-

¹ Der Kaiser an Maria Christine. Vienne, le 19 août 1791. (Entwurf der Staatskanzlei.)

² Wiener Zeitung S. 2355.

liche Mitglieder der beiden ersten Stände, sowie die Deputirten von Löwen und Antwerpen neuerdings den Beschluss, in den Processen, die gegen sie angestrengt wurden (siehe unten), vor dem Conseil von Brabant in seiner, wie sie sagten, provisorischen, illegalen Zusammensetzung nicht zu erscheinen, indem sie so den in der Depesche Mercy's gebrauchten Ausdruck, der sich nur auf die Zahl der vorläufig eingesetzten Mitglieder bezog, auf den Rath selbst übertrugen. Abweichend lautete das Votum der Deputirten von Brüssel, welche im Namen ihrer Committenten die Erklärung abgaben: „dass der Magistrat, seiner Mehrheit nach, den gegenwärtigen Conseil zwar nicht für competent erachte, um Gesetze und Ordonnanzen zu erlassen, dass aber letzterer zur Ausübung seiner gewöhnlichen richterlichen Functionen wohl berechtigt sei.“¹ Nach diesem Beschlusse gingen — am 27. August — die Stände wieder auseinander.² Der Beschluss selbst wurde am 29. August in Form einer Vorstellung zur Kenntniss der Regierung gebracht. Diese gab den Ständen ihr Missfallen zu erkennen, untersagte zugleich, das betreffende Schriftstück circuliren zu lassen, und ertheilte ihnen 24 Stunden Bedenkzeit, um sich darüber zu äussern, ob sie auf dem in ihrer Eingabe zum Ausdruck gebrachten Standpunkte zu verharren gesonnen seien, in welchem Falle die Vorstellung dem Kaiser vorgelegt werden würde. Am 30. beschieden die Statthalter den Conseil von Brabant zu sich und theilten ihm, um ihn zu ermuthigen, die Intentionen des Kaisers mit. Am 1. September fand eine Jointe statt, in der es jedoch, wie es scheint, noch nicht zu bestimmten Beschlüssen kam; vielmehr wandten sich die Statthalter an den Kaiser mit der Bitte um schleunige Weisung, da bis zu dem Eintreffen derselben jene sechs Wochen verstrichen sein würden, nach deren Ablauf der Kaiser erklärt hatte, gegen die Stände einschreiten zu wollen.³

In Folge des Angriffes der Stände auf die Legalität des Conseils schien jetzt auch der Kaiser zu strengeren Massregeln geneigt, zumal er einem Complotte der ungarischen Exjesuiten mit

¹ Récapitulation. A. A. Decret des Conseils von Brabant vom 20. September (siehe unten).

² Wiener Zeitung S. 2420.

³ Die Statthalter an den Kaiser; 3 septembre 1791. Concept.

Van der Noot und Van Eupen auf die Spur gekommen zu sein glaubte. ‚Ich bin gefasst darauf,‘ schreibt er am 5. September, ‚dass die Stände die Subsidien verweigern werden. Aber dann werde ich mit ihnen ein Ende machen. Ich habe Alles gethan, was meine Pflicht und mein Gewissen fordern konnten. Ich habe alle erdenkliche Güte und Sanftmuth gebraucht, ich habe alle constitutionellen Pflichten eines Herzogs von Brabant erfüllt, aber, wenn all dies nichts nützt, so werde ich Gewalt anwenden müssen. Sie werden das Volk und meine Truppen gegen sich haben. Doch‘ — fügt er einlenkend hinzu — ‚ich ziehe es immer noch vor, wenn das nicht nöthig ist. Hat man aber einmal begonnen, so möge geschehen, was da wolle. Ich werde mit Gewalt durchdringen.‘¹

Auch Kaunitz schrieb damals (23. August) an Mercy: ‚Euere Excellenz haben ganz Recht gehabt, dem Gerüchte, das sich in Brüssel verbreitet hat, dass ein hiesiger Minister das, was bezüglich des Conseils von Brabant geschehen ist, missbilligt habe, nicht den mindesten Glauben beizumessen. Man hat das offenbar zu dem Zwecke erfunden, die Stände zu veranlassen, in ihrer sträflichen Opposition zu verharren. Ihre königlichen Hoheiten, die in der That diese Angelegenheit mit der grössten Weisheit behandelt haben, werden durch die vor einigen Tagen (19. August) an sie ergangene königliche Weisung unterrichtet sein, wie man hier über das Benehmen der Stände urtheilt.‘²

Aber die aus Wien erbetene neue Weisung erfolgte nicht, und da anderseits die Stände in ihrer ablehnenden Haltung verharrten, so erliess der Conseil von Brabant auf Antrag des Substitut-général De Leenheer am 20. September ein Decret, welches den Beschluss der Stände vom 25. August annullirte und bei weiterer Widersetzlichkeit die Letzteren mit gerichtlichen Proceduren bedrohte. Zugleich ordnete der Conseil an, dass dies Decret dem Pensionär der Stände, De Jonghe, mitgetheilt, in beiden Landessprachen in Druck gelegt und veröffentlicht werde.³

¹ ‚Pousserai avec vigueur.‘ Leopold an Maria Christine, le 5 septembre 1791. Feuillet de Conches IV, 85. Wolf 263 ff., Nr. CLXXIV.

² Vivenot, Quellen I, 552.

³ Gedruckte Beilage zu Metternich's Bericht an Kaunitz vom 21. September 1791.

Die beiden Statthalter waren verreist, um die Inauguration in Geldern vorzunehmen, als der Conseil von Brabant dieses Decret erliess. Man wollte anfangs noch weiter gehen, allein man glaubte schliesslich doch hinlänglich viel erreicht zu haben, wenn die Stände in acht Tagen antworten würden, was einer Anerkennung der Competenz, folglich der Legalität des Richters gleichkäme. Im entgegengesetzten Falle war man entschlossen, eine schon jetzt festgestellte Sommatation an dieselben zu richten, ihnen eine weitere Frist von acht Tagen zu gewähren und sie endlich in contumacia zu verurtheilen.¹

Wie weit entfernt man jedoch seitens der Stände von jeder Nachgiebigkeit war, das zeigte schon in den nächsten Tagen das Benehmen De Jonghe's, des Pensionärs derselben. ‚Der Huissier des Conseils von Brabant hatte nämlich‘ — so erzählt ein gleichzeitiger² Bericht — ‚da er denselben weder zu Hause noch bei den Ständen antraf, ihn im Conseil des Gouvernements, wo er soeben einer Conferenz beiwohnte, aufgesucht. Hier wollte er ihm jenes Decret übergeben; aber De Jonghe weigerte sich, vor Zeugen die „Insinuation“ anzunehmen, indem er behauptete, dass der Ueberbringer Huissier des Grand conseil, nicht des Conseils von Brabant sei.‘ ‚Letzterer,‘ fügt der Bericht hinzu, ‚hat darüber die Anzeige dem Conseil erstattet. Leenheer wird versuchen, eine Provision de justice gegen De Jonghe zu erlangen.‘ Ein zweiter, gleichfalls³ anonymer Bericht lautet: ‚Der Conseil von Brabant hat auf die Meldung, dass gestern nachmittags der erste Huissier sich neuerdings in die Wohnung des Pensionärs De Jonghe begeben und Letzterer erklärt habe, dass er nicht befugt sei, Insinuationen, welche die Stände beträfen, entgegenzunehmen, angeordnet, dass sich besagter erster Huissier unverzüglich in den Versammlungsort der Stände begeben und ihnen oder einem von ihnen die Schriftstücke einhändige, welche De Jonghe gestern nicht angenommen hatte, und dass derselbe im Falle der Weigerung der Stände das betreffende Paquet an der Thür ihrer Antichambre affigire, nachdem er zuvor mit lauter Stimme

¹ Metternich an Kaunitz, 27 septembre 1791. Copie.

² Undatirt.

³ Ebenfalls undatirt.

die auf Antrag des Substitut-procureur général Leenher erflossenen Anordnungen verlesen.¹

Die Stände beantworteten das Decret vom 20. September mit einem neuen, an den Kanzler gerichteten Proteste, worin sie sich zugleich gegen die bevorstehende Besetzung einer Stelle im Conseil von Brabant verwahrten, die durch den Tod des Rathes Del Marmel erledigt war.¹ Doch das Volk verhielt sich ruhig; die berühmtesten Advocaten der Provinz bewarben sich um die erledigte Stelle, der Conseil schritt (28. September) zur Bildung einer Terne, welche die Advocaten Willock, Van Longuidonck und Willems umfasste und auf Grund deren die Statthalter sich für Willock entschieden.²

Aber die Stände erkannten Willock nicht an. Ihre gewöhnliche Deputation pflegte sich in letzter Zeit in einem Privathause zu versammeln, wo man ihr keine Insinuation in legaler Form zustellen konnte. Und als sich endlich doch Willock den im Stadthause (hôtel de ville) versammelten Deputirten vorstellte, um vor denselben den Eid auf die Joyeuse entrée abzulegen, erhielt er in Form einer Resolution der Generalversammlung der Stände einen abschlägigen Bescheid.³

Mittlerweile hatten sich auch noch Schwierigkeiten anderer Art eingestellt. Bereits am 6. Juni⁴ hatte der Kanzler von Brabant den Ständen proponirt, ihre Quote an der von dem Kaiser beanspruchten Entschädigung (von 7 Millionen) zu übernehmen und die Subsidies für das Jahr 1791 zu bewilligen.

¹ Wie man aus einem Berichte Metternich's ersieht, beabsichtigte übrigens das Gouvernement, da alle Ausgleichsversuche von den Ständen zurückgewiesen wurden, einen weiteren Schritt zu thun und sofort noch andere Ernennungen bis zur Zahl von 16 Räthen vorzunehmen, so zwar, dass, wenn die fünf Exconseillers wider alles Erwarten ihren Process in erster Instanz und in Revision gewinnen würden, sich die Zahl der Mitglieder des Rathes von Brabant auf 21 belief, wie dies schon früher einmal der Fall gewesen war. Metternich an Kaunitz. Bruxelles, le 25 septembre 1791. Concept.

² Metternich an Kaunitz. Bruxelles, ce 2 octobre 1791. Concept.

³ Metternich an Kaunitz. Le 18 octobre 1791. Concept.

⁴ Das Datum nach einer Aufzeichnung, welche betitelt ist: Résultat des assemblées des Etats de Brabant et des magistrats et arrières-membres des trois chefs-villes, tenues relativement aux demandes des levées des subsides et impôts de la dite province. (A. A.)

Die Stände liessen jedoch den ersten Punkt vorläufig unerledigt, und in Anbetracht der damals bevorstehenden Inauguration hatte man sie nicht weiter gedrängt. Aber auch die Antwort auf den zweiten Punkt zog sich bis in den September hin.¹ Jetzt erst erklärten sich die beiden ersten Stände, auf jene Propositionen einzugehen bereit, jedoch unter Bedingungen, auf welche sich das Gouvernement nicht einlassen konnte. Sie verlangten: 1. sofortige Wiederaufnahme der fünf ausgeschlossenen Räthe in den Conseil; 2. Wiederherstellung aller aufgehobenen Convente; 3. indirecte Anerkennung des Anspruches der Universität Löwen, als corps brabançon zu gelten; 4. Cassation des unter der letzten Regierung errichteten Conseils von Limburg. Eine fünfte Bedingung — uneingeschränkte Amnestie — zogen sie zurück und kleideten dieselbe bloß in die Form der ausgesprochenen Hoffnung, dass der Kaiser ein angebliches Versprechen dieser Art erfüllen werde.²

Das Gouvernement wies dieses bedingte Anerbieten zurück. Die Mitglieder desselben — Metternich und das Statthalterpaar — beschlossen vielmehr, nun auch ihrerseits aggressiv vorzugehen. Doch anstatt, wie es der Kaiser wünschte, selbst eine Declaration dieser Art zu erlassen, ersuchten sie ihn, eine solche unter seiner königlichen Signatur an die Stände zu richten, des Inhalts, dass er diejenigen — und zwar alle insgesamt und jeden einzeln — als Rebellen betrachten werde, die fortfahren würden, gegen die Legalität des Conseils von Brabant zu protestiren. Zugleich traf man aber auch bereits jetzt ‚Vorbereitungen‘ zu weiteren Schritten, welche die Stände an ihrer verwundbarsten Stelle treffen sollten. Man kannte den Hass, den sich die Stände durch ihr gewaltsames Gebahren während der letzten Unruhen in weiten Kreisen zugezogen hatten. Daher forderte eine Declaration des Gouvernements alle diejenigen, welche zur Zeit der letzten Revolution geschädigt worden waren, auf, ihre Ansprüche gegen die Stände, Municipalitäten oder sonstige Corporationen vor einem zu diesem Zwecke ein-

¹ Note sur l'affaire du subsidé de Brabant. A. A. Beilage zu einem undatirten Briefe der Erzherzogin an Erzherzog Carl (aus dem Jahre 1792). A. A.

² Die Statthalter an den Kaiser. 18 septembre 1791. Concept.

gesetzten Comité anzumelden, um nach erfolgter Verification die Fiscale in den Stand zu setzen, sich der Interessenten anzunehmen. Der Regierung war aber auch die tiefgehende Verstimmung nicht unbekannt, welche bei den zu Brüssel anlässlich der Liquidation der Revolutionsschulden gepflogenen Berathungen sich äusserte, da hiebei die Grösse der contrahirten Schuld und die schlimme Geldgebahrung der Stände zu Tage trat. Um dieser ein Ziel zu setzen, wurden der Finanzrath Du Chesne, der Rath des Conseils von Brabant, Charlier, und der Conseiller-maître der Chambre des comptes, Van der Velde, als Commissäre beauftragt, die Rechnungen der ständischen Administration zu prüfen, ferner der Conseil von Brabant aufgefordert, den gerichtlichen Sequester auf die Cassen der Stände zu legen, die Stände selbst aber ermahnt, die Impôts, die nicht octroyirt waren, deren Einhebung sie sich aber trotzdem angemasst hatten, wieder zu erstatten. Zugleich beschloss man, dem Conseil von Brabant ein ‚Réquisitoire‘ über die Legalität dieser Körperschaft zu überreichen; auch sollte derselbe Conseil veranlasst werden, auf die Archive der Stände insgesamt Beschlag zu legen, um einer Verschleppung der Papiere des Gouvernements zuvorzukommen, welche jene während der letzten Unruhen an sich genommen und bisher trotz wiederholter Interpellationen nicht zurückerstattet hätten. Es seien dies — bemerkten die Statthalter in ihrem Berichte an den Kaiser — constitutionelle Massregeln, die in keiner Weise die Verfügungen, welche etwa Seine Majestät zu treffen beliebe, durchkreuzen würden. Aber eben auf directe Befehle des Kaisers drangen sie umsomehr, als sie sich auf die Festigkeit des Conseils von Brabant, dem noch der Schrecken der letzten Insurrection in den Gliedern stak, nicht unbedingt verlassen zu können glaubten. Sie baten daher, dass, falls dieser sie im Stiche lasse, eine ostensible Depesche sie zu militärischen Executionen ermächtigen möge. ‚Triste, mais unique ressource pour suppléer à l’inactivité des tribunaux,‘ setzt Maria Christine hinzu.¹ Selbst als sich

¹ Maria Christine an den Kaiser. 18 septembre 1791. Concept. Vgl. auch deren Bericht vom October 1791. (Bleifederentwurf Herzog Alberts mit eigenhändigen Zusätzen Maria Christinens A. A.) und die kaiserliche Weisung vom 4. October.

zeigte, dass der Rath von Brabant seiner Pflicht entsprach, wiederholte die Statthalterin ihre Bitte; denn der Conseil — meinte sie — würde vermuthlich noch mehr Energie entfaltet haben, wäre ihm der Entschluss, den der Kaiser fassen werde, bekannt gewesen.¹ Auch Metternich war später der gleichen Ansicht.² Damals aber bemerkt er in einem Schreiben an Kaunitz: „Ich sehe, Euere Hoheit wünschen, dass man gegen die Häupter der Bewegung die ihnen gebührende Strafe in Anwendung bringe; aber Ihr mit Recht strenger Sinn dürfte die Schwierigkeiten übersehen haben, die es hier bereitet, um für die richterliche Instruction die Wahrheit eines Factums zu erweisen, wenn dasselbe sozusagen in einen patriotischen Schleier gehüllt ist.“³

Die ersehnten Weisungen des Wiener Hofes erfolgten auch jetzt nicht. Wohl billigte der Kaiser die von dem Gouvernement bezüglich der Anmeldung von Entschädigungsansprüchen erlassene Declaration und das zu diesem Zwecke eingesetzte Comité. Nur erachtete er den weiteren Vorschlag der Brüsseler Regierung, bereits jetzt in Form von Obligationen Vorschüsse auf jene Entschädigungen zu gewähren, für bedenklich, da man ja die Gesamtsumme der letzteren und die Zeit, zu der sie thatsächlich zu leisten seien, nicht kenne, und da die belgischen Finanzen nicht einmal den ordentlichen Bedürfnissen des Landes gewachsen seien.⁴ Auch erklärte er nun, die Sachlage sei so ernst, dass er sie in reifliche Erwägung ziehen und demnächst einen Courier abgehen lassen wolle. Allein obgleich er jetzt überzeugt war, dass die Vonckisten im Einverständniss mit der Nationalversammlung seien, und obgleich er muthmasste, dass auch England dabei die Hand im Spiele habe,⁵ so unterblieb doch auch diesmal der angekündete Bescheid, und Kaunitz lehnte es auffallender Weise wiederholt geradezu ab, von

¹ Maria Christine an den Kaiser. Undatirt. Jedenfalls October 1791. A. A. Copie von der Hand des Erzherzogs Carl.

² Metternich an Kaunitz. Bruxelles, ce 2 décembre 1791. Copie.

³ Metternich an Kaunitz. Bruxelles, le 2 octobre 1791. Copie.

⁴ Der Kaiser an die Statthalter, ddo. Vienne, ce 4 octobre 1791. Entwurf der Staatskanzlei.

⁵ Leopold II. an Maria Christine. Brünn, le 9 octobre (1791). Feuillet de Conches IV, 152.

Wien aus bestimmte Weisungen zu ertheilen, so lange die Statthalter nicht dem Wunsche des Kaisers nachgekommen seien und sich über die Art der zu ergreifenden strengen Massregeln, so wie über den Zeitpunkt, zu dem dieselben ins Werk zu setzen seien, ausgesprochen haben würden. Er glaubte den Erfolg der bereits von dem Gouvernement eingeleiteten ‚vorbereitenden Schritte‘ umsomehr abwarten zu sollen, als er den Fehler der früheren Regierung vermeiden und nicht durch Anordnungen des Hofes ohne vorhergehende Meinungsäusserung des Gouvernements diesem Verlegenheiten bereiten wollte. Er billigte jene ‚vorbereitenden Schritte‘. Nur widerrieth er dem Kaiser, ein directes Schreiben an die Stände von Brabant zu richten, nicht nur, weil dies dem Herkommen, wonach Allerhöchste Willensmeinungen sowohl den verschiedenen Corporationen, als auch einzelnen Personen durch die Generalstatthalter mitgetheilt zu werden pflegten, zuwiderlaufe, sondern auch namentlich deshalb, weil, wie sich unter der letzten Regierung gezeigt habe, die Stände den Schreiben Seiner Majestät nicht mehr Respect als den Depeschen des Gouvernements entgegenbrächten. Uebrigens — meinte er — seien neue Instructionen nicht nöthig, da das Statthalterpaar von den Intentionen Seiner Majestät bereits unterrichtet sei, wonach man strenge Massregeln ergreifen solle, wenn Güte nichts fruchte. Gestatte es die Zeit, so könne man immerhin sich weitere Befehle des Kaisers erbitten; sei Gefahr im Verzuge, so autorisire bereits die frühere Depesche vom 19. August die Statthalter zu selbstständiger Entscheidung.¹

Der Kaiser selbst setzte seine Hoffnung noch immer auf den Rath von Brabant. Er deutete zwar an, dass, wie Alles in der Welt, so auch seine Mässigung ihre Grenzen habe und zuletzt der Strenge und der Pflicht, für die Aufrechthaltung der Ordnung Sorge zu tragen, werde weichen müssen. Aber er meinte doch noch immer, dass, so lange der Rath von Brabant und die Fiscale ihre Schuldigkeit erfüllten, dieser Weg der beste und legalste sei.²

¹ Kaunitz an Metternich, ddo. 6 octobre 1791 (Orig.), ddo. Vienne, 14 octobre 1791 (Orig.), ddo. Vienne, le 20 octobre 1791 (Orig.) sammt P. S.

² Der Kaiser an Maria Christine, le 25 octobre 1791. Feuillet de Conches IV, 219. Wolf l. c. 272, Nr. CLXXIX.

Mittlerweile war der Conseil von Brabant wirklich gegen die Stände eingeschritten. Den Ständen wurde jede Auszahlung von Geldern ausser den auch sonst üblichen Zahlungen untersagt (Decret vom 17. October).¹ Auch gab der Conseil, als eine Anzahl der während der jüngsten Revolution beraubten oder bedrängten Personen sich an ihn wendete, dem gewöhnlichen Laufe des Rechtes Folge und theilte diese verschiedenen ‚requêtes‘ den Ständen mit, die, wenn sie darauf nicht antworten würden, sachfällig und für die geforderten Entschädigungen solidarisch verantwortlich sein sollten. Schon wurde eine derartige Sentenz zu Gunsten eines französischen Kaufmannes gefällt, der dem ‚ci-devant souverain‘ Lieferungen geleistet hatte.² Vor Allem aber — gleichzeitig mit jenem Decret vom 17. October — wurde der Officier-fiscal beauftragt, gegen die Stände, welche die Legalität des Conseils noch immer nicht anerkennen wollten, klagend aufzutreten.

„Da die Stände den peremptorischen Termin, der ihnen zur Verantwortung gesetzt wurde, verstreichen liessen, ohne der Ladung Folge zu geben,“ so erzählt Herzog Albert in seinen Memoiren, „erliess der Conseil gegen sie ein Arrêt, das ihr Vorgehen als einen verfassungswidrigen Angriff auf die Rechte des legitimen Souveräns bezeichnete und sie aufforderte, die Resolution (vom 25. August), die sie in ihre Register eingetragen hatten, vor dem Fiscal zu produciren und in seiner Gegenwart aus den Registern herausreissen zu lassen.“ Auch erging am 3. November von dem Statthalterpaar an die Stände die Erklärung: 1. dass der Kaiser entschlossen sei, in Bezug auf den Conseil von Brabant keine Aenderung, noch irgend ein Versöhnungsmittel eintreten zu lassen; 2. dass daher Seine Majestät dem Vorhaben entsage, in den Conseil jene Rätthe einzusetzen, die 1789 in eben dieser Eigenschaft in den grossen Rath versetzt worden waren, dass aber 3. Seine Majestät auch keinen der fünf von den Ständen candidirten Rätthe zulassen werde, es sei denn, dass er im Wege des ordentlichen Rechtszuges, gemäss der Constitution, von der Seine Majestät nie abgehen werde, dazu verhalten werden würde.³

¹ Metternich an Kaunitz, le 17 octobre 1791. Concept.

² Metternich an Kaunitz. 2 novembre 1791. Concept.

³ Wiener Zeitung von 1791, S. 2965.

Die Stände beharrten in ihrem Widerstande. Sie beabsichtigten, aus Anlass dieses Streitfalles Schiedsrichter in Vorschlag zu bringen, wobei sie sich in einer an das Gouvernement gerichteten Vorstellung auf die Haager Convention beriefen, da ja das Gouvernement nicht zugleich Partei und Richter in derselben Sache sein könne. Allein, nach der Ansicht der Statthalter wenigstens, gehörte der vorliegende Fall nicht unter jene, auf die der Haager Tractat sich bezog, und überdies war, wie man im Namen des Kaisers den Ständen erklärte, der Zeitraum verstrichen, der ihnen gewährt worden war, um sich mit dem Gouvernement aussergerichtlich zu vergleichen.¹ Auch der Kaiser war dieser Ansicht.²

Da die Mitglieder des permanenten Ausschusses der Stände sich trotz dreimaliger Mahnung weigerten, die betreffenden Register herauszugeben, wurde endlich denselben, vier an der Zahl — es waren dies die Aebte von Parcq und von Villers für den geistlichen und die Grafen v. Limminghe und v. Duras für den weltlichen (Adels-) Stand — Hausarrest dictirt, indem man sie unter die Aufsicht der Huissiers des Conseils und eines Officiers und einiger Soldaten stellte.

In Folge dessen verlangten am 11. November die Stände, welche sich am 7. November wieder versammelt hatten, neuerdings Conferenzen zur gütlichen Beilegung aller vorhandenen Zwiste. Man wies sie an die Commissäre der Regierung, und mit diesen fanden am 11. und 12. Verhandlungen statt.

Die Statthalter forderten, laut der den Commissären ertheilten Instruction, dass der Ausgleich in Bausch und Bogen und von allen drei Ständen angenommen werde. Ausserdem aber sollten die Stände ihre Proteste gegen die Legalität der gegenwärtigen Zusammensetzung des Conseils von Brabant für ‚non avenues‘ und nichtig erklären und binnen drei Tagen den Verzicht (l'acte de désistement) der fünf früheren Rätthe von Brabant, die der Kaiser nicht wieder berief, produceiren,

¹ Maria Christine an den Kaiser. Bruxelles, le 5 novembre 1791. A. A. Copie. Vgl. auch Erzherzog Carl an Erzherzog Franz. Brüssel, den November 1791.

² Leopold II. an Herzog Albert, le 15 novembre (1791). Feuillet de Conches V, 39. Leopold II. an Maria Christine, le 20 novembre (1791); ebenda 42.

in welchem Falle die Stände ermächtigt wurden, denselben aus der Provinzial-Administrationscasse eine lebenslängliche Pension von jährlich je 4000 fl. zuzugestehen, sowie die Beibehaltung ihres Titels und der damit verbundenen Exemptionen in Aussicht zu stellen. Auch sollte den gegenwärtigen Greffiers und Secretären des Conseils von Brabant gestattet sein, in die Hände der Deputirten der Stände neuerdings den durch die Artikel 5 und 9 der Joyeuse entrée vorgeschriebenen Eid zu leisten und ein Comité, bestehend aus Mitgliedern des Gouvernements, des Conseils und der Stände von Brabant gebildet werden, um die Entschädigungsansprüche der während des letzten Aufstandes benachtheiligten Privatpersonen zu prüfen, zu verificiren und nach Billigkeit über dieselben zu entscheiden. Von dem Momente der Einsetzung dieses Comités an sollten alle in jener Sache bereits anhängig gemachten oder noch in der Folge bevorstehenden Processe ruhen. Eine weitere Bedingung, an die sich der Ausgleich knüpfen sollte, war finanzieller Natur. Wir wissen anderweitig, dass die sogenannten Subsidies für 1791 überhaupt noch nicht und die Impôts für das vergangene Halbjahr nur unter einer gewissen Clausel von den beiden ersten Ständen bewilligt worden waren; dies hatte zur Folge gehabt, dass zwar die Stände die Impôts erhoben, dass aber der Souverän bisher nichts davon erhalten hatte, weil die Conferenz mit den Ständen bisher erfolglos geblieben und daher die in jener Clausel enthaltene Bedingung nicht in Erfüllung gegangen war. Daher wurden jetzt die Stände von dem Kanzler von Brabant angegangen, die früher an die Bewilligung der Impôts geknüpfte Clausel aufzugeben und abermals aufgefordert, die Subside zu votiren. Auch sprachen bei den wiedereröffneten Conferenzen die Statthalter nochmals die Erwartung aus, dass die Stände ihren Antheil an jener Summe von sieben Millionen, auf welche der Kaiser für sich als Entschädigungssumme Anspruch erhebe, übernehmen würden. Dieses Contingent, sowie der auf die oben angedeutete Art zu ermittelnde Schadenersatz an Privatpersonen sollte jedoch in einer Weise vertheilt werden, die das Volk nicht überlaste, zu welchem Zwecke die Regierungscommissäre die Aufhebung der Exemptionen in Vorschlag brachten, sowie man auch die Erwartung aussprach, dass, so wie in Hennegau, Flandern und

Tournaisis, so auch in Brabant der Clerus mit Eifer und nach seinem wirklichen Vermögen beisteuern werde. Bezüglich der aufgehobenen Convente und der Universität Löwen wurden einige Zugeständnisse in Aussicht gestellt, und auch bezüglich des Conseils von Limburg erklärte sich das Statthalterpaar zu einem Abkommen unter Betheiligung der bezüglichen Factoren und auf Grund der Privilegien beider Länder — Brabant und Limburg — bereit. Würden sich die Stände von Brabant zu all diesen vorgeschlagenen Vereinbarungen bereit finden lassen, so stellte das Gouvernement die sofortige Publication der Amnestie in Aussicht, von der blos wenige Ausnahmen gemacht werden sollten.¹

Schon hier ist indess zu bemerken, dass zwar die betreffenden Weisungen zu spät eintrafen, um auf die Verhandlungen mit den Ständen Einfluss nehmen zu können, dass man aber in Wien die Propositionen des Brüsseler Gouvernements nicht billigte, sondern an dem Grundsatz festhielt, dass die Legalität des Conseils, die Ausschliessung der fünf Räthe, kurz all die Punkte, welche das Fiscalamt bereits dem Conseil von Brabant zur Entscheidung vorgelegt hatte, nicht neuerdings den Gegenstand von Conferenzen mit den Commissären der Stände, noch weniger den eines Schiedsspruches im Sinne des Art. 13 der Convention vom Haag bilden könnten. Vielmehr hätten die Stände den Sentenzen des Conseils nachzukommen und nur die übrigen noch offen gelassenen Fragen — wie etwa die auf die Provinz entfallende Quote der zu leistenden Entschädigungen — sollten den Gegenstand weiterer Verständigung bilden. Man wünschte es bei diesen Berathungen dahin zu bringen, dass, wenn die beiden ersten Stände zu einer Petition oder Proposition der Regierung ihre Zustimmung ertheilten, auch der dritte dadurch gebunden sei. Man überliess es den Statthaltern zu beurtheilen, inwieweit man hiebei die bestehende, wenn auch noch so fehlerhafte Verfassung respectiren müsse, um den Mittelsmächten nicht Anlass zu irgend welcher Einmischung zu geben.² Man billigte daher zwar im Ganzen den Inhalt der den Commissä-

¹ Beilage zur Récapitulation. A. A.

² Kaunitz an Metternich, le 22 novembre 1791. Orig.

ren des Gouvernements ertheilten Instruction, doch von der Bevorzugung, die den ausgeschlossenen fünf Räthen vor denjenigen, die einst in den grossen Conseil von Mecheln übergetreten waren, durch die Zusicherung einer höheren Pension und durch die Belassung des Rathstitels zutheil werden sollte, wollte der Kaiser nichts wissen; auch nichts von dem Eide, den die Grefiers und Secretäre des Conseils von Brabant den Ständen ablegen sollten, da ein solcher thatsächlich längst nicht mehr geleistet worden sei und man sich möglichst an den Status quo der Regierung Maria Theresias zu halten habe. Der Kaiser gestattete endlich, dass man sich über die Errichtung eines Tribunal supérieur in der Provinz Limburg mit den Ständen von Brabant einige; nur dürfe dies nicht ohne Zustimmung und Intervention der Stände von Limburg geschehen, auf die man umsomehr Rücksicht zu nehmen habe, als sie allein von allen Ständen Belgiens dem legitimen Souverän während der letzten Revolution treu geblieben seien.¹

Das Resultat der Vorverhandlungen zwischen den Commissären der Regierung und den Ständen wurde von dem Statthalterpaar zunächst einer Jointe, welcher ausnahmsweise auch Mitglieder des Conseils von Brabant beiwohnten, vorgelegt. Da aber die Letzteren wünschten, es möge hierüber zuvor in der Vollversammlung ihres Conseils berathen werden, fand die Beschlussfassung erst am 17. in einer zweiten Jointe statt. Am 18. begannen sodann von Neuem die Verhandlungen der Regierungscommissäre mit den Ständen, die aber vorläufig resultatlos blieben.² Am 19. verlangten und erreichten die Stände, dass die verhafteten Deputirten sich auf Ehrenwort in ihre Versammlung begeben und an den Verhandlungen theilnehmen durften. Am 23. — es war dies der Tag, an dem die Stände eine kategorische Erklärung über die Propositionen der Regierung hätten abgeben sollen — forderten sie neuen Aufschub. Endlich (am 25.) fassten sie den Beschluss, dem Minister eine Vorstellung zu überreichen, die später auch in Druck erschien. Darin erklärten die Stände, dass es ihnen unmöglich sei, die Propositionen der Regierung als Ultimatum

¹ Weisung vom 1. December 1791. Entwurf.

² Die Statthalter an den Kaiser, du 19 novembre 1791. Concept.

anzunehmen, und dass, wenn dies auch seitens der beiden ersten Stände, welche momentan allein versammelt seien, geschähe, man auf die formelle Missbilligung des dritten Standes gefasst sein und eine Scission eintreten müsste, die für Regierung und Volk gleich beklagenswerth wäre. Daher baten die Stände das Statthalterpaar, sich bei dem Kaiser dahin verwenden zu wollen, dass er ihnen gestatte, was er auch den Ständen seiner anderen Länder, insbesondere jenen der Lombardei, gestattet habe, nämlich Gesandte an ihn abschicken zu dürfen, um zu Füßen des Thrones die Unmöglichkeit, auf das ihnen gestellte Ultimatum einzugehen, darlegen zu können. Auch sollte einem dieser Deputirten gestattet werden, in Wien zu verbleiben, um alle Schwierigkeiten zu ebnen und um zugleich als Unterpfand ihrer Anhänglichkeit an den Kaiser, sowie an die Verfassung zu dienen, auf der ihr wechselseitiges Glück beruhe. Mittlerweile und während dieses ‚Interims‘ möge der Conseil in seiner gegenwärtigen ‚provisorischen‘ Zusammensetzung die Justizpflege in all den Fällen üben, welche sich nicht auf die öffentlichen Angelegenheiten oder die Sanction der Gesetze bezögen. Was die während der Unruhen von den Ständen ausgeübte Verwaltung betreffe, so sollte diese Angelegenheit, gleich den Entschädigungsansprüchen, ebenso wie in den anderen Provinzen geregelt werden, da das, was dort für recht und billig gegolten habe, es nicht minder für Brabant sein müsse. ‚Infolge dessen,‘ so schliesst das Schriftstück, ‚und in dem festen Vertrauen, dass ihre ergebensten Vorstellungen von dem Erfolge, den sie zu erwarten allen Grund haben, begleitet sein werden, betrachten die Stände ihre Resolutionen vom 24. und 25. Mai und vom 16. Juli d. J., soweit sie die gegenwärtige Zusammensetzung des Conseils von Brabant betreffen, als ‚non avenues‘ und aufgehoben, wie dies durch die Resolution vom heutigen Tage geschieht. . . . In demselben Vertrauen bewilligen die beiden ersten Stände ‚pure et simple‘ und auf dem gewöhnlichen Fusse die geforderten Subsidies für dieses Jahr und ebenso geben sie ihre Zustimmung dazu, dass der Ertrag der Impôts des laufenden Termins sofort seiner Bestimmung zugeführt werde.‘¹

¹ Die Repräsentation vom 25. November liegt gedruckt vor.

Zugleich beschieden die Stände den Substitut-procureur général, der das ganze Verfahren wider sie geleitet hatte, zu sich und erklärten sich bereit, die Legalität des Conseils anzuerkennen; doch schützten sie vor, die angefochtenen Resolutionen aus den Registern nicht beseitigen zu können, da letztere verbrannt worden seien. Damit gab sich indess der Procurator nicht zufrieden, er drohte vielmehr, die Execution, soweit als es ihm das Decret des Conseils gestatte, ausführen zu wollen. In der That wurden die verhafteten Deputirten aus ihrem Hausarrest — am Abend des 26. — unter militärischer Bedeckung in das Civilgefängniss — die Treurenburg — überführt, zur Freude eines Theiles der hauptstädtischen Bevölkerung, die Augenzeugin dieses Schauspieles war. Nach 24stündiger Haft brachte man sie wohl wieder in den Hausarrest zurück, doch sollten sie in demselben so lange verbleiben, bis die Stände Genugthuung geleistet und insbesondere ihren Protest gegen die Legalität des Conseils in die Register wieder eingetragen haben würden, um ihn sodann aus demselben zu tilgen. „Man kann nicht leugnen,“ heisst es in dem betreffenden Berichte der Statthalter, „dass der Conseil von Brabant sich mit der Freilassung der Deputirten etwas beeilt hat und dass verdoppelte Strenge gegen die am Platze gewesen wäre, welche der Justiz das vorzüglichste Corpus delicti entzogen haben . . . Wir waren überrascht über das schwächliche Benehmen des Conseils in einer so wichtigen Sache, wo Festigkeit die Stände ganz und gar gebeugt haben würde.“¹

Immerhin hatte der Schritt gegen die Deputirten die gehoffte Wirkung. Es wurde in die ständischen Register eine authentische Copie jener Proteste eingetragen und sodann in Gegenwart des Substitut-général aus denselben ausgestrichen, worauf man die vier Deputirten aus ihrem Arrest entliess (28. November).² Sonst aber führten die fortgesetzten Conferenzen

¹ Die Statthalter an den Kaiser. Bruxelles, le 29 novembre 1791. Concept. Vgl. Borgnet I, 313.

² Ueber den Tag, an dem dies geschah, differiren der eben citirte und ein zweiter Bericht Maria Christinens an den Kaiser, le 30 novembre 1791. A. A. (Copie und undatirter Bleifederentwurf Herzog Alberts ebenda.) Während jener von der Tilgung der Resolutionen bereits am 29. November als etwas „hier au soir“ Geschehenem spricht, heisst es in dem

trotz der sanguinischen Hoffnungen, die Metternich an die erfolgte Anerkennung der Legalität des Conseils von Brabant knüpfte,¹ nicht zu dem erwünschten Ziele. Vielmehr stellte sich nur zu bald heraus, dass selbst jene Anerkennung nur zum Scheine erfolgt war, da die Stände plötzlich behaupteten, dieselbe nur als Privatpersonen ausgesprochen zu haben.²

12. Verweigerung der Subsidies.

Auch ergaben sich in Bezug auf die Subsidies und Impôts neue Schwierigkeiten. Obgleich die in der Repräsentation vom 25. November enthaltene Bewilligung der Subsidies für das Jahr 1791 und die nachträgliche Zustimmung zu der üblichen Verwendung der Impôts desselben Jahres nur von den beiden ersten Ständen ausgegangen war, und obgleich die Zustimmung des dritten Standes fehlte, die in der Folge sogar verweigert wurde, nahm die Regierung doch das Anerbieten am 1. December entgegen,³ während sie hingegen die Repräsentation selbst unbeantwortet zurückwies. Dies hatte zur Folge, dass, als der Kanzler von Brabant am 29. November die Erhebung der Impôts für das folgende Halbjahr — vom 1. December 1791 bis 31. Mai 1792 — und die Bewilligung der Subsidies für das Jahr 1792 proponirte,⁴ die Stände erklärten, ihre Zustimmung erst nach Erfüllung ihrer Forderungen ertheilen zu können; sie fügten hinzu, dass diese ihre Zustimmung unnütz sei, so lange dieselbe nicht auch von dem dritten Stande gegeben würde, der sich dazu nur unter derselben Voraussetzung bestimmen lassen werde. Sie stellten ihre Ablehnung nicht als eine ‚positive und formelle Steuerverweigerung‘, sondern als das ihnen zustehende legale Mittel hin, um ihre Beschwerden zur Kenntniss des Souveräns zu bringen und deren Abhilfe durchzusetzen.⁵ Neuerdings

zweiten Berichte, es sei dies soeben erfolgt. Wir folgen natürlich dem ersten Berichte; vgl. auch die Wiener Zeitung 1791, S. 3218.

¹ Metternich an Kaunitz. Bruxelles, le 29 novembre 1791. Copie.

² Die Statthalter an den Kaiser, ddo. 23 décembre 1791. Concept.

³ Das früher citirte Schriftstück: Résultat des assemblées etc.

⁴ Ebenda.

⁵ Memoiren Herzog Alberts und deren Quelle.

sprachen sie die Absicht aus, eine Deputation nach Wien zu senden, und sie beharrten auf diesem Vorhaben, selbst als ihnen das Gouvernement die Erlaubniss hiezu mit dem Bedeuten versagte, dass der Kaiser sie nicht eher empfangen werde, als bis sie sich in Allem gefügt und das Subside bedingungslos bewilligt haben würden.¹

Umsonst setzten die Statthalter den Ständen — am 6. December — in Form eines Ultimatums einen 48stündigen Termin, der jedoch, da auf denselben ein Feiertag fiel, nachträglich (bis auf den 9. December Abends) verlängert wurde.² Die Stände fügten sich nicht. War ihre frühere Repräsentation vom 25. November noch an die Statthalter gerichtet gewesen, so wendete sich eine neue Repräsentation (vom 10. December) unmittelbar an den Kaiser. Sie fassten in derselben noch einmal alles das zusammen, was in der früheren Vorstellung enthalten gewesen war. Insbesondere baten sie nun formell um die Zulassung von Schiedsrichtern, wobei sie sich auf die Convention vom Haag beriefen, die durch Leopolds Inauguration ein integrierender Bestandtheil seiner Joyeuse entrée geworden sei.³

Zugleich fasste die Assemblée générale den Beschluss, dass es den Deputirten der beiden ersten Stände fortan untersagt sein sollte, sich in andere Geschäfte als in solche von rein administrativer Natur zu mischen. Würden Letztere, sei es in ihrer Eigenschaft als Deputirte, sei es als Mitglieder der Stände vor den Conseil von Brabant in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung citirt, so sollten sie dies Tribunal ‚par forme d’aver-tence‘ von dem Inhalte der verschiedenen Repräsentationen der Assemblée générale in Kenntniss setzen und vor Allem darauf bestehen, dass die Greffiers und die Secretäre, die aus dem

¹ Maria Christine an den Kaiser, 1^{er} décembre 1791. A. A. Copie von der Hand des Erzherzogs Carl.

² Die Statthalter an den Kaiser, 13 décembre 1791. Copie. Erzherzog Carl an Erzherzog Franz. Brüssel, den 8. December 1791. Orig. eig.

³ Die Vorstellung ist gedruckt und unterzeichnet: ‚Les Prélates, Nobles et Députés des chef-villes, représentants les trois Etats de votre Pays et Duché de Brabant. Par ordonnance signé I. I. I. Moris. Pour copie conforme à l’original, ce 12 décembre 1791. Van de Veld. De notre assemblée général, tenue à Bruxelles, le 10 décembre 1791.‘

grossen Conseil in den Conseil von Brabant übergetreten, mit neuen ‚lettres patentes‘ in brabantischer Form (redigées dans la forme brabançonne) versehen würden und den durch Art. 5 der Joyeuse entrée vorgeschriebenen Eid vor Uebernahme ihrer Functionen leisten müssten. Endlich sollten die Deputirten den Conseil darauf aufmerksam machen, dass nach demselben Artikel der Joyeuse entrée alle Räthe zu den Berathungen der öffentlichen Angelegenheiten oder solcher Gegenstände, die eine Plenarversammlung des Conseils erheischten, zugezogen werden müssten.¹

Die Stände hatten sich unmittelbar nach diesen Beschlüssen — noch am Abend des 10. December — vertagt, nachdem sie zuvor die für den Kaiser bestimmte Repräsentation durch den Minister den beiden Statthaltern zugesendet hatten. Doch wurden sie auf den Wunsch der Letzteren aufgefordert, am 12. ihre Sitzungen wieder aufzunehmen; dies zu dem Zwecke, um ihnen die an den Kaiser gerichtete Remonstranz — nach eingeholtem Gutachten der Mitglieder der Regierung, darunter des Kanzlers von Brabant — zurückstellen und die von dem Gouvernement infolge ihrer ablehnenden Haltung gefassten Beschlüsse mittheilen zu können. Dies geschah am 13. December, worauf die Stände aufgefordert wurden, auseinanderzugehen.²

Die Erklärung des Gouvernements vom 13. December besagte: 1. dass man die während der letzten Revolution von den Ständen contrahirten Schulden nicht zu legitimiren willens sei, sondern vielmehr ihre Rechnungen der strengsten Prüfung unterziehen wolle; 2. dass die gegen die Stände von Brabant bereits angestregten oder in Zukunft anhängig gemachten Processe — aus Anlass der erfolgten Wegnahme von dem Souverän gehörigen Effecten, der Vergeudung der öffentlichen Gelder und der Verschleppung der Staatsarchive — ihren Fortgang nehmen würden; 3. dass sich die Regierung vorbehalte, den Privatpersonen, welche gegen die Stände im Recht begründete

¹ Rapport du conseil de Brabant à Leurs Altesses Royales du 24 décembre 1791. Copie.

² Die Statthalter an den Kaiser. 13 décembre 1791. Copie. Erzherzog Carl an Erzherzog Franz. Brüssel, den 12. December 1791. Orig. eig.

Klagen vorzubringen hätten, durch ihre Fiscale zu unterstützen, und 4. dass die Amnestie für Brabant suspendirt sei.¹

Wie schon erwähnt, suchten die Stände von Brabant ihre Submission unter den Conseil von Brabant als eine erzwungene darzustellen. Um nun keinen Zweifel über die Legalität seiner Existenz aufkommen zu lassen, erliess der Conseil ausser anderen Acten der ihm zustehenden Legislativgewalt, zugleich entsprechend dem schon früher geäusserten Wunsche des Statthalterpaares, ein Decret, welches den Ständen die Auslieferung der denselben während der Revolution in die Hände gefallenen Actenstücke auftrug.² Infolge dessen fanden sich am 20. December um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr Vormittags de Duras, Abt von Villers, Scorel, der Bürgermeister von Antwerpen, und de Jonghe, der Pensionär der Stände, bei dem bevollmächtigten Minister ein. Sie erklärten, dass es die Absicht der Stände sei, dem Staatssecretariate die Papiere und Documente zurückzustellen, die während der Insurrection durch ihr Zuthun fortgeschafft worden seien, fügten aber hinzu, dass sie nur jene Papiere zurückstellen könnten, die wirklich in ihren Besitz gelangt, nicht aber jene, welche von Privatpersonen entwendet worden seien. Sie theilten ferner Metternich mit, die Stände hätten beschlossen, jenes Schreiben an Seine Majestät, das anzunehmen sich Ihre königlichen Hoheiten geweigert hätten, durch einen ihrer Deputirten zu Füßen des Thrones niederzulegen und bäten daher um die Erlaubniss und Zustimmung der Statthalter zu diesem beabsichtigten Schritte. — Metternich erklärte sich im Namen des Gouvernements zur Annahme der angebotenen Papiere bereit, doch müssten die Deputirten zuvor, da es sich um ein Decret des Conseils von Brabant handle, vor demselben erscheinen und eidlich beschwören, dass sie von den fraglichen Papieren nichts zurückbehalten hätten und dass sie auch alle jene Papiere, die etwa noch in der Folge sich bei ihnen vorfinden oder in ihre Hände gelangen würden, zurückzustellen bereit seien. Bezüglich des zweiten Punktes verwies Metternich auf jene Depesche, welche das Statthalterpaar schon früher an die Stände gerichtet habe; die Statthalter müssten es den Ständen anheimstellen, was sie

¹ Gachard, Etudes et notices III, 379. Wiener Zeitung 1791, S. 3308.

² Metternich an Kaunitz a. a. O.

beschliessen würden: sie selbst gedächten nicht, ihnen die Absendung eines Deputirten nach Wien zu verbieten, aber ebenso wenig seien sie in der Lage, ihnen dazu ihre Zustimmung oder Erlaubniss ertheilen zu können.¹

Von den am 10. December gefassten Beschlüssen der Assemblée générale setzten die Deputirten derselben durch eine vom 22. December datirte Zuschrift den Conseil von Brabant am 23. December in Kenntniss, desgleichen von der Absicht der Stände, bei ihren früheren Vorstellungen zu beharren, denen zufolge der Kaiser die Entscheidung des Streites über den Conseil von Brabant Schiedsrichtern überlassen möge. In einem zweiten Schreiben an den Conseil vom 23. December, das aber nur auf den Namen der beiden ersten Stände lautete, wiesen die Deputirten auf den Umstand hin, dass das auf die Auslieferung der Actenstücke und Papiere bezügliche Réquisitoire des Substitut-procureur-général, Leenher, von L. Mosselmann unterzeichnet sei, den die Stände nicht als Greffier oder Secretär betrachten könnten, da er nicht mit den in brabantischer Form ausgefertigten ‚lettres patentes‘ ausgestattet worden sei und nicht den Eid nach Art. 5 der Joyeuse entrée geleistet habe. Endlich übermittelten die Deputirten dem Conseil die Copie eines am 23. December an die Statthalter gerichteten Schreibens, worin sie behaupteten, dem erwähnten Réquisitoire vollkommen gerecht geworden zu sein, so dass jede weitere Procedur zu unterbleiben habe. Wirklich wurde am 23. December um 2 Uhr Nachmittags eine grosse Menge Papiere im Bureau des Secretariates jenes Conseils niedergelegt, über welche De Coster, einer der Huissiers der Stände, die Consignation hatte anfertigen lassen.²

¹ Note verbale de l'entretien du ministre plénipotentiaire avec les députés des Etats de Brabant, du 20 décembre 1791. Metternich an Kautz, 20 décembre 1791.

² Rapport du conseil de Brabant à Leurs Altesses Royales du 24 décembre 1791. „En effet, ils ont fait déposer au bureau de la secrétairerie de ce conseil hier à 2 heures de l'après-midi une grande masse de papiers, en conséquence d'une résolution prise par eux le dit jour qui charge le nommé De Coster, l'un des huissiers des Etats de faire la consignation de ces papiers sous le secrétaire Delvaux ou le commis consignataire Marras, à fin que, porte la résolution, ces mêmes papiers puissent être

Das Charakteristische an den beiden Schreiben vom 23. December war, dass sich die Stände von Brabant zum ersten Male an den Conseil in corpore wendeten, während die früheren Zuschriften blos an den Kanzler zur Information seiner ‚compagnie‘ gerichtet gewesen waren. Die Statthalter legten diese Schreiben einer Jointe vor, zu der auch der Kanzler, der Vicekanzler, der Fiscal und ein Rath des Conseils von Brabant zugezogen wurden. In dieser Jointe fiel die Ansicht einstimmig dahin aus, dass die Secretäre und Greffiers des Conseils von Brabant, die in dem grossen Conseil von 1789 Dienst genommen, den durch Art. 5 der Joyeuse entrée vorgeschriebenen Eid den Ständen abzulegen hätten. Es stand dies zwar in Widerspruch mit früheren Weisungen des Kaisers, allein die Statthalter beriefen sich auf Mercy, der dazu gerathen habe, und zwar, weil in der Jointe geltend gemacht wurde, dass der Buchstabe der Joyeuse entrée nicht interpretirt werden dürfe, zumal dieselbe in Bezug auf den Eid der Secretäre und Greffiers durch ein Decret Erzherzog Albrechts von 1592 und noch in jüngster Zeit, 1787 auf eine Interpellation der Stände von dem Conseil von Brabant, 1788 aus freiem Antriebe von der Regierung bestätigt worden sei. Die Statthalter beriefen sich überdies auf die Weisungen des Kaisers selbst, der ihnen stets empfohlen habe, unverrückt auf dem Wege des Rechtes zu verharren, den sie auch in diesem Falle nicht verlassen könnten, da die in der Jointe anwesenden Mitglieder des Conseils von Brabant dies als die einstimmige Meinung jener obersten Justizstelle des Landes bezeichneten. Wohl hegten die Statthalter die Besorgniss, dass eine derartige Entscheidung die Stände veranlassen könnte, die Acte selbst oder wenigstens die Expedition der Acte anzufechten, die unter der Signatur jener Greffiers und Secretäre während der Zeit, wo sie den Eid noch nicht geleistet hatten, erfolgt seien. Doch die Mitglieder des Conseils von Brabant versicherten, dass ein Einwurf dieser Art erst von dem Zeitpunkte jener formellen Interpellation gelten würde, welche die Deputirten der Stände in dieser Sache an den Conseil am 23. December gerichtet hätten. Dies gab für die Statthalter

levés par qui Leurs Altesses Royales ou le gouvernement trouvera à propos.

den Ausschlag, obgleich sie sich und dem Kaiser nicht verhehlten, dass der Rath von Brabant, wie sich auch in diesem Falle zeige, für sie nur eine schwache Stütze sei.¹

Uebrigens waren die Statthalter der Ansicht, dass es die Stände nur darauf abgesehen hätten, Zeit zu gewinnen. Denn so lange die von denselben beabsichtigte Deputation in Wien verweile, würde Alles in suspenso verbleiben, und da nach ihrer Verfassung eine derartige Deputation, gleich jener des Jahres 1787, Alles nur ad referendum annehmen dürfe, so würde darüber der Frühling anbrechen und dieser voraussichtlich in Frankreich zu Ereignissen führen, die sie zu ihrem Vortheile auszunützen gedächten.² Die französischen Factiösen setzten, wie Metternich meldet, Alles ins Werk, um in Belgien ähnliche Unordnung wie in Frankreich hervorzurufen. Allenthalben wurden — trotz aller Wachsamkeit der Regierung — Brandschriften verbreitet, von denen eine den Titel führte: ‚Les Français libres aux Belges leurs amis.‘ Zu Maubeuge, im französischen Hennegau, hiess es, hätten die ‚amis de la constitution française‘ am 27. November einige Brabançons in ihren Club eingeführt und sie aufgefordert, in ihrer Heimat die Liebe zur Freiheit und Unabhängigkeit zu predigen. Mit Beunruhigung blickte man insbesondere auf Paris, wo Bethune schon damals bemüht war, alle unzufriedenen Elemente in Belgien unter seiner Leitung zu einer Partei zu verschmelzen.³

Darum sprachen am 13. December neuerdings die Statthalter in Uebereinstimmung mit dem Rathe von Brabant die Ansicht aus, dass der gesetzliche Weg allein gegen die Stände von Brabant nicht ausreichen werde, sondern dass man früher oder später sich gezwungen sehen werde, ein Exempel zu statuiren, zu dem schon das durch das Versiegen der Subsidies und der Impôts verursachte Deficit in den kaiserlichen Cassen dränge.⁴ Indess spiegelt sich die Rathlosigkeit, in der sich die Brüsseler Regierung angesichts der Steuerverweigerung befand, in

¹ Die Statthalter an den Kaiser, le 26 décembre 1791. Concept.

² Maria Christine an den Kaiser, 1^{er} décembre. A. A. Copie von der Hand des Erzherzogs Carl.

³ Metternich an Kaunitz. Bruxelles, le 8 décembre 1791. Concept.

⁴ Die Statthalter an den Kaiser, le 13 décembre 1791. Copie.

den Massregeln ab, deren Ausführung sie zur Abwendung der finanziellen Verlegenheit empfahl. Bald beantragte man, Truppen auf die Güter der Führer der ständischen Opposition zu verlegen,¹ bald verlangte man von dem Conseil von Brabant, dass er über jene Güter den gerichtlichen Sequester verhängte. Da man indess nur zu bald die Wahrnehmung machte, dass von diesem Tribunal ein Decret, welches etwa die fehlende Zustimmung der Stände zu den ordentlichen Abgaben ersetzen würde, kaum zu erlangen sei, und da auch das Interdict des Conseils, demzufolge sich die Ausgaben der Stände auf den Bereich ihrer gewöhnlichen Verwaltung beschränken und nicht ohne vorausgängiges Octroi erfolgen sollten, unzureichend erwies, weil ja doch die Einnahmen selbst und die Beamten von den Ständen abhängig blieben, und weil den Malversationen der Letzteren nur bei vollem Beweise vor Gericht, der äusserst schwer zu erbringen war, Einhalt gethan werden konnte, kam das Gouvernement mit entsprechenden Modificationen auf seinen früheren Vorschlag zurück. Darnach sollten die Statthalter zu der Erklärung ermächtigt werden, dass die Befugniss, die Subsidies zu bewilligen oder zu verweigern, sich mit dem allgemeinen Wohl nicht in Widerspruch setzen dürfe, dass kein Staat Europas im Stande sei, eine bewaffnete Macht ohne Beihilfe des Theiles der Bürgerschaft, der daraus alle Vorthelle ziehe, zu erhalten, dass den Kaiser die Steuerverweigerung mit Schmerz und Indignation erfüllt, dass er aber von der Loyalität der Nation erwarte, dass dieselbe aus freien Stücken und nach eigenem Ermessen zu einer im Lande zu eröffnenden Contribution beisteuern werde, dass er, um ihnen dies ohne Ueberbürdung möglich zu machen, den Bewohnern von Brabant untersage, den Ständen, unter welchem Vorwand immer, etwas zu bezahlen, ausser das, was zur Bestreitung der Interessen und der fixen Rückzahlungen erforderlich sei, dass der Kaiser hoffe, dass der Eifer und die Treue der Brabanter sich nicht an die willkürliche Interpretation halten werde, welche die Stände der Verfassung zu geben wagen, dass aber, wenn es diesen dennoch gelingen sollte, das Volk so zu verblenden, dass die freiwillige Contribution nicht dem Betrage der gewöhnlichen Subsidies gleich-

¹ A. a. O.

komme, deren er unbedingt für Quartier und Unterhalt seiner in der Provinz liegenden Truppen bedürfe, er sich genöthigt sehen würde, dem Generalcommandanten den Auftrag zu ertheilen, sich in natura beides auf dem gewöhnlichen Fusse gegen Recepisse und auf spätere Abrechnung zu verschaffen.¹

Auch der Wiener Hof liess es in seinen Rückäusserungen auf die aus Brüssel einlangenden Berichte nicht an allerlei Vorschlägen fehlen, wie man den aus der Verweigerung der Abgaben und aus dem Stocken aller Verhandlungen mit den Ständen sich ergebenden Verlegenheiten entgehen könne. Schon am 25. December beantragte Kaunitz, dass das Statthalterpaar aus eigener Machtvollkommenheit die Impôts auf demselben Fusse wie im letzten Jahre erheben möge, in Form eines Depôts, bis zu dem Zeitpunkte, wo ein Arrangement in dieser Sache erfolgen werde. Zu diesem Zwecke möge man — meinte er — eine Ordonnanz erlassen, deren Registrirung der Conseil von Brabant voraussichtlich nicht verweigern werde und auf Grund deren man, falls die Contribuenten sich weigern sollten, zur Anwendung von Gewalt schreiten könnte.² Einige Tage später kommt er auf diesen Gedanken zurück, indem er zugleich den Vorschlag beifügt, mittelst einer Interpellation die Stände zur Angabe der Gründe ihrer Weigerung zu veranlassen; sollte aus dieser Antwort ihr übler Wille ersichtlich werden, so würde man mit um so mehr Recht den Sequester auf ihre Güter legen und sie als öffentliche Ruhestörer behandeln können.³ In einer dritten Depesche werden diese Vorschläge modificirt und zum Theile weiter ausgeführt. Um der Verschleuderung der öffentlichen Gelder durch die Stände zu begegnen, müsse man die Rechnungen derselben einer strengen Prüfung unterziehen und sobald irgend eine Malversation seitens derselben zum Vorschein komme, den Conseil von Brabant auffordern, über die betreffenden Gelder den Sequester zu verhängen. Würde dieser sich weigern oder sich partiisch für die Stände zeigen, so könne man aus eigener Machtvollkommenheit den Sequester anordnen, die ständischen Steuerbeamten

¹ Die Statthalter an den Kaiser, le 23 décembre 1791. Concept.

² Kaunitz an Metternich. Vienne, le 25 décembre 1791. Orig.

³ Kaunitz an Metternich. Vienne, le 29 décembre 1791. Orig.

in Eid nehmen und die, welche sich weigern würden, den Eid zu leisten, vom Amte suspendiren und durch andere ersetzen. Da es sich hiebei nicht um den Vortheil des Fiscus, sondern lediglich um die Sicherheit der öffentlichen Gelder handle, so könne ein derartiger Act der Autorität keinen nachtheiligen Eindruck auf die Gesammtheit der Bevölkerung machen, während, was die Uebelgesinnten betreffe, nichts mehr zu gewinnen oder zu verlieren sei. Dagegen sprach sich Kaunitz gegen das von dem Statthalterpaar proponirte Edict aus, durch das eine freiwillige Contribution erzielt werden sollte. Wahrscheinlich — meinte der Staatskanzler — würden derartige Contributionen den damit verbundenen Zweck verfehlen und man also unnützer Weise die Autorität und Würde des Kaisers compromittiren. Es sei Pflicht der Unterthanen, nach Massgabe ihrer Mittel zu den Bedürfnissen des Staates beizutragen; stelle man nun diese Beisteuer ihrem guten Willen anheim, so werde dies wenigstens von den Brabançons so gedeutet werden, als leiste man auf das Recht des Souveräns, die Steuern zu fordern, und auf die Pflicht der Unterthanen, dieselben zu leisten, Verzicht. Auch gegen die Anwendung militärischer Executionen erklärt sich Kaunitz. Man würde dadurch die Welt in Allarm versetzen und Anlass geben, über Bruch der Verfassung zu schreien. Man werde vielleicht das Ziel eher erreichen, wenn man durch ein Edict verkünde, dass die Stände die Subsidies zwar ganz oder theilweise versagen können, falls sie zu beweisen im Stande seien, dass die gesammte Summe der Subventionen nicht nöthig für die Bedürfnisse des Staates, oder dass das Volk nicht im Stande sei, sie zu leisten, oder falls sie andere gewichtige Gründe, die das Wohl des ganzen Volkes beträfen, anzuführen vermöchten, dass aber Seine Majestät nie zulassen werde, dass auf Grund einer falschen und missbräuchlichen Interpretation der Privilegien ein kleines Häuflein Menschen, die als Stände tagten, ihn zwingen, auf jede ihrer nur den Privatinteressen förderlichen Bitten, so extravagant und ungerecht, ja schädlich für die Gesammtheit sie seien, einzugehen. Daher ordne Seine Majestät provisorisch die Forterhebung der Impôts auf dem Fusse der letzten Bewilligung an, bis hierüber eine Verständigung mit einer neuen Ständeversammlung erfolgt sein werde, die Seine Majestät

berufen wolle, nachdem sie zuvor von den Mitgliedern würde gesäubert sein, welche man bisher nicht nach der vollen Strenge des Gesetzes für die während oder aus Anlass der Rebellion begangenen Verbrechen bestraft, indem sich Seine Majestät zugleich vorbehalte, bezüglich der Wiedererlangung des Subside dasjenige zu veranlassen, was in dem Falle geschehen müsste, wenn wider Erwarten die Stände auch in jener neuen Versammlung ihre Zustimmung versagten. Uebrigens — setzt Kaunitz hinzu — müsse man in diesem Edicte zugleich auch die befriedigende Aufführung der anderen Provinzen lobend hervorheben. Biete der Conseil von Brabant seine Hand zur Emanation eines derartigen Edictes, so sei dies um so besser; weigere er sich, so bleibe nichts übrig, als dasselbe aus souveräner Machtvollkommenheit zu publiciren. Uebrigens müsse man den Fiscal veranlassen, nicht blos gegen die bekannten Rädelsführer der Revolution, gegen Van der Noot, Van Eupen und den Abt von Tongerlo, wozu man auch noch Van der Mersch und den Advocaten Vonck fügen könne, sondern auch gegen andere mitschuldige Ständemitglieder, wie den Bischof von Antwerpen, den Grafen von Limminghe und so fort einzuschreiten. Da man sich indess bei derartigen Massregeln nicht an die Verfassung halten könne und zu befürchten sei, dass der Conseil von Brabant Parteilichkeit oder Schonung gegen die Personen an den Tag legen werde, die man auf Grund der letzten Revolution gerichtlich verfolgen wolle, so werde man vielleicht darauf Bedacht nehmen müssen, ein besonderes Tribunal zu errichten, um die betreffenden Fälle zu untersuchen und zu entscheiden. Indess bezeichnet Kaunitz all diese Vorschläge als blosse Ideen, die Seine Majestät den königlichen Hoheiten an die Hand geben wolle, um sie ihrerseits in Erwägung ziehen zu lassen. Seine Majestät ermächtige sie, diese Ideen ganz oder theilweise zu adoptiren, oder auch andere Entschlüsse zu fassen, die etwa den localen Verhältnissen mehr entsprechen sollten, und autorisire sie zugleich, diejenigen, welche ihnen die passendsten zu sein scheinen, in Vollzug zu setzen. Hingegen war der Wiener Hof mit der Entscheidung bezüglich des Eides, den die Secretäre und die Greffiers des Conseils von Brabant den Ständen leisten sollten, auch jetzt nicht zufrieden, da man dadurch von dem so sehr empfohlenen Grundsatz, Alles auf

die Observanz unter der Regierung Maria Theresias zurückzuführen, abgewichen sei, und dies eine Menge ähnlicher Prä-tensionen hervorrufen könne. ‚Ich hätte wenigstens gewünscht,‘ fügt Kaunitz bei, ‚dass man diese Nachgiebigkeit des Gouvernements als ein neues Zugeständniss oder als die seitens des Souveräns erfolgte freiwillige Wiederherstellung eines factisch längst abolirten Brauches dargestellt hätte und ist noch Zeit dazu, so wäre es gut, der Sache diese Wendung zu geben.‘¹

Ausser den schon oben angedeuteten Massregeln hatte indess das Gouvernement noch ein anderes Mittel vorgeschlagen, von dem es hoffte, dass dasselbe der Opposition der Stände erfolgreich begegnen werde. Die Statthalter bezeichneten nämlich den Bischof von Antwerpen, den muthmasslichen Verfasser der Repräsentation an den Kaiser, als das Haupt der Opposition. Ihm sei es vor Allem beizumessen, dass ein Ausgleich nicht zustande kam. Schon hatte die Majorität des Adels mit der Minorität des Clerus für denselben gestimmt, so dass, hätte man nach Köpfen gezählt, man der Majorität sicher gewesen wäre. Allein zuletzt riss die Majorität des Clerus den Adel mit sich, während der dritte Stand vermuthlich von Anfang an für denselben gewonnen war. Das Alles — meinten die Statthalter — lege den Gedanken nahe, den Wünschen jener Partei entgegenzukommen, die eine Aenderung der Repräsentation anstrebe. Die Gesellschaft der ‚amis du bien public‘ habe ein darauf bezügliches Memoire überreicht, das dem Conseil privé und dem Conseil von Brabant übergeben worden sei, um es zu prüfen und um sich darüber auszusprechen, inwie weit das Project adoptirt werden könne, was aus demselben zu entfernen oder was demselben beizufügen sei, auf dass die Aenderung ohne Ruhestörung und ohne Nachtheil für den Souverän vor sich gehe. Vorläufig habe, da die Stände die auf den Streit mit der Regierung bezüglichen Actenstücke heimlich drucken und circuliren liessen, auch die Regierung beschlossen, ein historisches Exposé alles dessen, was sich in den Verhandlungen mit den Ständen von Brabant seit dem

¹ Kaunitz an Metternich. Vienne, ce 9 janvier 1792. Orig.

Wiedereinmarsch der Truppen zugetragen habe, unter die Presse zu geben.¹

Hier gelangen wir nun zu dem Punkte, wo uns zum ersten Male die von der Meinung des Statthalterpaares abweichenden Ansichten Metternich's auch in officiellen Actenstücken entgegenreten. Sie sind in einem reservirten Berichte desselben an Kaunitz vom 14. December niedergelegt. Das Gouvernement — heisst es in diesem Berichte — habe beschlossen, sich gegenüber den Ständen blos des Weges des Rechtes zu bedienen, gleichzeitig nichts zu unterlassen, um den Einfluss des Clerus, der in diesem Lande so wichtig sei, für sich zu gewinnen und Brabant von den übrigen Provinzen möglichst zu isoliren. Er habe diesen drei Punkten des Programms die grösste Aufmerksamkeit geschenkt und könne sagen, dass sie bisher von dem erwarteten Erfolge begleitet gewesen seien. Die Stände hätten sich insoweit gefügt, als sie durch einen öffentlichen Act die Legalität des Conseils von Brabant anerkannten, wozu sie früher nicht zu bewegen waren. Der Clerus — ausgenommen jener von Antwerpen — zeige wenigstens eine reservirte Haltung; sei sie auch nicht loyal und gereiche sie auch dem Stande keineswegs zum Ruhme, so sei es doch immerhin wenigstens etwas, und ausserdem sei nicht zu übersehen, dass die Bischöfe fast insgesamt durch ihre Erlässe das Volk zu beruhigen suchen. Auch müsse man den geistlichen Corporationen die Gerechtigkeit widerfahren lassen, dass sie mit gutem Beispiele den übrigen vorangingen, indem sie der Liquidation der Revolutionsschulden namhafte Beträge widmeten. Das Gouvernement habe anderseits die Schwierigkeiten bezüglich der Subsidies und dergleichen in den übrigen Provinzen glücklich überwunden und selbst in Brabant erweise sich in dieser Hinsicht die Reactivirung des Conseils der Provinz vortheilhaft. Der einzige Differenzpunkt, der die Wiederkehr der Ruhe hindere, betreffe also die Entfernung der früheren fünf Räthe; aber gerade in dieser Sache habe der Kaiser das Recht für sich, und dies sichere ihm auch den Erfolg. Dasselbe gelte von den Subsidies, welche übrigens die Stände bisher nicht bestimmt verweigert hätten. Es stehe nämlich

¹ Die Statthalter an den Kaiser, 13 décembre 1791. Copie.

den Ständen, denen es blos darauf anzukommen scheine, durch Ausflüchte Zeit zu gewinnen, nach Art. 59 des Inauguralpactes das Recht, ihre Zustimmung zu versagen, nur dann zu, wenn die Verfassung offenbar verletzt werde; das sei aber gegenwärtig nicht der Fall. Er glaube, die Widersetzlichkeit der Stände werde von Aussen, und zwar von England, genährt; nicht zwar als beabsichtige man eine zweite Revolution, wozu es den Unzufriedenen an den nöthigen Mitteln fehle, wohl aber hoffe man dadurch den Kaiser von der Einmischung in die Angelegenheiten Frankreichs zurückzuhalten. Wohl stehe der Regierung das Recht zu, den Ständen, falls sie es wagen würden, das Subside offen zu verweigern, durch geeignete Mittel zu begegnen; aber er hoffe, dass es die Klugheit der Stände nicht dazu werde kommen lassen. Auch baue er auf die Weisheit des Statthalterpaares, welches voraussichtlich auch diese Schwierigkeit bewältigen werde, und eben in dieser Hoffnung könne er nicht dazu rathen, zu einer neuen Organisation der Repräsentativverfassung von Brabant seine Zuflucht zu nehmen. Angesichts der politischen Lage Europas sei ein derartiger Versuch bedenklich: er würde nur zu neuen Intriguen im Lande und in der Nachbarschaft Anlass geben. Die Philosophie des Zeitalters schreite immer weiter vor und die Franzosen setzen Alles ins Werk, um ihren Irrthümern in Belgien Eingang zu verschaffen. Es sei daher schwer, in diesem Augenblicke populäre Assemblées zu bilden, ohne zugleich Bewegungen Thür und Thor zu öffnen, welche die Demokraten zu ihren Gunsten zu wenden suchen würden.¹

Es ist übrigens bemerkenswerth, dass sich auch Erzherzog Carl in dem gleichen Sinne aussprach. Dieser wurde nämlich trotz seines jugendlichen Alters durch alle jene Vorgänge auf das Tiefste berührt. ‚Der Eindruck, den das Vorgehen der Stände auf Deinen Sohn macht,‘ schreibt Maria Christine an den Kaiser, ‚ist nicht zu beschreiben. Erzogen, wie alle seine Brüder, mit einem geraden und ehrlichen Charakter, unfähig jeder Lüge und jedes Truges, kann er sich nicht genug darüber wundern, dass es Leute von so schlechter Gesinnung

¹ Metternich an Kaunitz. Bruxelles, le 14 décembre 1791. Copie. (Réservé.)

gibt.¹ Wir besitzen übrigens aus dieser Zeit auch zwei intime Schreiben des Erzherzogs selbst an seinen Bruder Franz,² in welchen er denselben Empfindungen Ausdruck gibt und die so eingehend sind, dass man sie als die ersten Versuche auf dem Gebiete jener Staatsschriften betrachten kann, in denen er in der Folge einen so hohen Grad von Meisterschaft erreichen sollte. Als den grössten Nachtheil des gegenwärtigen Zustandes der Dinge erachtete er, dass dadurch die Royalisten enttäuscht und entmuthigt würden und dass sie entweder den Souverän ganz verliessen und sich auf die Seite der Stände schlugen, welche Alles ungestraft sagen und unternehmen dürften, oder sich der Sache des Souveräns, die dieser selbst nicht zu stützen vermöge, so wenig annehmen, dass die beiden anderen Parteien immer die Oberhand behielten. „Ich sage,“ fügt er bei, „beide Parteien, da die der Demokraten uns vielleicht ebenso gefährlich und noch gefährlicher ist als die der Stände.“ Auch Erzherzog Carl spricht sich — und es beweist dies, wie sehr er bei aller Empfänglichkeit für die Anschauungen seiner Adoptiveltern bereits in jungen Jahren sich die Selbstständigkeit des Urtheils zu wahren verstand — gegen die Abänderung der bestehenden Repräsentativverfassung der Stände von Brabant aus. Er hält dies für unmöglich, da man die Constitution beschworen habe, und für bedenklich, da dies gerade der Punkt sei, mit welchem die Demokraten in Frankreich den Anfang gemacht. „Mit einem Worte,“ meint er, „die Absicht dieser Demokraten ist, ganz langsam das französische System bei uns einzuführen, welches uns ohnedies wegen der Nachbarschaft und wegen der Verbindungen äusserst gefährlich ist, so die hiesigen Bewohner mit den Franzosen haben.“ Es gereicht ihm noch zum Troste, dass das abergläubische und einfältige Volk so sehr an seinen fanatischen Priestern hänge, so sehr er auch die Parteilichkeit der Letzteren für die Stände beklagt. „Wir befinden uns hier,“ schliesst der Erzherzog, „in fataler Lage zwischen allen diesen Parteien, welche man nie alle zugleich befriedigen kann, da sie alle das Widerspiel verlangen, und da man so oft eine bestraft oder einer Vortheile macht, zwey degoutiret und die, für

¹ Maria Christine an den Kaiser, ce 26 novembre 1791.

² Vom 8. und vom 12. December 1791. Orig.

welche man etwas gethan hat, auch nicht befriediget, da sie beständig finden, dass man nicht genug für sie oder wider die andere gethan hat. Der beste parti, welchen man in dieser Lage nehmen kann, ist, seinen Weg beständig fortzugehen, beständig aber gerecht zu sein, da man gewiss immer den Kürzeren ziehet, wenn man alle Partheyen schonen oder gewinnen will. Dies ist unser hiesiger Operationsplan und dies ist gewiss der beste und der einzige und welchen ich auch mein Mögliches mache, in allen Gelegenheiten einzurathen und zu soutenir.¹

Auch der Wiener Hof sprach sich jetzt entschieden gegen eine Abänderung der Repräsentativverfassung von Brabant aus; Kaunitz insbesondere war von dem Standpunkte, den er einst (Depesche vom 6. Februar 1791) eingenommen hatte, vollständig zurückgekommen. Auch er besorgte den Einfluss der französischen Revolution auf das österreichische Nachbarland. Besonders empfahl er die Brandschriften, die von dort aus in Belgien verbreitet würden, der ernstesten Aufmerksamkeit des Gouvernements. Vor Allem aber, meinte er, dürfe man weder Einzelne noch ganze Gesellschaften dulden, die sich zu Reformatoren der bestehenden Verfassungen aufspielen wollen, und keine Fraction begünstigen, auch jene nicht, die unter dem Vorwand der Ergebenheit gegen den Souverän an der vorhandenen Ordnung der Dinge zu rütteln suchen.¹ Auch er verkennt nicht die Vorthelle, welche ein neues Repräsentativsystem an Stelle des alten gewähren würde. Aber im Momente könne davon nicht die Rede sein, da dies ein Abgehen von dem Princip in sich schliessen würde, Alles, was die Verfassung anlangt, auf den Fuss zurückzuführen, auf dem es sich zur Zeit der verstorbenen Kaiserin-Königin befand. Letzteres Princip sei die Aegide gegen die Schläge, welche etwa England, vielleicht im Einvernehmen mit den Häuptern der Unzufriedenen in den Niederlanden, uns zu versetzen trachte, sobald sich ein Vorwand dazu finden würde. „Uebrigens,“ schliesst Kaunitz, „sollte jene Gesellschaft der Amis du bien public, die man zu beschützen scheint, meiner Ansicht nach nicht einmal geduldet werden, da man durch den Schutz, den man Privatpersonen,

¹ Kaunitz an Metternich. Vienne, le 21 décembre 1791. Orig.

die kein Recht haben, sich in die öffentlichen Angelegenheiten zu mengen, zu Theil werden lässt, dieselben ermächtigt, sich, wenn auch nicht zu Gesetzgebern, so doch zu Rathgebern des Gouvernements aufzuwerfen, zumal diese Gesellschaft im Grunde beinahe in die Classe Jener gehört, die in Frankreich so viel Unruhen veranlasst haben, und wenn sie bisher noch nicht eine so gefährliche Rolle spielt, so geschieht dies vielleicht nur deshalb, weil sie nicht eine hinlängliche Anzahl von Anhängern findet.¹

13. Bethune-Charost und die amis du bien public.

Bei der ablehnenden Haltung der Regierung gegenüber dem weitverbreiteten Wunsche nach einer Abänderung der ständischen Vertretung mussten sich allmählig auch ihre Beziehungen zur demokratischen Partei verschlimmern. Noch im Sommer des Jahres 1791 waren dieselben recht freundlich gewesen. Metternich empfing mit Auszeichnung die Mitglieder der société du bien public, als sie ihn an das gegebene Versprechen erinnerten, nach erfolgter Inauguration die in Aussicht gestellten Reformen durchzuführen. Noch freundlicher war der Empfang, den ihnen die Erzherzogin bereitete, welche ihr Secretär Nieulant für seine Parteigenossen zu gewinnen suchte. Doch zuletzt musste selbst Nieulant zur Geduld mahnen. ‚Glauben Sie mir,‘ schrieb er an Vonck, ‚die Souveräns sind oft mehr zu beklagen als wir. Mit dem besten Willen und dem grössten Verlangen, zuweilen sogar mit den Mitteln, das Gute zu thun, verzögern Umstände gar oft den Eintritt desselben; sie leiden darunter um so mehr, als man die Verzögerung ihnen gar oft zum Verbrechen anrechnet.‘ Die Antwort Vonck's lautete bitter. Er machte zwar nicht die Statthalter für die Enttäuschung verantwortlich, welche seiner Partei bereitet wurde; er gab vielmehr zu, dass sie in ihren Vollmachten vielfach beschränkt seien und sich fremden und entfernten Einflüssen nicht entziehen könnten. Aber er schloss mit den herben Worten: ‚Was mich, so wie den besseren und vernünftigeren Theil der Nation am meisten überrascht, ist, dass die Menschen, welche die Ehre Belgiens vernichtet und die heiligsten Rechte mit

¹ Kaunitz an Metternich, le 29 décembre 1791. Orig.

Füssen getreten haben, noch einmal berufen sind, die Interpreten eines Volkes zu sein, dem ihr Name ein Gegenstand des Fluches sein sollte.¹

Von den beiden Häuptern der Partei war Van der Mersch auf Grund der ihm zu Theil gewordenen Amnestie nach Belgien zurückgekehrt. Vonck hingegen hatte bisher allen Verlockungen widerstanden, so sehr es sich auch die Regierung angelegen sein liess, ihn durch Vicomte Nieulant ebenfalls zur Rückkehr zu bewegen. Er war fest entschlossen, der Einladung nur dann Folge zu leisten, wenn er die Gewissheit erlangt haben würde, dass seine Pläne von der Regierung adoptirt worden seien. Immer deutlicher gab er Nieulant zu verstehen, dass ihn die Politik der Regierung nicht befriedige, die aus Furcht vor einer Intervention der Garantiemächte vor einer Reform der ständischen Verfassung zurückschrecke und unter dem Vorwande einzelner Verbesserungen in die Bahnen jenes josefinischen Absolutismus einlenke, der die frühere Erhebung hervorgerufen habe. Er blieb unter dem Vorwande erschütterter Gesundheit in Lille, wo er, von Spähern umgeben, eine fieberhafte Thätigkeit entfaltete, sechs Secretäre bei seinen literarischen Arbeiten beschäftigte und eine rege Correspondenz mit Parteigängern, wie Waemaels und Walckiers, unterhielt, von denen der Letztere bald nach seiner Rückkehr Belgien neuerdings verlassen hatte und nach Paris gegangen war, wo er mit einflussreichen Mitgliedern der Nationalversammlung in Verbindung stand.²

So hatte die Regierung durch ihre Unentschiedenheit sich neuerdings die beiden grossen Parteien des Landes entfremdet, als in Frankreich (October 1791) die gesetzgebende an die Stelle der constituirenden Versammlung und damit zugleich an die Stelle früherer Zurückhaltung die Neigung trat, neue Unruhen in Oesterreichisch-Belgien anzufachen. Nahe der belgischen Grenze sammelten sich die Emigranten beider Parteien an: die Conservativen zuerst auf holländischem Boden zu Breda, dann, durch die Generalstaaten ausgewiesen, zu Douay in Frankreich, ihre Gegner, die Vonckisten, zu Lille. Die ,Amis

¹ Juste a. a. O. 148—151.

² Borgnet I, 2, 319.

de le constitution de Lille¹ hatten schon im August sich an die französische Nationalversammlung mit einer Adresse gewendet, auf dass den zu ihnen vor dem österreichischen Despotismus geflüchteten ‚Bürgern Brabants‘ ein Sammelplatz angewiesen werden möge, um daselbst auf eigene Kosten ein Corps zu formiren, das sodann entweder mit den Franzosen wider den gemeinsamen Feind kämpfen oder auf eigene Faust eine Diversion nach Belgien unternehmen sollte.¹

An die Spitze der Emigration zu Douay, der sogenannten ‚Conföderirten‘, trat der Graf Armand Louis de Bethune-Charost, ein junger Abenteurer, der von den alten Grafen von Flandern abzustammen behauptete. Sein schillerndes Benehmen hatte zur Folge, dass man Anfangs wenigstens nicht wusste, was man von ihm halten sollte. Während Metternich der Meinung war, dass er zu den Demokraten neige, während Vonck ihn des Einverständnisses mit dem Herzog von Orleans verdächtigte, wurde ihm von Brissot vor dem Revolutionstribunal sogar die Absicht untergeschoben, sich selbst zum Herzog des Landes aufzuwerfen. In Wahrheit hatte jedoch seine Conspiration einen aristokratisch-ständischen Charakter.²

Die ‚Conföderirten‘ liessen nichts unversucht, um die Anzahl der Emigranten zu vermehren. Sie überschwemmten Belgien mit heimlichen Agenten und ihre Versuche blieben nicht wirkungslos. Denn die Entlassung der Patriotenarmee hatte eine beträchtliche Anzahl von Leuten brotlos gemacht. Wurden dieselben auch unter der Hand noch immer von den Stän-

¹ Beilage zu Metternich an Kaunitz. Bruxelles, le 3 septembre 1791.

² Borgnet I, 252. Der Fürst und die Grafen von Bethune, die in Flandern und Artois domicilirten und von denen der Erste kaiserlicher Kämmerer war, sagten sich, als gegen Bethune in der Folge der Haftbefehl erging, von demselben förmlich los, indem sie in Form einer Declaration erklärten, dass der Chef der sogenannten ‚patriotes brabançons‘ keinem Zweige ihres Hauses angehöre, das sich jederzeit durch unbegrenzte Liebe zur Religion und zu dem Souverän ausgezeichnet habe. Sie sendeten von dieser Declaration je ein Exemplar dem Statthalterpaar, dem bevollmächtigten Minister, dem Grafen Artois nach Coblenz und dem Grafen de Cunchj ‚député général et ordinaire du corps de la noblesse des Etats d’Artois‘, dem sie angehörten, zu (Metternich an Kaunitz, 13. Februar 1792. Copie.)

den unterstützt oder sogar besoldet, so reichten diese Mittel doch nicht aus, um jenes Leben, an das sie sich im Kriege gewöhnt hatten, fortführen zu können, und sie waren daher nur zu gerne bereit, eine neue Erhebung zu fördern, die ihnen eben jene Mittel wieder verschaffen sollte. Dagegen war es den Gegenwirkungen der Vonckisten, namentlich des zu Paris weilenden Eduard Walckiers, zuzuschreiben, dass die französische Nationalversammlung die Ansammlung der meist aus Anhängern der ständischen Partei sich recrutirenden Conföderirten an den Grenzen zu Douay, freilich auch jene ihrer demokratischen Gegner zu Lille, untersagte (Decret vom 21. December 1791).

Es fehlte nicht an Versuchen, neuerdings eine Annäherung der beiden grossen Parteien — der oligarchischen und der demokratischen — herbeizuführen. Doch scheiterte auch diesmal der Versuch, während zugleich ein tiefer Riss innerhalb der Letzteren zu Tage trat. Während Vonck, obgleich auch er die Aufrichtigkeit seiner alten und unversöhnlichen Gegner bezweifelte, der Ansicht war, dass man die Stände nicht der Regierung in die Arme treiben dürfe, sprach sich Walckiers höchst ungünstig über Bethune-Charost aus, den er als einen adeligen Streber der schlimmsten Sorte bezeichnete, welcher um ein Ordensband bereit sei, seine Parteigänger zu opfern. Er widerrieth jede Transaction mit den Oligarchen und empfahl eine Vereinigung mit den Lütticher Emigranten, die damals in Paris zusammenströmten, um sich den Verfolgungen zu entziehen, welche der durch österreichische Intervention in sein Land zurückgeführte Fürstbischof Constantin v. Hoensbroeck, zum grossen Verdrusse Metternich's in Scene setzte.¹

Anfangs Januar 1792 befand sich Bethune-Charost in Paris, wo er Walckiers für seine Zwecke zu gewinnen suchte, der ihn jedoch mit der Bemerkung abwies, dass er mit Principien nicht transigire und dass er stets eine Revolution bekämpfen werde, die sich ein anderes Ziel als die Verbesserung der Lage des Volkes in seiner Gesammtheit setze.

Walckiers setzte vielmehr, gleich vielen Anderen, alle seine Hoffnungen auf Frankreich. Die Constitution von 1791 hatte ja erklärt, dass die französische Nation auf Eroberungen

¹ Juste a. a. O. 151—157.

verzichte und dass sie nie ihre Waffen gegen die Freiheit irgend eines Volkes wenden werde. Diese Erklärung übte einen faszinierenden Zauber auf die belgischen Demokraten aus. Sie waren überzeugt, dass Frankreich ihre Sache in uneigennütziger Weise unterstütze; erst viel später wurden sie ihres Irrthums gewahr. Denn gab es auch unter den Vonckisten Manche, die sich zur Annahme der französischen Constitution sofort bereit gefunden haben würden, so war doch die bei Weitem grössere Mehrheit der Bevölkerung anders gesinnt. Sie wünschte immer noch gewisse gemässigte Reformen und Vonck selbst war den extremen Ansichten abgeneigt. Er fürchtete die schlimmen Folgen eines neuen Umsturzes für sein Vaterland; er wünschte im Grunde nur eine zeitgemässe Umgestaltung der ständischen Verfassung. ‚Heute,‘ schrieb er, ‚ist es ebensosehr im Interesse des Fürsten als in dem des Volkes gelegen, die stolzen Aebte in ihre Klöster zurückzuschicken, die ehrgeizigen und unwissenden Adligen zu zwingen, sich den menschlichen Verhältnissen anzupassen (s’humaniser) und sich zu unterrichten, um den Beifall ihrer Mitbürger zu erringen, kurz, eine freie und gewählte Volksvertretung zu schaffen . . . Wenn unterrichtete Männer, die ihr Vaterland lieben, denselben beiwohnen würden, wie viel Gutes würden diese Volksversammlungen nicht erzielen können . . . Die Reform der Vertretung ist das sicherste Mittel, um der fast allgemeinen Unzufriedenheit ein Ende zu machen.‘

Der Herzog von Arenberg, der Herzog von Ursel und andere einflussreiche Personen theilten diese Ansicht. Hingegen steuerte Walckiers in Paris mit vollen Segeln auf eine Fusion seiner Partei mit den daselbst befindlichen Lütticher Emigranten los. In der That bildete sich in Paris ein Comité zur Revolutionirung Belgiens, das aus Angehörigen beider Länder: Belgien und Lüttich, bestand (comité réuni des Belges et des Liégeois), und welches eine Petition an die Nationalversammlung vorbereitete, um sich im Falle eines Krieges die Erlaubniss zur Formirung mehrerer belgischer und lüttichischer Freicorps, sowie die Erklärung Frankreichs zu erwirken, dass es die Waffen nicht eher niederlegen werde, bevor es nicht die Unabhängigkeit aller belgischen Provinzen erreicht habe.¹ Man

¹ Borgnet I, 263.

zweifelte nicht an einem leichten und raschen Erfolge. Schon entwarf das Comité einen Plan, demzufolge sich die belgischen Provinzen und das Fürstenthum Lüttich conföderiren, beide Länder zusammen eine einzige belgische Republik bilden und seinerzeit von Lebrun ein Manifest erlassen werden sollte, in welchem man die Absicht aussprach, das Vaterland zu befreien und dessen Verwaltung sich bis zu dem Augenblicke anzueignen, wo die Nation einberufen und im Stande sein würde, ihre Repräsentanten selbst zu wählen. Dumouriez, der genauer als irgend einer seiner Landsleute mit den Verhältnissen Belgiens vertraut war, und einige Mitglieder der Nationalversammlung, wie Brissot und Condercet, wurden zu Rathe gezogen und billigten den Plan, dem auch das militärische und das diplomatische Comité ihre Zustimmung gaben. Man versprach den Belgiern zwei Legionen zugestehen zu wollen, um in dieselben ihre Recruten einzureihen, und machte sich selbst anheischig, mit dem provisorischen Revolutionsgouvernement, das sich sofort nach erfolgter Schilderhebung bilden sollte, einen Allianzvertrag zu schliessen, der die Unabhängigkeit Belgiens sichern würde.

Diese Massregeln waren der Todesstoss für die Bethunisten. Ihre Partei, anfangs von den Jacobinern begünstigt, löste sich, da ihre Reihen sich zu Gunsten des belgisch-lüttichischen Comités immer mehr lichteten, zuletzt fast völlig auf. Bethune selbst verschwand seitdem von der Bildfläche;¹ doch werden wir diesem eitlen Faiseur nach dem Tode Kaiser Leopolds noch einmal begegnen und auch bei dem französischen Angriffe auf Flandern werden noch in der Folge die ‚Bethunisten‘ erwähnt.

Dem dringenden Wunsche Walckiers' entsprechend, hatte auch Vonck zwei Delegirte nach Paris gesendet, einen für Brabant und einen für Flandern, um sich mit den Lütticher Emigranten zu verständigen. Allein Vonck's Ideen waren zu gemässigt, um mit einer Partei zu sympathisiren, deren Entwürfe weit hinaus über seine Ziele gingen. Vonck verweigerte dem beabsichtigten Manifeste seine Unterschrift. Er vermochte weder die Nothwendigkeit noch die Legalität des beabsichtigten pro-

¹ Borgnet I, 263—267.

visorischen Gouvernements anzuerkennen. Nach seiner Ansicht gab es nur einen Mann, der sich im Besitze einer ihm vom Volke übertragenen legitimen Gewalt befand: dies war Van der Mersch. Ihn hatte die ganze Nation einst, in unzweideutiger Weise, als Chef der bewaffneten Macht anerkannt und dies Mandat ihm bisher nicht entzogen. Ihm also und nicht Individuen, welche sich ohne den Titel dazu das Recht anmassten, im Namen der Nation zu sprechen, stand, seiner Meinung nach, das Recht zu, die Initiative zu ergreifen, sobald es sich um eine neue politische Organisation des Landes handelte.¹ Allein Van der Mersch, der bald nach seiner Rückkehr Belgien von Neuem verlassen und sich nach Frankreich begeben hatte, wo er infolge des militärischen Rufes, der ihm voranging, sowohl von den Lüttichern und den holländischen Emigranten als auch von seinen alten Freunden umschmeichelt wurde, war zu einer Parteinahme nicht zu bewegen. Dem tüchtigen Soldaten lag die Politik ferne; auch war er bereits körperlich gebrochen. Ihn beschäftigte nur noch der Gedanke, den rückständigen Sold und eine Entschädigung für die ihm vom Congress zugefügten Unbilden zu erhalten. Die Brüsseler Regierung, welche seine Bedeutung überschätzte, suchte ihn zu bestimmen, Lille zu verlassen. Anonyme Drohbriefe schreckten ihn in der That von dort weg, worauf er sich neuerdings unter den Schutz der österreichischen Regierung in sein Heimatland begab. Hier beschloss er auf seiner Besitzung zu Dadi-zeele — nicht lange nach dem Ausbruche des Krieges mit Frankreich — im September 1792 sein vielbewegtes Leben.²

Innerhalb der Vonckisten aber trat infolge der erwähnten Verhandlungen eine Spaltung ein. Es gab seitdem zwei Comités: jenes zu Paris und jenes zu Lille. Letzteres verdankte seine Entstehung Vonck und verstärkte sich bald durch die gemässigten Elemente des andern Comités, da die Hinneigung der Mehrzahl der Lütticher zu den extremen Jacobinern den Exodus eines Theiles ihrer Compatrioten zur Folge hatte. Ostensibel arbeiteten nun beide Comités — jenes von Lille und jenes von Paris — zu dem gleichen Zwecke. In Wirklichkeit ging

¹ Juste, *Le comte Mercy* 157—167. Borgnet I, 266.

² Borgnet I, 271—272.

durch die belgische Emigration ein tiefer Riss,¹ der indessen nicht der Regierung zu Statten kam, die vielmehr, während alles einen nahen Krieg mit Frankreich in Aussicht stellte, isolirt inmitten eines unzufriedenen Volkes stand.²

Der Kaiser hatte die Annäherungsversuche der beiden grossen Parteien des Landes schon lange mit besorgter Aufmerksamkeit verfolgt. ‚Ich weiss,‘ schrieb er am 25. October 1791 an seine Schwester, ‚ich weiss, dass Van der Mersch und das Comité von Lille in Uebereinstimmung mit Van der Noot und Van Eupen, die zu Breda sind, an der Vereinigung ihrer Parteien und in Einverständniss mit den Lüttichern an einer allgemeinen Erhebung der Niederlande thätig sind. Man sagt, zu Lüttich seien zu diesem Zwecke 4 Millionen in Silber und 60.000 Flinten in Bereitschaft.‘ Er empfahl daher strenge Wachsamkeit und Instandhaltung der Truppen, zugleich aber Vermeidung alles dessen, was zu einer Explosion führen könnte; denn er war überzeugt, dass die Stände von Brabant, in deren Interesse es lag, dass ihr finanzielles Gebahren nicht geprüft werde, nichts so sehr wünschten, als dass irgend eine Explosion die Karten mische, ‚um ihren Spitzbübereien nicht auf die Spur zu kommen und ihren Credit nicht einzubüssen.‘³ An anderer Stelle bezeichnet er den Standpunkt der Stände als den verwerflichsten, aber auch als den schwächsten, während er für weitaus bedeutender und gefährlicher die Partei Eduard Walckiers’ und der Vonckisten wegen ihrer Beziehungen zu den Franzosen erachtet. ‚Ich fürchte,‘ heisst es in diesem Briefe, ‚die Emigranten und die Malcontenten, die sich zu Douai und Lille versammeln, nicht; ich halte den Grafen De la Mark und Eduard Walckiers und ihre Genossen in diesem Augenblicke für die gefährlichsten von allen.‘⁴ Daher sprach sich denn auch der Kaiser gegen eine Aenderung

¹ Borgnet I, 265—271.

² Juste 157—167.

³ Leopold II. an Maria Christine, le 25 octobre 1791; Wolf 272, Nr. CLXXIX und le 31 décembre 1791; ebendá 283, Nr. CXC; vgl. auch 293, Nr. CXIV.

⁴ Leopold II. an Maria Christine, le 31 janvier 1791 (vielmehr 1792, wie bereits Feuillet de Conches, Louis XVI, V. V. 195 richtig erkannt hat); Wolf 206.

der ständischen Vertretung von Brabant in diesem Augenblicke aus. ,Was das Project einer Reform der Vertretung der Stände bei Euch betrifft, muss man behutsam und mit grosser Vorsicht zu Werke gehen; denn das würde den Vonckisten zu grossen Credit und Ansehen gewähren und im gegenwärtigen Augenblicke nur dazu dienen, die Unruhen zu nähren. Ich halte den Zeitpunkt für die Durchführung einer solchen Aenderung nicht für den geeigneten.¹

Maria Christine war jedoch mehrfach anderer Meinung. Ihr floss gerade die Verschiedenartigkeit in den Bestrebungen der beiden grossen Parteien und die verschiedenen Nuancen, die innerhalb der letzteren zu Tage traten, einige Hoffnung ein.² Zwar theilte auch sie die Ansicht, dass alle oppositionellen Parteien — sowohl die sogenannten Patrioten als auch die Demokraten und unter diesen auch die gemässigten, die sogenannten amis du bien public — sich in der Absicht, auf Kosten des Souverains ihre eigene Macht zu behaupten und zu mehren, begegneten. Aber sie hielt eine Vereinigung aller dieser Parteien für unwahrscheinlich; sie meinte nicht, dass es zwischen dem Clerus und den Vonckisten, dem Bischof von Antwerpen, Van der Mersch und Van Eupen zu einer wahren Verständigung kommen werde. Wenigstens von den gemässigten Demokraten nahm sie an, dass sie sich nur dann würden mit fortreissen lassen, wenn ihnen keine andere Hoffnung auf eine Abänderung der ständischen Vertretung als die Revolution übrig bleibe. Sie wolle damit nicht sagen, schreibt sie an den Kaiser, dass jene Aenderung im Momente erfolgen und dass man dazu nicht vielmehr einen günstigeren Zeitpunkt abwarten solle. Auch wolle sie nicht jenen macchiavellistischen Künsten das Wort reden, denen zufolge man etwa die Interessen der Bewohner theilen und eine Partei gegen die andere ausspielen möge. Sie erblicke nur in der Thatsache der Verschiedenheit und der vollkommenen Gegensätzlichkeit der Principien der Parteien ein glückliches Moment und würde es daher

¹ Leopold II. an Maria Christine, le 31 décembre 1791. Wolf 286, Nr. CXC.

² Maria Christine an den Kaiser, Bruxelles, le . . . janvier 1792. A. A. Copie.

bedauern, wenn man den Rest der Hoffnungen zerstören wollte, welche die amis du bien public hegen, dass man eines Tages jene heilsamen Reformen auch wirklich durchführen werde, auf die man sie vertröste, zumal jene Societät nicht so gefährlich sei, als der Kaiser glaube, und überdies, wie man sie versichere, bereit sei, sich aufzulösen und die Arbeiten, mit denen sie sich beschäftigt habe, zu beenden.¹

Auch Metternich sprach sich über die ‚amis du bien public‘ scheinbar günstig aus. Wenigstens ein Theil von ihnen, meinte er, hegen Ansichten, die man nicht einfach mit den exaltirten der französischen Demokratie vergleichen dürfe. Ihre Wünsche beschränken sich, wie es scheine, blos auf die Erzielung einer besseren Repräsentation der Stände, ohne die Principien der Verfassung zu verletzen. Die Sache fordere aber nähere Prüfung, sowohl was die Form, als was die Zeit der Durchführung betreffe. Aber er fügte hinzu, dass man ihnen nicht gestatte, durch irgend einen Club oder eine Association auf den Volksgeist einen der Souveränität nachtheiligen Einfluss zu nehmen,² und indem er sich so den Anschein gab, als pflichte er den Anschauungen bei, welche die Erzherzogin in dem gleichzeitigen Schreiben an den Kaiser zum Ausdrucke brachte, war er unter der Hand vielmehr bemüht, den Wünschen des Staatskanzlers gemäss, die Auflösung jener Societät herbeizuführen.

‚Seit meinem Amtsantritte,‘ schreibt er am 11. Februar an Kaunitz, ‚war ich darauf bedacht, die Schritte jener Gesellschaft zu überwachen, obgleich es mir schien, dass es sich dieselbe aufrichtig angelegen sein lasse, ihrerseits zur Wiederkehr der Ordnung und öffentlichen Ruhe beizutragen. Uebrigens hatte ich damals mit schwierigen Verhältnissen zu kämpfen. War auch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, dass die Gesellschaft sich durch fremde Einflüsse zu Extremen werde hinreissen lassen und waren auch manche Mitglieder den französischen Doctrinen nicht unzugänglich, so musste ich doch mit

¹ Maria Christine an den Kaiser. Bruxelles, le . . . janvier 1792 und Bruxelles, le 13 janvier 1792. (Beide Schreiben im A. A. Copie. Ebenda von letzterem ein Bleifederentwurf Herzog Albrechts).

² Metternich an Kaunitz, 14 janvier 1792. Copie.

Vorsicht zu Werke gehen, denn die Gesellschaft hatte eine starke Position, sie zählte viele Mitglieder und es gehörte derselben mancher wohlhabende und angesehene Bürger an. Hätte man daher sofort ihre Auflösung verlangt, so würde dies die Geister erhitzen, zu manchen Discussionen den Anlass gegeben und die Zahl der Unzufriedenen vermehrt haben. Ich glaubte vielmehr, dass es das Beste sei, dies in möglichst unauffälliger Weise zu bewirken. Ich hielt es für das beste Mittel, um zu diesem Ziele zu gelangen, das Vertrauen jenes Mitgliedes der Gesellschaft zu gewinnen, welches sich durch Geist und Talent der Leitung ihrer Geschäfte bemächtigt hat, nämlich des Brüsseler Advocaten Sandelin. Einige Unterredungen, die ich von Zeit zu Zeit mit ihm hatte, bewirkten was ich wünschte, und ich trug nun kein Bedenken mehr, mich ihm gegenüber über das geringe Vertrauen auszusprechen, welches die Societät dem Generalgouvernement einflösse. Ich entwickelte die Gründe in einer Weise, bei der ich ihm zu verstehen gab, dass er seinen Patriotismus und seine Liebe zu Ordnung und Frieden nicht besser bekunden könne, als indem er seinen Einfluss geltend mache, um selbst die Auflösung vorzubereiten und herbeizuführen. Der Erfolg hat meine Erwartungen übertroffen. Die Auflösung ist am 17. verfloßenen Monats erfolgt und ich habe die Ehre Eurer Hoheit eine Abschrift des Briefes zu übersenden, den Sandelin aus diesem Anlasse an mich gerichtet hat.¹

Zugleich folgte man den Vorgängen an der französischen Grenze mit gespannter Aufmerksamkeit, zumal man geheimen Verbindungen der belgischen Malcontenten mit den Emigranten auf die Spur kam. Durch einen Beamten der Post² zu Mons, der während der letzten Revolution den Ständen geheime Dienste geleistet hatte, trotzdem aber begnadigt und in seinem Amte belassen worden war, gelangte das Gouvernement in den

¹ Metternich an Kaunitz, Bruxelles, 11 février 1792. Copie. Damit wird zugleich die Darstellung Vonck's bei Borgnet I, 315, wonach die Regierung die Auflösung der Societät vielmehr habe hintanhaltend wollen, um ihren Bruch mit der demokratischen Partei zu verbergen, widerlegt.

² Wie es scheint Bayard; vgl. Biographie nationale unter: Bethune-Charost.

Besitz zahlreicher Briefe, die ihm Bethune-Charost und dessen Anhänger zur Beförderung anvertraut hatten.¹

Wie man aus diesen Briefen entnahm, hatte Bethune im vorigen Jahre (1791) Hennegau incognito bereist und daselbst durch seinen Vertrauten, den Sohn des Buchhändlers Dujardin, bekannter unter dem Namen d'Aspley, den er zu seinem Adjutanten ernannte,² heimlich Verbindungen angeknüpft. In den einzelnen Provinzen hatten sich geheime Comités gebildet, von denen eine Fluth von Brandschriften, Beunruhigung der Gemüther und Ermuthigung zur Emigration ausging. Man fand einen Brief auf, den Bethune am 28. September vorigen Jahres an ein Mitglied der Universität Löwen zu dem Zwecke gerichtet hatte, durch dasselbe einige Ständemitglieder zu gewinnen; desgleichen die Instruction, welche von Douai aus am 30. November an einen gewissen Kennis von Antwerpen und durch diesen an jene Comités ergangen war, um durch sie die Stände zu möglichst zahlreichem Erscheinen in Douai zu bewegen, wo ein Conseil général gebildet und das mittlerweile bei ‚soliden Patrioten‘ und den ‚papas‘ gesammelte Geld in die Hände zweier Mitglieder aus den Ständen von Brabant gelegt werden sollte. Man fand unter den Briefen auch die Antwort des geheimen Comités aus Antwerpen (24. December), adressirt an den sogenannten Schakelberg unter der Enveloppe ‚veuve Nicolon à Douai‘, in der es hiess, dass Alles im Lande vorbereitet, die Majorität der Stände, namentlich der erste Stand gesichert sei und die auch Mittheilungen über die Stärke der österreichischen Garnison in Brüssel und dergleichen enthielt. Man erfuhr auf diese Art die Namen der Hauptagenten Bethune's: des André Verhocht, des Lohgerbers Greuze von Namur, des Arztes Le Tellier von Diest und der Anna Françoise de Marck, von denen die beiden letzten die gefährlichsten waren. Le Tellier schien bestimmt, das Land, das er als Arzt vor physischer Ansteckung bewahren sollte, moralisch zu verpesten; denn ihn forderten am 17. December jener Adjutant Bethune's, d'Aspley, der sogenannte Major L'Etange und J. V. C. Van Keerberghen auf, mit einem beigefügten Circulare die Campine

¹ Maria Christine an den Kaiser, ce 22 décembre 1791.

² Biographie nationale sub voce: Bethune-Charost.

zu überschwemmen und Exemplare davon auch den Freunden in Turnhout zuzusenden. Seinen Eifer übertraf indess fast noch Anna Françoise de Marck, wie aus ihrer Correspondenz mit Van Keerberghen, der Unzahl von Aufträgen, die sie übernahm, den vielen Aufforderungen, durch die sie die Jugend zur Emigration zu verleiten suchte und der Fluth von Schriften, mit denen sie Brabant und Flandern überschwemmte, hervorging. Man suchte letztere auch den Soldaten zugänglich zu machen und da sich ein Uebersetzer ins Magyarische nicht auftreiben liess, besorgte de Marck eine Uebersetzung in die den ungarischen Truppen ganz allgemein verständliche lateinische Sprache. Namentlich galt dies von einer Flugschrift unter dem Titel: *Discours de Séraphin Gérard*, einer geschmacklosen Diatribe gegen den Souverän und gegen die Vonckisten. Zahlreiche Briefe forderten zur Emigration auf; namentlich suchte der sogenannte Gabriel den Exgeneral der Insurgenten, Solares, der sich zu Berg-op-Zoom aufhielt, zu verleiten (17. December 1791), sich zu den Conföderirten zu begeben. Bethune selbst schrieb Briefe nach Limburg und namentlich nach Namur, in der Absicht, die beiden ersten Stände zu gewinnen, während den dritten Greuze bearbeiten sollte, den unter Anderem der Verschworene Dieudonné aufforderte, die 24 corps de métiers zu Namur auf seine Seite zu ziehen. Aus einem Schreiben Keerberghens an Verhochte ersah man, dass Bethune die Verständigung der Stände von Brabant mit dem Gouvernement zu vereiteln suchte: die Stände wurden in demselben geradezu als Feiglinge bezeichnet, ihr Platz hiess es, sei nicht in Brüssel, sondern in Douai.¹

Auch von einer anderen Seite kamen damals dem Gouvernement beunruhigende Nachrichten zu. Henri Van der Noot schlug als Verbannter seinen Sitz zu Berg-op-Zoom auf. Hier gesellte sich ihm ein junger Mann, Namens J. de Fierlant zu, der über dessen Umtriebe unter dem Pseudonym Crépu dem Substitut De Leenheer fleissig Bericht erstattete. Aus diesen geheimen Briefen entnahm man, dass Van der Noot allwöchentlich unter der Adresse eines gewissen Van der Borgh, eines Apothekergehilfen (bei Straetmann) an seinen Bruder in

¹ Gedruckte Proclamation vom 27. März 1792.

Brüssel, den Canonikus von S. Peter zu Anderlecht, Jean François Xavier Nicolas Van der Noot, aufrührerische Schriften sendete, die dieser unter das Volk verbreitete, dass ein anderer Bruder, der Schöppe (échevin) Josef François Livin Van der Noot, der seiner Stelle enthoben worden war, sich in den gröblichsten Schmähungen gegen das Gouvernement erging, dass ein Neffe Van der Noot's, der bei seiner Mutter in Brüssel lebte, in den Tabakstuben die Bourgeoisie für eine neue Erhebung zu gewinnen suchte, dass Van der Noot auch mit De Jonghe in Verbindung stand und dass im December 1791 derselbe seinem Bruder, jenem Canoniker, den Auftrag gab, in der Kirche St. Michael und Gudula unter die Patrioten Coarden als Abzeichen einer neuen Revolution zu vertheilen, welche am nächsten Donnerstage, während der Messe, zu der sie alle zu laden seien, ausbrechen sollte. Leenheer theilte, was er auf diesem Wege erfuhr, dem Staats- und Kriegssecretär Feltz mit und die Regierung sah sich durch diese Mittheilungen veranlasst, Präventivmassregeln zu ergreifen. Der Platzcommandant von Brüssel erhielt entsprechende Weisungen, Leenheer aber den Auftrag, sich mit dem Prévôt de l'hôtel zu verständigen, um die beinzichtigten Personen insgeheim zu überwachen.¹

Die Regierung liess anfangs jene Briefe, nachdem man von denselben Abschrift genommen, an ihren Bestimmungsort abgehen, als aber in der Folge die Sendungen immer häufiger und immer compromittirender wurden, notarielle Copien davon anfertigen und sie gedachte, damit solange fortzufahren, bis man hinlängliche Beweise eines Einverständnisses, namentlich wohl auch einiger Ständemitglieder, von denen man nicht zweifelte, dass sie in die Sache verflochten seien, erlangt haben würde. Mittlerweile nahm jedoch die Kühnheit zu, mit der die zu Douai versammelten Conföderirten das Land mit Brandschriften überschwemmt, obgleich ein Drucker derartiger Libelle, Namens Huyghe, zu Brüssel entdeckt und verhaftet wurde.² Sogar an die Kirchenthüren schlug man Plakate an,

¹ Galesloof, Précis du procès politique de l'avocat Henri Van der Noot. (Compte rendu des séances de la commission royale d'histoire. Bruxelles 1881. Série 4, Tome IX. p. 86 ff.)

² Metternich an Kaunitz, 14 janvier 1792. Copie.

die zu Andachtsübungen einluden, um vom Himmel die Wiederkehr jener Ruhe zu erflehen, die doch nur von jenen gestört wurde. Auch ein Pamphlet wurde verbreitet, welches gegen jene gerichtet war, die ihr Geld in einem Anlehen für den Souverän anlegen und sich für dasselbe verwenden würden.¹ Die Wirkung war, dass ein von dem Hause Nettine eröffnetes Anlehen nicht zu Stande kam.²

Als man endlich aus den aufgefangenen Briefen erfuhr, dass die Absicht bestehe, eine den Truppen abzunehmende Eidesformel für die ungarischen Soldaten ins Latein zu übertragen, glaubte die Regierung diesen geheimen Umtrieben ein gewaltsames Ende machen zu sollen. Sie liess, nachdem sie zuvor — durch eine Note vom 15. Januar — den französischen Residenten De la Gravière von diesen Umtrieben in Kenntniss gesetzt hatte,³ in der Nacht vom 16. zum 17. Januar 1792 mehrere gravirte Personen⁴ militärisch verhaften, darunter ausser de Marck noch ein anderes Mädchen⁵, und forderte den Conseil von Brabant auf, gegen dieselben gerichtlich einzuschreiten.

Wohl fanden sich am 18. Januar Abends die Deputirten der Stände, welche noch in Brüssel waren, bei Metternich ein, um gegen die Verhaftungen zu protestiren, die sie als einen Bruch (infraction) der Joyeuse entrée bezeichneten. Doch der Minister erwiderte, dass, wenn der Staat in Gefahr sei, alle Gesetze schweigen müssten und dass man statt einer Beschwerde, vielmehr eine Danksagung für die zur Erhaltung der Ruhe

¹ Maria Christine an den Kaiser, 5 janvier 1792. Eig. Copie. A. A.

² Metternich an Kaunitz, 19 janvier 1792. Copie.

³ Wiener Zeitung 1792, S. 272.

⁴ Metternich a. a. O. spricht von fünf Personen in Brüssel. Nach dem Berichte der Statthalter an den Kaiser, der allerdings erst am 20. Januar erstattet wurde, waren es: „Annette de Marck, Therese Beutz, der Advocat Van der Hop, Suremont (nach der Wiener Zeitung Einnehmer des Abtes von Tongerlo), Verhochte, L'Etange, L'Aigle und Weyns; ebenso werden in einem officiösen Actenstücke des Gouvernements (Wiener Zeitung, S. 401) acht verhaftete Personen genannt. Zu Antwerpen wurden Karlstè und Ruitgers, zu Diest der Arzt Le Tellier eingezogen. Auch Greuze zu Namur traf das gleiche Los.

⁵ Vgl. darüber auch Fersen a. a. O., der bemerkt: „Il y a deux femmes d'arrêtees dont une très-jolie fille de boutique de vingt-deux ans.“

des Landes getroffenen Massregeln erwartet habe und als die Deputirten das Gouvernement dadurch ins Unrecht zu setzen suchten, dass sie behaupteten, einige der Verhafteten seien von den Soldaten beraubt worden, sagte man denen, die einen erlittenen Verlust nachzuweisen im Stande sein würden, eine Entschädigung zu. Diese Erklärung wurde in die öffentlichen Blätter der Provinz eingerückt und in einer besonderen Schrift publicirt.¹

Maria Christine theilte das Geschehene sofort dem Kaiser mit. Sie glaubte diesmal ihrer Sache sicher zu sein. Freilich versprach sie sich nicht viel von dem Erfolge einer gerichtlichen Untersuchung, zumal bei den Grundsätzen, von denen sich die Juristen im Lande leiten liessen, bei der Schüchternheit eines und bei dem üblen Willen des anderen Theiles der Räthe des Conseils von Brabant und bei der Schwierigkeit, Zeugen aufzutreiben, die ungescheut die Wahrheit aussagten. Nur die schriftlichen Beweise, die sie in Händen hatte, schienen ihr unwiderleglich.²

Am 4. und 6. Februar wurden von dem Conseil von Brabant zwei Haftbefehle erlassen, von denen der eine den ,sogenannten Prinzen von Bethune, Grafen von Charost', D'Aspley, J. B. L'Etange, C. J. Van Keerberghen, J. C. Vandenberg, bekannt unter dem Namen Tobias, und Charles Confédéré, lauter Personen, die sich bereits diesem Schicksal durch die Flucht entzogen hatten, der andere mehrere der bereits am 17. Januar thatsächlich verhafteten Personen betraf.³ Dagegen wurde ,provision de justice' gegen einige andere Personen⁴ nicht ertheilt und in Folge dessen von den zuvor Verhafteten

¹ Metternich an Kaunitz, 19 janvier 1792. Vgl. Wiener Zeitung, S. 399 ff.

² Maria Christine an den Kaiser. Bruxelles, ce 21 janvier [1792]. Feuillet de Conches V, 135 ff.

³ So Anna Françoise de Marck, André Verhoch, Le Tellier, Van der Hop. Auch wurde die Ueberführung L'Aigle's und Suremont's in das Civilgefängniss Treurenburg angeordnet, um daselbst einstweilen zu verbleiben. Desgleichen sollten A. D. Desteur und J. Gerrewyn provisorisch verhaftet werden.

⁴ Nämlich gegen L'Etange père, Jean Weyns, N. Dausaert und Lambertine Beuze.

L'Etange père und Lambertine Beuze wieder freigelassen.¹ Gleichzeitig ordnete der Conseil von Namur die Verhaftung von drei Complicen der Verschwörung an.²

Während in Flandern diese Vorfälle zu einer Loyalitätsadresse an Metternich den Anlass gaben,³ war die Volksstimmung in Brüssel getheilt. Unmittelbar nach den erfolgten Verhaftungen (18. Januar) wurde das Statthalterpaar im Schauspielhause mit wiederholtem Applaus empfangen.⁴ Als aber jene zwei Angeschuldigten enthaftet wurden, gab, wie Metternich berichtet, ein Theil des Publicums in der Ueberzeugung, dass der Conseil alle Verhaftungen, die das Gouvernement vorgenommen, missbillige, durch die Rufe: „Vive van der Noot! Vive la constitution!“ seiner lebhaften Freude Ausdruck, die freilich nur von kurzer Dauer war, da die übrigen Verhafteten geflissentlich in demonstrativer Weise in die Criminalgefängnisse überführt wurden.⁵ Hingegen veröffentlichten die in Frankreich lebenden Mitglieder des Hauses Bethune eine Erklärung, in der sie sich von jenem Abenteurer lossagten, ja behaupteten, dass er ihnen gar nicht angehöre.⁶

14. La Valette und Baillet.

In dem fortwogenden Streite über die Legalität des Conseils von Brabant und in Betreff der Bewilligung der Subside hatten zuletzt beide Theile — das Gouvernement und die Stände — an den Kaiser appellirt. Indem das Statthalterpaar den Kaiser von der Absicht der Stände, einen Deputirten nach Wien zu senden, in Kenntniss setzte, fügte es hinzu, dass sich damit die Absicht verbinde, den strittigen Punkt als etwas unerhebliches darzustellen und ihn glauben zu machen, dass das Volk, welches in Wirklichkeit von der Sache nicht einmal

¹ Die Statthalter an den Kaiser, 20 janvier 1792. Copie. Metternich an Kaunitz, 19 janvier 1792. Copie. Der Haftbefehl als Beilage zu Metternich's Bericht an Kaunitz, 7 février 1792. Copie.

² Metternich an Kaunitz, 8 février 1792. Copie.

³ Wiener Zeitung, S. 495 ff.; vgl. auch S. 529 ff.

⁴ Metternich an Kaunitz, 19 janvier 1792.

⁵ Die Statthalter an den Kaiser, 8 février 1792. Entwurf.

⁶ Siehe oben S. 207, Anm. 2.

eine klare Vorstellung habe, an der Sache in einem Grade hänge, dass es nur glücklich gemacht werden könne, wenn der Kaiser all das verleugne, wozu ihm tiefe Sachkenntniss gerathen. Die Statthalter besorgten, dass es den Ständen gelingen könnte, dem Kaiser die Meinung beizubringen, als ob sie selbst sich durch schlechte Rathgeber blenden liessen und indem sie ihm die Dinge in falschem Lichte darstellten, ihn über seine wahren Interessen täuschten. Daher baten sie den Kaiser, dass er, falls er den mindesten Zweifel hege, eine Vertrauensperson nach den Niederlanden senden möge, um an Ort und Stelle die Dinge zu prüfen. Wenige Tage würden genügen, um einer solchen die Dinge so, wie sie wirklich ständen, zu zeigen, so dass dieselbe einen wahrheitsgetreuen Bericht einsenden könne.¹ Wirklich versprach der Kaiser, keinen Deputirten der Stände empfangen zu wollen;² er hatte vielmehr die Absicht, den Thronfolger Erzherzog Franz nach Brüssel zu senden.³

Da die Stände von Brabant zur Absendung einer Deputation die förmliche Erlaubniss des Gouvernements nicht zu erlangen vermochten, sendeten sie zunächst einen Vertrauensmann nach Wien. Es war dies der Graf Jean Baptiste François Hyacinthe de Baillet.⁴ Schon vor ihm, schon zu Beginn des Jahres 1792, hatte sich in Wien ein politischer Abenteurer, der Marquis De la Valette, mit dem Vorgeben eingefunden, Mittel und Wege zur Beruhigung der Niederlande angeben zu können.

¹ Maria Christine an den Kaiser. Bruxelles, le . . . décembre 1791. A. A. Copie.

² A. Beer, Leopold II., Franz II. und Catharina. Ihre Correspondenz, Leipzig 1874, S. 220. Brief des Kaisers vom 4 janvier 1792 (nicht 1791, wie Beer angibt). Vgl. Feuillet de Conches IV, 15.

³ Der Erzherzog theilte dies selbst unter dem Siegel des Geheimnisses seinem Bruder Carl vorläufig mit den Worten mit: „Du weisst, ich bin zu allem immer bereit und was mich sehr gefreuen soll, ist, Dich wiederzusehen. Im übrigen, von meiner Denkungsart bist Du überzeugt und komme ich hieher, so werde ich gewiss meinem Vater nichts berichten, was Du nicht wirst gesehen haben, ob es recht ist und worüber ich mich mit dem Herzog und der Erzherzogin werde besprochen haben.“ Erzherzog Franz an Erzherzog Carl, den 8. und 16. Januar 1792. A. A.

⁴ S. Biographie nationale; Gachard, Etudes et notices, p. 379.

Unter Anderem schlug er vor, die Organisation der Stände umzuformen und einen obersten Rath (*conseil suprême*) einzusetzen.¹ Es gelang ihm, dem Kaiser in mehreren Memoires die Wünsche der Stände zu entwickeln, und Leopold würdigte ihn sogar einer mehrstündigen Unterredung, sowie La Valette auch bei Erzherzog Franz Zutritt fand, der übrigens gerade ihn als das eigentliche Werkzeug der Stände ansah, während er Baillet nur für den ‚Ehrenträger‘ erachtete.² Vermuthlich war es gerade der rein private Charakter La Valette's, der ihm den Zutritt zu Hofe erleichterte.

‚La Valette hat mich,‘ schreibt der Kaiser, ‚zweimal gesehen und jedesmal die Absendung einer Deputation der Stände an mich vorgeschlagen, sowie die Abhaltung einer Synode in den Niederlanden für die geistlichen Angelegenheiten und die Bildung eines sehr zahlreichen Staatsrathes, in dem die Chefs aller Parteien Aufnahme finden sollten. Ich habe all dies als luftige Projecte angesehen und ihm gesagt, dass keine Deputation je angenommen werden würde, solange die Subsidies und alle übrigen Angelegenheiten in Brabant nicht geregelt sein würden.‘³

La Valette verliess um die Mitte des Monates Januar Wien.⁴ Er versprach bei seinem Scheiden, er wolle versuchen, ‚seine Freunde‘, die Stände von Brabant, ‚zur Raison‘ zu bringen. ‚Er ist plötzlich abgereist,‘ schreibt der Kaiser an seine Schwester, ‚unter dem Vorgeben, dass er mit den Ständen sprechen wolle, die Absendung von Deputirten veranlassen werde und dergleichen. Ich setze Dich davon in Kenntniss für den Fall, dass er dergleichen sagt und sich brüstet, Aufträge erhalten zu haben, was falsch ist.‘⁵ In der That behauptete er, nach Brüssel zurückgekehrt, in einem Gespräche mit De Jonghe, dass Graf Trauttmansdorff und Baron Martini ganz

¹ Kaiser Leopold an Maria Christine, le 31 janvier 1791 (recte 1792). Wolf 210, Nr. CXXXIII. Feuillet de Conches V, 200.

² Erzherzog Franz an Erzherzog Carl, 16. Januar 1792. A. A.

³ Kaiser Leopold an Maria Christine, le 18 février (1792). A. A. Orig.

⁴ De Jonghe an Baillet, Bruxelles, le 1 février 1792: ‚J'ai vu le marquis De la Valette; il m'a dit qu'il vous a parlé le 17, immédiatement avant son départ.‘

⁵ Feuillet de Conches V, 200.

für die Stände eingenommen seien und dass man daraus Nutzen ziehen könne; dass dem Kaiser die Verweigerung der Subsidies sehr zu Herzen gehe und dass sich derselbe bei den Audienzen, die er ihm bewilligte, geneigt gezeigt habe, alle Schwierigkeiten in einer die Nation zufriedenstellenden Weise zu erledigen, ja dass er sogar noch mehr als man verlange bewilligen werde, wofern nur zuvor die Subsidies bewilligt würden.¹

Das Gouvenement behelligte La Valette auch fernerhin mit allerlei Projecten² und während er — dem Kaiser gegenüber — erklärt hatte, er sei ohne Mission nur zu seinem Vergnügen in Wien, musste der Letztere zu seinem Staunen vernehmen, dass La Valette in Brüssel die formelle Eigenschaft eines Deputirten hervorzukehren wagte.³ Er hatte übrigens seine Anwesenheit in Wien auch dazu benützt, um eine persönliche Sache zu betreiben. Er bewarb sich nämlich um die Kämmererwürde und suchte zugleich um die Erlaubniss nach, die Seigneuries von Hannau (Hanut?), Léau und Landen an sich zu bringen. Die Ahnenreihe wurde richtig befunden; aber der Oberstkämmerer Fürst Rosenberg wurde doch vom Kaiser beauftragt, zuvor noch Erkundigungen über ihn in den Niederlanden einzuziehen.⁴ Diese fielen für den Bewerber recht ungünstig aus. „Ich darf,“ schrieb Metternich an Kaunitz, „Eurer Hoheit nicht verhehlen, dass sich La Valette in dieser Stadt geringer Achtung erfreut. Mit einem sehr geringen Mass geistiger Begabung hat er trotzdem bei manchen Anlässen ein

¹ Maria Christine an den Kaiser, ce 2 février 1792. Feuillet de Conches V, 216. De Jonghe an Baillet. Bruxelles, le 1 février 1792.

² So legte er dem Statthalterpaare den Entwurf einer an die Stände zu richtenden Depesche vor, wonach diese wieder einberufen und zur sofortigen Vornahme der Wahl einer Deputation ermächtigt werden sollten, um die Bewilligung der Impôts und Subsidies zu Füßen des Thrones niederzulegen und direct mit dem Kaiser zu unterhandeln. Die projectirte Depesche enthielt ausserdem die Erklärung: „que les affaires ecclésiastiques telles que celles relatives aux couvens supprimés, à l'université etc. seront définitivement arrangées par le clergé même à l'intervention d'un nonce apostolique et que nous protégerons volontiers entre autres choses la demande que vous faites à S. M. concernant les cinq membres du conseil de Brabant.“

³ Kaiser Leopold an Maria Christine, le 18 février (1792). A. A. Orig.

⁴ Kaunitz an Metternich. Vienne, le 25 janvier 1792. Orig.

lebhaftes Verlangen bekundet, eine wichtige Rolle zu spielen.¹ Er stehe, fügt Metternich hinzu, im Rufe eines Intriguanten, und sowohl die von ihm unternommenen Schritte, als auch sein Vorgeben, dass dieselben am Wiener Hofe gebilligt würden, trügen dazu bei, die Absichten des Gouvernements zu durchkreuzen und die Stände noch widerspenstiger zu machen, da sie die Insinuationen De la Valette's in der Meinung bestärkten, dass man in Wien nachzugeben geneigt sei.¹ Auch Maria Christine urtheilte höchst ungünstig über den ,agent secret, mais non avoué' der Stände von Brabant, als der er sich bei einer ihm gewährten Audienz entpuppt habe, indem er die Subsidies in Aussicht stellte, falls man zuvor den Ständen von Brabant gestatte, eine feierliche Deputation nach Wien zu senden. Sie glaubte in seinen Reden überall die Phrasen des ihr widerwärtigen Pensionärs De Jonghe zu erkennen und entliess ihn mit einem Bescheid, der jede Hoffnung auf die Zulassung einer Deputation an den Kaiser vor gänzlicher Beilegung aller Streitfragen verschloss.² Nachträglich stellte sich, wie man aus den Briefen des Erzherzogs Carl an seinen Bruder Franz ersieht, sogar heraus, dass De la Valette ein gemeiner Abenteurer war, der nicht einmal so hiess und nur durch den angenommenen Namen sich das Malteserkreuz verschafft hatte.³ Weitere Nachforschungen ergaben, dass er aus Frankreich, wo ihn ein Parlament wegen ,Spitzbübereien' verurtheilt hatte, entflohen und dass er verheiratet sei, weshalb ihm der Grossmeister das Tragen der Ordensuniform untersagte und nur aus besonderer Gnade das Kreuz beliess.⁴

Zur Zeit, da De la Valette Wien verliess, wohin er übrigens demnächst zurückzukehren gedachte, fand sich dort der eigentliche Vertrauensmann der Stände, Graf Baillet, ein, um von dem Kaiser selbst den Ständen von Brabant die Erlaubniss zur Absendung einer feierlichen Deputation zu erwirken.⁵ Trotz

¹ Metternich an Kaunitz, 7 février 1792. Copie.

² Maria Christine an Kaiser Leopold, ce 7 février. Wolf 311, Nr. CCVI. Feuillet de Conches V, 215; letzterer datirt den Brief vom 2. février 1792.

³ Erzherzog Carl an Erzherzog Franz. Brüssel, den 5. Hornung 1792.

⁴ Erzherzog Carl an Erzherzog Franz. Brüssel, den 24. Hornung 1792.

⁵ Gachard, Etudes et notices III, 379.

des anscheinend privaten Charakters seiner Sendung baten doch Maria Christine und ihr Gemahl den Kaiser, Baillet auf keinen Fall zu empfangen.¹ Und so geschah es auch.

Jean Baptiste François Hyacinthe Graf von Baillet gehörte der Antwerpener Linie seines Hauses an. Während der Revolution hatte er sich der Partei Van der Noot's angeschlossen und war einer der beiden Commissäre gewesen, welche bei der Uebergabe der Citadelle seiner Vaterstadt (29. Januar 1790) an die Patrioten intervenirten. Er wurde sodann als einer der Vertreter Brabants in den Congress entsendet und fungirte sogar einmal als dessen Präsident. Auch hatte er sich unter den Delegirten befunden, die der Congress nach dem Haag sendete, um günstigere Bedingungen der Unterwerfung zu erlangen.² Metternich, dem er sich jetzt vor seiner Abreise vorstellte, schildert ihn als einen anscheinend sehr sanftmüthigen Menschen,³ im Gegensatze zu Maria Christine, die ihn einen der grössten Fanatiker nennt, seinen ‚Adjunct‘ (adjoint) Corbesier aber geradezu als einen der hauptsächlichsten ‚coupe-jarrets‘ der letzten Revolution bezeichnet.⁴ Baillet gehörte so wie La Valette nicht den Ständen an; in Folge dessen konnte seine Sendung nach Wien umsomehr als eine private gelten. Doch versahen ihn die Stände mit einer Instruction (vom 24. December 1791)⁵ und mit einer Eingabe an den Kaiser, so dass sich im Falle der Annahme der letzteren seine Mission sofort in eine officiële verwandelt hätte.⁶ Ueberdies war Baillet von Seite der Stände mit Empfehlungsschreiben an

¹ Maria Christine an den Kaiser. Bruxelles, ce 21 janvier 1791. Wolf 300, Nr. CXLVIII und Feuillet de Conches, Louis XVI. V, 219.

² Biographie nationale.

³ Metternich an Kaunitz, 27 décembre 1791.

⁴ Maria Christine an den Kaiser. Bruxelles, le . . . janvier 1792. A. A. Copie. Bleifederentwurf Herzog Alberts. Ebenda.

⁵ Gachard a. a. O., 379.

⁶ Was den Zeitpunkt seiner Ankunft in Wien betrifft, so ersieht man aus einem Briefe des Erzherzogs Franz an Erzherzog Carl (A. A.), vom 8. Januar 1792, dass damals Baillet noch nicht eingetroffen war, wohl aber La Valette. Vgl. auch Erzherzog Franz an Erzherzog Carl, ddo. 16. Januar 1792.

Kaunitz, an Philipp Cobenzl, an den einstigen bevollmächtigten Minister und interimistischen Generalgouverneur der Niederlande, Fürst Starhemberg, an den Fürsten Carl Lichtenstein, an den niederländischen Referendar Baron Lederer, an Baron Spielmann, insbesondere aber an den Fürsten von Ligne versehen.¹ Auch theilte ihm in der Folge De Jonghe, mit dem er in regem Briefwechsel stand, den Inhalt seiner Unterredung mit La Valette mit und stellte es ihm anheim, ob er es für passend erachte, Trauttmansdorff und Martini zu besuchen.²

Das Empfehlungsschreiben an den Fürsten Ligne war vom 22. December 1791 datirt.³ Ligne sandte dasselbe dem Kaiser zu, zugleich mit einem eigenen Schreiben, worin es hiess, er habe nicht umhin gekonnt, dem Deputirten⁴ zu bemerken, dass er nicht glaube, Seine Majestät werde sich mit den Ständen von Brabant vor erfolgter Bewilligung der Subsidies irgend etwas zu schaffen machen.⁵ Im Uebrigen bezeichnete der Fürst, der sich hier selbst in ständische Vorurtheile befangen zeigt, die völlige Ausrottung des Vonckismus als das sicherste Mittel, um zu einer Verständigung zu gelangen.

Wenn somit Baillet bei dem Fürsten Ligne den Zweck seiner Sendung verfehlte, so gelang es ihm auch bei den übrigen Personen, denen er seine Empfehlungsschreiben übergab, nirgends die Ueberzeugung hervorzurufen, dass die Verweige-

¹ Maria Christine an den Kaiser, ce 24 décembre 1791. A. A., eig. Gachard, Etudes et notices III, 380.

² De Jonghe an Baillet. Bruxelles, le 1^{er} février 1792.

³ Abgedruckt bei Gachard a. a. O., p. 380—381.

⁴ „Espèce de député.“

⁵ „N'ayant,“ heisst es in diesem Schreiben weiter, „aucune mission que celle de mon zèle, j'ai pas cru compromettre le nom de mon auguste souverain, en disant que je croyais que son intention était d'éteindre le nom, les pamphlets, les sociétés, les représentations, la nomination aux emplois et même la protection des Vonckistes. Si après cela le Brabant a la gracieuse permission d'envoyer ses députés aux pieds de S. M., il sera bien facile d'en obtenir un engagement éternel et inviolable, pour tout ce qui même pourrait convenir à S. M. pour le bien du pays.“

rung der Subsidies ein legales, durch die Constitution gestattetes Mittel und ein Appell an den Monarchen sei. Am wenigsten war dies bei dem Vicekanzler Philipp Cobenzl der Fall. ‚Graf Baillet,‘ schreibt Kaunitz an Metternich, ‚kam vorgestern (15. Januar) Abends zu dem Vicekanzler und theilte demselben nach den ersten Complimenten mit, dass er seitens der Stände mit einem Briefe an ihn versehen sei und dass er komme, um ihm denselben zu überreichen. Darauf erwiderte Graf Cobenzl sofort, dass er nicht autorisirt sei, Depeschen der Stände entgegenzunehmen und auch sonst nicht dazu geneigt sei. Dieser ablehnende Bescheid schien den Grafen aus der Fassung zu bringen, er bemerkte, dass er eine ähnliche Depesche auch mir zu übergeben habe, sowie auch eine Vorstellung an den Kaiser, worin die Stände ihn bäten, ihre Beschwerden anzuhören. Cobenzl entgegnete, er sei fest überzeugt, dass so wenig wie er, ich oder der Kaiser irgend etwas von den Ständen entgegennehmen würden, Seine Majestät nicht, da er seine Würde nicht blossstellen könne, indem er Vorstellungen und Bitten einer Körperschaft annehme, die ihn so schwer beleidigt habe. Jener behauptete, die ganze Schwierigkeit drehe sich lediglich um die Zulassung der fünf Rätthe zu dem Conseil von Brabant. Doch Cobenzl versetzte, ihn unterbrechend, dass es sich im Momente keineswegs um jene Rätthe oder eine andere Schwierigkeit handle, sondern allein um die Weigerung der Impôts und des Subside, und dass Schwierigkeiten dieser Art bereiten so viel heisse, als den Monarchen jener Hilfe berauben, die er von seinen Unterthanen zu fordern berechtigt sei, und dass dadurch die Anarchie in der Provinz ins Unendliche verlängert werde. Baillet wollte Cobenzl beweisen, dass das Subside nicht verweigert, sondern nur suspendirt und dass dies jederzeit ein legales Mittel gewesen sei, durch das die Stände dem Souverän manifestirt hätten, dass sie Grund zu Beschwerden hätten; aber man liess ihn fühlen, dass, wenn auch öfter angewendet, dies Mittel doch illegal sei und nur auf einer falschen und missbräuchlichen Interpretation der Rechte und Privilegien der Stände beruhe, und man fügte hinzu, dass jede Discussion über diesen Punkt, sowie über alle zwischen dem Gouvernement und den Ständen schwebenden Differenzen nutzlos, vielmehr der Kaiser fest entschlossen sei, nichts anzunehmen oder

anzuhören; solange die Stände nicht, sowohl bezüglich des Subsidies als bezüglich der Impôts, vollständig ihrer Pflicht entsprochen haben würden, dass es dem Kaiser gewiss nicht an Mitteln fehle, sich das zu verschaffen, was ihm gebühre und aus dessen freiwilliger Gewährung den Ständen ein Verdienst erwachsen sein würde. Endlich gab man ihm zu verstehen, dass jeder weitere Schritt der Stände zu spät kommen dürfte, wenn sie sich nicht auf das Aeusserste beeilten, ihren Fehler gutzumachen, und dass die Urheber all dieser Unordnungen die traurigen Folgen davon zuerst würden zu fühlen haben.¹

Es war demnach keine sonderlich gehobene Stimmung, in der sich Baillet am 18. Januar abermals in die Staatskanzlei begab, um Baron Spielmann das für ihn bestimmte Schreiben De Jonghe's zu überreichen. Spielmann empfing ihn indess freundlich, indem er ihn zugleich *„volante calamo“* um seine Ansicht über die fünf Räthe befragte. Baillet verfasste in Folge dessen ein kurzes *Résumé*, das zugleich alle übrigen Forderungen der Stände enthielt, und überreichte dasselbe am folgenden Tage (19. Januar) Spielmann, der jedoch die Note zurückwies, und als Baillet dringend um die Zulassung einer Deputation zu den Stufen des Thrones bat, erwiderte, dass eine Deputation, die nicht von dem erwünschten Erfolge begleitet wäre, mehr Unheil als Nutzen stiften würde, weil *„turpius ejicitur“*, wie er meinte, *„quam non admittitur hospes“*. Eine Deputation, fügte Spielmann hinzu, würde der Kaiser nur dann empfangen, wenn: 1. die Subsidies bewilligt; 2. alle sonstigen Schwierigkeiten ausser der Frage bezüglich der Conseillers beigelegt sein und 3. die Stände bezüglich jener fünf Räthe einen Vorschlag machen würden, der mit der Würde des Souveräns vereinbar sei. Er erklärte formell, dass die Readmission in den Rath niemals erfolgen werde, äusserte aber zugleich den lebhaftesten Wunsch, dass diese Frage endlich ausgetragen werden möge, und schlug als ein durchaus ehrenvolles Auskunftsmittel vor, dass die fünf Räthe selbst um ihre

¹ Kaunitz an Metternich. Vienne, ce 17 janvier 1792. Orig. Vgl. Baillet's Brief an die Deputirten der Stände vom nämlichen Datum bei Gachard a. a. O. 382.

Demission bitten sollten. Baillet erwiderte, dass ein solcher Schritt freiwillig erfolgen müsste, dass er übrigens stets den Anschein des Zwanges an sich tragen würde, und dass in diesem Falle jene Conseillers jedenfalls als ‚titulaires‘ angesehen werden müssten, da sie sonst nicht um ihre Entlassung bitten könnten. Uebrigens betonte Spielmann stets, dass er, da die belgischen Angelegenheiten nicht in sein Ressort gehörten, nur im Vertrauen und als Privatmann spreche.¹

Bei dieser traurigen Sachlage, meinte Baillet in einem Briefe an De Jonghe, habe eigentlich sein längeres Verweilen in Wien keinen Zweck. Doch halte er sich für verpflichtet, vorläufig noch zu bleiben, da ihm Cobenzl zugesagt habe, ihn nächsten Sonntag (22. Januar) als Privatmann dem Fürsten Kaunitz vorzustellen. Er male die Dinge keineswegs zu schwarz. Eines sei sicher, dass, wenn die Subsidies nicht sofort bewilligt werden, man nicht nur eine Deputation nicht empfangen werde, sondern auch die grösste Strenge in Aussicht stelle.²

Hierin lag eben die Schwierigkeit. Baillet wünschte, dass die Deputation zugelassen werde: dann würden sofort die Subsidies bewilligt werden. Am Wiener Hofe vernahm er den Refrain: zuerst Bewilligung der Subsidies und Regelung aller anderen Streitpunkte, dann erst sollte die Zulässigkeit der Absendung ständischer Deputirter nach Wien in Erwägung gezogen werden. ‚Ich rathe,‘ schrieb Kaunitz an Baillet, ‚als guter Freund den Ständen von Brabant ein- für allemal, in Zukunft in den Appellen der Nation an den Souverän sich einer massvolleren Sprache zu bedienen als die, welche sie diesmal geführt haben und die niemals Glück bei Leopold II. haben wird. Uebrigens hatte ich bereits die Ehre, Ihnen zu sagen, dass der Zutritt zum Throne treuen Unterthanen nie verschlossen war und sein wird; aber um sich als solche zu erweisen, bedarf es der Thaten, nicht leerer Worte.‘³

Baillet hatte also schliesslich doch — freilich nur als Privatmann — Zutritt zu den Assembléen des Staatskanzlers

¹ Baillet an De Jonghe. Vienne, 20 janvier 1792.

² Ebenda.

³ Borgnet II, 6.

Kaunitz gefunden.¹ Wenn er daraus den Schluss zog, dass wenigstens seine Person an dem so geringen Erfolge seiner Sendung nicht Schuld sei,² so beruhte diese Annahme keineswegs auf Selbstüberschätzung und Eitelkeit. Uebrigens blieb sein Verkehr auf eine geringe Anzahl von Personen beschränkt; er besuchte zuweilen den Fürsten Ligne oder Merode, ‚der‘, wie der Kaiser meint, ‚ihm nicht viel helfen wird‘. Wiederholt war er bei Liechtenstein, dreimal bei Kaunitz.³ Eine Audienz bei dem Kaiser vermochte er nicht zu erwirken. ‚Was den sogenannten Deputirten der Stände der Niederlande und seine Leute betrifft, so werde ich,‘ schreibt der Kaiser an Maria Christine, ‚dieselben überwachen lassen, selbst aber nicht sehen, will ihnen vielmehr klaren Wein einschenken lassen und mich sobald wie möglich ihrer entledigen.‘⁴ ‚Man sagt,‘ bemerkt der Kaiser in einem anderen Briefe an seine Schwester, ‚er sei ein zwar beschränkter, aber gutmüthiger und verständiger (raisonnable) Mensch und sehr gemässigt. Er hat sich nirgends blicken lassen, ausser bei dem Fürsten Kaunitz in der Assemblée; Corbesier aber nirgends. Zweimal hat er mit dem Grafen Cobenzl gesprochen, um zu bitten, dass eine Deputation der Stände hier vorgelassen werden möge. Man hat ihm dies rundweg abgeschlagen und keine Papiere von ihm angenommen, auch ihn selbst nicht als Deputirten anerkannt. Bei mir war er nicht und hat auch nicht nachgesucht, mich zu sehen. Uebrigens würde ich ihn nicht empfangen haben. Sonst hat er nichts gesagt, sich sehr ruhig verhalten und reist ab, sehr verstimmt über den Verlauf seiner Mission.‘⁵

In Wirklichkeit blieb aber Baillet in Wien und hatte mit Cobenzl noch jene zweite Unterredung, deren der Brief des Kaisers gedenkt und zu der vermuthlich das Eintreffen einer neuen Depesche der Stände vom 1. Februar den Anlass gab, wenn auch Baillet es nicht für rathsam erachtete, von derselben directen Ge-

¹ Der Kaiser an Maria Christine, le 31 janvier 1791 (recte 1792; vgl. Feuillet de Conches a. a. O. 281 und E. v. Stockmar in Sybel's histor. Zeitschrift, 39. Bd., S. 14, Anm. 1); bei Wolf 210, Nr. CXXXIII.

² Baillet an De Jonghe, 16 février 1792.

³ Leopold an Maria Christine, le 18 février (1792). A. A. Orig.

⁴ Feuillet de Conches V, 130. 132.

⁵ Der Kaiser an Maria Christine, le 16 février 1792. Wolf 307, Nr. CXCIX.

brauch zu machen. Die Unterredung fand, da sich Cobenzl immer wieder mit Geschäftsüberbürdung entschuldigte,¹ erst am 12. Februar statt. Wieder drehte sich das Gespräch im Kreise herum, da Baillet auf einem formellen Versprechen des Kaisers bestand, dass nach erfolgter Bewilligung der Subsidies die Deputation zugelassen werden würde, Cobenzl hingegen erwiderte, dass der Kaiser eine bedingte Erlaubniss nicht ertheilen könne. Cobenzl bemerkte indess, ähnlich wie Spielmann, dass er zu ihm nicht im Namen des Kaisers, auch nicht als Minister, sondern nur als Privatmann spreche. Doch meinte Baillet, dass dies nur der Form, nicht der Sache nach der Fall sei. Gemäss der ihm ertheilten Weisung machte Baillet den Vicekanzler auf den Umstand aufmerksam, dass die *Assemblée générale* der Stände von Brabant aufgelöst worden sei, dass die gewöhnliche Deputation dieselbe nicht ersetzen und daher auch nicht die *Impôts* und Subsidies bewilligen könne. Darauf erwiderte Cobenzl, die Deputation möge sich an die Statthalter wenden, die ihnen die Erlaubniss, sich zu diesem Zwecke zu versammeln, nicht versagen werde. Der Bemerkung Cobenzl's, die Regierung werde schliesslich bemüssigt sein, die Contributionen auf Kosten der Stände einzutreiben, hielt Baillet entgegen, dass die Zustimmung der Stände zu den Subsidies freiwillig erfolgen müsse. Sodann wurde der Fall besprochen, dass die Subside, in Folge dessen auch die Absendung einer Deputation zu den Stufen des Thrones bewilligt werden würde. Cobenzl schien den Zweck einer derartigen Deputation wissen zu wollen. Er bemerkte sofort, dass die Zulassung der fünf Rätthe ohne gleichzeitige Zulassung von fünf der Mechelner Rätthe ganz unmöglich sein würde. Doch deutete er, ohne sie näher zu bezeichnen, an, dass es Mittel und Wege gebe, um diese Angelegenheit in einer für alle Theile befriedigenden Weise beizulegen. Nach dem Schlusse der Conferenz bemerkte Cobenzl, dass ein längerer Aufenthalt Baillet's in Wien für seine Committenten von keinem Nutzen sein könne, zumal, wie man aus Brüssel vernehme, dort mittlerweile nichts geschehe, da die Stände sich einbildeten, dass es Baillet gelingen werde, alle Streitpunkte zu begleichen. Daher möge Baillet heim-

¹ Baillet an die Stände von Brabant, 12 février 1792.

kehren und die Stände mündlich von der Lage der Dinge in Wien unterrichten. Ohnedies habe er in Wien nichts, absolut nichts zu schaffen, da selbst im Falle der Bewilligung der Subsidies man nur mit einer formellen Deputation und nicht mit ihm unterhandeln würde. „Dies kommt,“ schreibt Baillet an die Deputirten der Stände von Brabant, „einer Abschiedsaudienz gleich; doch muss ich gestehen, sie war sehr artig, und da ich bemerkte, dass ich vielleicht noch Neuigkeiten erhalten würde, die ich ihm mittheilen müsste, erwiderte Seine Excellenz, dass ich willkommen sein würde.“¹

Als einziges Resultat seiner Bemühungen betrachtete Baillet die Wahrscheinlichkeit, ja die gegründete Hoffnung, dass die Deputation zugelassen werden würde, wenn man zuvor die Subsidies „pur et simple“ bewillige. Seinem Berichte an die Stände fügt Baillet noch ein besonderes Schreiben an De Jonghe bei, in welchem er einen Umstand berührt, den er in jenem an die Stände nicht gut befand, zu erwähnen. Als nämlich die Sprache auf die jüngsten Verhaftungen kam, bemerkte Cobenzl, man sehe, was für ein Unterschied zwischen Ständen und Ständen bestehe: jene von Brabant hätten gegen die Verhaftungen remonstrirt, jene von Flandern sich dafür bei ihren königlichen Hoheiten bedankt, und obgleich doch hier wie dort dieselben Gesetze beständen, hätte doch Brabant jenen Schritt als eine Verletzung der Constitution bezeichnet. Baillet nahm die Stände in Schutz; „doch“, fügt er hinzu, „unter uns bemerkt, hat er im Verlaufe des Gespräches von einem Factum gesprochen, das mich frappirte; er gab mir nämlich zu verstehen, es gebe Ständemitglieder, denen die Umtriebe der Verhafteten nicht unbekannt gewesen seien. Er nannte Niemanden; aber er sagte, dass man die Sache schon kenne.“ Baillet bittet De Jonghe, diese Mittheilung geheimzuhalten, da es gefährlich wäre, in dieselbe Menschen einzuweihen, die sie weiter erzählen würden, und da es politisch nicht klug wäre, sich den Anschein zu geben, als wüsste man um die Sache. Er nehme an, es handle sich um blosse Verleumdungen, die von den Niederlanden ausgingen; in diesem Falle würden sie wohl in sich

¹ Baillet an die Deputirten der Stände von Brabant. Vienne, 13 février 1792. Copie.

selbst zusammenbrechen. Auch gegenüber De Jonghe hebt Baillet hervor, dass diese Conferenz viel angenehmer als die letzte verlaufen sei, denn während man früher nur von dem unumgänglichen Ausschlusse jener fünf Rätthe gesprochen habe, deute man jetzt die Möglichkeit einer Verständigung über diesen Punkt an.¹

Trotzdem blieb die Lage Baillet's eine recht unbehagliche. ‚Das Klima am Hofe,‘ schreibt er an Cornelissen, ‚ist, wenn das Thermometer auf Null steht, nichts weniger als angenehm. Ein kalter Empfang, eine zur Schau getragene Zurückhaltung, ein Hang zu Bedenklichkeiten (*une propension à méditer*), eine gezwungene Höflichkeit: das sind die Dinge, denen ich begegne, und ich muss förmlich studiren, um mir den Anschein zu geben, als merkte ich nichts. Man ist hier in einen Dunst von Vorurtheilen gegen uns gehüllt, und es wird wohl viel Zeit bedürfen, bis man dieselben ablegt. Dies versetzt mich in die unangenehme Lage, Personen verleumden zu hören, deren Gefühle man nicht zu schätzen weiss und ich bin oft gezwungen, den Einen oder den Andern vertheidigen zu müssen, in der Ueberzeugung, dass die Sache, die ich vertheidige, gerecht, dass aber meine Stimme zu schwach ist, um die tiefen Wurzeln auszurotten, welche die Verleumdung geschlagen hat.‘²

Am 16. Februar Morgens hatte er mit Cobenzl eine dritte und letzte Besprechung, wobei man wieder auf alle die vorhandenen Schwierigkeiten zurückkam. Es war diesmal unter Anderm von den aufgehobenen Conventen die Rede. Cobenzl zeigte sich einer theilweisen Wiederherstellung nicht abgeneigt, bemerkte jedoch, dass seiner Ansicht nach jene Convente, die sich selbst wieder hergestellt hätten, nicht ohne weitere Autorisation bestehen gelassen werden könnten. Und als Baillet erwiderte, dass gerade deren Fortbestand garantirt werden müsste, versetzte der Vicekanzler: ‚Nun gut! sobald die Verwaltung der Religionscasse den Ständen anvertraut sein wird, werden sie die nützlichste Art der Verwendung jener Fonds vorschlagen und die Convente bezeichnen können, auf deren Wiederherstellung es ihnen vor Allem ankomme.‘ Cobenzl

¹ Baillet an De Jonghe. Vienne, le 13 février 1792. Copie.

² Baillet an Cornelissen. Vienne, 14 février 1792.

sprach dies, wie sich Baillet ausdrückt, *„ratiocinii modo“*; aber er glaubte doch hieraus, sowie aus einigen anderen Aeusserungen des Vicekanzlers schliessen zu dürfen, dass dieser den Belgiern nicht ganz abgeneigt sei.¹ Durch einen Agenten in Wien wurde er in dieser Meinung bestärkt. Aber freilich wurde die sich daran etwa knüpfende Hoffnung gar sehr durch die Antwort herabgestimmt, die ihm Cobenzl auf seine weiteren Fragen ertheilte. Baillet bemerkte nämlich, dass man zwischen den Subsidies der Jahre 1791 und 1792 unterscheiden müsse, und fragte zugleich, ob, falls die Subsidies für 1791 *„pur et simple“* bewilligt würden, Seine Majestät geruhen würde, die Depeschen, deren Ueberbringer er sei, entgegenzunehmen, immer unter dem Vorbehalte, dass er die Deputation nur dann empfangen wolle, wenn die Bewilligung der Subsidies in ihrer Gesamtheit vorausgegangen sein würde. Baillet meinte, dass dies dem Kaiser es möglich machen würde, selbst die Bedingungen anzugeben, unter denen der Zutritt zum Throne gestattet sei, und dass sich die Stände gewiss beeilen würden, dieser Bedingung nachzukommen. Wie er in einer später dem Grafen Trauttmansdorff überreichten Denkschrift behauptet, war dieser Vorschlag in seinem Kopf entsprungen und ihm nicht von seinen Committenten eingegeben worden. Doch Cobenzl verneinte die ihm vorgelegte Frage. *„Die Stände,“* erwiderte er, *„haben nichts zu thun, als unverzüglich das Gouvernement um die Erlaubniss zu bitten, sich versammeln zu dürfen und sodann die Subsidies einfach zu bewilligen. Aber selbst in diesem Falle kann ich nicht gutstehen, dass die Deputirten in Wien angenehm sein werden.“* *„Mais alors, j'en ferais mon affaire,“* fügte Cobenzl bei. Immerhin hielt Baillet nunmehr selbst seine Mission für beendet. Er bat entweder um einen neuen Bescheid der Stände oder um seine Abberufung. Er kam sich wie ein Gesandter bei dem *„Nabob d'Arcot“* vor und sehnte sich nach Erlösung.²

¹ Auch Erzherzog Carl spricht in Briefen an Erzherzog Franz, 12. und 19. Hornung 1792, diese Ansicht aus.

² Baillet an De Jonghe und derselbe an die Deputirten der Stände von Brabant. (Copie.) Beide Briefe vom 16 février 1792. Er hatte, da die Post nach den Niederlanden manchmal 10, 12, ja 14 Tage brauchte, und Cobenzl ihm in der letzten Audienz andeutete, dass sein Aufenthalt in Wien den Geschäftsgang in Belgien verzögere, um nicht etwa

„Ich übertreibe nicht,“ schreibt er am 18. Februar an De Jonghe, „aber ich verhehle auch nichts; die Zeit der Täuschungen ist vorüber und Sie, der Sie stets so scharfblickend gewesen sind, sich nicht durch lächerliche Chimären einschläfern zu lassen, würden der Erste sein, mich zu verdammen, wenn ich den Spiegel der Wahrheit mit dem Schleier eitler Hoffnungen verhüllen wollte.“¹ Und am 25. Februar: „Man kann leicht sagen: „pulsate“. Satis pulsavi quocumque pulsandum et nullibi aperitur. Vielleicht, dass grössere Talente mehr erreichen: ich habe die meinigen entfaltet in quantum possum und bin überzeugt, dass sie nichts erzielen werden, ausser in dem in meinen verschiedenen Berichten angedeuteten Falle. Ich würde es mir mein ganzes Leben hindurch zum Vorwurfe machen, wollte ich meine Committenten in lügnerische Illusionen wiegen, deren Wirkung so grausam und so verderblich ist, wenn sie zerrinnen. Gibt es Leute, die mit Grazie in einer anderen Tonart singen, seien Sie auf Ihrer Hut, auf dass es nicht die verzaubernde Stimme der Sirene sei. Dieselben Leute haben mir gesagt, dass hier Alles in der besten Stimmung sei. Wohlan denn! Verhält es sich so, so folgt daraus, dass ich Alles verloren habe, oder dass sie sich gewaltig getäuscht haben. Zu Beginn meines hiesigen Aufenthaltes musste ich Ihren Weisungen folgen; es gibt Leute, welche behaupten, ich hätte einen andern Weg einschlagen sollen. Was mich betrifft, so glaube ich, dass das Resultat in jedem Falle dasselbe gewesen wäre.“²

Noch gab es eine Person in Wien, auf die Baillet seine letzte Hoffnung setzte. „Sie wissen,“ schreibt er an De Jonghe, „aus meinen früheren Briefen, bei wem ich dinirt habe. Ich habe da, ich will nicht sagen meinen einzigen Freund, wohl

ausgewiesen zu werden, anfangs vor, den Brief an die Deputirten mit Stafette abgehen zu lassen, stand aber, da letztere nur einen Vorsprung von drei Tagen vor dem gewöhnlichen Courier gewann, von diesem Vorhaben ab und liess, um nicht Aufsehen zu erregen, den Brief mittelst Post abgehen, erbat sich aber Antwort „par estafette“.

¹ Baillet an De Jonghe, 18 février 1792.

² Baillet an De Jonghe. Vienne, 25 février 1792. Copie. Aehnlich schrieb Baillet an die Stände selbst (27. Februar); vgl. Gachard, *Etudes et notices* III, 382, Anm. 3.

aber den Mann gefunden, der uns am wenigsten gram ist.¹ Und an seine Gattin schreibt er an demselben Tage: „Du wirst nicht errathen, wo ich gestern gespeist habe. Es war bei Graf Trauttmansdorff. Es ist gewiss eine eigenthümliche Fügung, dass er die erste Person ist, die mir Aufmerksamkeit schenkte. Ich versichere Dich, dass, wenn dieser Mann nicht von Alton begleitet und gehindert worden wäre, die Unruhen nicht stattgefunden hätten. Seine Unparteilichkeit und seine massvollen Anschauungen setzen mich in Staunen; sage aber niemand, dass ich dort gespeist, selbst nicht, dass ich mit ihm gesprochen habe.“²

Am 22. Februar richtete Baillet ein Memoire an Trauttmansdorff in der vielerörterten Angelegenheit. Er habe — heisst es in demselben — lange gezögert, diesen Schritt zu thun, theils weil sich dazu kein günstiger Moment darbot, theils weil er wahrzunehmen geglaubt, dass der Graf jedem Gespräch dieser Art aus dem Wege gehe und sich weigern würde, ihn anzuhören, unter dem Vorwande, dass er keine öffentliche Function bekleide. Doch die Ueberzeugung, dass es in Wien Niemand gebe, der so wie Trauttmansdorff im Stande sei, die Lage der Dinge in Brabant zu beurtheilen, habe ihn veranlasst, sich nunmehr schriftlich an ihn zu wenden. Und nun entwirft Baillet einen kurzen Ueberblick des uns bereits bekannten Verlaufes seiner missglückten Sendung, um daran jenen Vorschlag zu knüpfen, den er bereits dem Vicekanzler während seines letzten Besuches aus eigenem Antriebe gemacht hatte und von dem er meinte, dass derselbe ebenso der Würde des Kaisers als den Wünschen der Stände entsprechen würde.

Indess blieb auch dieser letzte Schritt ohne Erfolg. Schon seit längerer Zeit stand Baillet unter geheimer polizeilicher Aufsicht. Erzherzogin Maria Christine und Herzog Albert drangen in den Kaiser, Baillet nicht länger in Wien zu dulden, jene, um nicht den Glauben aufkommen zu lassen, als missbillige man in Wien, was seitens des Gouvernements geschehen sei,³ dieser,

¹ Baillet an De Jonghe. Vienne, le 18 février 1792.

² Baillet à son épouse. Vienne, le 18 février 1792. Copie.

³ Maria Christine an den Kaiser. Bruxelles, ce 21 janvier (1792). Feuille de Conches V, 137.

da die Stände beabsichtigten, durch jenen Vorstellungen zu machen, die sich nicht blos auf die jüngsten Verhaftungen bezögen, sondern auch auf die Visitation der Abtei Tongerlo, wo sich Pulver und Waffen versteckt gefunden hatten.¹ Als sich Baillet um eine Audienz bei dem Kaiser bewarb, liess ihm dieser bedeuten, dass er ihn in Anbetracht der ungebührlichen Haltung der Stände nicht als deren Deputirten empfangen könne und dass er, da sein längerer Aufenthalt den Anschein, als unterhandle man mit ihm, erwecke, Wien zu verlassen habe.² Unter diesen Umständen war es nur die dringende Bitte De Jonghe's, Wien nicht eher zu verlassen, als bis er sein Abberufungsschreiben werde erhalten haben, die ihn bewog, vorläufig noch auf seinem Posten auszuharren.³

Da indess der Kaiser neuerdings auf die Abreise Baillet's drang,⁴ erstattete der Vicekanzler aus diesem Anlasse am 21. Februar dem Kaiser einen Vortrag, der insoferne nicht unwichtig ist, als er bereits eine gewisse Gegensätzlichkeit in den Anschauungen Cobenzl's und des Statthalterpaares durchschimmern lässt. Er werde zwar — heisst es in diesem Vortrage — den Befehl des Kaisers noch einmal wiederholen und auf die schleunige Abreise des Grafen Baillet dringen, da indess jener voraussichtlich die Antwort der Stände auf seinen letzten Bericht noch werde abwarten wollen, so setze er — Cobenzl — voraus, dass Seine Majestät nicht wünsche, dass demselben befohlen werde, auf der Stelle abzureisen, bevor er jene Antwort erhalten habe, zumal, was immer auch die Erzherzogin persönlich geschrieben haben möge, die Intention Seiner Majestät nicht dahin gehen könne, dass Baillet, der Agent einer ständischen Körperschaft, der sich hier geziemend aufgeführt habe, brüsk ausgewiesen werde und Seine Majestät die Folgen eines so odiosen Schrittes gewiss nicht persönlich in einem Augenblicke werde auf sich nehmen wollen, in welchem Ihre königlichen Hoheiten jede Nachsicht gegen jene Provinz üben,

¹ Feuillet de Conches V, 218 ff.

² Der Kaiser an Maria Christine, le 19 janvier, le 7 février (?) 1792. Wolf 307. Feuillet de Conches V, 226.

³ De Jonghe an Baillet. Bruxelles, 16 février 1792. Copie.

⁴ Vgl. Leopold II. an Maria Christine. Le 24 février (1792). Feuillet de Conches V, 281.

so zwar, dass, obgleich sie auf ihre lebhafte und dringende Bitte autorisirt seien, strenge Mittel in Anwendung zu bringen, um die Subsidies zu erlangen, ohne sich dabei strenge an die Verfassung zu halten, sie dennoch nicht allein nicht den mindesten Schritt in dieser Richtung gethan, sondern sich bisher nicht einmal über jene Massregeln geäussert hätten, die man ihnen von hier aus vorschlug und deren Anwendung sich ebenso rechtfertigen, als mit ausreichender Macht unterstützen lasse, ohne irgend welche schlimme Folgen besorgen zu müssen.¹

Der Vorwurf, den hier Cobenzl gegen das Statthalterpaar erhebt, erscheint auf den ersten Blick insoferne nicht unbegründet, als die grosse Depesche Kaunitz' vom 9. Januar — denn diese ist in jenem Vortrage an den Kaiser gemeint — bisher noch nicht beantwortet worden war. Indess hatten doch unmittelbar nach dem Eintreffen jener Depesche in Brüssel neue Berathungen stattgefunden, die, obgleich sie unter dem Eindrucke des jüngst entdeckten Complottes gepflogen wurden, sich das Princip der Mässigung zur obersten Richtschnur nahmen, entsprechend den Wünschen des Kaisers, der erst kürzlich noch den legalen Weg als den längsten, aber zugleich auch als den sichersten bezeichnet hatte.² War Maria Christine auch trostlos³ über den Optimismus, der sich damals in allen Briefen des Kaisers über die niederländischen Verhältnisse aussprach,⁴ so erklärte sie doch auch ihrerseits: „Sollten die Umstände uns zwingen, von jener Autorität Gebrauch zu machen, die Eure Majestät uns anvertraut haben, so werden wir davon nur mit jener Umsicht Gebrauch machen, die uns die gegenwärtige Krise Europas auferlegt, und nicht aus dem Auge verlieren, dass Eure Majestät die ihm unterworfenen Völker nur beschützen, nicht züchtigen will.“⁵

¹ Cobenzl an den Kaiser. A Vienne, 21 février 1792. Orig.

² Kaiser Leopold an Maria Christine, le 5 décembre (1791). Orig. A. A. Feuillet de Conches IV, 153.

³ Maria Christine an den Kaiser, ce 14 décembre 1791. A. A. Copie. (Hand des Erzherzogs Carl). Desgleichen, ce 22 décembre 1791.

⁴ Z. B. in einem Briefe desselben an Maria Christine vom 19. December 1791. A. A. Copie.

⁵ Die Statthalter an den Kaiser, 20 janvier 1792. Copie: „que V. M. ne veut que protéger et non châtier les peuples de sa domination“.

Erst zu Ende des Jahres 1791 änderte sich des Kaisers Meinung. Auch jetzt zwar — in einem Schreiben vom 31. December — empfahl er, auf dem gesetzlichen Wege zu verharren, eine ‚Explosion‘ womöglich zu vermeiden, im Nothfalle aber, meinte er, dass man mit strengen militärischen Massregeln durchgreifen müsse. Keine Versammlungen, keine Clubs, Cocarden, Associationen — weder jene der amis du bien public, noch jene der Vonckisten — sollten geduldet, der sogenannte Herzog von Charost strengstens überwacht werden.¹ Daher sprach denn auch der Kaiser aus Anlass der im Januar 1792 vorgenommenen Verhaftungen dem Gouvernement seine volle Billigung aus.² Maria Christine versprach in eben jenem Briefe, in welchem sie sich über die amis du bien public geäußert hatte, dass sie ein wachsames Auge auf jeden Club und jede Societät richten werde, und sollte es — abgesehen von dem Falle eines Bruches mit Frankreich, von dem sie aber noch immer hoffe, dass er vermieden werde — zu einer Explosion kommen, so werde daran nicht Unachtsamkeit Schuld sein, sondern die Schwierigkeit, die Ueberwachung wirksam zu gestalten. Wie erfreut würde sie sein, dem Kaiser mittheilen zu können, dass man mit den Truppen den Sentenzen der Tribunale gegen die Stände, Communen und einzelne Schuldtragende Achtung verschafft habe und dass man auf dem Wege des Rechtes ans erwünschte Ziel gekommen sei. Aber die Langsamkeit der gerichtlichen Formen, die Chicanen, welche sie den Uebelwollenden an die Hand geben, die Furcht selbst der gutdenkenden Richter, die Verwegenheit der Stände, die Aufreizung, welche das Gerücht eines bevorstehenden Einfalles der Franzosen verursache, die Hindernisse, welche die Constitution selbst der Verurtheilung der Schuldigen entgegensetze, lasse keine Hoffnung, nach dem Urtheile der Mitglieder der Tribunale selbst, dass man auf dem gewöhnlichen Wege durchdringen werde. Man habe bisher über die zu ergreifenden Massregeln keine Vorschläge gemacht, da der Gegenstand

¹ Der Kaiser an Maria Christine, le 31 décembre 1791. Feuillet de Conches V, 45 ff. Wolf l. c. 283, Nr. CXC; vgl. auch 293, Nr. CXCV.

² Kaunitz an Metternich. Vienne, ce 4 février 1792. Orig. Der Kaiser an Maria Christine, le 7 février (1792). Feuillet de Conches V, 226.

schwierig sei und reiflicher Erwägung bedürfe und da die Menge anderer zu erledigender Geschäfte nicht gestattet habe, mit Musse darüber nachzudenken.¹

Namentlich waren es gerade jene Complotte, deren Aufspürung und Bestrafung in der nächsten Zeit die Thätigkeit des Gouvernements in vollem Masse in Anspruch nahmen, so dass der Inhalt jener Weisung vom 9. Januar — wie Maria Christine in einem privaten,² das Statthalterpaar in einem officiellen Schreiben an den Kaiser entschuldigend bemerkt — erst am 19. Februar den Gegenstand einer neuen Berathung bildete, und zwar im Schoosse einer Jointe, in welche auch Mitglieder des Conseil privé berufen wurden. Vielleicht dass zu dieser Zögerung auch die Wahrnehmung beitrug, dass für ein entschiedenes Vorgehen die Majorität der Mitglieder des Gouvernements selbst nicht leicht zu gewinnen sei. Wenigstens mussten die Statthalter ihren Bericht mit der für sie wenig erfreulichen Mittheilung an den Kaiser eröffnen, dass selbst die am weitesten gehenden Ansichten der Jointe weit hinter den Vorschlägen des Staatskanzlers zurückgeblieben seien. Ja einen derselben wagte man bei den Anschauungen der Jointe nicht einmal zur Abstimmung zu bringen. Es war dies die Frage, ob man die Fiscale veranlassen solle, gegen jene Mitglieder der drei Stände einzuschreiten, welche an der letzten Revolution sich betheiligt hatten.³

¹ Maria Christine an den Kaiser. Bruxelles, le 13 janvier 1792. A. A. Bleifederentwurf Herzog Alberts.

² Feuillet de Conches V, 250.

³ Der Conseil von Brabant war nämlich der Ansicht, dass in die übrigens noch nicht einmal publicirte Amnestie virtuell alle die Ständemitglieder inbegriffen seien, die bei der letzten Inauguration intervenirten, da deren Zulassung zu dem bei dieser Feier üblichen Eide als ein Act mindestens persönlichen Pardons für die Erschienenen zu betrachten sei. Nach dieser Auffassung konnten sich Ausnahmen von der Amnestie nur auf Männer wie Van der Noot, Van Eupen und von den Ständen auf den Abt von Tongerlo, der bei der Inauguration nicht erschienen war, oder auf jene einstigen Doyens der drei Chef-villes beziehen, welche, da sie zu jener Zeit keine Magistraturen bekleideten, bei der Inauguration nicht hatten mitwirken können. Was die Theilnahme eines Theiles der Stände an den jüngsten Comploten und deren sonstiges Verhalten seit der Inauguration betraf, so reichte, was man davon wusste, zu einer gericht-

Unter diesen Umständen sei, meinten die Statthalter, die Amnestie mit ihren Ausnahmen keine besonders furchtbare Waffe in den Händen des Kaisers, ja man erweise vielmehr den Ständen einen Dienst dadurch, dass man jene verfolge, welche ihnen einst gedient und nun ihre Todfeinde geworden seien. Sie erklärten sich zwar bereit, im Sinne der Weisung vom 9. Januar vorzugehen, machten aber aufmerksam auf die misslichen Folgen, die entstehen könnten, falls der Conseil von Brabant die erforderlichen „provisions de justice“ wider die zu Verfolgenden nicht ertheile. Würde es — fährt der Bericht der Statthalter fort — nicht allgemein heissen, dass die Amnestie bloß eine Lockspeise sei, und würde man nicht die von Zeit zu Zeit erscheinenden Ausnahmelisten als wahre Proscriptionslisten bezeichnen? Die Statthalter selbst beantragen, dass man entweder die Amnestie mit ihren Ausnahmen, oder nur einen Theil der Ausnahmen ohne Amnestie verkündigen möge. Allein sie halten den Zeitpunkt, wo man neue Complots schmiede und nur auf die Gelegenheit eines Krieges mit Frankreich warte, nicht für den geeigneten, um einen Gnadenact, wie es die Verkündigung der Amnestie sein würde, zu erlassen.

Die erwähnte Jointe beschäftigte sich vor Allem auch mit der Frage, was zur Zügelung der Presse zu geschehen habe. Die Meinung derselben ging dahin, dass zwar die Gesetze ausreichend seien, dass aber die Ausführung derselben mangelhaft und daher das Office fiscal zu grösserer Thätigkeit anzuregen sei. Die Statthalter versprachen sich indess auch davon nur einen geringen Erfolg. Das Amt, klagten sie, sei schlecht besetzt: der Fiscal selbst wohl einsichtsvoll und eifrig, aber alt, träg und furchtsam, der Procureur général sei wohl begabt, aber unerfahren, besitze ausserdem weder das Vertrauen des Conseils und des Fiscals, noch jenes des Publicums und begehe zuweilen Missgriffe selbst in unbedeutenden Dingen; von seinen vier Substituten seien zwei befähigt, einer aber nicht

lichen Belangung nicht aus. Vonck endlich und Van der Meersch waren durch jenen sauf-conduit geschützt, den ihnen seinerzeit Mercy unter Zustimmung des Kaisers gewährt und dessen sie sich durch ihr Benehmen seither nicht verlustig gemacht hatten.

zuverlässig. Man habe 1788 die Wahlen eilig vollziehen müssen. Die in der Constitution vorgeschriebene Inamobilität der Aemter heilige die Ungeschicklichkeit, die Indolenz und die Nachlässigkeit. Sie höre erst gegenüber von Verbrechern auf, und selbst dann noch bedürfe die Regierung doppelter Beweise, um ‚provisions de justice‘ zu erlangen. Unter solchen Umständen könne man sich nur dadurch helfen, dass man neue Substitute ernenne und diese mit all den Angelegenheiten betraue, welche Festigkeit und Raschheit der Durchführung erheischen. Allein abgesehen von den damit verbundenen Mehrauslagen, hänge doch Alles in letzter Linie von dem Fiscal ab, der die Beschlüsse seines Amtes bei den Berathungen des Conseils zu vertreten habe, in welchem sich fünf Richter befänden, die einst den Ständen geschworen und die denselben noch immer eine stille Zuneigung bewahren. Die Zügelung der Presse werde übrigens auch durch die Nachsicht erschwert, welche die Fiscale und die der Regierung ergebenden Richter gegen Schriften üben, die wider die Stände oder wider die Anhänger der Revolution gerichtet sind. ‚Wir fühlen wohl,‘ heisst es in jenem Berichte, ‚dass dies den wahren Principien der Gerechtigkeit zuwiderläuft, die keinen Unterschied der Person und Zeit kennt, wenn das Gesetz spricht.‘

Um den Conseil von Brabant zu ermuthigen, wurden demselben die schon zuvor ertheilten Versicherungen wiederholt. Aber viel versprachen sich die Statthalter auch von dieser Massregel nicht. ‚Die Furcht,‘ heisst es, ‚beherrscht die Einen, schlimme Erfahrungen schüchtern die Anderen ein. Es ist nicht mehr die Zeit, wo die römischen Senatoren an der Schwelle ihrer Häuser sassen, um die Schläge der Verschwörer ruhig zu erwarten.‘ In Brabant nehme ausserdem der Conseil eine constitutionelle Stellung ein, die gewisse und besondere Beziehungen zwischen ihm und den Ständen zur Folge habe. ‚Man betrachtet die Stände stets — trotz aller Verirrungen — als die Aegide des Volkes wider die Ausdehnung der Macht des Souveräns, die für die ganze brabantische Nation ein ständiges Schreckbild ist, wie gross auch die Mässigung des regierenden Fürsten und seine Treue in der Beobachtung der Constitution sein mag.‘ Dazu komme die

panische Furcht vor einer französischen Invasion, und in der That sei nicht zu zweifeln, dass, wenn die Truppen gezwungen sein sollten, an die Grenze zu rücken, und es den ‚nationalen Horden‘, vermischt mit den Emigranten aus Brabant, Lüttich und Holland, gelingen würde, einen Punkt der langen Vertheidigungslinie zu durchbrechen, das Land grosse Erschütterungen erleiden und deren Opfer vermuthlich die treuen Diener des Kaisers sein würden, wie dies in der Correspondenz der Emigranten mit den daheim verbliebenen Gesinnungsgenossen angedroht sei.

Ein dritter Punkt, mit dem sich die Jointe beschäftigte, war die Frage, ob es nicht angezeigt sei, bei allen Cassen und Bureaux, die von den Ständen verwaltet würden, Controleurs anzustellen und den Ständen den Auftrag zu geben, nichts in Einnahme oder Ausgabe zu bringen ohne ‚visa‘ jener Controleurs. Allein auch dieser Antrag gab zu vielen Debatten Anlass. Die Jointe war der Ansicht, dass ein derartiges Reglement sich auf eine ‚provision‘ des Conseil von Brabant stützen müsse; das Statthalterpaar hingegen betrachtete die Ueberwachung der Administration der öffentlichen Gelder als eines der ersten Rechte und zugleich als eine der ersten Pflichten der souveränen Gewalt und war eben deshalb nicht geneigt, an der Ausübung eines derartigen Rechtes den Conseil von Brabant theilnehmen zu lassen. Die Jointe hinwiederum verkannte zwar die Berechtigung dieses Standpunktes nicht, wies aber auf die Schwierigkeit hin, die sich in Bezug auf die Strafen ergebe, welche die dem Reglement zuwider Handelnden treffen sollten. Ihrer Ansicht nach bedurfte man zwar der richterlichen Autorität nicht, um Strafen anzudrohen, wohl aber, um sie zu decretiren, und sie gab daher der Besorgniss Ausdruck, dass der Conseil, wenn man ihn bei der Publication der Androhung übergehe, auch seine Hand in der Folge nicht zur Decretirung der Strafen bieten und dass hieraus ein Process erwachsen könnte, während dessen die Verschleuderung der Gelder noch viel rascher vor sich gehen werde. Das Statthalterpaar hoffte unter diesen Umständen allein noch auf die Hartnäckigkeit der Stände, welche die Legalität des Conseils in legislativen Dingen nicht anerkennen und dadurch den Letzteren veranlassen werde, eine Provision ‚par contumace‘ zu ertheilen. In dieser Hinsicht adop-

tirte man die Ansicht der Jointe; es wurde beschlossen, dass das Office fiscal dem Conseil ein sogenanntes Réquisitoire überreichen sollte, welches die Verhängung des Sequesters auf die ständischen Cassen und die provisorische Controle ihrer Verwaltung begehrte.

In der Entschädigungsfrage war die Jointe einstimmig der Meinung, dass man sich mit den betreffenden Forderungen (répétitions) an jene Ständemitglieder und ihre Agenten einzeln zu halten habe, die speciell und direct an den Vorgängen betheiligt gewesen waren, durch welche sich die Insurgenten der königlichen Cassen, der Magazine und des Ertrages der Regalien bemächtigt hatten, nicht aber an die Stände als Corporation, gegen die man sich übrigens die Action ‚in solidum‘ für den Fall vorbehalten könnte, dass das Vermögen der einzelnen Mitglieder oder ihrer Agenten zur Ersatzleistung nicht ausreichen sollte. Demnach beschloss man belangen zu lassen: den Marquis de Wemmel und einen Agenten (adjoint) desselben, den er sich zugesellt, um im December 1789 den Beamten des Gouvernements unter ihrem Eide die Fonds der Casse des königlichen Tresors abzufordern, ferner jene Agenten der Stände, die dem Kupfermagazine das in Dépôt liegende Kupfer und die für den Erlös in der Casse befindliche Geldsumme entnommen hatten. Das Gleiche sollte, falls die den Archiven des Gouvernements entfremdeten Papiere nicht unverzüglich zurückgestellt würden, gegen alle jene veranlasst werden, die sich an dem Actendiebstahl betheiligt hatten, sowie gegen die Mitglieder des Comités von Breda, gegen die letzteren bezüglich der Folgen des von demselben erlassenen Manifestes und geleiteten Aufstandes.

Die Statthalter versprachen sich auch von dieser Massregel wenig Erfolg. ‚Mit einsichtsvollen und thätigen Fiscalen,‘ heisst es in dem oft erwähnten Berichte, ‚mit einem Tribunal, das fest und nicht von den Urhebern und Gönnern der Revolution beeinflusst ist, müssten diese durchaus gesetzlichen und in der Constitution begründeten Actionen die Stände zur Besinnung bringen; mit lässigen und unentschlossenen Fiscalen und mit einem Chef derselben, der die Rechte des Fiscus nur schwach und ungeschickt vor eingeschüchterten und voreingenommenen Richtern vertritt, und mit dem Dädalus von Formen und Intri-

guen wird dieser Weg, wenn überhaupt, doch äusserst langsam zum Ziele führen. Denn die Verblendung der Stände ist so gross, dass sie die Gefahr übersehen, die dem Adel und Clerus im Falle einer französischen Invasion bevorsteht.'

Allein selbst wenn die von der Jointe vorgeschlagenen Massregeln ergriffen wurden und von dem beabsichtigten Erfolge begleitet waren, so erreichten sie doch den Hauptzweck, die Bezahlung der rückständigen, sowie jene der laufenden Subsidies, nicht. 'Das ist,' heisst es in dem Berichte des Statthalterpaares, 'ein sehr angenehmer Zustand für die Stände; sie werden nicht unterlassen, dies gegenüber dem Volke geltend zu machen, und es wird hierin ein verführerisches Beispiel für die Stände der anderen Provinzen liegen.' Nun hatte zwar die Depesche Kaunitz' auch in dieser Hinsicht einen Vorschlag an die Hand gegeben; darnach sollte der Conseil von Brabant veranlasst werden, das Gouvernement zur Erhebung der Impôts und der sogenannten Vingtièmes auf dem Fusse des letzten Jahres zu ermächtigen, worin der Vorthail gelegen hätte, das Volk in der Gewohnheit, die hergebrachten Auflagen zu entrichten, zu erhalten, während es bedenklich schien, sich später in die Nothwendigkeit versetzt zu sehen, die Subsidies von zwei bis drei Jahren auf einmal einheben zu müssen. Allein die Jointe sprach sich einstimmig gegen jenen Vorschlag aus, der Kanzler in zwei Gutachten, die er nach Schluss der Jointe den Statthaltern übergab. 'Wir fühlten zwar,' äussern die Letzteren, 'mit dem Conseil von Brabant, dass es misslich sei, dies Tribunal zum Schiedsrichter über die Pflichten des Volkes gegen den Fürsten in Sache der Steuern zu machen; aber wir hätten den Vorthail dabei gehabt, nicht zur Gewalt greifen zu müssen, sondern auf dem legalen Wege zu verbleiben. Doch der Richter selbst hat sich bestimmt dagegen ausgesprochen und somit seine unentbehrliche Mitwirkung versagt.'

Die Jointe ging auseinander, ohne sich über den letzten Punkt entschieden zu haben. Nur Limpens berief sich auf sein schon am 30. August vorigen Jahres abgegebenes Votum, und der Conseiller privé Müller gab eine von dem Staatssecretär secundirte schriftliche Erklärung ab, welche dem leider nicht mehr erhaltenen Protokolle dieser Jointe beigeschlossen wurde und im Wesentlichen auf Zweierlei hinausgelaufen zu

sein scheint: auf die nochmalige Einrufung der Stände und, falls dieser Appell fruchtlos bleibe, auf eine Art Sommatation und militärische Execution, die, wenn auch nur auf ein Departement der Provinz beschränkt, grossen Eindruck auf die übrigen machen würde. Allein gegen die Berufung der Stände sprachen sich die Statthalter aus, weil man dabei mindestens sechs Wochen verlieren und sich sodann vermuthlich auf dem nämlichen Punkte befinden werde wie jetzt. Auch gegen den sonstigen Vorschlag Müller's wurden in der Jointe Zweifel und Bedenken erhoben.¹

Der Conseil von Brabant hatte aus diesem Anlasse beantragt: 1. die Emigranten von Brabant aufzufordern, innerhalb eines Monates in ihre Heimat zurückzukehren und denselben — mit Ausnahme der Haupturheber des jüngsten Complotes — Verzeihung zuzusichern; 2. die Bürger insgesamt an ihre Pflicht zu mahnen, alle ihnen zukommenden Flugblätter und Libelle, welche zur Auflehnung wider den Staat aufreizten, der Behörde anzuzeigen, unter Androhung strenger Strafen wider die, welche dergleichen verheimlichen würden. Zugleich schlug der genannte Gerichtshof vor, diese Ordonnanz auch in den anderen Provinzen durch die betreffenden Tribunale zu publiciren. Allein der Conseil privé sprach sich dagegen aus, und seiner Ansicht schloss sich auch die Jointe an. Man machte geltend, dass die versprochene Amnestie in Brabant noch nicht publicirt und es daher verfrüht sei, eine solche den Anstiftern neuer Unruhen zuzugestehen, dass die Häupter der Emigration von Douai und Lille identisch mit denen der Unruhen des Jahres 1787 seien, dass, wenn man von der Amnestie nur die Haupturheber ausnehme, es fast unmöglich sei, im Einzelnen zu sagen, welche von den angeklagten Personen darunter zu verstehen seien, dass, falls man eine Ausnahme bezüglich der Personen mache, gegen die bereits eine ‚provision de justice‘ erfolgt sei, dadurch der Gang der weiteren Nachforschung nach den Urhebern des letzten Complotes sistirt oder gehemmt werde, dass sich unter den Emigranten solche befänden, die von der im Haag zugestandenen Amnestie ausgeschlossen seien, und dass, wenn das Project des Conseils

¹ Die Statthalter an den Kaiser, 25 février 1792.

den gehofften Erfolg nicht habe, dadurch das Gouvernement compromittirt, im entgegengesetzten Falle aber in das Land eine Menge verdächtiger und schon in der Ferne gefährlicher Menschen zurückkehren werde. Was endlich die Verfolgung aufreizender Schriften anlangt, so meinte der Conseil privé, dass die bereits erflossenen Ordonnanzen genügen und die bestehende Jurisprudenz eine neue Verfügung nicht nur unnütz, sondern sogar schädlich erscheinen lasse. Das Statthalterpaar theilte zwar nicht diese Ansicht, da aber dieselbe einstimmig abgegeben wurde und sich derselben auch die Majorität der Jointe anschloss, wurde die Sache dem Kaiser zur Entscheidung vorgelegt.¹ Metternich hinwiederum erklärte, seinerseits zu dem Berichte der Statthalter und zu dem von denselben entworfenen Bilde nichts hinzufügen zu können. Nur rieth er, man möge vor Anwendung von Gewalt an die öffentliche Meinung der anderen Provinzen appelliren; denn es sei wichtig, die Unparteilichkeit des Souveräns und sein Vertrauen in die Gerechtigkeit seiner Sache zum Ausdrucke zu bringen, andererseits die Provinz Brabant zu isoliren. Er verkannte die Bedenken nicht, die gegen ein solches Vorgehen könnten erhoben werden, meinte aber zugleich, dass, wenn man Gewalt anwenden wolle, dies sofort geschehen müsse, und dass es in diesem Falle zweckmässig sein würde, ein Corps von 6000 Mann zur Verstärkung der bereits im Breisgau stehenden Truppen zu senden. Auch Mercy theilte diese Ansicht.²

Es wurde wiederholt jener officiellen Actenstücke gedacht, die während der Revolution abhanden gekommen und zu deren Zurückerstattung die Stände von Brabant aufgefordert worden waren. Einen Theil derselben hatten denn auch, wie oben bemerkt, die Stände dem Conseil zurückgestellt; ein Theil aber befand sich in Holland, wohin man dieselben in jenen stürmischen Zeiten verschleppt hatte. Daher wendete sich jetzt das Brüsseler Gouvernement an die holländische Regierung, und wirklich wurde zu Amsterdam ein gewisser Gillard, Sohn eines Archer de la garde de Bourgogne am Brüsseler Hofe, verhaftet, der an dem Transporte der Archive betheiligt gewesen

¹ Die Statthalter an den Kaiser, 27 février 1792.

² Metternich an Kaunitz, 29 février 1792. Copie.

war. Freilich war die Auslieferung Gillard's nicht zu erwirken, da man als Gegendienst die Auslieferung holländischer Emigranten forderte, die nach der belgischen Verfassung ohne die kaum zu erlangende Zustimmung der Stände nicht erfolgen durfte.¹ Und auch Van de Velde, den das Gouvernement nach Holland sandte, um die saisierten Papiere in Besitz zu nehmen, stiess auf mancherlei Schwierigkeiten. Nur der Festigkeit und Klugheit Buol's war es zu verdanken, dass endlich die Archivalien ausgeliefert wurden und Gillard bis auf Weiteres in Civilhaft verblieb.²

15. Die Prinzessin von Oranien. Die Emigration.

Am Vorabende des Krieges.

Es dürfte hier zugleich der Ort sein, um eines Zwischenfalles zu gedenken, welcher zu einem gereizten Briefwechsel mit der Prinzessin von Oranien den Anstoss gab. Alle Welt kannte die freundliche Aufnahme, welche die Prinzessin den Häuptern des jüngsten belgischen Aufstandes gewährt, und die Theilnahme, die sie an den Erfolgen derselben gezeigt hatte. Man hatte indess dazu geschwiegen. Nun aber erschien in Belgien eine anonyme Broschüre,³ in welcher jene Umtriebe enthüllt und unter denen, die aus den während der letzten Revolution von den Ständen verschleuderten Geldern Nutzen gezogen, der Grand-Pensionnaire der Generalstaaten Van der Spiegel, ferner der Intendant und die Kammerfrau der Prinzessin von Oranien genannt wurden. Da man vermuthete, dass die Broschüre officiös inspirirt worden sei, führte die Prinzessin sowohl in Brüssel durch ihren Minister, als auch am Wiener Hofe bei dem Kaiser⁴ Beschwerde. Bei der in Folge dessen angestellten Untersuchung ergab sich allerdings, dass die Namen jener Personen in dem Register der von den Ständen während der

¹ Metternich an Kaunitz, 7 mars 1792. Copie.

² Metternich an Kaunitz, 24 mai 1792. Copie.

³ Unter dem Titel: 'Tableau de la dilapidation des deniers royaux et publics par les ex-souverains brabançons.'

⁴ Vgl. Leopold II. an Maria Christine, le 31 janvier (1792). Feuillet de Conches V, 200.

Revolution gemachten Ausgaben, wenigstens in dem der Brüsseler Regierung vorgelegten Exemplare nicht vorkamen, dagegen stellte sich auf andere Weise als ziemlich sicher heraus, dass Mottmann,¹ der Intendant der Prinzessin, wirklich 100.000 Gulden empfangen hatte. Denn bei den früher erwähnten Conferenzen, welche zu Brüssel zwischen den Deputirten der verschiedenen Provinzen behufs Liquidation der während der letzten Unruhen gemachten Ausgaben stattfanden, erwähnte De Jonghe die Summe von 100.000 Gulden, die einer angesehenen Persönlichkeit in Holland für die Dienste bezahlt worden sei, welche dieselbe den Ständen von Brabant, die zu Breda versammelt gewesen waren, geleistet hätte. Die Summe wurde daher in die Protokolle der Stände von Flandern, Hennegau, Namur und Tournay eingetragen und auch in dem Protokoll jener Conferenzen verzeichnet. Um den Namen der betreffenden Person befragt, nannte De Jonghe Mottmann, den Intendanten der Domänen des Prinzen-Statthalters zu Breda; die Protokolle hingegen nannten ihn nicht. Immerhin schien der Beweis dieses Factums, soweit ihn das Gouvernement ohne gerichtliche Untersuchung liefern konnte, hergestellt. Auf eine solche wollte man es in Brüssel nicht ankommen lassen; man überliess es den Ständen und Mottmann selbst, jenen, von denen übrigens ein Theil die Bezahlung der Summe bewilligte, der andere sie vorläufig verweigerte, die Sache weiter zu verfolgen, diesem, falls er sich schuldlos fühlte, bei den ordentlichen Gerichten Klage zu führen und begnügte sich mit der Erklärung der Commissäre, welche bei der Liquidation intervenirten und sich zur eidlichen Erhärtung ihrer Aussage erboten. Hingegen vermochte sich Metternich die Genugthuung nicht zu versagen, bereits am 29. Januar 1792 den holländischen Minister in Brüssel, Baron De Hop, davon in Kenntniss zu setzen, dass die Behauptung jenes Libells nicht ganz aus der Luft gegriffen, dass vielmehr das Gouvernement berechtigt sei, Schadenersatz von Mottmann zu verlangen, dass man dies aber nicht für vereinbar mit der Würde des Kaisers erachte und die Entscheidung über das, was zu geschehen habe, dem Gerechtigkeitsgeföhle der Prinzessin überlasse. Zugleich wurde zwar in die Brüsseler Zeitung

¹ Ueber ihn vgl. Borgnet I, 159, Anm. 1.

vom 12. Februar eine Art Ehrenerklärung eingerückt, welche dahin ging, dass sich die in jener ‚Schmähschrift‘ enthaltenen Anklagen nicht erweisen liessen, und dass das Gouvernement eine strenge Untersuchung gegen den Verfasser und den Herausgeber der Schrift verfügt habe.¹ Da sich indess die Prinzessin nicht zufrieden gab, vielmehr in Wien neuerdings auf Satisfaction und Bestrafung des Autors drang und auch darüber sich beklagte, dass man sich weigere, Beweise für Mottmann's Schuld zu liefern, namentlich seine Quittungen vorzuweisen, richtete Metternich am 11. April an De Hope eine zweite Note, die den Thatbestand in der oben geschilderten Weise zur Kenntniss der Klägerin brachte.² Wie übrigens Maria Christine in einem Briefe an den Kaiser versichert, war die Broschüre ohne ihr Wissen und Willen erschienen. Auch fehlte es nicht an Bemühungen, den Autor ausfindig zu machen; doch lieferten dieselben zu schwache Anhaltspunkte, um den muthmasslichen Urheber des Libells gerichtlich belangen zu können. Letztere enthielt auch Beschuldigungen gegen den Cardinal von Mecheln, und ein Beamter des Gouvernements erklärte sich bereit, eidlich zu bezeugen, in den Rechnungen der Stände eine Summe verzeichnet gefunden zu haben, ungefähr so hoch als jene, welche nach jener Broschüre der Cardinal erhalten haben sollte.³ Uebrigens musste die Sache zuletzt fallen gelassen werden, weil der Wunsch der Prinzessin nicht zu erfüllen war, und sie hatte auch keine weiteren Folgen.⁴

Ein anderer Gegenstand, der dem Brüsseler Gouvernement zu einem Gegenstande vielfacher Verlegenheit wurde, war die grosse Zahl französischer Emigranten, die das Land überschwemmt. Neben Coblenz war vor Allem Brüssel der

¹ Wiener Zeitung S. 496.

² Unsere Hauptquellen für diesen Zwischenfall sind ausser den Memoiren des Herzogs Albert: die Schreiben Metternich's an Kaunitz vom 22. und 30. Januar 1792 (Copie), die Noten an De Hope (Copie), das Schreiben der Prinzessin an den Kaiser, ddo. La Haye, le 17 janvier 1792 (Copie), und die Note Kaunitz' an Metternich. Vienne, le 30 janvier 1792. Orig.

³ Maria Christine an den Kaiser, ddo. 14 février 1792. A. A. Concept. Auch Bleifederentwurf Herzog Alberts daselbst.

⁴ Memoiren Herzog Albrechts.

Sammelpunkt der französischen Emigration. Schon am 16. Mai 1791 klagt Mercy über diese Erscheinung. Namentlich entfaltete Marquis De la Queuille, der als ständiger Agent der französischen Prinzen seinen Sitz in Brüssel aufschlug, eine geradezu fieberhafte Thätigkeit, um von Belgien aus ein Unternehmen gegen sein Vaterland ins Werk zu setzen und in die Verwicklung, die sich daraus ergeben musste, auch den Kaiser hereinzuziehen.¹

Zur Zeit der missglückten Flucht des Königs Ludwig XVI. hatte man den emigrierten französischen Officiern gestattet, sich in Ath aufzuhalten, und ihnen daselbst Quartiere eingeräumt. Es war dies aus Mitleid mit ihrer Nothlage geschehen. Als aber im August 1791 De la Queuille im Namen des Grafen von Artois an Metternich das Ansinnen stellte, ein Recrutendépôt in Herichapelle — im Luxemburgischen — errichten zu dürfen, Truppentransporte zu 15 Mann durchs Land zu gestatten, endlich ausser Ath auch Charleroi zu einem Sammelplatze für geflüchtete Franzosen zu bestimmen und denselben die alten verlassenen Kasernen daselbst anzuweisen, wurde dies höflich, aber bestimmt abgelehnt.²

Es dauerte indess nicht lange, so trat De la Queuille mit einem neuen, noch viel bedenklicheren Ansinnen an die Brüsseler Regierung heran. Es handelte sich um nichts Geringeres als um die Veröffentlichung der Pillnitzer Declaration (vom 27. August).³ Vergebens wurde ihm bedeutet, dass die Declaration dem Grafen von Artois nur vertraulich mitgetheilt worden sei, dass von einer Veröffentlichung derselben, bevor das Concert der Mächte, von welchem darin die Rede war, zu Stande gekommen sei, nicht die Rede sein könne, und dass durch die seitens des Königs erfolgte Annahme der Constitution die Motive entfallen seien, auf denen die Vereinbarung

¹ Mercy an Maria Antoinette, le 16 mai 1791. Feuillet de Conches II, 56. 57.

² Maria Christine an den Kaiser. Bruxelles, le 24 novembre 1791. A. A. Copie.

³ Vgl. Albert Sorel, L'Europe et la révolution française, T. II, p. 262. — Ernest Daudet, Coblentz 1789—1793. p. 120.

der Mächte beruhen sollte.¹ Vergebens drohte man mit einem formellen Dementi. De la Queuille bestand darauf, der Kaiser habe die Prinzen zur Veröffentlichung der Pillnitzer Erklärung ermächtigt; er selbst wollte bei dem Grafen von Artois den Brief des Kaisers gesehen haben, demzufolge Lacy beauftragt sei, in Prag mit dem Prinzen Hohenlohe den Feldzugsplan festzustellen, und er theilte schliesslich mit, dass bereits 20.000 Exemplare des die Declaration begleitenden Manifestes (vom 10. September), das er den Statthaltern vorlegte, in Frankreich in Umlauf seien, und dass er nicht zweifle, die Statthalter würden schon in den nächsten Tagen die erforderlichen Instructionen des Kaisers erhalten.² Wohl nahm das Statthalterpaar jene Insinuationen zum Anlass, um De la Queuille durch Metternich ihr Missfallen in einer Weise zu erkennen zu geben, die dem Rathe, sich ein anderes Domicil zu wählen, gleichkam;³ aber der ‚Minister des Grafen von Artois‘, wie man ihn nannte,⁴ blieb auch in der Folge noch in Brüssel. Im November 1791 wurden zu Ostende zwei Officiere des Regimentes Berwick als Freiwerber betreten, was zu neuen Beschwerden bei De la Queuille den Anlass gab.⁵ Vielleicht war einer derselben jener, der zu Ostende die vermeintliche Ankunft der russischen Hilfsflotte erwarten sollte.⁶ Es hing mit diesen Vorgängen zusammen, dass am 13. December das Edict Kaiser Karl VI. vom 31. Juli 1738, welches das Anwerben für fremde Kriegsdienste untersagte, republicirt wurde.⁷

In der Folge nahm die Emigration einen immer grösseren Umfang an. Belgien wurde von französischen Officieren förmlich überschwemmt. In Tournay allein befanden sich deren 500 und während der Anwesenheit der Statthalter fanden sich noch

¹ Maria Christine an den Kaiser. Bruxelles, ce 18 septembre 1791. Eigenhändiger Bleifederentwurf Herzog Albrechts. A. A.

² Ebenda.

³ Metternich an Kaunitz. Bruxelles, le 19 septembre 1792. Copie.

⁴ Augeard, J. M., *Mémoires secrets de*, précédés d'une introduction par M. Evariste Bavoux. Paris 1866, p. 267.

⁵ Metternich an Kaunitz. Bruxelles, le 4 novembre 1791. Copie.

⁶ Forneron, *Histoire générale des émigrés* I, 248.

⁷ Wiener Zeitung 1792, S. 34.

überdies 34 ein. Zu Mons gab es deren ebenso viele, zu Ath aber mehr als 1000, und auch die kleineren Orte, wie Chièvres, Leuze, Enghien, Nivelles, Binches wurden von denselben überschwemmt. In dem Flecken Antoine an der Grenze gab es deren 300. Der Aufenthalt dieser Officiere fiel dem Gouvernement um so lästiger, als sie so unvorsichtig waren, militärische Evolutionen vorzunehmen, die nicht verfehlten, die Aufmerksamkeit und Beunruhigung der französischen Nachbarn hervorzurufen.¹ Daher wurden in der Folge den französischen Officieren grössere Ansammlungen, die Bildung von Compagnien und Corps, die Distinction durch neue Uniformen untersagt und das Exerciren nur ohne Waffen gestattet (Ordre vom 22. October 1791). Auch wurden sie zugleich, um billiger leben zu können, in verschiedene Ortschaften vertheilt.² Es schien dies um so nothwendiger, als, wie man durch geheime Correspondenzen in Erfahrung brachte, die Clubs von Lille und Paris die Anhäufung französischer Officiere in Belgien zum Vorwand nahmen, um auch ihrerseits die belgischen Emigranten an der Grenze zu sammeln.³ Aus ähnlichen Gründen wurde den französischen Bauern, die zu Beginn des Jahres 1792 in grösserer Zahl auszuwandern versuchten, der Eintritt in Belgien versagt.⁴

Auch sonst schien der Aufenthalt so vieler Franzosen im Lande mehrfach bedenklich. Tauchten doch neben den royalistisch gesinnten Emigranten ab und zu auch Gestalten auf wie jene ‚Amazone von Lüttich‘ Théroigne de Méricourt,⁵ die, als sie zu Anfang des Jahres 1791 im Luxemburgischen ihr Unwesen trieb, verhaftet, über Freiburg nach Kufstein gebracht, dann aber wieder freigelassen und merkwürdiger Weise auf Staatskosten nach Brüssel gebracht wurde, wo sie sich auf wieder-

¹ Maria Christine an den Kaiser. Bruxelles, ce 9 octobre 1791. A. A. Copie von der Hand des Erzherzogs Carl. — Erzherzog Carl an Erzherzog Franz. Brüssel, den 9. October 1791. Orig. eig.

² Maria Christine an den Kaiser. Bruxelles, le 24 novembre 1791. A. A. Copie.

³ Metternich an Kaunitz. Bruxelles, le 3 septembre 1791.

⁴ Metternich an Kaunitz (le 22 janvier 1791). Entwurf.

⁵ Vgl. über dieselbe Gachard, Etudes et notices III, 458 ff. (auch im Bulletin der Brüsseler Akademie 1864. 2. Série. T. XVIII, 355 ff.).

holte Audienzen bei dem Kaiser berief, der ihren Ansichten Beifall gespendet habe.¹

Allerdings gab es unter den Emigranten gar manche achtungs- ja verehrungswürdige Männer und ebenso schöne als geistreiche oder liebenswürdige Frauen, deren erheiternde Gesellschaft einen ungewöhnlichen, wenngleich trügerischen Glanz dem Brüsseler Leben verlieh. Bei den Promenaden im ‚Park‘ konnte man an den Damen die neuesten Pariser Moden studiren, und die Nächte vertrieb man sich mit Bällen und Soupers.² Besonders der Carneval des Jahres 1791—1792 gestaltete sich in Folge dessen recht animirt;³ man tanzte eben auch in Brüssel auf einem Vulcan. Aber der Aufenthalt so vieler Fremden in Brüssel rief in der einst billigen Stadt eine Theuerung hervor, über welche häufig geklagt wird,⁴ und brachten die Emigranten auch für den Augenblick viel Geld unter die Leute, so musste doch voraussichtlich ein Zeitpunkt eintreten, in welchem ihre Mittel zur Neige gingen und viele dem Elend und der Verzweiflung zur Beute wurden. Dabei waren diese Emigranten von lächerlichem Dünkel erfüllt. Als zwei junge Leute aus gutbürgerlicher Familie zu Tournay in ein Regiment, das der Graf de Cunchy anwarb, eintreten wollten, wies man dieselben mit dem Bedeuten ab, dass sie zuvor bei den Ständen von Artois ihre Ahnenprobe ablegen müssten.⁵ Maria Christine

¹ Gachard a. a. O. — Mercy an Kaunitz. Bruxelles, le 5 février 1791. Minute. — Kaunitz an Mercy. Wien. den 28. Mai 1791. Orig. — Derselbe an Metternich, le 20 août (Entwurf), le 6 et le 8 octobre, le 24 novembre 1791. (Origg.) — Metternich an Kaunitz, le 5 décembre 1791. — Maria Christine an den Kaiser, ce 7 décembre 1791. A. A. Orig. — Der Kaiser bezeichnete übrigens in dem Antwortschreiben an Maria Christine jene Théroigne als extravagante Abenteurerin, die sagen könne, was sie wolle, und die man im schlimmsten Falle sogar arretiren möge.

² Forneron, Histoire générale des émigrés pendant la révolution française I, 247.

³ Albert von Sachsen-Teschen, Memoiren. Erzherzog Carl an Erzherzog Josef. Brüssel, den 17. Januar 1792. Orig. eig.

⁴ Vgl. z. B. Mercy an Kaunitz. Bruxelles, le 2 octobre 1791. Bei Feuille de Conches II, 404.

⁵ Forneron, Histoire générale des émigrés I, 249.

hebt mit Recht auch den bedenklichen Einfluss hervor, den der exaltirte, um nicht zu sagen impertinente Ton und das herausfordernde Benehmen so vieler Deserteurs oder von ihren eigenen Corps verjagten Officiere auf die Disciplin der kaiserlichen Truppen ausüben könnten.¹ Sie klagt gelegentlich, dass sie selbst ein Gegenstand des Hasses für die Agenten der französischen Prinzen sei, die kein Mittel der Lüge und Intrigue wider sie unversucht liessen, und findet nur darin ihren Trost, dass das Urtheil des Kaisers über dieselben mit dem ihrigen übereinstimme.²

Und sie hatte allen Grund, vor den Emigranten auf der Hut zu sein, wie man aus den Berichten des abenteuernden Prinzen von Nassau aus Wien, wo er zu Beginn des Jahres 1792 für die Brüder Ludwigs XVI. thätig war, ersieht, wenn gleich die Behauptung, es bestehe die Absicht, die Erzherzogin von ihrem Posten abzubrufen, gewiss nicht den Thatsachen entsprach, sondern blos ein frommer Wunsch von seiner Seite war.³

Der Erzherzogin blieben diese Umtriebe nicht unbekannt. Aus dem Haag meldete Buol, Haeften habe aus Wien mitgetheilt, der Kaiser habe die Generalgouverneurs abberufen, eine Nachricht, die in Holland das grösste Aufsehen erregt und zu den verschiedensten Vermuthungen Anlass gegeben habe.⁴ ‚Würde ich Dich‘, schrieb in Folge dessen Maria Christine am 2. Februar an den Kaiser, ‚nicht so genau kennen, als dies der Fall ist, und wüsste ich nicht, dass wir nichts gethan haben, was uns Deine Ungnade zuziehen könnte, dass Du im Gegentheile in allen Deinen Briefen unser Benehmen gebilligt hast, das stets nur durch Deine Befehle und die Rücksicht auf den Dienst geleitet war, so müsste ich wohl in Aufregung gerathen, umsomehr, da vor einigen Tagen aus Coblenz eine ähnliche Anzeige von einem der Vertrauten der Prinzen

¹ Maria Christine an den Kaiser. Bruxelles, ce 7 septembre 1791. Im eigenhändigen Bleifederconcepte Herzog Albrechts ist der Brief — freilich nur auf dem Umschlage und von anderer, doch gleichzeitiger Hand — vom 10. September datirt.

² Maria Christine an den Kaiser. Bruxelles, ce 14 février 1792. Concept. A. A.

³ Vgl. Daudet, Coblenz 1789—1793, S. 188 ff. S. 193.

⁴ Feuillet de Conches V, 217.

eintraf, worin es ausdrücklich heisst, Du habest dem Prinzen von Nassau erklärt, dass Du unzufrieden mit meinem Benehmen seiest und mich abberufen wollest; da ich aber Deine Gesinnungen kenne und mein Gewissen rein ist, bin ich ruhig, zumal wir auf Alles gefasst sind. Willst Du uns von unserem Posten entfernen, so wird mein Gemahl, wenn es zum Kriege kommt, als Volontär in das Regiment Latour eintreten, und ich werde ihm so nahe als möglich zu sein trachten, um ihn, falls ihm etwas zustossen sollte, zu pflegen, und unser lieber Karl, der gehofft hat, seinen Adoptivvater auf das Feld der Ehre zu begleiten und den jener bei sich zu haben wünschte, will, wenn Du uns entfernst, ohne uns nicht hier bleiben, sondern Dich um eine anderweitige Verwendung bitten. Doch was sind das für Träumereien! Nur finde ich es sonderbar, dass ein fremder Minister dergleichen Unsinn aus Wien einzuberichten wagt, der hier den übelsten Eindruck hervorruft, da man dergleichen verbreitet, um all dem entgegenzuwirken, was wir hier für Deinen Dienst thun, und den Leuten die Meinung dass wir nicht Deine Billigung und Dein Vertrauen geniessen, beizubringen und so das zu vereiteln sucht, was wir durch die Mittel der Ueberredung erzielen könnten.¹

Zu jenen Personen, denen die Erzherzogin mit Misstrauen begegnen zu müssen glaubte, gehörte vor Allem auch Graf Fersen. ‚Ich habe‘, schreibt sie über ihn an den Kaiser, schon vor einiger Zeit bemerkt, dass er Principien hat, die nicht im Entferntesten zu denen passen, die Dich Deine Weisheit, und Klugheit erfassen liess; wir werden uns daher ihm nie mit jenem Vertrauen hingeben, das Deinen Interessen schaden könnte.² Und als Leopold selbst sie vor Fersen warnte, dankte sie für diesen Wink. ‚Ich kann Dir sagen,‘ fügt sie hinzu, ‚dass ich keinen dieser Herren privatim sehe, dass ich mir seit meiner Rückkehr in dies Land, als ich diesen Haufen von Emigranten (tas d’émigrés) sah, die sich alle in die Geschäfte mischen und stets Zwietracht stiften wollten, mir vorgenommen habe und diesen Vorsatz auch befolge, mit keinem

¹ Maria Christine an Leopold, ce 2 février 1792. Feuillet de Conches V, 217 ff.

² Maria Christine an Leopold, 14 février 1792. Bleifederentwurf Herzog Alberts. A. A.

von ihnen über Geschäfte zu sprechen;¹ dazu dient ihnen Mercy. Ich habe meiner Pflicht und dem öffentlichen Wohle das Opfer gebracht, in ihren Augen entweder als schwach-sinnig (*imbécile*) oder als unempfindlich zu erscheinen; aber ich halte an meinem Grundsatz unerschütterlich fest. Ich habe keine vertraute Gesellschaft, ausser zuweilen zu Tisch die Circellos, und selbst vor ihm in seiner Eigenschaft als Gesandter bin ich auf meiner Hut. Alle Wochen sehe ich zwei- bis dreimal die Welt, sei es bei den Cercles nach dem Gottesdienste, sei es bei den Diners und Assemblées, wo ich eine Partie mache, und obgleich das sehr langweilig ist, hat mir dies Leben die Vernunft dictirt und kein Opfer ist mir zu gross, wenn ich überzeugt bin, meine Pflicht erfüllt zu haben oder wenn es Ihr Dienst erheischt. Aber wir sind hier so ziemlich der Sammelplatz (*le foyer*) für all diese Matadore. Ausser Fersen und Breteuil haben wir seit einigen Tagen hier den schwedischen Gesandten im Haag, Löwenhielm; er scheint nicht mit Fersen liirt zu sein und hält sich vielmehr an den holländischen Gesandten. Dagegen sind zwei andere Personen mit Fersen eng befreundet: der berühmte Freund und Correspondent der Kaiserin von Russland, Grimm, der unter der angenommenen Maske der Bonhomie und deutscher Schlichtheit eines Ministers von Gotha ein sehr lebenswürdiger Mann voll Geist und Finesse ist, und Simolin,² der russische Gesandte zu Paris, der in Wien war und hieher kommt mit dem Auftrage, in Brüssel zu bleiben. Man droht uns ferner, dass der berühmte Bischof von Arras,³ der die Seele des Conseils des Grafen von Artois und der rechte Arm Calonne's ist, sein Bureau in den Niederlanden aufschlagen will. Endlich kennst Du Breteuil; er hat Correspondenten und Geschäftsträger zu Berlin, Petersburg, Regensburg u. s. f., und man muss sagen, dass er in der Wahl seiner Werkzeuge glücklich ist, denn sie übertreffen an Geist, Solidität und bescheidenerer Haltung jene der Prinzen. Wir kennen

¹ Damit übereinstimmend schreibt Fersen: „Au cercle à la cour, depuis longtemps, l'archiduchesse ne me parle plus des affaires.“ (Le comte de Fersen II, 10.) Zum 26. April bemerkt er: „Dîné à la cour, l'archiduchesse ne me parla pas.“ (Ebenda 16.)

² Vgl. Feuillet de Conches, Louis XVI, t. V, 173.

³ Conzié; über ihn vgl. Daudet, Coblenz, S. 209 ff.

all dies, und Du darfst überzeugt sein, dass gewarnt und auf unserer Hut, wie wir es sind, sowohl wir als Dein lieber Sohn, der über diesen Punkt für sein Alter wirklich sehr vernünftig denkt, jedes Gespräch mit diesen Herren vermeiden, das uns und die Geschäfte compromittiren könnte.¹

Eben deshalb missbilligte auch die Erzherzogin das Verhalten ihres Schwagers, des Kurfürsten von Trier, den bekanntlich die den Emigranten zugewendete Gunst in eine schlimme Lage versetzt hatte. Sie hoffte zwar, dass derselbe für diesmal mit einem blauen Auge davon kommen und dass er sich zu einem anderen Benehmen als bisher gegen die Emigranten veranlasst sehen werde. Aber ganz beruhigt war sie in dieser Hinsicht nicht; sie glaubte nicht dafür gutstehen zu können, dass nicht dennoch die Emigranten ‚ihn nach ihrer Pfeife würden tanzen lassen‘ und dass sie nicht selbst gegen seinen Wunsch etwas unternehmen würden, was Frankreich den Vorwand zu Feindseligkeiten bieten werde, und sie unterliess es daher nicht, in allen ihren Briefen den Kurfürsten an die Verbindlichkeiten zu erinnern, die er in dieser Beziehung gegenüber dem Kaiser übernommen habe.²

Ueberhaupt flossten die Vorgänge in Frankreich der Erzherzogin die grösste Besorgniss ein. Zwar misstraute sie anfangs auch den Mächten, welche die Garantie des Tractates vom Haag übernommen hatten, zumal die Verzögerung des Abschlusses der Verhandlungen mit Preussen den unzufriedenen Belgiern noch immer die Hoffnung auf eine Unterstützung von dieser Seite offen hielt. Man meinte, dass England die Fortdauer der Unruhen in Brabant nicht unwillkommen sei, und glaubte zu wissen, dass Hertzberg und die in Berlin weilende Prinzessin von Oranien — letztere im Einvernehmen mit Lord Auckland — das Friedenswerk zu stören suchten.³ Aber die Allianz, in die der Kaiser mit Preussen trat, entzog den Malcontenten den Boden, auf dem sie einen Theil ihrer Pläne auszuführen gedachten, und was England betraf, so meinte man, dass der Einfluss dieser Macht

¹ Maria Christine an den Kaiser, ce 3 mars 1791. Orig. eig.

² Maria Christine an den Kaiser. Bruxelles, le 13 janvier 1792. A. A. Copie.

³ Maria Christine an den Kaiser, le . . . décembre 1791. A. A. Copie. Desgleichen ddo. le 8 octobre 1791. Orig.

auf das Benehmen der Stände von Brabant kein activer sei und sich dieselbe auf die Schadenfreude über die Schwierigkeiten beschränke, welche der belgischen Regierung ihre eigenen Unterthanen bereiteten.¹ Umsomehr war man hingegen überzeugt, dass die belgischen Unruhen wenigstens mittelbar im Interesse der Nationalversammlung lägen. Allerdings waren die Principien der letzteren von jenen der Stände von Brabant diametral verschieden; wenn man aber zugestand, dass es im Interesse der Nationalversammlung lag, den Kaiser in den Niederlanden zu beschäftigen, so dass er, ohne diesen Besitz aufs Spiel zu setzen, den Krieg gegen Frankreich nicht wagen durfte, so war auch kein Grund vorhanden, zu glauben, dass die Verschiedenheit der Principien die Franzosen abhalten werde, unter der Hand die Urheber der belgischen Unruhen zu unterstützen. Auch stimmten alle Nachrichten aus Frankreich nur zu sehr darin überein, dass die verschiedenen Parteien, so verschieden auch sonst ihre Interessen sein mochten, sich doch in der Absicht, den Kaiser zu bekriegen, begegneten, und dass, welche Gründe auch geeignet gewesen wären, sie davon zurückzuhalten, man doch jeden Tag eine formelle Entscheidung hierüber erwarten müsse.²

Unter diesen Verhältnissen schienen sowohl gegenüber der Gährung im Innern, als auch gegenüber der von aussen drohenden Gefahr die Truppen die verlässlichste Stütze. Aber konnte man sich auf diese auch wirklich verlassen? In einem Briefe vom 1. September klagt die Erzherzogin über Desertionen in der Armee. Am wenigsten sei dies bei den deutschen und ungarischen Truppen der Fall, viel häufiger bei den Wallonen, die stets dazu geneigt und zumeist aus Recruten, sowie aus einigen Tausend zurückgekehrten Deserteurs beständen, denen die Insubordination, welche sie sich unter den Rebellen angeeignet, noch in allen Gliedern stecke. Am häufigsten käme Desertirung bei den Freicorps — so bei den Uhlanen von Grün Laudon und den Grenadieren des

¹ Maria Christine an den Kaiser. Bruxelles, le . . . janvier 1792. A. A. Concept.

² Maria Christine an den Kaiser. Bruxelles, le 26 janvier 1792. Bleifederentwurf Herzog Albrechts. A. A. Vgl. auch den Brief vom 30. Januar 1792 bei Adam Wolf, Maria Christine II, 125 ff

Prinzen von Zerbst, die am Cordon gegen Frankreich standen — vor.¹

Beruhigter sprach sich die Erzherzogin einen Monat darnach in dieser Hinsicht aus. Sie war soeben von der Bereisung der französischen Grenze zurückgekehrt und konnte nun auf Grund der Eindrücke, die sie gewonnen, und der Erkundigungen, die sie an Ort und Stelle gesammelt hatte, die Schilderungen, welche wohlmeinende Aengstlichkeit und boshafte Uebelwollen von der Stimmung der Truppen entworfen hatten, als übertrieben bezeichnen. Die Officiere der wallonischen Infanterie hatten ihr versichert, dass, obgleich die Truppen zur Hälfte aus zurückgekehrten Insurgenten beständen, sich bisher keine Spur eines Complots oder einer Verbindung mit den Uebelgesinnten des Landes oder der Nachbarschaft gezeigt hätte und Desertirungen sich seltener einstellten, als in friedlichen Zeiten. Marie Christine hebt ihrerseits den günstigen Eindruck hervor, den die Truppen, als sie zu Mons vor ihr und ihrem Gemahl exercirten, auf sie beide gemacht hätten,² und sie beruft sich auf das Zeugniß des Erzherzogs Carl, der über die Stimmung der ihm zugewiesenen Truppen — namentlich über die deutschen und die ungarischen — bestimmte Aufschlüsse geben und so die falschen Angaben, die dem Kaiser über die letzteren zugekommen seien, widerlegen könne. Allerdings sei es ganz unglaublich, welche Anstrengungen gemacht würden, um die Truppen zu verführen: Emissäre, Geldversprechungen, Briefe und Brandschriften, kurz nichts werde zu diesem Zwecke gespart; namentlich in den an der französischen Grenze liegenden wallonischen Garnisonen suche man sie zu verbreiten, und alle Wachsamkeit der Officiere reiche beinahe nicht hin, um zu verhüten, dass dergleichen Bemühungen nicht doch früher oder später von Erfolg begleitet seien.³

Es kam vor, dass sich ein Ungar Namens Meszaros, der in französischen Diensten stand, als Freiwerber unter die un-

¹ Maria Christine an den Kaiser. Bruxelles. le 1^{er} septembre 1791. Bleifederconcept von der Hand Herzog Alberts. A. A.

² Maria Christine an den Kaiser. Bruxelles; ce 9 octobre 1791. A. A. Copie von der Hand des Erzherzogs Carl.

³ Maria Christine an den Kaiser. Bruxelles, le 8 octobre 1791. St.-A. Das Concept, ein mit eigenhändigen Zusätzen der Erzherzogin versehe-

garischen Grenadiere einschlich; doch gelang es, denselben noch rechtzeitig abzuschaffen. Bald aber fanden sich andere Werber ein, die mit denselben lateinisch redeten und ein beträchtliches Handgeld anboten. Sie stellten dies so geschickt an, dass man keinen derselben entdecken konnte, obgleich man 50 Ducaten jedem Gemeinen versprach, wenn er unter Beibringung eines anderen Kameraden als Zeugen einen Werber anzuzeigen vermöchte. Erzherzog Carl, dem wir diese Mittheilung verdanken, fügt hinzu, dass jene Versuche auf die ungarischen und die deutschen Truppen wenig Eindruck machten. Hingegen besorgte er, dass die Wallonen sich zwar nicht zur Desertion verleiten, aber doch im Falle der Noth es an der Erfüllung ihrer Pflicht und Schuldigkeit würden fehlen lassen, da diese Regimenter zur Hälfte aus Leuten beständen, die bei den Insurgenten gedient hätten.¹

Im Allgemeinen glaubte Maria Christine zuletzt doch den Kaiser beruhigen zu dürfen: auf die Truppen könne man sich verlassen, und wenn, wie man ihm gesagt habe,² die Officiere ein wenig verstimmt sein sollten, so könne das nur eine Folge des Missvergnügens sein, das sie darüber empfänden, dass so Viele, die sich bei der Revolution hervorgethan, straflos ausgegangen seien, und dass man die Truppen sogar zum Schutze von Versammlungen verwenden musste, die Beschlüsse fassten, welche dem Interesse und dem Wunsche des Kaisers zuwiderliefen.³

Angesichts der kritischen Lage der Niederlande selbst und der nicht minder kritischen Lage Frankreichs bereitete dem Gouvernement besondere Verlegenheit die Absicht des Kaisers, den Feldmarschall Bender mit 8000 Mann dem Kurfürsten von Trier zu Hilfe zu senden und sonach die Niederlande eines Theiles ihrer Truppen gerade in dem Augenblicke zu entblößen, in welchem dieselben einerseits durch einen

ner Bleifederentwurf Herzog Alberts in A. A. Vgl. auch Maria Christine an den Kaiser, le 30 janvier 1792 bei Wolf l. c. 260 ff.

¹ Erzherzog Carl an Erzherzog Franz. Brüssel, den 8. December 1791. Orig. eig.

² Vgl. Leopold an Maria Christine, le 31 décembre 1791. Wolf l. c. 283, Nr. CXC.

³ Maria Christine an den Kaiser. Bruxelles, le 13 janvier 1792. A. A. Bleifederentwurf Herzog Alberts.

Angriff von Frankreich her bedroht wurden und man andererseits täglich dem Ausbruche neuer Unruhen im Innern des Landes entgensah. Maria Christine liess es denn auch nicht an den nachdrücklichsten Gegenvorstellungen fehlen; sie konnte sich dabei auf ein in demselben Sinne abgefasstes Memoire Bender's und desgleichen auf Mercy¹ berufen, der die Entfernung der Truppen aus Belgien als etwas Unmögliches bezeichnete und der stets auch gegenüber dem Kaiser den Standpunkt vertreten hatte, dass man die Niederlande zum Sammelplatze der Streitkräfte, durch die man Frankreich in Schach halten wolle, machen müsse.² Sie bat den Kaiser, die in den Niederlanden stehenden Truppen womöglich noch zu verstärken. Er möge — fügte sie hinzu — diese Bitte nicht als Ausfluss von Furcht betrachten: „Du kennst unseren Charakter und kannst an unserem Herzen nicht zweifeln. Keine Leidenschaft ist in mir so stark, wie die Liebe zu Dir, und Alles will ich zum Opfer bringen, wenn es sich um Deinen Dienst und das Wohl Deiner Familie handelt. Das ist die mich beherrschende Leidenschaft, die mich bis ins Grab begleiten wird.“³

Der Kaiser wusste seine Schwester zu beruhigen. Auch er gedachte jetzt, die Truppen, die sich zum Schutze des Reiches gegen Frankreich versammeln würden, zum Theile auch zur Ordnung der niederländischen Verhältnisse zu verwenden. Er empfahl, das Militär bei guter Stimmung zu erhalten, Unruhestiftungen auf die Spur zu kommen und sie zu bestrafen, sowie die Grenzen gegen Frankreich und Lüttich sorgfältig zu überwachen.⁴

¹ Vgl. auch Feuillet de Conches V, 219.

² Maria Christine an den Kaiser. Bruxelles, le . . . octobre 1791. Eigenhändiger (undatirter) Bleifederentwurf Herzog Albrechts A. A. Vgl. auch Erzherzog Carl an Erzherzog Franz. Brüssel, den 30. December 1791.

³ Maria Christine an den Kaiser, ce 22 décembre 1791. Auch Erzherzog Carl schreibt am 30. December 1791 in ähnlichem Sinne an seinen Bruder Franz. Auch er meinte, dass im Falle eines Krieges von Belgien aus operirt werden müsse, da man hier Paris am nächsten sei.

⁴ Kaiser Leopold an Maria Christine, le 31 janvier 1791 (vielmehr 1792), wie bereits Feuillet de Conches richtig sah) bei Wolf l. c. 206. Vgl. auch Feuillet de Conches V, 134.

Inzwischen wurde die von Frankreich her drohende Gefahr immer grösser. Im Januar 1792 erhielt die Erzherzogin Abschriften der Depeschen des Kaisers an das Cabinet von Versailles. Sie lobte die Gerechtigkeit und Lauterkeit im Vorgehen ihres Bruders. Bei alledem sprach sie die Besorgniss aus, dass die Animosität der Parteien, die gegenwärtig den Willen der Nation bestimmten, in dem Concert der Mächte, welches gebildet werden sollte, um den Frieden, die Rechte und das Eigenthum der Staaten zu sichern, eine unbefugte Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten erblicken und zum Angriffskriege auf Belgien schreiten werde. Daher wäre es ihr lieb gewesen, zu vernehmen, dass die nach dem Breisgau bestimmten 6000 Mann, sowie jene 6000 Mann, die der König von Preussen nach Cleve und Wesel senden wollte, schon auf dem Marsch begriffen wären, und dass der Allianzvertrag mit Preussen, der eben damals geschlossen wurde, mit seiner Bestimmung, die dem Kaiser ein Hilfscorps von 30.000 Mann in Aussicht stellte, bereits öffentlich bekanntgegeben wäre. Sie wünscht ferner, dass das Interesse, welches die russische Kaiserin und andere Mächte den Angelegenheiten Frankreichs entgegenbrächten, sich in Thaten offenbaren, und dass die letzten starken Erklärungen des Kaisers ihre Wirkung auf Frankreich nicht verfehlen möchten. Aber nach den jüngst aus Paris eingelaufenen Nachrichten wagte sie dergleichen nicht mehr zu hoffen. Man werfe sich dort — meinte sie — die Frage auf, ob man so lange warten solle, bis das Concert zustande gekommen sei und sich die Streitkräfte der verbündeten Mächte gesammelt hätten, oder ob man nicht vielmehr dem Angriffe zuvorkommen solle. Sie hätte daher gewünscht, dass der Kaiser schon zuvor die Sache als von Seiten Frankreichs entschieden betrachtet und darnach seine Massnahmen getroffen hätte. Trotzdem, versicherte sie, werde man es in Brüssel an nichts fehlen lassen, um den Feind nachdrücklich zu empfangen und ihn die Tüchtigkeit der zwar an Zahl geringen, aber besser disciplinirten Truppen fühlen zu lassen.¹

¹ Maria Christine an Leopold, Januar 1791. Bleifederentwurf Herzog Alberts. A. A.

‚Wenn in unserem Innern,‘ so meint die Erzherzogin in einem anderen Schreiben, ‚wenn in unseren Provinzen Alles ruhig wäre, so würde mir die Thorheit unserer Nachbarn keine Besorgniss einflößen. Ich würde dieselbe vielmehr für vortheilhaft erachten, um unsere Truppen zu beschäftigen und einzuüben. Allein die vorwaltende schlechte Stimmung, die Anziehungskraft, welche auf den Pöbel und die Mehrheit der Nation das französische System in seinen Anfängen ausübt, da es noch nicht lange genug besteht, auf dass der gemeine Mann das Uebel, das sich daraus ergibt, zu fühlen vermöchte, das sich ihm vielmehr erst in einigen Jahren offenbaren wird, endlich das Verlangen nach Gleichheit und Unabhängigkeit, das sich in allen Classen der Bevölkerung unserer Zeit geltend macht, lässt mich zittern, wenn ich auch die Thorheit und die Gefahr für Frankreich überdenke, Euch und das Reich angreifen zu wollen und es mit so vielen verbündeten Mächten aufzunehmen, wofern man noch auf diese Verbindungen rechnen darf.‘¹ Ja, Maria Christine glaubte sogar bereits Kenntniss von dem französischen Feldzugsplane zu haben, demzufolge Rochambeau mit der Hauptarmee über Mons und Tournay, Lafayette über Luxemburg in Belgien einfallen sollte, während Luckner die Aufgabe zufiel, den Rhein zu überschreiten und die angrenzenden Theile Deutschlands zu besetzen. Die Statthalter theilten, was sie erfahren hatten, dem Feldmarschall Bender und Browne mit, um die Lage der Dinge zum Gegenstand militärischer Berathungen zu machen, und liessen bereits jetzt Ankäufe von Pferden für die Artillerie und den Wagenpark der Armee machen.²

In einem Schreiben der Erzherzogin an den Kaiser vom 14. Februar 1792 heisst es: ‚Ich wünsche nicht minder als Du, dass Du Dich nicht in der Hoffnung täuschen mögest, dass Deine letzten starken Erklärungen an Frankreich die Nation abhalten werden, Dir den Krieg zu erklären oder denselben wirklich zu eröffnen. Denn, wenn ich mehreren Nachrichten, die gestern und heute aus Paris eingetroffen sind und die auf

¹ Maria Christine an Leopold, le 30 janvier 1792. Wolf, Maria Christine II, 260 ff. Feuillet de Conches V, 153 ff.

² Maria Christine an den Kaiser. Bruxelles, le 26 janvier 1792. Bleifederentwurf Herzog Alberts. A. A.

authentischen Quellen beruhen sollen, glauben darf, so soll der Krieg nicht nur beschlossen, sondern auch der Beginn der Feindseligkeiten in einer Motion an die Nationalversammlung auf den 1. März angesetzt sein.¹

Unter diesen Verhältnissen freut sie sich über die guten Beziehungen ihres kaiserlichen Bruders zu Preussen und wünscht Gleiches in Bezug auf Russland; sie misstraut aber England, obgleich der Empfang, der dem Bischof von Autun¹ in London zutheil geworden, hoffen lasse, dass sich dasselbe wenigstens nicht in directem Gegensatz zu den übrigen Mächten stellen werde. Sie findet, dass der projectirte Vertrag mit Holland wohl insofern von Vortheil sei, als er den Uebelgesinnten in Belgien die Hoffnung auf eine Unterstützung seitens dieser Nachbarn raube, sonst aber verspricht sie sich wenig von dieser Macht, die zu sehr im eigenen Innern, mit sich selbst zu schaffen habe, und hofft zugleich, dass der Kaiser nicht auf die Bedingung eingehen werde, von der England diesen Vertrag abhängig machen wolle.²

War Maria Christine früher der Ansicht gewesen, dass man ‚colle buone‘ in diesem Lande (Brabant) nicht durchkommen werde³, so war sie in Folge der soeben geschilderten Verhältnisse anderer Meinung. Sie pflichtete gegenüber dem Votum des Staats- und Kriegssecretärs dem einstimmigen Urtheile der Jointe bei, dass man im Augenblicke von der Anwendung gewaltsamer Mittel zur Einhebung der Impôts und der Subsidies absehen müsse, zumal nach Abzug der für den Krieg erforderlichen Armee von 30.000 Mann nur 6000 Mann in Brabant zur Bewachung der Kriegsdepôts, der Magazine und der königlichen Cassen erübrigen würden.⁴

¹ Talleyrand.

² Maria Christine an Leopold. Bruxelles, ce 14 février 1792. Concept. A. A.

³ Maria Christine an den Kaiser. Bruxelles, le . . . décembre 1791. A. A. Undatirter Bleifederentwurf Herzog Alberts mit eigenhändigen Zusätzen Maria Christinens.

⁴ Maria Christine an den Kaiser. Februar 1791. A. A. Concept.

Zeissberg, Heinrich <<von>>,

Zwei Jahre belgischer Geschichte (1791,1792)

Bd.: 1

Wien 1891

Belg. 283 o-1/2

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11569470-7